

TEXTE

34/2021

Umweltpolitische Unterstützungs- und Förderstrategien zur Stärkung sozial-ökologischer Formen von Zusammenleben und Gemeinwohlorientierung

von:

Jana Rückert-John, Birgit Peuker
Institut für Sozialinnovation Consulting UG, Berlin

Markus Egermann, Anna Betsch
Leibniz-Institut für ökologische Raumentwicklung e.V., Dresden

Jan Christian Polania Giese, Kathrin Kohl, Anja Renner
adelphi, Berlin

Herausgeber:

Umweltbundesamt

TEXTE 34/2021

Ressortforschungsplan des Bundesministeriums für
Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit

Forschungskennzahl 3716 16 100 0
FB000268

Umweltpolitische Unterstützungs- und Förderstrategien zur Stärkung sozial-ökologischer Formen von Zusammenleben und Gemeinwohlorientierung

von

Jana Rückert-John, Birgit Peuker
Institut für Sozialinnovation Consulting UG, Berlin

Markus Egermann, Anna Betsch
Leibniz-Institut für ökologische Raumentwicklung e.V., Dresden

Jan Christian Polania Giese, Kathrin Kohl, Anja Renner
adelphi, Berlin

Im Auftrag des Umweltbundesamtes

Impressum

Herausgeber

Umweltbundesamt
Wörlitzer Platz 1
06844 Dessau-Roßlau
Tel: +49 340-2103-0
Fax: +49 340-2103-2285
buergerservice@uba.de
Internet: www.umweltbundesamt.de

 [/umweltbundesamt.de](https://www.facebook.com/umweltbundesamt.de)

 [/umweltbundesamt](https://twitter.com/umweltbundesamt)

Durchführung der Studie:

ISIconult privates Institut für Sozialinnovation Consulting UG
Druschiner Straße 42a
12555 Berlin

Abschlussdatum:

November 2020

Redaktion:

Fachgebiet I 1.1 Grundsatzfragen, Nachhaltigkeitsstrategien und -szenarien,
Ressourcenschonung
Dorothee Arenhövel, Margarethe Kreuser

Publikationen als pdf:

<http://www.umweltbundesamt.de/publikationen>

ISSN 1862-4804

Dessau-Roßlau, März 2021

Die Verantwortung für den Inhalt dieser Veröffentlichung liegt bei den Autorinnen und Autoren.

Kurzbeschreibung

Seit einigen Jahren wird verstärkt die Rolle sozial-ökologischer Formen des Zusammenlebens und der Gemeinwohlorientierung für die Umwelt- und Gesellschaftspolitik der Gegenwart und Zukunft diskutiert. Diese Initiativen entstehen häufig „aus der Gesellschaft heraus“ und in den Lebenswelten der Bürger*innen. Das Potenzial dieser innovativen Formen von Gemeinschaftlichkeit und Gemeinwohlorientierung besteht nicht nur darin, dass hier konkrete Lösungen für gesellschaftliche Probleme und Herausforderungen sozial-ökologischen Wandels erarbeitet werden. Vielmehr tragen sie auch zu einem gemeinwohlorientierten freiwilligen Engagement und zu einer gelebten Praxis der Verantwortungsübernahme sowie zur gesellschaftlichen Mitgestaltung bei. Diese innovativen und am Gemeinwohl orientierten Initiativen waren Gegenstand des vom Umweltbundesamt und dem Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit in Auftrag gegebenen Forschungsvorhabens „Umweltpolitische Unterstützungs- und Förderstrategien zur Stärkung sozial-ökologischer Formen von Zusammenleben und Gemeinwohlorientierung“. Mittels transdisziplinärer Workshops, einer repräsentativen Bevölkerungsumfrage sowie qualitativer Interviews mit Förder*innen und Beteiligten der Initiativen wurden im Forschungsprojekt innovative Formen gemeinwohlorientierter Initiativen und ihr Beitrag für sozial-ökologische Transformationsprozesse untersucht. Im Ergebnis des Projekts wurden förderliche Rahmenbedingungen zur Unterstützung innovativer gemeinwohlorientierter Initiativen und Empfehlungen für (umwelt-)politische Fördermaßnahmen herausgearbeitet.

Abstract

For some years now, the role of social-ecological forms of coexistence and public welfare orientation for the environmental and social policy of the present and future has been increasingly discussed. These initiatives often originate "out of society" and in the life worlds of the citizens. The potential of these innovative forms of community life and orientation towards the common good lies not only in the fact that concrete solutions for social problems and challenges of socio-ecological change are developed here. Rather, they also contribute to a voluntary commitment to the common good and to a lived practice of assuming responsibility and participating in shaping society. These innovative initiatives oriented towards the common good were the subject of the research project "Environmental policy support and promotion strategies to strengthen social-ecological forms of coexistence and orientation towards the common good" commissioned by the Federal Environment Agency and the Federal Ministry for the Environment, Nature Conservation and Nuclear Safety. By means of transdisciplinary workshops, a representative survey of the population and qualitative interviews with supporters and participants of the initiatives, the research project investigated innovative forms of public welfare-oriented initiatives and their contribution to social-ecological transformation processes. As a result of the project, a supportive framework for the support of innovative initiatives for the common good and recommendations for (environmental) political support measures were developed.

Inhaltsverzeichnis

Abbildungsverzeichnis	8
Tabellenverzeichnis	8
Abkürzungsverzeichnis	9
Zusammenfassung.....	10
Summary.....	17
1 Einleitung	23
1.1 Problemhintergrund und Zielsetzung des Projekts	23
1.2 Ablauf des Projekts	24
1.3 Zielsetzung und Struktur des Schlussberichts.....	27
2 Theoretischer Hintergrund	27
2.1 Posttraditionale Vergemeinschaftung und sozial-ökologische Transformation	27
2.2 Grundlagen der Transformationsforschung	30
2.3 Digitalisierung und gemeinwohlorientierte Initiativen	33
3 Empirische Ergebnisse des Projekts.....	38
3.1 Zentrale Ergebnisse des Stimmungsbarometers „Gemeinwohl“	38
3.1.1 Wahrnehmung gesellschaftlicher und ökologischer Probleme	38
3.1.2 Wer beteiligt sich in welchen Initiativen?	39
3.1.3 Motive des Engagements.....	42
3.1.4 Förderliche Bedingungen gemeinschaftlichen Handelns.....	42
3.1.5 Zusammenfassung und Zwischenfazit	43
3.2 Zentrale Ergebnisse der Interviews mit Vertreter*innen gemeinwohlorientierter Initiativen und Intermediäre.....	44
3.2.1 Organisation und Gemeinschaft	48
3.2.1.1 Verständnisse von Gemeinschaft	48
3.2.1.2 Organisationsprozess innovativer, gemeinwohlorientierter Initiativen und die damit verbundenen Herausforderungen	51
3.2.1.3 Formalisierung von Organisationsstrukturen: Vorteile und Nachteile	52
3.2.1.4 Die Finanzierung der Initiativen als besondere Herausforderung	52
3.2.2 Beiträge der innovativen, gemeinwohlorientierten Initiativen zum Gemeinwohl und zur Demokratie	54
3.2.2.1 Beiträge zum Gemeinwohl, die sich auf den/die Einzelne/n beziehen	55
3.2.2.2 Beiträge zum Gemeinwohl, die sich auf das lokale und nachbarschaftliche Umfeld beziehen	56
3.2.2.3 Beiträge der innovativen gemeinwohlorientierten Initiativen zur Demokratie	57

3.2.3	Innovative, gemeinwohlorientierte Initiativen und ihre Kooperation mit anderen Akteuren.....	58
3.2.3.1	Kooperationspartner*innen und Kooperationsformen	58
3.2.3.2	Probleme und Herausforderungen in der Kooperation mit verschiedenen Akteuren	60
3.2.4	Rolle, Chancen und Risiken der Digitalisierung.....	61
3.2.4.1	Herausforderungen und Chancen der Digitalisierung	61
3.2.4.2	Große Bedeutung von Offline-Kontakten	62
3.2.4.3	Reichweite digitaler Kommunikationsmedien	63
3.2.4.4	Digitalisierung ist aufwändig	63
3.2.4.5	Visualisierung, Flexibilisierung und Gamification als Potentiale der Digitalisierung	64
3.2.4.6	Freisetzung von Arbeitskraft für den sozial-ökologischen Wandel	64
3.2.4.7	Risiken der Digitalisierung	64
3.2.4.8	Kritik an der Virtualisierung nicht aber der Digitalisierung?	65
3.2.5	Unterstützungsmöglichkeiten, um Potenziale der Digitalisierung stärker zu nutzen	66
3.2.6	Zusammenfassung und Schlussfolgerungen	66
4	Strategische Empfehlungen zur Förderung und Unterstützung innovativer gemeinwohlorientierter Initiativen	68
4.1	Grundlagen für die Ableitung strategischer Empfehlungen	68
4.2	Entwicklungsprozess des Strategiepapiers	69
4.3	Handlungsansätze für die Förderung und Unterstützung innovativer gemeinwohlorientierter Initiativen	70
4.3.1	Handlungsansatz 1: Kooperation und Austausch zwischen Kommunen und zivilgesellschaftlichen Akteuren sollten gefördert sowie intermediäre Strukturen ausgebaut und co-produktive Orte geschaffen werden.	70
4.3.2	Handlungsansatz 2: Zugänge zu Flächen und Räumen sollten ermöglicht, symbolische und konkrete Experimentierräume und Freiräume offengehalten werden.....	75
4.3.3	Handlungsansatz 3: Zivilgesellschaftliche Organisationen für die Fachberatung von Initiativen sollten gestärkt und ihre Vernetzung gefördert werden.	78
4.3.4	Handlungsansatz 4: Förderstrukturen sollten besser auf die verschiedenen Entwicklungsphasen von zivilgesellschaftlichen Initiativen ausgerichtet werden.	80
4.3.5	Handlungsansatz 5: Eine geeignete digitale Governance sollte die Potenziale von gemeinwohlorientierten Initiativen aufgreifen und ihnen Freiräume schaffen.	85
4.3.6	Handlungsansatz 6: Digitale Kompetenzen (Digital Literacy) von gemeinwohlorientierten Initiativen sollten gestärkt und gesellschaftliche Teilhabe im Kontext der Digitalisierung gefördert werden.....	89

4.3.7	Handlungsansatz 7: Durch Anerkennung gemeinwohlorientierter Initiativen sollten sozial-ökologische Aspekte gestärkt, Teilhabechancen erhöht und die Vielfalt in der Gesellschaft genutzt werden.	92
4.3.8	Handlungsansatz 8: Das Vereins- und Steuerrecht sollte vereinfacht, das Gemeinnützigkeitsrecht angepasst werden.	94
5	Reflexion und Ausblick.....	96
6	Quellenverzeichnis.....	100

Abbildungsverzeichnis

Abbildung 1:	Beteiligung an verschiedenen Formen der Vergemeinschaftung	40
Abbildung 2:	Tatsächliche Beteiligung an verschiedenen Formen der Vergemeinschaftung.....	41

Tabellenverzeichnis

Tabelle 1:	Ausgewählte Fälle für die Expert*inneninterviews	47
------------	--	----

Abkürzungsverzeichnis

AirBnB	Plattform zur Buchung und Vermietung von privaten Unterkünften
ALG II	Arbeitslosengeld II
BMFSFJ	Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend
BMU	Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit
BMUB	Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit
BMZ	Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung
d. A.	Der Autor
DSGVO	Datenschutzgrundverordnung
EEG	Erneuerbare-Energien-Gesetz
EU	Europäische Union
e. V.	Eingetragener Verein
GbR	Gesellschaft bürgerlichen Rechts
GIS	Geoinformationssystem
GmbH & Co.KG	Gesellschaft mit beschränkter Haftung & Compagnie Kommanditgesellschaft
IT	Informationstechnologie
KfW	Kreditanstalt für Wiederaufbau
LA21	Lokale Agenda 21
LEADER	Maßnahmenprogramm der Europäischen Union für den ländlichen Raum
MAXQDA	Software der Firma VERBI zur computergestützten qualitativen Daten- und Textanalyse
NGO	Nichtregierungsorganisation
NRW	Nordrhein-Westfalen
SDG	Sustainable Development Goals
SoLaWi	Solidarische Landwirtschaft
UBA	Umweltbundesamt

Zusammenfassung

Die Herausforderungen einer nachhaltigen Entwicklung sind enorm. Deshalb setzt ihre Bewältigung die Beteiligung aller gesellschaftlichen Akteure voraus. Vor diesem Hintergrund wird in den vergangenen Jahren verstärkt die Rolle sozial-ökologischer Formen von Zusammenleben und Gemeinwohlorientierung für die Umwelt- und Gesellschaftspolitik der Gegenwart und Zukunft betont. Diese Initiativen entstehen häufig „aus der Gesellschaft heraus“ und in den Lebenswelten der Bürger*innen. Mehrgenerationenwohnen, Co-housing und Co-working, offene Werkstätten und kreative Nachbarschaftszentren, Gemeinschaftsgärten und Online-Plattformen für Tausch, Verleih und Co-creation – es existieren bereits zahlreiche Beispiele für innovative Formen von Gemeinschaftlichkeit und Gemeinwohlorientierung, die konkrete Lösungen für den sozial-ökologischen Wandel erarbeiten. Die Initiativen leisten einen wertvollen Beitrag zu einem guten und solidarischen Zusammenleben. Diskutiert wird deshalb, wie diese Gemeinschaften sich mit den vielfältigen Herausforderungen der gesellschaftlichen Stabilisierung und Verbreitung auseinandersetzen und wie sie unterstützt und gefördert werden können.

Diese innovativen und am Gemeinwohl orientierten Initiativen waren Gegenstand des vom Umweltbundesamt und dem Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit geförderten Forschungsvorhabens „Umweltpolitische Unterstützungs- und Förderstrategien zur Stärkung sozial-ökologischer Formen von Zusammenleben und Gemeinwohlorientierung“. Mittels transdisziplinärer Workshops, einer repräsentativen Bevölkerungsumfrage sowie qualitativer Interviews mit Förder*innen und Beteiligten der Initiativen wurden im Forschungsprojekt innovative Formen gemeinwohlorientierter Initiativen und ihr Beitrag für sozial-ökologische Transformationsprozesse untersucht. Das übergeordnete Ziel des Forschungsprojekts bestand darin, förderliche Rahmenbedingungen zur Unterstützung innovativer gemeinwohlorientierter Initiativen und Empfehlungen für (umwelt-)politische Fördermaßnahmen herauszuarbeiten.

Unter „gemeinwohlorientierten Initiativen“ wird ein breites Spektrum an verschiedenen Aktivitäten und Organisationsformen verstanden. Im Projekt wurden dabei vor allem diejenigen Initiativen betrachtet, die sich sowohl auf „Gemeinschaft“ als auch auf das „Gemeinwohl“ beziehen. Die Eigeninteressen der Teilnehmer*innen tragen zum Gemeinwohl bei oder gehen über die unmittelbaren Gruppeninteressen hinaus. Sie agieren nicht gewinnorientiert und verhelfen in ihrem Ansatz der Allgemeinheit zur Lösung sozial-ökologischer Probleme. Dabei stellt es insbesondere eine Herausforderung dar, die sozialen und ökologischen Werte und Ziele – wie sie beispielsweise in den globalen Entwicklungszielen (Sustainable Development Goals (SDG)) zum Ausdruck kommen – in die Organisation und Praxis der Initiativen einzubinden.

Im **Arbeitspaket 1** wurde zunächst ein Diskussionspapier erstellt. Es stellte den Ausgangspunkt und die grundlegenden Fragestellungen des Projekts vor und bestimmte die zentralen Begriffe. Unter Berücksichtigung verschiedener Handlungsfelder sowie spezifischer Charakteristika innovativer, gemeinschafts- und gemeinwohlorientierter Initiativen wurde die Bandbreite interessierender Phänomene für die empirische Beobachtung in den Folgearbeitspaketen aufgespannt. Ein Vertiefungskapitel befasste sich mit den verschiedenen Organisationsformen der interessierenden Initiativen; zudem wurde die Rolle der Digitalisierung in einem weiteren Vertiefungskapitel umfassend diskutiert.

Als gemeinsame begriffliche Verständigungsgrundlage waren drei wissenschaftliche Debatten für das Projekt zentral. Zum einen die Debatte um Gemeinschaftlichkeit und Vergemeinschaftung, um die unterschiedlichen Verständnisse von Gemeinschaft und ihren Beitrag zum sozialen Zusammenhalt und zu einer nachhaltigen Lebensweise zu untersuchen. Zum anderen die Debatte der Transformationsforschung, um vor allem die Herausforderungen, mit denen die Initiativen konfrontiert sind, aber auch die Wirkmacht, welche die Initiativen entfalten können, mit Bezug auf die politischen und rechtlichen

Rahmenbedingungen zu untersuchen. Darüber hinaus spielte die Debatte um Digitalisierung eine zentrale Rolle.

Innovativen gemeinwohlorientierten Initiativen wird in der **Debatte um die posttraditionale Vergemeinschaftung** eine große Bedeutung beigemessen, da sie Potenziale und Chancen für einen gesellschaftlichen Wandel – der häufig als sozial-ökologische Transformation verstanden wird – aufweisen. Dieses Potenzial einer gesellschaftlichen Veränderung wird auch seitens der Politik erkannt und mündet in die Frage, wie innovative gemeinwohlorientierte Initiativen unterstützt und gefördert werden können, um ihre Potenziale zu entfalten und zu verstärken. Die Themen Gemeinschaft und Vergemeinschaftung haben in den Sozialwissenschaften eine lange Tradition und unterschiedliche zeithistorische Konjunkturen. Vor dem Hintergrund der modernen Gesellschaft als globalisierte und internationalisierte Gesellschaft werden auch die Debatten um Gemeinschaft und Vergemeinschaftung wieder aktuell. In diesem Zusammenhang geht es häufig in Entgegensetzung zur Gesellschaft darum, die besonderen Potenziale und Neuartigkeiten von Gemeinschaften (wie z. B. Eventisierung, vgl. Betz 2016) und den Prozess der Vergemeinschaftung (vgl. Hitzler et al. 2008) herauszuarbeiten.

Innovativen gemeinwohlorientierten Initiativen wird auch in theoretischen Überlegungen und Konzepten der **Transformationsforschung** deshalb eine große Bedeutung beigemessen, da sie in Nischen neue Wege des Denkens, Handelns und Organisierens erproben und somit Alternativen zu bestehenden (nicht-nachhaltigen) Systemen (Regime) anbieten. Darauf aufbauend, haben Politik und Verwaltung in jüngerer Zeit damit begonnen, die Erprobung alternativer Denk-, Handlungs- und Organisationsweisen im Rahmen von Reallaboren, Urban Living Labs und ähnlichen Ansätzen aktiv zu fördern. Wie eine Skalierung dieser Alternativen auf eine gesamtgesellschaftliche Ebene zur Beschleunigung eines sozial-ökologischen Wandels erfolgen kann und welche Rolle Politik dabei spielen kann, ist konzeptionell erst in Ansätzen ausgearbeitet (Kny 2015, Wunder 2019). Vielmehr zeichnet sich das Forschungsfeld diesbezüglich durch parallele empirische Studien und Heterogenität aus, wobei viele konzeptionelle und begriffliche Unschärfen und Überschneidungen zu konstatieren sind (vgl. Augenstein et al. 2019). Für die Transformationsforschung stellt sich damit umso mehr die Frage, welche Dynamiken während und nach der Experimentierphase (vgl. auch pre-development phase, Rotmans/Kemp 2001) von Bedeutung sind, um Wandlungsprozesse anzustoßen und zu beschleunigen.

Innovative gemeinwohlorientierte Initiativen wurden im Projekt ebenfalls vor dem Hintergrund des gesellschaftlichen Trends der **Digitalisierung** untersucht. Hierbei wurde auf die Organisation von Gemeinschaften mittels digitaler Medien, die Potenziale der Digitalisierung für die Überwindung räumlicher Grenzen sowie die Vernetzung, die Zusammenarbeit und den Austausch von kleinen und dezentralen Gemeinschaften, die Ermöglichung gesellschaftlicher Teilhabe an Wissensproduktion und -verbreitung durch Digitalisierung sowie das Verhältnis von Digitalisierung und Nachhaltigkeit fokussiert.

Aufbauend auf diesen theoretischen Vorüberlegungen (AP 1) wurde im **Arbeitspaket 2** ein **Stimmungsbarometer „Gemeinwohl“** als repräsentative, telefonische Bevölkerungsumfrage durchgeführt. Hierzu wurden im Mai 2017 Bürgerinnen und Bürger aus der deutschen Wohnbevölkerung ab 14 Jahre (N=1.015) befragt. Ziel des Stimmungsbarometers war es, ein Meinungsbild zu erhalten, um damit die Bedeutung von Gemeinschaftlichkeit und Gemeinwohlorientierung für den Lebensalltag der Befragten zu erfassen. Die Ergebnisse wurden in der Schriftenreihe des Instituts für Sozialinnovation veröffentlicht (Peuker/Rückert-John 2017). Die Ergebnisse des Stimmungsbarometers verdeutlichen, dass von einem Großteil der Bevölkerung als Problem wahrgenommen wird, dass Gemeinschaftlichkeit, Hilfsbereitschaft und gegenseitiger Respekt zunehmend in der Gesellschaft fehlen. Diese Probleme werden vor allem bei Befragten mit niedrigem Schulabschluss erkannt. Befragte mit niedrigerem Schulabschluss nehmen demnach eher die Folgen der Individualisierungsprozesse wahr beziehungsweise haben weniger soziale Teilhabechancen als Befragte mit höherem Schulabschluss. Ein Großteil

der Befragten bringt ein Interesse an gemeinschaftlichen Initiativen zur Verbesserung von Umwelt oder Gesellschaft zum Ausdruck, auch wenn das tatsächliche Engagement geringer ausfällt. Hier ist demnach ein großes Entwicklungspotential vorhanden. Das tatsächliche Engagement ist dabei vor allem bei niedrigschwelligen und bekannten Initiativen und Praktiken am größten. Geringer fällt es bei Praktiken und Initiativen mit hoher Verpflichtung – also einem hohen und regelmäßigen Investment an Zeit und Ressourcen – aus und bei solchen, die weniger bekannt sind. Dabei beteiligen sich vor allem Erwachsene mittleren Alters (28-49 Jahre) in den Initiativen sowie Befragte mit Abitur.

Die Ergebnisse des Stimmungsbarometers zeigen weiterhin, dass Nachbarschaften eine wichtige niedrigschwellige Form von Gemeinschaftlichkeit und Gemeinwohlorientierung darstellen. Damit können sie die Grundlage für eine zukünftige Beteiligung in gemeinschaftsbasierten und gemeinwohlorientierten Initiativen bilden. Dabei ist die gegenseitige Hilfe in der Nachbarschaft vor allem für ältere Menschen und in eher ländlich geprägten Kontexten von Bedeutung. In der Nachbarschaftshilfe beteiligen sich demnach eher andere Bevölkerungsgruppen als an gemeinwohlorientierten Initiativen. Auch dies ist ein Hinweis darauf, dass posttraditionale Vergemeinschaftungen vielgestaltig sind und sich milieuspezifische Präferenzen zeigen.

Die hohe Beteiligung von jungen und gut ausgebildeten Menschen an gemeinschaftsbasierten und gemeinwohlorientierten Initiativen verstärkt die Rolle digitaler Medien für diese Initiativen, da diese Bevölkerungsgruppen diese auch ohnehin verstärkt nutzen. Digitale Medien helfen nicht nur gemeinschaftliche Initiativen zu organisieren, sie ermöglichen auch soziale Beziehungen einzugehen und diese in digitalen Räumen zum Ausdruck zu bringen. Sie sind schließlich ein wichtiges Vehikel für posttraditionale Vergemeinschaftung. Die Beteiligung an gemeinschaftsbasierten und gemeinwohlorientierten Praktiken und Initiativen kann als Ausdruck von sozialem Kapital angesehen werden. Als Motivation für eine Beteiligung an diesen Initiativen, so zeigen die oben dargestellten Befunde, ist „Spaß“ in Verbindung mit der Erfahrung von Selbstwirksamkeit wichtig. „Spaß haben“ ist eine Form von sozialer Anerkennung, da zusammen mit anderen „Spaß“ empfunden wird. Damit wird das „Wir-Gefühl“, das wichtig für den Vergemeinschaftungsprozess ist, unterstützt. „Spaß haben“ sollte darum nicht negativ als Hedonismus, der der Gemeinwohlorientierung entgegengesetzt ist, aufgefasst werden. Weiterhin ist der Altersunterschied zu beachten. Jungen Menschen ist vor allem Spaß wichtig, während die ältere Generation am Engagement eher die Flexibilität schätzt. Bei posttraditionalen Vergemeinschaftungen ist letztendlich nicht die Beständigkeit und Stabilität von spezifischen Sozialbeziehungen von Bedeutung, sondern dass soziale Beziehungen mit einer Vielzahl von Interaktionspartner*innen beständig aufgenommen wird und werden kann.

Die empirischen Befunde des Arbeitspakets 2 bildeten eine wesentliche Grundlage des **Arbeitspakets 3**. Im Mittelpunkt stand hierbei das **Zukunftsforum „Innovative Gemeinschaften im digitalen Zeitalter – den sozial-ökologischen Wandel gestalten“**, das am 27. Juni 2017 in Berlin stattfand. Mit dem Zukunftsforum wurden folgende Ziele verfolgt:

- ▶ die vielfältige Akteurslandschaft innovativer Gemeinschaften kennenzulernen und ihre Relevanz für den sozial-ökologischen Wandel zu diskutieren,
- ▶ neue Akteursallianzen zur Bewältigung der Herausforderungen des sozial-ökologischen Wandels und zur Realisierung von Potenzialen, insbesondere im Zusammenhang mit Digitalisierung, zu identifizieren,
- ▶ die Rolle und Bedeutung von Genossenschaften als Möglichkeit der strukturellen Stabilisierung innovativer Gemeinschaften zu diskutieren sowie
- ▶ die Entwicklung von Strategien und Empfehlungen zur Förderung innovativer Formen von Gemeinschaftlichkeit und Gemeinwohlorientierung zu befördern.

Im Anschluss an das Zukunftsforum wurde in einer zweiten empirischen Phase – im Rahmen des **Arbeitspakets 4** – das Ziel verfolgt, nun einen vertiefenden Einblick in die Akteurslandschaft gemeinwohlorientierter Initiativen zu erhalten und diese systematisch darzustellen. Dabei ging es darum, die in der Praxis vorhandene Diversität gesellschaftlicher Initiativen (unterschiedliche Zielstellungen, Themenfelder, Organisations- und Handlungsstrukturen, Verbreitungsstrategien, Finanzierungsmodelle, Innovationsgrad) zu erfassen. Damit sollten Erkenntnisse gewonnen werden, mit welchen unterschiedlichen umweltpolitischen Unterstützungs- und Förderstrategien die verschiedenen gemeinwohlorientierten Initiativen gestärkt werden können. Hierzu wurden im Zeitraum von Januar 2018 bis April 2018 insgesamt 27 qualitative **Expert*innen-Interviews** mit Vertreter*innen gemeinwohlorientierter Initiativen (15) sowie mit Intermediären (12), das heißt Personen an der Schnittstelle zwischen Initiativen und Verwaltung/Politik/Förderern, durchgeführt. Die Interviews wurden transkribiert, kodiert und systematisch entlang der Forschungsfragen vergleichend ausgewertet. Die Ergebnisse wurden in einem Impulspapier „Innovative Formen gemeinschaftsbasierter und gemeinwohlorientierter Initiativen und ihr Beitrag für ein ökologisch und sozial verträgliches Zusammenleben. Empirische Befunde und Schlussfolgerungen für umweltpolitische Förder- und Unterstützungsstrategien“ zusammengefasst, das im Rahmen eines **Fachgesprächs**, das am 13. April 2018 in Berlin stattfand, vorgestellt und diskutiert wurde. Die Ergebnisse der Interviews wurden darüber hinaus in der UBA-Schriftenreihe mit dem Titel „Innovative gemeinwohlorientierte Initiativen und ihr Beitrag zur sozial-ökologischen Transformation“ (Peuker et al. 2019) veröffentlicht.

Die Expert*innen-Interviews (AP 4) setzten an zentralen Überlegungen der theoretischen Debatten um Gemeinschaft und Vergemeinschaftung einerseits und zu Transformationsprozessen andererseits an, um die Besonderheiten innovativer gemeinwohlorientierter Initiativen herauszuarbeiten und ihre Beiträge zu sozial-ökologischen Transformationen zu ermitteln. Hierbei wurde mit Blick auf die erste Debatte gezeigt, dass die untersuchten Initiativen hinsichtlich vieler Aspekte an die sozialwissenschaftlichen Debatten um Gemeinschaft und Vergemeinschaftung anschlussfähig sind. Darüber hinaus konnte verdeutlicht werden, dass die Besonderheiten der Initiativen vor allem in ihren spezifischen Beiträgen zu sozial-ökologischen Transformationen bestehen. Diese Beiträge sind sehr vielfältig und reichen von Beiträgen, die sich auf das Individuum, seine Selbstermächtigung und Kompetenzen beziehen, bis hin zu Beiträgen, die vor allem auf den lokalen und kommunalen Kontext ausgerichtet sind und sich dort, unter anderem in Experimentierräumen, manifestieren. Eine Besonderheit dieser Initiativen ist vor allem auch darin zu erkennen, dass sie sich als politisch aktiv begreifen und eine nachhaltigere Gesellschaft als Ziel anstreben. Die empirischen Ergebnisse machen darüber hinaus aber auch deutlich, dass die Initiativen mit enormen Herausforderungen bei der Umsetzung ihrer Ziele und Aufgaben konfrontiert sind, die ihr innovatives Potenzial einschränken. Forschungsdesiderate bestehen deshalb vor allem in den Fragestellungen zu den Barrieren und Hemmnissen der Initiativen bei der Erreichung struktureller Wirksamkeit und bei den Veränderungen im Sinne sozial-ökologischer Transformationen. Lohnenswert erscheint es hierfür vor allem, gescheiterte Initiativen in den Blick zu nehmen, um an diesen die Problemlagen zu studieren und stärker verallgemeinern zu können sowie daraus Lernpotenziale abzuleiten.

Mit Blick auf die Transformationsdebatte setzte die Untersuchung konzeptionell auf eine der jüngeren und umfangreichsten Studien (vgl. Ehnert et al. 2018) zu Mechanismen der Beschleunigung eines sozial-ökologischen Wandels auf, hat diese empirisch untersucht und liefert damit weitere Hinweise zur Ausprägung und Bedeutung dieser Mechanismen sowie deren Verhältnis zueinander. Die Mechanismen des Wachstums, der Vervielfältigung, der Organisationsentwicklung und der Vernetzung sind auch in der vorliegenden Untersuchung vielfach zu beobachten gewesen. Auch wenn die diesbezüglichen Aktivitäten bereits mit enormen Anstrengungen seitens der Initiativen verbunden sind, erscheinen sie keinesfalls hinreichend, um die Wandlungsdynamiken zu beschleunigen. Vielmehr werden sie in friedlicher Koexistenz zum bestehenden Regime verfolgt und irritieren dieses dabei (bislang) kaum.

Sie stellen jedoch die Basis, manchmal sogar eine zwingende Voraussetzung (z. B. Rechtsform) für Aktivitäten zur Etablierung weiterer Mechanismen dar, etwa zur Nutzung von Gelegenheitsfenstern, die beispielsweise politische Beschlüsse und (Förder-)Programme bieten.

Die Ergebnisse zeigen, dass die Einbettung von neuen Wegen des Denkens, Handelns und Organisierens in bestehende Systeme (Regime) wichtig zum Anstoßen weiterer Dynamiken, zugleich aber auch sehr voraussetzungsvoll ist. Dort, wo eine solche Einbettung zumindest teilweise gelungen ist, wird der Möglichkeitsraum für weitere Aktivitäten und andere Initiativen deutlich erhöht und das System zumindest sensibilisiert und teilweise geöffnet. Auf dem Weg zur Einbettung scheint dabei der Mechanismus der Brückenbildung durch Schaffung von intermediären Strukturen und Akteuren von zentraler Relevanz zu sein. Oft werden intermediäre Funktionen von den Initiativen selbst wahrgenommen, womit ihnen eine weitere Rolle bezüglich sozial-ökologischer Transformationen (vgl. Frantzeskaki et al. 2016; Ehnert et al. 2019) zukommt. Die Befunde der Expert*innen-Interviews legen den Schluss nahe, dass die untersuchten Mechanismen bezüglich der durch sie angestoßenen Veränderungen unterschiedliche Rollen spielen und teilweise aufeinander aufbauen beziehungsweise einander bedingen. Weitere Forschungsarbeiten sollten sich insbesondere mit der Rolle von Intermediären in verschiedenen Sektoren (Zivilgesellschaft, Politik und Verwaltung, Wirtschaft und Wissenschaft) und mit deren Zusammenwirken sowie deren Kapazitäten zur Einbettung alternativer Denk-, Handlungs- und Organisationsweisen in verschiedene gesellschaftliche Teilsysteme beschäftigen.

Aufbauend auf den vorangehenden Arbeiten und unter kontinuierlichem Rückgriff auf Expertise aus der Praxis wurden im nächsten **Arbeitspaket 5** konkrete **Strategien und Handlungsempfehlungen** entwickelt, wie Umweltpolitik zur Stärkung gemeinwohlorientierter Initiativen konkret beitragen kann. Hierzu wurden mehrere Strategiegespräche durchgeführt. Den Auftakt bildeten **zwei interne Strategiegespräche**, die am 24. Mai 2018 und am 20. Juni 2018 im Umweltbundesamt (Bismarckplatz, Berlin) stattfanden. Die Gespräche dienten der Diskussion der aus den vorangegangenen Arbeitspaketen resultierenden Ergebnisse und der Ableitung und Präzisierung von Handlungsempfehlungen beziehungsweise Teilstrategien. Ein erster Entwurf von zehn Punkten zur Ausformulierung eines ersten Entwurfs für das Strategiepapier wurde erstellt.

Im Anschluss daran folgten **zwei externe Strategiegespräche**, um die Handlungsempfehlungen mit Expert*innen, das heißt, Vertreter*innen gemeinwohlorientierter Initiativen und mit Intermediären, zu diskutieren und weiterzuentwickeln. Ein externes Strategiegespräch zum Thema „Kooperation und Austausch zwischen Kommunen und zivilgesellschaftlichen Akteuren fördern, intermediäre Strukturen ausbauen, co-produktive Räume schaffen!“ fand am 23.11.2018 in Leipzig statt. Ein weiteres Strategiegespräch, am 18. März 2019 im BMU Berlin, fokussierte auf die „Stärkung von gemeinwohlorientierten Initiativen in der digitalen Welt von heute und morgen“. Zu den Strategiegesprächen wurden den Teilnehmer*innen Inputpapiere im Vorfeld zugesandt, die jeweils auf ausgewählte Handlungsansätze fokussierten. In den Strategiegesprächen wurden jeweils folgende Fragen diskutiert:

- ▶ Wie werden die vorgeschlagenen Strategien und damit verbundenen konkreten Handlungsansätze generell eingeschätzt? Welche Vor- und Nachteile sind damit jeweils verbunden? Welche weiteren Ideen und Änderungsvorschläge gibt es?
- ▶ Welche Rollen sollten bei der Umsetzung der Strategien und Handlungsansätze unterschiedliche Politikfelder und -ebenen übernehmen und welche konkreten Unterstützungsmaßnahmen sind seitens der Umweltpolitik erforderlich?
- ▶ Welche finanziellen, rechtlichen, räumlichen und organisatorischen Rahmenbedingungen brauchen intermediäre Akteure, um die formulierten Strategien und Handlungsansätze effizient und effektiv umsetzen zu können und wie können diese Rahmenbedingungen durch wen

hergestellt werden? Auf welchen bestehenden Ansätzen, Instrumenten und Strukturen kann und sollte dabei in den Kommunen aufgebaut werden?

- Welche positiven und negativen Effekte auf partizipatorische und demokratische Strukturen und Prozesse sind durch die Umsetzung der Strategien und Handlungsansätze zu erwarten?

Um die Handlungsansätze weiter zu validieren und zu konkretisieren sowie die Projektergebnisse vertiefend zu diskutieren, waren im Rahmen des Arbeitspakets 5 weitere Schritte geplant. Zum einen wurden weitere zwölf Expert*innen zur schriftlichen Kommentierung der Handlungsansätze und zu mündlichen Feedbackgesprächen aufgefordert (1). Zum anderen wurden weitere fünf problemzentrierte Interviews mit Expert*innen insbesondere zu rechtlichen und förderpolitischen Fragen durchgeführt (2). Dazu wurde als Input ein Vorentwurf der Handlungsansätze, zu denen die Expertise eingeholt werden sollte, im Vorfeld an die Interviewpartner*innen versandt. Die Ergebnisse beider Arbeitsschritte flossen in die Überarbeitung und Weiterentwicklung der Handlungsansätze ein. Ein dritter Schwerpunkt zur Diskussion der Ergebnisse und Handlungsansätze bestand darin, diese auf wissenschaftlichen Tagungen zu präsentieren (3). Hiermit wurde das Ziel verfolgt, vor allem die empirischen Ergebnisse des UBA-Projektes in wissenschaftliche Diskurse und Fachtagungen zu posttraditionalen Gemeinschaften, zu bürgerschaftlichem Engagement und zur Transformationsforschung einzubringen. Die Ergebnisdiskussionen im Rahmen der Fachtagungen flossen im Anschluss in die Projektarbeit ein und wurden zur Überarbeitung der Gesamtstrategie herangezogen. Neben der Einbettung der Projektergebnisse in wissenschaftliche Diskurse wurden die Ergebnisse des AP 5 zusammen mit den Erkenntnissen aus AP4 in der dort bereits erwähnten Publikation im Rahmen der **UBA-Schriftenreihe** veröffentlicht (Peuker et al. 2019).

Das Arbeitspaket 5 fand seinen Abschluss mit der Präsentation der finalen „Handlungsansätze zur Stärkung gemeinwohlorientierter Initiativen für die sozial-ökologische Transformation“ im Rahmen eines Kolloquiums am 4. Juni 2019 im Umweltbundesamt, Berlin. Teilnehmer*innen waren vor allem Vertreter*innen gemeinwohlorientierter Initiativen, Intermediäre und politische Vertreter*innen. Im Nachgang zum Kolloquium wurden letzte Empfehlungen und Hinweise der Akteure in das Gesamtstrategiepapier aufgenommen und in der **UBA-Broschüre** „Handlungsansätze für die Förderung und Unterstützung innovativer gemeinwohlorientierter Initiativen“ (Rückert-John et al. 2020) veröffentlicht. Kern der Broschüre sind die folgenden acht Handlungsansätze:

- Kooperation und Austausch zwischen Kommunen und zivilgesellschaftlichen Akteuren sollten gefördert sowie intermediäre Strukturen ausgebaut und co-produktive Orte geschaffen werden.
- Zugänge zu Flächen und Räumen sollten ermöglicht, symbolische und konkrete Experimentierräume und Freiräume offengehalten werden.
- Zivilgesellschaftliche Organisationen für die Fachberatung von Initiativen sollten gestärkt und ihre Vernetzung gefördert werden.
- Förderstrukturen sollten besser auf die verschiedenen Entwicklungsphasen von zivilgesellschaftlichen Initiativen ausgerichtet werden.
- Eine geeignete digitale Governance sollte die Potenziale von gemeinwohlorientierten Initiativen aufgreifen und ihnen Freiräume verschaffen.
- Digitale Kompetenzen (Digital Literacy) von gemeinwohlorientierten Initiativen sollten gestärkt und die gesellschaftliche Teilhabe im Kontext der Digitalisierung gefördert werden.
- Durch Anerkennung gemeinwohlorientierter Initiativen sollten die sozial-ökologischen Aspekte gestärkt, die Teilhabechancen erhöht und die Vielfalt in der Gesellschaft einbezogen werden.

- Das Vereins- und Steuerrecht sollte vereinfacht, das Gemeinnützigkeitsrecht angepasst werden.

Summary

The challenges of sustainable development are enormous. Meeting them therefore requires the participation of all social actors. Against this background, the role of social-ecological forms of coexistence and public welfare orientation for environmental and social policy of the present and the future has been increasingly emphasized in recent years. These initiatives often originate "from within society" and in the living environments of the citizens. Multi-generational living, co-housing and co-working, open workshops and creative neighbourhood centres, community gardens and online platforms for exchange, lending and co-creation - there are already numerous examples of innovative forms of community and common-good orientation that are working out concrete solutions for socio-ecological change. The initiatives make a valuable contribution to a good and solidary living together. The discussion will therefore focus on how these communities are dealing with the manifold challenges of social stabilization and dissemination and how they can be supported and promoted.

These innovative initiatives oriented towards the common good were the subject of the research project "Environmental Policy Support and Promotion Strategies to Strengthen Socio-Ecological Forms of Coexistence and Orientation towards the Common Good" funded by the Federal Environment Agency and the Federal Ministry for the Environment, Nature Conservation and Nuclear Safety. By means of transdisciplinary workshops, a representative population survey and qualitative interviews with supporters and participants of the initiatives, the research project investigated innovative forms of initiatives oriented towards the common good and their contribution to socio-ecological transformation processes. The overall aim of the research project was to identify supportive framework conditions to support innovative initiatives for the common good and to develop recommendations for (environmental) policy measures.

A broad spectrum of different activities and forms of organisation can be understood by "initiatives for the common good". In the project, those initiatives that refer to both the "community" and the "common good" were considered in particular. The participants' own interests contribute to the common good or go beyond the immediate interests of the group. They do not act in a profit-oriented manner and their approach helps the general public to solve social-ecological problems. It is a particular challenge to integrate the social and ecological values and goals - as expressed, for example, in the global development goals (Sustainable Development Goals (SDG)) - into the organisation and practice of the initiatives.

In **work package 1**, a discussion paper was first prepared. It presented the starting point and the basic questions of the project and defined the central terms. Taking into account different fields of action as well as specific characteristics of innovative, community and common good-oriented initiatives, the range of interesting phenomena for empirical observation was spanned in the follow-up work packages. An in-depth chapter dealt with the various organisational forms of the initiatives of interest; in addition, the role of digitisation was discussed in detail in a further in-depth chapter.

Two theoretical debates in the social and political sciences were important for the conception of the study: On the one hand, the debate on communality and communitarization, in order to examine the different understandings of community and its contribution to social cohesion and a sustainable way of life. On the other hand, the debate on transformation research, in order to examine above all the challenges with which the initiatives are confronted, but also the impact that the initiatives can have in relation to the political and legal framework conditions.

In the debate on post-traditional community building, great importance is attached to innovative initiatives for the common good because they have the potential and opportunities for social change, which is often understood as socio-ecological transformation. This potential for social change is also recognized by politicians and leads to the question of how innovative initiatives for the common good

can be supported and promoted in order to develop and strengthen their potential. The topics of community and communitization have a long tradition in the social sciences and have different historical cycles. Against the background of modern society as a globalised and internationalised society, the debates on community and communitisation are also becoming topical again. In this context, it is often a matter of working out the special potentials and novelties of communities (such as eventisation, cf. Betz 2016) and the process of communitisation (cf. Hitzler et al. 2008), often in opposition to society.

Innovative initiatives oriented towards the common good are also attributed great importance in theoretical considerations and concepts of transformation research because they test new ways of thinking, acting and organising in niches and thus offer alternatives to existing (non-sustainable) systems (regimes). Building on this, politics and administration have recently begun to actively promote the testing of alternative ways of thinking, acting and organizing within the framework of real laboratories, Urban Living Labs and similar approaches. How these alternatives can be scaled up to the level of society as a whole in order to accelerate socio-ecological change and what role politics can play in this process is only just beginning to be worked out (Kny 2015, Wunder 2019). Rather, the field of research in this respect is characterised by parallel empirical studies and heterogeneity, whereby many conceptual and conceptual fuzziness and overlaps can be observed (see Augenstein et al. 2019). For transformation research, this raises all the more the question as to which dynamics during and after the experimental phase (cf. also pre-development phase, Rotmans/Kemp 2001) are important for initiating and accelerating transformation processes.

In the project, theses were developed on the thematic focus "Digitisation and public welfare-oriented initiatives", which are described in more detail in Chapter 2.3. The theses focus on the organisation of communities using digital media, the potential of digitisation for overcoming spatial boundaries and for networking, cooperation and exchange between small and decentralised communities, enabling social participation in knowledge production and dissemination through digitisation, and the relationship between digitisation and sustainability.

Within the framework of **work package 2**, a mood barometer was conducted as a representative population survey in the form of telephone interviews. The mood barometer "common good" was realised by KANTAR EMNID in May 2017. Citizens from the German resident population aged 14 years and older were interviewed (N=1,015). The aim of the barometer was to obtain a picture of opinion in order to determine the importance of community spirit and orientation towards the common good for their everyday lives. The results were published in the publication series of the Institute for Social Innovation (Peuker/Rückert-John 2017).

The results of the mood barometer show that a large part of the population perceives as a problem that community spirit, helpfulness and mutual respect are increasingly missing in society. These problems are perceived above all by respondents with low school-leaving qualifications. Accordingly, respondents with lower school-leaving qualifications are more likely to perceive the consequences of individualisation processes or have fewer opportunities for social participation than respondents with higher school-leaving qualifications.

The majority of respondents express an interest in joint initiatives to improve the environment or society, even if the actual commitment is lower. There is therefore great potential for development in this area. The actual commitment is greatest in low-threshold and well-known initiatives and practices. It is lower for practices and initiatives with a high level of commitment - i.e. a high and regular investment of time and resources - and for those that are less well known. Middle-aged adults (28-49 years old) and respondents with a high school diploma are the main participants in these initiatives.

The results of the barometer of public opinion also show that neighbourhoods are an important low-threshold form of community spirit and orientation towards the common good. They can thus form the

basis for future participation in community-based and community-focused initiatives. Mutual assistance in the neighbourhood is particularly important for older people and in more rural contexts. Accordingly, other population groups are more likely to participate in neighbourhood assistance than in community-based initiatives. This, too, is an indication that post-traditional communalisations take many forms and that milieu-specific preferences are evident.

The high participation of young and well-educated people in community-based and charitable initiatives strengthens the role of digital media for these initiatives, as these population groups are making greater use of them anyway. Digital media not only help to organise community initiatives, they also enable social relationships to be established and expressed in digital spaces. After all, they are an important vehicle for post-traditional community building.

Participation in community-based and community-based practices and initiatives can be seen as an expression of social capital. As motivation for participation in these initiatives, the above findings show that "fun" is important in conjunction with the experience of self-efficacy. "Having fun" is a form of social recognition because "fun" is felt together with others. This supports the "we-feeling", which is important for the communalization process. "Having fun" should therefore not be seen negatively as a hedonism that is contrary to the general welfare orientation. Furthermore, the age difference should be taken into account. Young people are mainly interested in having fun, while the older generation values flexibility more. In post-traditional communities, it is not the stability of specific social relationships that is important, but that social relationships with a multitude of interaction partners are and can be established continuously.

Work package 3 included the implementation of the Future Forum "Innovative communities in the digital age - shaping social-ecological change" on 27 June 2017 in Berlin. The following objectives were pursued with the Future Forum:

- ▶ to get to know the diverse actors of innovative communities and to discuss their relevance for social-ecological change,
- ▶ to identify new alliances of actors to meet the challenges of socio-ecological change and to realise potentials, especially in connection with digitisation
- ▶ to discuss the role and importance of cooperatives as a possibility for structural stabilisation of innovative communities and
- ▶ to promote the development of strategies and recommendations for the promotion of innovative forms of community and public welfare orientation.

The aim of **work package 4** was to gain an in-depth insight into the actors involved in public welfare-oriented initiatives and to present them systematically. The aim was to record the diversity of social initiatives in practice (different objectives, thematic fields, organisational and action structures, dissemination strategies, financing models, degree of innovation). The aim was to gain insights into the various environmental support and promotion strategies that can be used to strengthen the various public welfare initiatives. To this end, a total of 27 qualitative expert interviews were conducted between January 2018 and April 2018 with representatives of initiatives for the common good (15) and with intermediaries (12), i.e. people at the interface between initiatives and administration/policy/sponsors. The interviews were transcribed, coded and systematically evaluated in a comparative manner along the research questions. The results were published in an impulse paper "Innovative forms of community-based and community-focused initiatives and their contribution to an ecologically and socially acceptable coexistence. Empirical findings and conclusions for environmental policy promotion and support strategies", which was presented and discussed at an expert meeting held in Berlin on 13 April 2018. In addition, the results of the interviews were published in the UBA publication

series entitled "Innovative initiatives for the common good and their contribution to socio-ecological transformation" (Peuker et al. 2019).

The present study was based on the central considerations of these debates in order to identify the special features of innovative initiatives for the common good and their contribution to social-ecological transformations. It has been shown that the initiatives examined can be linked to the social science debates on community and communitization in many respects. Furthermore, it could be shown that the special features of the initiatives are above all their specific contributions to socio-ecological transformations. These contributions are very diverse and range from contributions that relate to the individual, his or her self-empowerment and competencies, to contributions that are primarily geared to the local and communal context and manifest themselves there, including in experimental spaces. A special feature of these initiatives can be seen above all in the fact that they see themselves as politically active and strive for a more sustainable society as their goal. The empirical results also make it clear, however, that the initiatives face enormous challenges in implementing their goals and tasks, which limits their innovative potential. Therefore, research desiderata exist primarily in the questions of the barriers and obstacles of the initiatives in achieving structural effectiveness and in the changes in terms of socio-ecological transformations. In this context, it seems particularly worthwhile to take a look at failed initiatives in order to study and generalise the problem situations and to derive learning potentials from them.

With a view to the transformation debate, the study was conceptually based on one of the most recent and comprehensive studies (cf. Ehnert et al. 2018) on mechanisms of accelerating social-ecological change, examined it empirically, and thus provides further evidence on the characteristics and significance of these mechanisms and their relationship to each other. The mechanisms of growth, multiplication, organisational development and networking have also been observed in many cases in the present study. Even if the activities in this area are already associated with enormous efforts on the part of the initiatives, they do not appear to be sufficient to accelerate the dynamics of change. Rather, they are being pursued in peaceful coexistence with the existing regime and have (so far) hardly irritated it. However, they represent the basis, sometimes even a mandatory prerequisite (e.g. legal form) for activities aimed at establishing further mechanisms, such as the use of windows of opportunity, which for example offer political decisions and (support) programmes.

The results show that the embedding of new ways of thinking, acting and organizing in existing systems (regimes) is important for triggering further dynamics, but at the same time it is also very pre-suppositional. Where such an embedding has been at least partially successful, the scope for further activities and other initiatives is significantly increased and the system is at least sensitized and partially opened. On the way to embedding, the mechanism of bridge-building by creating intermediate structures and actors seems to be of central relevance. Often, intermediary functions are performed by the initiatives themselves, which gives them a further role in socio-ecological transformations (see Frantzeskaki et al. 2016; Ehnert et al. 2019).

The present study suggests that the mechanisms under investigation play different roles with regard to the changes they initiate, and that they partly build on each other or are interdependent. Further research should focus in particular on the role of intermediaries in different sectors (civil society, politics and administration, business and science) and their interaction, as well as their capacities to embed alternative ways of thinking, acting and organizing in different social subsystems.

The aim of **work package 5** was to build on the previous work and to develop concrete strategies and recommendations for action based on continuous access to practical expertise on how environmental policy can make a concrete contribution to strengthening initiatives for the common good. To this end, several strategy meetings were held. The first of these were two internal strategy meetings held on 24th of May 2018 and on 20 June 2018 at the Federal Environment Agency (Bismarckplatz, Berlin). The

talks served to discuss the results of the previous work packages and to derive and specify recommendations for action or partial strategies. A first draft of ten points for the formulation of a first draft of the strategy paper was prepared.

This was followed by two external strategy meetings in order to discuss and further develop the recommendations for action with ex-perpetrators, i.e. representatives of initiatives for the common good, and with intermediaries. An external strategy meeting on "Promoting cooperation and exchange between municipalities and civil society actors, expanding intermediary structures, creating co-productive spaces" took place in Leipzig on 23 November 2018. A further strategy meeting, on 18 March 2019 at the Federal Ministry of the Environment, Nature Conservation and Nuclear Safety (BMU) in Berlin, focused on "Strengthening public welfare-oriented initiatives in the digital world of today and tomorrow". Prior to the strategy talks, the participants were sent input papers, each of which focused on selected approaches. The following questions were discussed in the strategy meeting itself:

- ▶ What is the general assessment of the proposed strategies and related concrete approaches? What are the advantages and disadvantages of each? What other ideas and proposed changes are there?
- ▶ What roles should different policy areas and levels of government play in the implementation of the strategies and approaches, and what concrete support measures are required for environmental policy?
- ▶ What financial, legal, spatial and organisational framework conditions do intermediary actors need in order to implement the formulated strategies and approaches efficiently and effectively, and how can these framework conditions be created and by whom? Which existing approaches, instruments and structures can and should be built upon in the municipalities?
- ▶ What positive and negative effects on participatory and democratic structures and processes can be expected from the implementation of the strategies and approaches?

In order to validate and further concretise the action approaches and to discuss the project results in more detail, further steps were planned within the framework of the work package. On the one hand, further experts were invited to comment on the approaches in writing and to give oral feedback (1). On the other hand, another seven problem-centred interviews with experts were conducted, particularly on legal and funding policy issues (2). For this purpose, a preliminary draft of the approaches on which the expertise was to be obtained was sent to the interviewee in advance as input. The results of both work steps were incorporated into the revision and further development of the approaches. A third focus for the discussion of the results and approaches was to present them at scientific conferences (3). This was done with the aim of integrating the empirical results of the UBA project into scientific discourses on post-traditional communities, civic engagement, and transformation research.

Work package 5 was concluded with the presentation of the final "Approaches to strengthen initiatives for social-ecological transformation oriented towards the common good" at a colloquium on June 4, 2019 at the Federal Environment Agency, Berlin. Participants were mainly representatives of initiatives for the common good, intermediaries and political representatives. Following the colloquium, the final recommendations and suggestions of the actors were incorporated into the overall strategy paper and published in the form of an UBA brochure entitled "Approaches for the promotion and support of innovative public interest initiatives" (Rückert-John et al. 2020). On the basis of all empirical findings of the project, eight approaches were identified which were further pursued in the project.

- ▶ Cooperation and exchange between municipalities and civil society actors should be promoted, intermediary structures expanded and co-productive places created.

- ▶ Access to areas and spaces should be made possible, symbolic and concrete experimental spaces and open spaces should be kept open.
- ▶ Civil society organisations providing expert advice to initiatives should be strengthened and their networking promoted.
- ▶ Support structures should be better geared to the various development phases of civil society initiatives.
- ▶ Appropriate digital governance should take up the potential of initiatives oriented towards the common good and create scope for them.
- ▶ Digital literacy of initiatives for the common good should be strengthened and social participation in the context of digitisation promoted.
- ▶ By recognising initiatives for the common good, the social-ecological aspects should be strengthened, the chances of participation increased and diversity in society included.
- ▶ Association and tax law should be simplified and the law on non-profit organisations adapted.

1 Einleitung

1.1 Problemhintergrund und Zielsetzung des Projekts

Seit einigen Jahren wird verstärkt die Rolle sozial-ökologischer Formen von Zusammenleben und Gemeinwohlorientierung für die Umwelt- und Gesellschaftspolitik der Gegenwart und Zukunft diskutiert. Diese Initiativen entstehen häufig „aus der Gesellschaft heraus“ und in den Lebenswelten der Bürger*innen. Beispiele hierfür sind Mehrgenerationenwohnen, Co-housing und Co-working, offene Werkstätten und kreative Nachbarschaftszentren, Gemeinschaftsgärten und Online-Plattformen für Tausch, Verleih und Co-Kreation. Das Potenzial dieser innovativen Formen von Gemeinschaftlichkeit und Gemeinwohlorientierung wird nicht nur darin gesehen, dass hier konkrete Lösungen für gesellschaftliche Probleme und Herausforderungen sozial-ökologischen Wandels erarbeitet werden. Vielmehr werden sie auch als Beiträge für auf Gemeinwohl orientiertes freiwilliges Engagement und für eine gelebte Praxis der Verantwortungsübernahme sowie für gesellschaftliche Mitgestaltung gesehen (BMUB 2015, Bundesregierung 2017). Darüber hinaus spielen die Initiativen auch eine wichtige Rolle für die Umwelt- und Gesellschaftspolitik der Gegenwart und Zukunft. So weist das 2016 von der Bundesregierung verabschiedete Nationale Programm für nachhaltigen Konsum dem verantwortungsvollen Konsumhandeln von Verbraucherinnen und Verbrauchern eine zentrale Rolle für eine sozial-ökologische Entwicklung und dem hierfür notwendigen Strukturwandel in Wirtschaft und Gesellschaft zu (Bundesregierung 2017).

Diese innovativen und am Gemeinwohl orientierten Initiativen waren Gegenstand des vom Umweltbundesamt (UBA) und dem Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit (BMU) beauftragten Forschungsvorhabens „Umweltpolitische Unterstützungs- und Förderstrategien zur Stärkung sozial-ökologischer Formen von Zusammenleben und Gemeinwohlorientierung“¹. Mittels transdisziplinärer Workshops, einer repräsentativen Bevölkerungsumfrage sowie qualitativer Interviews mit Förder*innen und Beteiligten der Initiativen wurden im Forschungsprojekt innovative Formen gemeinwohlorientierter Initiativen und ihr Beitrag für sozial-ökologische Transformationsprozesse untersucht. Das **Ziel des Projekts** bestand darin, förderliche Rahmenbedingungen zur Unterstützung innovativer gemeinwohlorientierter Initiativen und Empfehlungen für (umwelt-)politische Fördermaßnahmen herauszuarbeiten. Zentrale Forschungsfragen waren hierbei die Folgenden:

- ▶ Welche innovativen Formen von Gemeinschaftlichkeit und Gemeinwohlorientierung gibt es in unserer Gesellschaft und welchen Beitrag leisten sie für ein sozial-ökologisch verträgliches Zusammenleben?
- ▶ Welche Rahmenbedingungen sind förderlich oder hinderlich für innovative, sozial-ökologische Formen von Gemeinschaftlichkeit und Gemeinwohlorientierung? Wie organisieren sich diese Initiativen und wie können sie längerfristig stabilisiert werden?
- ▶ Welche Rolle spielt Digitalisierung bei der Entwicklung und Etablierung innovativer, gemeinwohlorientierter Gemeinschaften?
- ▶ Wie kann Umweltpolitik diese Initiativen unterstützen und zur Stärkung sozial-ökologisch verträglicher Formen des Zusammenlebens und der Gemeinwohlorientierung beitragen?

¹ Das Forschungsvorhaben wurde gemeinsam vom Institut für Sozialinnovation Consulting (ISIconsult), dem Leibniz-Institut für ökologische Raumentwicklung (IÖR) und dem Forschungs- und Beratungsinstitut adelphi im Auftrag des Umweltbundesamts und Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit durchgeführt (Laufzeit 12/2016 – 11/2020). Die Auftraggeber übernehmen keine Gewähr für die Richtigkeit, Genauigkeit und Vollständigkeit der im Papier dargelegten Angaben sowie für die Beachtung der privaten Rechte Dritter. Die geäußerten Ansichten und Meinungen müssen nicht mit denen der Auftraggeber übereinstimmen.

Unter „gemeinwohlorientierten Initiativen“ werden ein breites Spektrum verschiedener Aktivitäten und Organisationsformen verstanden. Es handelt sich hierbei vor allem um Initiativen, die sich sowohl auf die „Gemeinschaft“ als auch auf das „Gemeinwohl“ beziehen. Die Eigeninteressen der Akteure tragen zum Gemeinwohl bei oder gehen über die unmittelbaren Gruppeninteressen hinaus. Sie agieren nicht gewinnorientiert und verhelfen in ihrem Ansatz der Allgemeinheit zur Lösung sozial-ökologischer Probleme. Die Initiativen entstehen häufig aus der Gesellschaft heraus und in den Lebenswelten der Bürger*innen. Sie basieren in der Regel auf neuen Formen von Gemeinschaftlichkeit, die nicht auf Verwandtschaftsverhältnissen beruhen, sondern selbstgewählt sind, in Bezug auf ideelle Interessen entstehen und teilweise zeitlich beschränkt sind. Sie sind offen für neue Akteure oder Gruppen und orientieren sich an kooperativen, partizipativen, demokratischen und / oder inkludierenden Werten.

1.2 Ablauf des Projekts

Um die genannten Zielsetzungen zu erreichen und die forschungsleitenden Fragestellungen zu beantworten, wurde zunächst im Arbeitspaket 1 mit einem **Diskussionspapier** eine gemeinsame Verständigungsgrundlage geschaffen. Hierbei wurden die Projektfragestellungen hergeleitet und die zentralen Begriffe bestimmt. Unter Berücksichtigung verschiedener Handlungsfelder sowie spezifischer Charakteristika innovativer, gemeinwohlorientierter Initiativen wurde die Bandbreite interessierender Phänomene für die empirische Beobachtung in den Folgearbeitspaketen aufgespannt. Ein Vertiefungskapitel befasste sich mit den verschiedenen Organisationsformen der Initiativen. Zudem wurde die Rolle der Digitalisierung in einem weiteren Vertiefungskapitel umfassend diskutiert. Dieses Kapitel wurde als Thesenpapier für ein erstes **Sondierungsgespräch** genutzt, das am 5. April 2017 mit 28 Teilnehmer*innen im BMUB stattfand. Hierbei ging es vor allem um Chancen und Herausforderungen der Digitalisierung für die Entstehung und Stabilisierung innovativer, gemeinwohlorientierter Initiativen sowie für deren gesellschaftliche Wirkungen.

Nachdem im Arbeitspaket 1 eine gemeinsame theoretische und begriffliche Ausgangsbasis geschaffen wurde, ging es Arbeitspaket 2 darum, empirisch zu erfragen, welchen Stellenwert Gemeinschaftlichkeit und Gemeinwohl im Lebensalltag der deutschen Bevölkerung einnehmen. Hierzu wurde ein **Stimmungsbarometer „Gemeinwohl“** im Mai 2017 als repräsentative telefonische Bevölkerungsumfrage durchgeführt. Befragt wurden Bürger*innen der deutschen Wohnbevölkerung ab 14 Jahre (N=1.015). Die Ergebnisse wurden in der Schriftenreihe des Instituts für Sozialinnovation veröffentlicht (Peucker/Rückert-John 2017)².

Im nächsten Schritt wurden hierauf aufbauend (Arbeitspaket 3) Zukunftsperspektiven gemeinwohlorientierter Initiativen und Gemeinschaften diskutiert. Hierzu wurde das **Zukunftsforum** „Innovative Gemeinschaften im digitalen Zeitalter – den sozial-ökologischen Wandel gestalten“ am 27. Juni 2017 in Berlin durchgeführt.³ Mit dem Zukunftsforum wurden folgende Ziele verfolgt:

- ▶ die vielfältige Akteurslandschaft innovativer Gemeinschaften kennenzulernen und ihre Relevanz für den sozial-ökologischen Wandel zu diskutieren,
- ▶ neue Akteursallianzen zur Bewältigung der Herausforderungen des sozial-ökologischen Wandels und zur Realisierung von Potenzialen, insbesondere im Zusammenhang mit Digitalisierung, zu identifizieren,
- ▶ die Rolle und Bedeutung von Genossenschaften als Möglichkeit der strukturellen Stabilisierung innovativer Gemeinschaften zu diskutieren sowie

² <https://isinova.org/wp-content/uploads/2020/01/BzS19.pdf> (abgerufen am 25.11.2020)

³ Siehe hierzu auch die Ergebnisdokumentation unter <https://zukunft-gemeinwohl.de/> (abgerufen am 25.11.2020)

- die Entwicklung von Strategien und Empfehlungen zur Förderung innovativer Formen von Gemeinschaftlichkeit und Gemeinwohlorientierung zu befördern.

Im Ergebnis des Zukunftsforums konnte ein breiter Austausch zu Chancen und Herausforderungen gemeinwohlorientierter Initiativen für den sozial-ökologischen Wandel angeregt und eine Vernetzung gemeinwohlorientierter Initiativen initiiert werden. Einige gemeinwohlorientierte Initiativen und ihre Vertreter*innen begleiteten das Projekt im weiteren Prozess und stellten ihre Expertise und Erfahrungen zur Verfügung (Begleitkreis). Die Ergebnisse des Zukunftsforums stellten auch eine wesentliche Grundlage für die zweite empirische Phase des Projekts dar.

Hierzu wurde mit dem Arbeitspaket 4 das Ziel verfolgt, einen vertiefenden Einblick in die Akteurslandschaft gemeinwohlorientierter Initiativen zu erhalten und diese systematisch darzustellen. Dabei ging es darum, die in der Praxis vorhandene Diversität gesellschaftlicher Initiativen zu erfassen. Besonderes Augenmerk wurde hierbei vor allem auf unterschiedliche Zielstellungen, Themenfelder, Organisations- und Handlungsstrukturen, Verbreitungsstrategien, Finanzierungsmodelle und Innovationsgrade gelegt. Damit sollten Erkenntnisse gewonnen werden, mit welchen unterschiedlichen umweltpolitischen Unterstützungs- und Förderstrategien gemeinwohlorientierte Initiativen gestärkt werden können. Im Zeitraum von Januar bis April 2018 wurden 27 qualitative **Expert*innen-Interviews** mit Vertreter*innen gemeinwohlorientierter Initiativen (15) sowie mit Intermediären (12), das heißt Personen an der Schnittstelle zwischen Initiativen und Verwaltung/Politik/Förderern, durchgeführt. Die Ergebnisse wurden in einem Impulspapier „Innovative Formen gemeinschaftsbasierter und gemeinwohlorientierter Initiativen und ihr Beitrag für ein ökologisch und sozial verträgliches Zusammenleben. Empirische Befunde und Schlussfolgerungen für umweltpolitische Förder- und Unterstützungsstrategien“ zusammengefasst, das im Rahmen eines **Fachgesprächs**, das am 13. April 2018 in Berlin stattfand, vorgestellt und diskutiert wurde. Diese Ergebnisse wurden darüber hinaus in der UBA-Schriftenreihe mit dem Titel „Innovative gemeinwohlorientierte Initiativen und ihr Beitrag zur sozial-ökologischen Transformation“ (Peuker et al. 2020)⁴ veröffentlicht.

Aufbauend auf den vorangegangenen Arbeiten und unter kontinuierlichem Rückgriff auf Expertise aus der Praxis wurden im Anschluss (AP 5) **konkrete Strategien und Handlungsempfehlungen** entwickelt, wie Umweltpolitik zur Stärkung gemeinwohlorientierter Initiativen konkret beitragen kann. Hierzu wurden mehrere Strategiegelgespräche durchgeführt. Den Auftakt bildeten zwei interne Strategiegelgespräche, die am 24. Mai 2018 und am 20. Juni 2018 im Umweltbundesamt (Bismarckplatz, Berlin) stattfanden. Die Gespräche dienten der Diskussion der aus den vorangegangenen Arbeitspaketen resultierenden Ergebnisse und der Ableitung und Präzisierung von Handlungsempfehlungen beziehungsweise Teilstrategien. Ein erster Entwurf von zehn Punkten zur Ausformulierung eines ersten Entwurfs für das Strategiepapier wurde erstellt. Im Anschluss daran folgten zwei externe Strategiegelgespräche, um die Handlungsempfehlungen mit Vertreter*innen gemeinwohlorientierter Initiativen und Intermediären zu diskutieren und weiterzuentwickeln. Ein externes **Strategiegelgespräch** zum Thema „Kooperation und Austausch zwischen Kommunen und zivilgesellschaftlichen Akteuren fördern, intermediäre Strukturen ausbauen, co-produktive Räume schaffen!“ fand am 23.11.2018 in Leipzig statt. Ein weiteres **Strategiegelgespräch**, am 18. März 2019 im BMU Berlin, fokussierte auf die „Stärkung von gemeinwohlorientierten Initiativen in der digitalen Welt von heute und morgen“. Zu den Strategiegel-

⁴ https://www.umweltbundesamt.de/sites/default/files/medien/479/publikationen/texte_104-2020_innovative_gemeinwohlorientierte_initiativen_und_ihr_beitrag_zur_sozial-oekologischen_transformation_0.pdf (abgerufen am 25.11.2020)

sprächen wurden den Teilnehmer*innen Inputpapiere im Vorfeld zugesandt, die jeweils auf ausgewählte Handlungsansätze fokussierten. Im Strategiegespräch selbst wurden folgende Fragen diskutiert:

- ▶ Wie werden die vorgeschlagenen Strategien und damit verbundenen konkreten Handlungsansätze generell eingeschätzt? Welche Vor- und Nachteile sind damit jeweils verbunden? Welche weiteren Ideen und Änderungsvorschläge gibt es?
- ▶ Welche Rollen sollten bei der Umsetzung der Strategien und Handlungsansätze unterschiedliche Politikfelder und -ebenen übernehmen und welche konkreten Unterstützungsmaßnahmen sind seitens der Umweltpolitik erforderlich?
- ▶ Welche finanziellen, rechtlichen, räumlichen und organisatorischen Rahmenbedingungen brauchen intermediäre Akteure, um die formulierten Strategien und Handlungsansätze effizient und effektiv umsetzen zu können und wie können diese Rahmenbedingungen durch wen hergestellt werden? Auf welchen bestehenden Ansätzen, Instrumenten und Strukturen kann und sollte dabei in den Kommunen aufgebaut werden?
- ▶ Welche positiven und negativen Effekte auf partizipatorische und demokratische Strukturen und Prozesse sind durch die Umsetzung der Strategien und Handlungsansätze zu erwarten?

Um die Handlungsansätze nochmals zu validieren und weiter zu konkretisieren sowie die Projektergebnisse vertiefend zu diskutieren, wurden im Rahmen des Arbeitspakets 5 weitere Schritte umgesetzt. Zum einen wurden weitere zwölf Expert*innen zur schriftlichen Kommentierung der Handlungsansätze und zu mündlichen Feedbackgesprächen aufgefordert (1).⁵ Hierunter waren Vertreter*innen gemeinwohlorientierter Initiativen, die bereits an früheren Veranstaltungen des Projekts teilnahmen und zum Begleitkreis gehörten. Zum anderen wurden weitere fünf problemzentrierte Interviews mit Expert*innen insbesondere zu rechtlichen und förderpolitischen Fragen durchgeführt (2). Dazu wurde im Vorfeld des Interviews ein Vorentwurf der jeweiligen Handlungsansätze, zu denen die Expertise eingeholt werden sollte, an die Expert*innen versandt. Die konkreten Anregungen und Kommentierungen der Handlungsansätze flossen in die Überarbeitung und Weiterentwicklung ein. Ein dritter Schwerpunkt zur Diskussion der Ergebnisse und Handlungsansätze bestand darin, diese auf wissenschaftlichen Tagungen zu präsentieren (3). Hiermit wurde das Ziel verfolgt, vor allem die empirischen Ergebnisse des UBA-Projektes in wissenschaftliche Diskurse zu posttraditionalen Gemeinschaften, zu bürgerschaftlichen Engagement und zur Transformationsforschung einzubringen. Ein Vortrag zur „Rolle innovativer zivilgesellschaftlicher Initiativen im sozial-ökologischen Transformationsprozess“ wurde von Jana Rückert-John und Birgit Peuker (Institut für Sozialinnovation, Berlin) auf der Konferenz der Akademie für Raumforschung und Landesplanung „Postwachstum und Transformation“ (27.-28.6.2019 in Kassel) gehalten. Ein zweiter Vortrag mit dem Titel „Re-structuring relations between community-based initiatives and public bodies – How public funding influences community-based initiatives in Germany“ wurde im Rahmen der internationalen „Leverage Points Conference“ von Anna Betsch am 08.02.2019 in Lüneburg gehalten. Die Ergebnisdiskussionen im Rahmen der Fachtagungen flossen im Anschluss in die Projektarbeit ein und wurden zur Überarbeitung der Gesamtstrategie herangezogen.

Das Arbeitspaket 5 fand seinen Abschluss mit der Präsentation der finalen „Handlungsansätze zur Stärkung gemeinwohlorientierter Initiativen für die sozial-ökologische Transformation“ im Rahmen eines **Kolloquiums** am 4. Juni 2019 im Umweltbundesamt, Berlin. Teilnehmer*innen waren vor allem

⁵ Die Methode der schriftlichen und mündlich-telefonischen Kommentierung wurde vor allem deshalb genutzt, da das geplante dritte externe Strategiegespräch „Sozial-ökologische Aspekte in der Förderung stärken und verankern“ aufgrund von Terminproblemen nicht stattfand.

Vertreter*innen gemeinwohlorientierter Initiativen, Intermediäre und politische Vertreter*innen. Im Nachgang zum Kolloquium wurden letzte Empfehlungen und Hinweise der Akteure in das Gesamtstrategiepapier aufgenommen und in Form einer **UBA-Broschüre** „Handlungsansätze für die Förderung und Unterstützung innovativer gemeinwohlorientierter Initiativen“ (Rückert-John et al. 2020) veröffentlicht. Im Rahmen des letzten Arbeitspakets (AP 6) wurde der **Projektabschlussbericht** erstellt.

1.3 Zielsetzung und Struktur des Schlussberichts

Der vorliegende Schlussbericht verfolgt das Ziel, die wesentlichen Ergebnisse des Projekts in verdichteter Form zusammenzufassen und darzustellen. Hierzu wird im folgenden Kapitel 2 mit wesentlichen theoretischen Überlegungen begonnen, bevor dann zentrale empirische Ergebnisse (Kapitel 3) vorgestellt werden. Im Kapitel 4 werden die Empfehlungen zur Unterstützung und Förderung gemeinwohlorientierter Initiativen vorgestellt. Abschließend erfolgt ein Ausblick (Kapitel 5), der vor allem auf die Chancen und Herausforderungen in der Zusammenarbeit mit innovativen, gemeinwohlorientierten Initiativen fokussiert. Eine ausführliche Darstellung der Ergebnisse findet sich in den folgenden drei Veröffentlichungen:

- ▶ Peuker, B.; Rückert-John, J. (2017): Potenziale und Herausforderungen von Gemeinschaftlichkeit und Gemeinwohl für den sozial-ökologischen Wandel. Ergebnisse einer repräsentativen Bevölkerungsumfrage. Berlin: Beiträge zur Sozialinnovation 19.⁶
- ▶ Peuker, B.; Rückert-John, J.; Egermann, M.; Betsch, A. (2020): Innovative gemeinwohlorientierte Initiativen und ihr Beitrag zur sozialökologischen Transformation. Teilbericht. (Umweltbundesamt (UBA), Hrsg.), Dessau-Roßlau: Umweltbundesamt (UBA).⁷
- ▶ Rückert-John, J.; Peuker, B.; Egermann, M.; Betsch, A.; Renner, A.; Kohl, K.; Polanía Giese, J. C. (im Erscheinen): Handlungsansätze für die Förderung und Unterstützung innovativer gemeinwohlorientierter Initiativen. (Umweltbundesamt (UBA), Hrsg.), Dessau-Roßlau: Umweltbundesamt (UBA).

2 Theoretischer Hintergrund

Für das Projektvorhaben waren drei wissenschaftliche Debatten von zentraler Bedeutung. Im Folgenden soll auf die wesentlichen Überlegungen dieser Debatten und ihre Bezüge zum thematischen Projektgegenstand näher eingegangen werden, um hiermit eine gemeinsame begriffliche Verständigungsgrundlage zu schaffen. Hierbei handelt es sich um die Debatte zu posttraditionaler Vergemeinschaftung (Kapitel 2.1), der Transformationsforschung (Kapitel 2.2)⁸ und die Debatte zur Digitalisierung (Kapitel 2.3).

2.1 Posttraditionale Vergemeinschaftung und sozial-ökologische Transformation

Zivilgesellschaftliche Initiativen weisen nicht nur auf gesellschaftliche Problemlagen hin, sie entwickeln hierfür auch Lösungsmuster und sind damit innovativ. Über lokal verankerte Projekte, die oft

⁶ <https://isinova.org/wp-content/uploads/2020/01/BzS19.pdf> (abgerufen am 25.11.2020)

⁷ https://www.umweltbundesamt.de/sites/default/files/medien/479/publikationen/texte_104-2020_innovative_gemeinwohlorientierte_initiativen_und_ihr_beitrag_zur_sozial-oekologischen_transformation_0.pdf (abgerufen am 25.11.2020)

⁸ Auf die Debatten zu posttraditionaler Vergemeinschaftung und zur Transformationsforschung wird ausführlicher in Peuker, B.; Rückert-John, J.; Egermann, M.; Betsch, A. (2020): Innovative gemeinwohlorientierte Initiativen und ihr Beitrag zur sozialökologischen Transformation. Teilbericht. (Umweltbundesamt (UBA), Hrsg.), Dessau-Roßlau: Umweltbundesamt (UBA) eingegangen.

gemeinschaftlich organisiert sind, werden Lösungen für gesellschaftliche Probleme geschaffen, die versuchen, sowohl auf soziale als auch auf ökologische Herausforderungen eine Antwort zu finden. Ein Erbe der neuen sozialen Bewegungen sind nicht nur die Forderung nach mehr gesellschaftlicher Mitbestimmung, sondern auch ein neuer Politikansatz. Diese Form der „Sub-Politik“ (vgl. Beck et al. 1999) oder „Politik von unten“ (Roth 2011: 127) will nicht mehr über Forderungen an politische Akteure Gesellschaft gestalten, sondern über eine Änderung der Alltagspraktiken zu einer gesamtgesellschaftlichen Transformation gelangen (vgl. Eder 2015; Eckert 2015). Innovative gemeinwohlorientierte Initiativen sind oft gemeinschaftlich organisiert. Sie verstehen die gemeinschaftliche Organisationsweise als Ausdruck ihrer alternativen – zum Teil auch (sozial-)ökologischen – Praktiken.

Die neueren Diskussionen um den Begriff der Gemeinschaft stehen in engem Zusammenhang mit der Individualisierungsdebatte (Junge 2002). Der Prozess der Individualisierung wird dabei als eine Freisetzung des Individuums aus den traditionellen (gemeinschaftlichen) Bindungen und als eine Wiedereingliederung in gesellschaftliche Bindungen, zum Beispiel in gesellschaftliche Funktionssysteme (wie zum Beispiel in den Markt) und Organisationen (wie zum Beispiel in Arbeitsorganisationen) aufgefasst. In der Debatte um eine (posttraditionale) Vergemeinschaftung wird dieser Prozess oftmals als Narrativ des Verlustes (Rosa et al. 2010: 39 ff.) gerahmt, eines Verlustes gemeinschaftlicher Nähe zugunsten gesellschaftlicher Vereinzelung. Jedoch wird in der soziologischen Theorietradition die Freisetzung des Menschen auch als Emanzipations-, Freiheits- und Autonomiegewinn begrüßt (Habermas 1994: 441, Junge 2002: 12 f.). Gleichzeitig wird darauf verwiesen, dass mit den Individualisierungsprozessen auch neue Verhaltenserwartungen an die Individualität und Entscheidungsfähigkeit institutionalisiert werden, die zugleich normieren (Habermas 1994) und das Individuum überlasten können (Ehrenberg 2011). Honneth (1993) verweist in seinem (normativen) Begriff posttraditionaler Vergemeinschaftung darauf, dass in Gemeinschaften sich die Subjektwerdung gerade in vertrauensvollen, aber selbstgewählten und selbstgestalteten Sozialzusammenhängen vollziehen kann. Der Gemeinschaftsbegriff wird als Gegenbegriff zu dem der ‚Gesellschaft‘ konzipiert. Gemeinschaft wird als ein ‚warmer‘ Gegen-Ort zu einer als ‚kalt‘ empfundenen Gesellschaft gesehen (vgl. Rosa et al. 2010; Kunze 2013; Reichhardt 2014).

Zentral für den soziologischen Gemeinschaftsbegriff sind die beiden Klassiker Ferdinand Tönnies (1855-1936) und Max Weber (1864-1920). Tönnies definierte in seinem Werk „Gemeinschaft und Gesellschaft“ Gemeinschaft in Abgrenzung zu Gesellschaft. Tönnies baute seinen Gemeinschaftsbegriff auf die Erfahrung mit verwandtschaftlichen Beziehungen auf und übertrug diese auf nicht-verwandtschaftliche Gemeinschaften, wie Nachbarschaften und Freundschaften. Im Gegensatz hierzu steht bei Tönnies der Gesellschaftsbegriff, für den sinnbildlich die anonymen Beziehungen in der Stadt und auf dem Markt stehen können. Rezipiert wurde die Entgegensetzung von Gemeinschaft und Gesellschaft unter anderem von Max Weber ([1921] 1970), der die beiden Begriffe in die sozialen Prozesse der Vergemeinschaftung und der Vergesellschaftung überführte und in Beziehung zu seinen vier Handlungstypen des zweckrationalen, wertrationalen, emotionalen und traditionellen Handelns setzte. Vergesellschaftung steht bei ihm in Zusammenhang mit rationalem Handeln – sei es zweckrational oder wertrational. Vergemeinschaftung verbindet er mit affektuell und traditionalem Handeln.

Im Begriff von Gemeinschaft und Gesellschaft bei Tönnies und Weber ist demnach eine Unterscheidung zwischen verschiedenen Formen sozialer Beziehungen enthalten. Während Prozesse der Vergemeinschaftung mit traditionellen Gesellschaften und vertrauensvollen Sozialbeziehungen in Verbindung gebracht werden, werden Prozesse der Vergesellschaftung mit Modernisierung und formalen Sozialbeziehungen assoziiert.

In der Kommunitarismus-Debatte – die in den 1980er Jahren, ausgehend vom anglo-amerikanischen Raum, die Debatte um den Gemeinschaftsbegriff wiederaufnahm – wurden die Prozesse der Vergesellschaftung und der Vergemeinschaftung nicht mit der Wertung modern versus vormodern versehen.

Gemeinschaften, so lautet hier eine Grundthese, sind für das Funktionieren von gesellschaftlichen Beziehungen von zentraler Bedeutung. Moderne Produktions-, Tausch- und Steuerungsprozesse müssen in Gemeinschaftsbeziehungen eingebettet werden, um ihre Funktionstüchtigkeit sicherzustellen (vgl. für eine Übersicht Rosa et al. 2010 und für die deutsche Diskussion Brumlik/Brunkhorst 1993).

Nach Putnam (1995) wird zivilgesellschaftliches Engagement als Ausdruck der Gemeinschaftsbindung in einer Kommune und damit als Sozialkapital verstanden. Die konstatierte Abnahme zivilgesellschaftlichen Engagements gehe mit einem Vertrauensverlust in gesellschaftliche Institutionen und der Solidaritätsbereitschaft, das heißt einem Verlust an Sozialkapital, einher und würde westliche Gesellschaften destabilisieren. Eine Gegenmaßnahme wurde in der Stärkung lokaler Gemeinschaften und zivilgesellschaftlichen Engagements gesehen.

Parallel zu der eher in liberal-konservative Politikvorstellungen eingebundenen Diskussion zum Gemeinschaftsbegriff erfolgte eine linksliberale Adaption durch Akteure der Neuen sozialen Bewegungen. Der Gemeinschaftsbegriff wurde aufgegriffen, um alternative Lebens- und Organisationsformen einzuführen (vgl. Reichardt 2014). So war Teil des Selbstverständnisses der linksalternativen Milieus in den 1970er Jahren die Gemeinschaftsbildung. Dieses Konzept wurde als Abgrenzung zur alten Linken, aber auch zur bundesrepublikanischen Gesellschaft, „die als kalt, entfremdet, durchherrscht und ausbeuterisch bezeichnet wurde“ (Reichardt 2014: 21), entwickelt. Gemeinschaft wurde dabei als positiver Bezugspunkt mit der Metapher der „Wärme“ beschrieben, während die Gesellschaft als „kalt“ dargestellt wurde. Die Organisation in alternativen Projekten hatte zum Ziel, sich von den etablierten Institutionen der Gesellschaft abzugrenzen und stellte eine Kritik am Kapitalismus dar. Damit reagierte die linke Szene auf das Scheitern vorangegangener Politikkonzepte (Reichardt 2014: 319). Die Alternativprojekte scheiterten wiederum aufgrund von mangelnder Effizienz, ebenso an internen Konflikten und mangelnder Arbeitseinstellung, hoher Fluktuation und nachlassendem Engagement. Mitte der 1990er Jahre war ein Großteil von ihnen wiedereingestellt, auch wenn aus einigen Projekten erfolgreiche kleine Betriebe wurden (Reichardt 2014: 345 ff.).

Der Ansatz der posttraditionalen Vergemeinschaftung, vertreten von Hitzler, Honer und Pfadenhauer (2008), will sich hingegen der Bewertung von Gemeinschaften entziehen und einen nicht-normativen und empirischen Begriff posttraditionaler Vergemeinschaftung für die Sozialforschung etablieren. Posttraditionale Vergemeinschaftung wurde insbesondere bei der empirischen Untersuchung von Jugend Szenen und Formen gemeinschaftlichen Konsums beobachtet, der Begriff dann aber auch auf soziale Bewegungen übertragen. Posttraditionale Gemeinschaften zeichnen sich in Abgrenzung von dem traditionellen Verständnis von Gemeinschaft dadurch aus, dass Ein- und Austritt freiwillig sind und die Mitgliedschaft nicht wirksam sanktioniert werden kann. Mitglieder werden nicht zur Mitgliedschaft verpflichtet, sondern durch besondere Erlebnisse und den Ausbruch aus der „Banalität des Alltäglichen verführt“ (Hitzler/Honer/Pfadenhauer 2008: 17 f.). Das gemeinsame Handeln in posttraditionale Gemeinschaften folgt nicht primär geteilten Interessen, vielmehr werden diese häufig in ihnen durch ein gemeinsames Handeln erst erzeugt. Ähnlich wie traditionelle Gemeinschaften stellen posttraditionale Vergemeinschaftungsformen Regeln und Routinen zur Verfügung und bieten den Individuen damit Orientierung (Hitzler/Honer/Pfadenhauer 2008: 17 f.).

Der Begriff der intentionalen Gemeinschaft, wie er insbesondere in den Arbeiten von Grundmann (2011) und Kunze (2009; 2013) verwendet wird, betont im Anschluss an die Arbeiten von Hitzler et al. (2008) insbesondere die emanzipatorische Wirkung posttraditionaler Vergemeinschaftung. Sie gehen dabei von der These aus, dass Individualisierung nicht jenseits von Gemeinschaften, also von vertrauensvollen Bezügen stattfindet, sondern vielmehr in ihnen. Gegenstand der empirischen Forschung sind Lebensgemeinschaften, wie zum Beispiel Ökodörfer, aber auch Co-housing-Projekte (Kunze 2013). Intentionale Gemeinschaften verfolgen damit auch politische Ziele, und zwar im Sinne einer „Politik von unten“ oder einer „Subpolitik“, die an den Alltagspraktiken der Beteiligten ansetzt.

Im Zusammenhang mit der empirischen Untersuchung posttraditioneller Vergemeinschaftung tauchte das Phänomen der Event-Vergemeinschaftung auf. Betz (2016) beschreibt diese Form der Vergemeinschaftung anhand der Schnippeldiskos und schlägt damit ebenso eine Brücke zu bürgerschaftlichem Engagement und den Diskussionen um einen neuen Engagement-Typ, der eher auf kurzfristige Verpflichtung und Spaß ausgerichtet ist. Kollektive Identitäten werden – ähnlich wie bei rituellen religiös motivierten Handlungen – durch bestimmte Praktiken und Narrationen zeitlich und räumlich begrenzt erzeugt und gehofft, dass dies über die Veranstaltung hinaus selbst ausstrahlt und die Alltagspraktiken der Beteiligten beeinflusst.

Zusammenfassend lässt sich festhalten, dass sowohl der normative als auch der empirische Begriff von Gemeinschaft für die Analyse gemeinschaftlicher Organisationsweisen von innovativen gemeinwohlorientierten Initiativen von Bedeutung sind. Die verschiedenen Bewertungen von Gemeinschaft und Gesellschaft spiegeln sich in den Gemeinschaftsverständnissen innovativer gemeinwohlorientierter Initiativen wider. Die konkreten gemeinschaftsbasierten Praktiken können dabei insbesondere durch Hitzlers et al. (2008) empirischen Begriff posttraditionaler Vergemeinschaftung erhellt werden. Dabei stellt sich ebenfalls die Frage, inwiefern bei den hier betrachteten innovativen gemeinwohlorientierten Initiativen die Aspekte der Event-Vergemeinschaftung und des Gemeinschaftserlebnisses eine Rolle spielen.

2.2 Grundlagen der Transformationsforschung

Innovativen gemeinwohlorientierten Initiativen wird auch in theoretischen Überlegungen und Konzepten der Transformationsforschung eine große Bedeutung beigemessen. Unter anderem werden diese Initiativen als Nischenakteure verstanden, die auf Basis sozialer Innovationen (Rückert-John 2013) und häufig im Rahmen posttraditionaler Formen der Vergemeinschaftung neue Wege des Denkens, Handelns und Organisierens erproben (Ehnert et al. 2018; Gorrissen/Meynearts 2018). Sie führen damit wichtige sozio-technische und sozio-ökologische Veränderungen in die Gesellschaft ein, denen eine zentrale Bedeutung für eine Transformation zur Nachhaltigkeit beigemessen wird (Seyfang/Smith 2007; Seyfang/Haxeltine 2012; Rückert-John 2013). Während die grundsätzliche Bedeutung und das Potenzial innovativer gemeinwohlorientierter Initiativen unbestritten sind (Frantzeskaki et al. 2017), werden Wege der Skalierung dieser Nischenaktivitäten auf eine gesamtgesellschaftliche Ebene und die diesbezügliche Rolle unterschiedlicher Akteure, etwa die der Umweltpolitik, bisher weniger ausgelotet und konzeptionell erfasst (Ehnert et al. 2017; Dinnie/Holstead 2017).

Innerhalb der Nachhaltigkeits- und Transformationsforschung besteht weitgehend Konsens darüber, dass eine Entwicklung zur Nachhaltigkeit auf nationaler und internationaler Ebene einen tiefgreifenden Wandel in verschiedenen gesellschaftlichen Teilbereichen erfordert. Die Transformationsforschung versteht den grundsätzlichen gesellschaftlichen Wandel „als eine Abfolge tiefgreifender Phasen der Veränderung“, der sich über einen Zeithorizont von 30 bis 50 Jahren erstrecken kann (Loorbach 2017). Aus der Analyse historischer Transformationen ist zudem bekannt, dass sich ein solcher Wandel nicht linear vollzieht und dabei verschiedene Phasen mit unterschiedlichen Dynamiken durchlaufen werden. So unterscheiden van der Brugge/Rotmans (2007) eine Vorläufer-, eine Start-, eine Beschleunigungs- und eine Stabilisierungsphase. Dabei scheinen innovative gemeinwohlorientierte Initiativen insbesondere in der Vorläufer- und Startphase als „frontrunner“ und „Pioniere des Wandels“ (WBGU 2011) essenziell. Deren alternative Denk-, Handlungs- und Organisationsweisen entstehen co-evolutionär zu den dominanten gesellschaftlichen Denk-, Handlungs- und Organisationsweisen (z. B. Nahrungsmittelproduktion und -konsumption). In der Beschleunigungsphase findet hingegen ein sichtbarer, struktureller Wandel durch die Akkumulation von sozio-kulturellen, ökonomischen, ökologischen und institutionellen Veränderungen statt, die aufeinander reagieren. Innerhalb dieser Phase sind kollektive Lern-, Diffusions- und Einbettungsprozesse zu beobachten (Rotmans et al. 2001). Ob und wie ein Übertritt in eine Beschleunigungsphase gegebenenfalls (politisch) initiiert oder gesteuert

werden kann, ist bisher nur in Ansätzen diskutiert, wobei die diesbezüglich notwendige „transformative capacity“ überwiegend als unzureichend beschrieben wird (Wolfram 2016).

Für die Analyse von Transformationsprozessen hat sich in der Transformationsforschung die sogenannte Mehr-Ebenen-Perspektive (multi-level-perspective) als fruchtbare Perspektive etabliert. In dieser werden mit ‚Regime‘, ‚Landschaft‘ und ‚Nische‘ drei analytische Begriffe und Ebenen unterschieden. Ein Transformationsprozess vollzieht sich demnach durch ein Wechselspiel von Ereignissen auf diesen drei Ebenen (Geels 2012). Die Regime-Ebene bildet die dominanten Denk-, Handlungs- und Organisationsweisen eines gesellschaftlichen Bereiches ab. Die Landschafts-Ebene bildet übergeordnete, in der Regel schwer oder nicht zu beeinflussende Prozesse (z. B. demografischer Wandel, Klimawandel) und Kontexte (z. B. physisch-geografische Gegebenheiten) sowie Ereignisse (z. B. Krisen, Schocks) ab. Diese können das bestehende Regime stabilisieren oder auch unter „Stress setzen“ und somit Gelegenheitsfenster für Alternativen öffnen. Als dritte analytische Ebene betrachtet die Transformationsforschung die Nischen der sozio-technischen Innovationen, in jüngerer Zeit auch unter Einbezug von sozialen und frugalen Innovationen (Haxeltine et al. 2017; Rosca et al. 2017). In Nischen werden Innovationen auf kleinster Ebene erdacht, entwickelt, ausprobiert und angewandt. Die Nischenakteure, häufig in Form von innovativen Initiativen beziehungsweise Graswurzelinitiativen, die sich sozialer Innovationen und posttraditionaler Formen der Vergemeinschaftung bedienen und diese schaffen, sind daher Gegenstand vertiefter Betrachtungen in der Transformationsforschung.

In ihrer umfassenden Untersuchung verschiedener Forschungsvorhaben zeigen Frantzeskaki et al. (2017), dass die organisierte Zivilgesellschaft das Wissen, die Flexibilität und die Kapazitäten aufweist, um Projekte aus der Taufe zu heben, die einen direkten Beitrag zu einer sozial-ökologischen Transformation leisten. Der in lokalen Initiativen organisierten Zivilgesellschaft wird dabei eine Schlüsselrolle für einen sozial-ökologischen Wandel zugeschrieben (ebd.). Hierbei erfüllt das zivilgesellschaftliche Engagement verschiedene soziale Funktionen. Zum einen sind zivilgesellschaftliche Initiativen die Treiber des Wandels hin zu einer nachhaltigen Entwicklung. Zum anderen können sie durch ihre Praktiken die Lücken schließen, die durch den Rückzug des Wohlfahrtsstaates entstehen – als „safeguard and self-serving actor of social needs and social conflicts“ (Frantzeskaki et al. 2017: 45). Auch als „disconnected innovator“ trägt die Zivilgesellschaft zum Nachhaltigkeitswandel bei, ist in ihrem Beitrag aber aufgrund der Exklusivität des Vorhabens von anderen Akteuren abgekoppelt (Frantzeskaki et al. 2017: 45 f.).

Innerhalb der Transformationsforschung werden verschiedene Begriffe verwendet, um zivilgesellschaftlich organisierte Nischenakteure zu bezeichnen und zu charakterisieren, wie etwa Graswurzelinnovationen (Seyfang/Smith 2007), Nachhaltigkeitsinitiativen (Ehnert et al. 2018; Gorissen et al. 2017) oder auch gemeinschaftsbasierte Initiativen (Dinnie/Holdstead 2017; Creamer 2015). Trotz unterschiedlicher Nuancierungen bezüglich des Verständnisses ist den Nischenakteuren gemeinsam, dass sie auf einer lokalen Ebene ansetzen und von dort ihr Wissen, ihre Praktiken und Organisationsweisen verbreiten sowie mit neuen Governance-Arrangements und innovativen technologischen, organisatorischen oder sozialen Ideen experimentieren (Seyfang/Smith 2007; Hargreaves et al. 2013; Feola/Nunes 2014). Mit ihren neuen Denk-, Handlungs- und Organisationsweisen zeigen sie innerhalb einer geschützten Nische mögliche Wege für eine sozial-ökologische Transformation auf. Sie kreieren damit einen sozialen und oft auch physischen Raum, um neue Ideen und Praktiken auszuprobieren, und ermöglichen es somit anderen Akteuren, ihre alternativen, nachhaltigen, sozial-ökologischen Werte auszudrücken (Seyfang/Smith 2007).

Wie Ehnert et al. (2018) anhand der fünf europäischen Städte Budapest, Brighton, Dresden, Genk und Stockholm zeigen, haben sowohl die absolute Anzahl der Initiativen als auch die Diversität der Handlungsfelder seit den 2000er Jahren zugenommen. Insbesondere jüngere Generationen gründen, tragen und unterstützen diese Initiativen. Trotz dieser zu verzeichnenden Dynamik ist ein sich abzeichnender

Wandel zu nachhaltigen Denk-, Handlungs- und Organisationsweisen nach dem Vorbild dieser Initiativen in breiten Teilen der Bevölkerung noch nicht feststellbar. Daher haben sich verschiedene Forschungsprojekte unter anderem mit Fragen beschäftigt, wie und mithilfe welcher Strategien diese Nischenaktivitäten auf eine gesamtgesellschaftliche Ebene skaliert werden können. Auf Basis verschiedener empirischer Beobachtungen und theoretischer Überlegungen wurden als relevante Mechanismen zum Beispiel Übersetzung (Smith 2007), Vertiefung, Verbreitung und Wachstum der Initiativen (Van de Bosch/Rotmans 2008), Verankerung (Elzen et al. 2012), Abschirmung, Nähren und Empowern (Smith/Raven 2012) und Vervielfältigen sowie die Organisationsentwicklung (Seyfang/Haxeltine 2012, Wunder et al. 2019) identifiziert. Wunder et al. (2019: 13) betonen, dass außerdem der Bekanntheitsgrad einer Initiative, die Verständlichkeit und Anschlussfähigkeit sowie die Erfüllung von Promotorenrollen beziehungsweise das Vorhandensein von ‚change agents‘ wichtige Grundlagen einer Skalierbarkeit bilden. Ehnert et al. (2019) zeigen zudem, dass das Vorhandensein von intermediären Akteuren und Strukturen eine wichtige Voraussetzung für die Vernetzung und Übersetzung von Nischenaktivitäten der Initiativen in einen breiteren gesellschaftlichen Kontext sind.

Im europäischen Projekt ARTS (Accelerating and Rescaling Transitions to Sustainability) wurden, basierend auf der Auswertung oben genannter Studien sowie eigener empirischer Erhebungen in fünf europäischen Städten, sieben Mechanismen identifiziert, die eine Beschleunigung von urbanen Transformationsprozessen durch die Verbreitung und Förderung von neuen Denk-, Handlungs- und Organisationsweisen unterstützen können (vgl. Blum et al. 2016).

- ▶ Wachstum einzelner Initiativen: Der Mechanismus beschreibt die quantitative Zunahme von Mitgliedern, Unterstützer*innen oder Nutzer*innen einer spezifischen Nachhaltigkeitsinitiative.
- ▶ Organisationsentwicklung/Professionalisierung: Der Mechanismus beschreibt die institutionelle Entwicklung von Nachhaltigkeitsinitiativen im Spannungsfeld von Ehrenamt, Kreativität, Verlässlichkeit und professioneller Organisation.
- ▶ Vervielfältigung eines erfolgreichen Ansatzes: Dieser Mechanismus beschreibt die Übernahme innovativer Denk-, Handlungs- und Organisationsweisen einer Nachhaltigkeitsinitiative durch eine neue Initiative in gleicher oder gegebenenfalls angepasster Weise an einem anderen Ort.
- ▶ Übersetzung und Brückenbildung: Dieser Mechanismus beschreibt die Übersetzungs- und Verständigungsarbeit zwischen verschiedenen Systemlogiken, Weltbildern und Sprachen, die häufig eine Voraussetzung erfolgreicher Kooperation und Netzwerkbildung sowie der Einbettung in bestehende Strukturen bildet.
- ▶ Bildung von Partnerschaften und Netzwerken: Bei diesem Mechanismus geht es um die Zusammenführung oder gegenseitig ergänzende Nutzung von Ressourcen, Kompetenzen und Kapazitäten, und zwar mit dem Ziel, Synergien nutzbar zu machen.
- ▶ Nutzung von Gelegenheitsfenstern: Der Mechanismus umfasst die Erschließung und Nutzung von hilfreichen Anknüpfungspunkten und Gelegenheitsfenstern, die sich aus den verschiedenen Kontextebenen einer Stadtregion ergeben (Länderebene, nationale, europäische und internationale Ebene). Dabei kann es um die Nutzung von Förderprogrammen ebenso gehen wie darum, an übergeordnete politische Diskurse anzuschließen.
- ▶ Einbettung in bestehende Routinen: Dieser Mechanismus bezeichnet die dauerhafte Verankerung innovativer Denk-, Handlungs- und Organisationsweisen in die bestehenden stadtreionalen Entwicklungsprozesse und Steuerungsstrukturen.

Diese identifizierten Mechanismen kommen nicht unabhängig voneinander zum Tragen, sondern können sich gegenseitig beeinflussen und verstärken (Ehnert et al. 2017: 3). Zugleich zeigen Ehnert et al.

(2018) Konflikte und aktuelle Grenzen der Implementierung dieser Mechanismen auf. So kreieren Wachstumsprozesse mitunter Spannungen innerhalb der Organisationsentwicklung, Aktivitäten zugunsten einer Vernetzung gehen zu Lasten der Kernaktivitäten und die Entgegennahme von Fördermitteln erfordert mitunter den Übergang in eine neue Rechtsform und die Einführung einer Hierarchie sowie von Ämtern innerhalb der Initiativen. Weitere Risiken entstehen durch zu starke Abhängigkeiten von öffentlichen Fördermitteln und der damit verbundenen „Projektifizierung“ (vgl. Ehnert et al. 2018; Priemer et al. 2016: 13).

Resümierend lässt sich festhalten: Die hier bereits angerissenen Spannungsfelder zeigen, dass ein Zusammenspiel von Politik und Verwaltung mit der organisierten Zivilgesellschaft selbst bei einer gemeinsamen normativen Orientierung auf einen sozial-ökologischen Wandel nicht ohne Weiteres organisiert werden kann. Daraus resultiert insbesondere die Frage, wie (Umwelt-)Politik gemeinwohlorientierte Initiativen bezüglich der Umsetzung der oben genannten Mechanismen zur Beschleunigung eines sozial-ökologischen Wandels unterstützen und fördern kann, ohne dabei die Initiativen zu überfordern oder in ihrem Kern durch notwendige Anpassungen (to fit & conform, Smith 2007) zu verändern oder gar in ihrer Existenz zu gefährden.

2.3 Digitalisierung und gemeinwohlorientierte Initiativen

Eine dritte wissenschaftliche Debatte, die für das Projekt von zentraler Bedeutung war, ist die der Digitalisierung. Hintergrund hierfür ist die Fragestellung nach der Relevanz und Bedeutung der Digitalisierung bei der Entwicklung und Etablierung innovativer Aktivitäten und kooperativer Praktiken gemeinwohlorientierter Initiativen im Kontext des sozial-ökologischen Wandels. Unter Digitalisierung wird die zunehmende Durchdringung von Alltag und Gesellschaft durch digitale Medien und digitale Infrastruktur verstanden. Im Folgenden werden die Potentiale und Herausforderung der Digitalisierung für den sozial-ökologischen Wandel im Allgemeinen sowie die Entstehung, Etablierung und Verbreitung gemeinwohlorientierter Initiativen anhand von Thesen dargestellt.⁹

Digitale Medien bieten neue Möglichkeiten für die Selbstorganisation gemeinwohlorientierter Initiativen. Dazu zählen sowohl der schnelle und spontane Austausch von Informationen, die kurzfristige Initiierung als auch eine langfristige Organisation, Vernetzung und Stabilisierung gemeinschaftlicher Aktivitäten unter der Voraussetzung, dass sich ausreichend Akteure beteiligen und auch aktiv etwas beisteuern.

Digitale Medien können die Sichtbarkeit alternativer Produktions-, Konsum- und Lebensmodelle verstärken und damit ihre gesellschaftliche Verbreitung, Akzeptanz und Etablierung fördern (Mainstreaming). Darunter lassen sich zum Beispiel Alternativen zu nicht-nachhaltigen Praktiken des Produzierens und Konsumierens verstehen, die sich in der Gesellschaft verbreiten und neue Bedeutungen von Besitz, Gemeinschaftlichkeit und Eigeninitiative transportieren (Rückert-John et al. 2015). Hierzu gehören alternative Praktiken der sozialen Wissensproduktion (z. B. Wikipedia), neue Organisationsformen politischen Engagements (wie flash mobs), neue Formen der Kooperation (z. B. avaaz), des strategischen Konsums (wie Carrotmobs) sowie Finanzierungsmodelle über Crowdfunding-Plattformen. Um Durchsetzungs- und Nutzungsdynamiken zu bewirken, bedarf es jedoch zunächst einer kritischen Masse (Pentzold 2011: 100). Oftmals sind nur wenige Akteure aktiv, um gemeinwohlstiftende Güter, wie beispielsweise freie Enzyklopädien, hervorzubringen. Demgegenüber gibt es viele free-rider, die sich an den Leistungen anderer für das Kollektiv erfreuen, ohne selbst etwas beizusteuern.

⁹ Die Thesen bildeten die Grundlage des Sondierungsgesprächs in AP 1 und wurden mit Vertreter*innen gemeinwohlorientierter Initiativen, mit Wissenschaftler*innen und Vertreter*innen der Politik diskutiert.

ern (ebd.: 103). Viele der gemeinwohlorientierten Initiativen erfordern allerdings ein hohes (oft unterschätztes) Maß an persönlichem Engagement vieler Individuen und stoßen dabei an die „Kapazitätsgrenzen von Sozialsystemen“ (ebd.).

Für gemeinwohlorientierte Initiativen kann die Digitalisierung durch neue Kommunikationswege die Öffentlichkeitsarbeit und Mitgliedergewinnung erleichtern und die regelmäßige Kontaktaufnahme und Kommunikation mit den Mitgliedern verbessern. Der Face-to-face Austausch wird dadurch nicht ersetzt, da insbesondere bei gemeinwohlorientierten Initiativen das gemeinsame „analoge“ Handeln beziehungsweise Handeln im „Low-Tech-Feld“ eine hohe Bedeutung hat. Ein besonderes Potential liegt in der Verbreitung: Die Initiativen können ihre Inhalte einem größeren Publikum zugänglich machen und ihre Außenwirkung erhöhen. Gleichzeitig ist es möglich, das Wissen über Mitglieder, Interessierte und potentielle Zielgruppen systematisch zu erweitern. So können beispielsweise Feedback, Fragen oder Kommentare systematisch gesammelt und mit digitalen Technologien ausgewertet werden, um die Zielgruppenorientierung zu verbessern. Die Auswertung von Gewohnheiten (mittels Big Data) kann jedoch auch zur Beeinträchtigung der Privatsphäre der Nutzer*innen führen, wodurch sich möglicherweise eine große Skepsis und Sensibilität gegenüber der Verwendung der Daten bei den Zielgruppen ergibt. Demnach ist eine umfangreiche Aufklärung über mögliche Risiken der Nutzung genauso entscheidend, wie eine entsprechende Regulierung und deren effiziente Umsetzung (Bunnik et al. 2016). Das Vertrauen der Nutzer*innen in die Sicherheit ihrer Daten im Internet ist die Basis der Netzwirtschaft (Aguilà Vilà 2016), weshalb auch der Zugang zu Verschlüsselungsmechanismen für private Nutzer*innen wesentlich ist.

Digitalisierung ermöglicht die Überwindung räumlicher Grenzen sowie die Vernetzung, die Zusammenarbeit und den Austausch von kleinen und dezentralen Gemeinschaften, birgt aber auch die Gefahr der Destabilisierung des sozialen Miteinanders.

Digitalisierung ermöglicht die Überwindung räumlicher Barrieren (Felgenhauer 2015: 97). Kleine und dezentrale Gemeinschaften können sich über ihren lokalen Aktionsraum hinaus vernetzen, austauschen und zusammenarbeiten. So können Gleichgesinnte im globalen Netzwerk aufeinanderstoßen und innovative und außergewöhnliche Ideen und Ansätze durch den Austausch weiterentwickeln. Daneben führt die permanente Verfügbarkeit von Kommunikationsmöglichkeiten jedoch zu einem Zustand der sowohl räumlichen als auch zeitlichen Entgrenzung (Han 2016). Durch die zunehmende digitale Kommunikation wird Informationsaustausch bruchstückhaft erlebt und zwischenmenschliche Beziehungen werden in ihrer Qualität beeinflusst. Das kann zur Unverbindlichkeit im Miteinander und zum Verlust der Kultur vor Ort führen. Digitalisierungsprozesse können sich somit negativ auf das soziale Miteinander auswirken (Hahner o. J.).

Digitale Medien und Netzwerke können die soziale Resilienz von Gemeinschaften stärken, indem sie gemeinsame Entwicklungsprozesse und Erfahrungen begleiten, die Bindungen der Menschen untereinander über raumunabhängiges Interagieren intensivieren und die gegenseitige Unterstützung erleichtern (Ashmore et al. 2016). Flexible digitale Vernetzungsmöglichkeiten, aber auch das Gedächtnis von Informationen, digitales Wissen und Know-how können den Umgang mit Krisen und Herausforderungen erleichtern, indem sie Informationen und Wissen schnell abrufbar und teilbar machen und spontane Aktionsformate ermöglichen. Beides gehört für moderne soziale Bewegungen wie die Degrowth- und die Occupy-Bewegung oder Fridays for Future, aber auch die Open-Source und Repair-Bewegung zu zentralen Praxisbestandteilen. Durch digitale Medien erhalten auch Menschen die Möglichkeit zur Partizipation, die sonst wohlmöglich nicht aktiv werden würden.

Insbesondere schwach besiedelte Regionen können von IKT-basierten Vernetzungs- und Versorgungskonzepten profitieren. Durch digitale Innovation kann die Funktionsfähigkeit kleiner, abgelegener Gemeinschaften erhalten werden. Mit telemedizinischer Gesundheitsversorgung, Sharing Economy ori-

entierten Dorfläden oder bedarfsorientierter E-Mobilität kann ein integriertes, generationsübergreifendes, soziales und gesundheitsbezogenes Angebot gestaltet werden, welches die Grundlage einer „Dorfgemeinschaft 2.0“ bildet (Frehe et al. 2016: 632). Gleichzeitig birgt Telemedizin Hürden, beispielsweise in der Bedienbarkeit der Geräte für ältere Patienten, reduzierte emotionale Unterstützung in der Krankheitsbewältigung und reduzierte Arzt-Patienten-Begegnungen (Osterloh-Trittmann/Hornberg 2006: 71 f.).

Digitalisierung ermöglicht gesellschaftliche Teilhabe an Wissensproduktion und -verbreitung und kann den Austausch von Ideen und Erfahrungswerten sowie die Kreativität von Gemeinschaften fördern, sofern der technische Zugang sowie die Kompetenz im Umgang mit den digitalen Medien für alle gleichberechtigt gegeben sind.

Mit offenen Zugängen zur Wissensproduktion sind Möglichkeiten des E-Learnings über Systeme wie Onlinekurse beziehungsweise die Weiterentwicklung hin zu E-Learning 2.0 verbunden. Hier werden Lernwelten gestaltet durch die aktive Erstellung von Inhalten durch Lernende und Lehrende in Blogs, Podcasts, auf YouTube oder themenspezifischen Wikis, wie der Reparaturseite ifixit (Downes 2005). Weitere Formate sind Open Access Zugänge zu wissenschaftlichen Informationen (z. B. google scholar), E-Literacy oder Digital Literacy (Gilister 1997).

Auch die Nutzer*innen-Integration bietet erhebliche Potenziale und zwar sowohl im wissenschaftlichen als auch im wirtschaftlichen Bereich. Beispielsweise wird in der zunehmenden Integration der Nutzer*innen in Design- und Produktionsprozesse die Chance gesehen, die Wirtschaft zu „demokratisieren“ (von Hippel 2005). Aus Konsument*innen werden damit Prosument*innen (Toffler 1980; Haneke/Wittke 2010). Somit werden sowohl Individuen als auch Gemeinschaften in ihrer Gestaltungskompetenz gestärkt und können eigenständig in Produktionsprozesse eingreifen. Hierbei können soziale und ökologische Konsumpräferenzen stärker in den Prozess der Wertschöpfung einfließen (Reichwald et al. 2006) und sich nachhaltige Konsumstile leichter durchsetzen. Durch urbane Subsistenz, wie beispielsweise in Gemeinschaftsgärten, entsteht ein neues Bewusstsein sowie eine Verantwortung für Produktionsabläufe. Darin liegt zudem das Potenzial zum Austausch und zur Reflexion von Produktions- und Konsummustern.

Basierend auf Open-Source entstehen digitale Produktionsgemeinschaften (Tepe/Hepp 2008) beziehungsweise digitale Communities. Der Suche nach innovativen technischen Lösungen im Wissensaustausch nehmen sich auch Mitglieder des Maker Movements (Dougherty 2012) an. Manche organisieren sich in sogenannten „FabLabs“ (Gershenfeld 2008, 2012), wo neueste technische Werkzeuge öffentlich zugänglich gemacht werden. Diese modernen High-Tech-Werkstätten wollen „einen offenen, kreativen Schaffensprozess mit digitalen Produktionsanlagen“ (Meier/Wirth 2013: 4) ermöglichen sowie Austausch mit Gleichgesinnten und Wissenstransfer unterstützen (ebd.: 9). Einigen Maker-Communities wird zudem das Potenzial zugeschrieben, nachhaltige Wirtschaftsprozesse anzustoßen (Lange 2015; Keppner et al. 2018). Auch Genossenschaften erweitern das System der Produktionsgemeinschaft, wenn sie Eigentümer*innen und Betreiber*innen von Netzinfrastruktur werden. Genossenschaftliche Unternehmermodelle sind beispielsweise unter ökologischen Gesichtspunkten ein Treiber für die Entwicklung der Elektromobilität, wenn Energiegenossenschaften bei der Organisation der Ladeinfrastruktur klassische Hersteller*innen ergänzen (Endres 2016).

Diesem Potenzial steht entgegen, dass nicht alle Menschen in gleicher Weise über den technischen Zugang zum Internet (Access) verfügen. Die gesellschaftliche Segmentierung, auch digitale Kluft oder digital divide genannt (Lanzke 2010: 34; Stefanek 2007), bezieht sich auf das Wissen im Umgang mit der IKT-Technologie (E-Literacy), das Vorhandensein von passenden Inhalten (je nach Sprache, Niveau, Bedarf) sowie auf sozioökonomische Faktoren wie Einkommen, Alter, Bildung und Geschlecht. Eine der damit einhergehenden Herausforderungen ist die Integration von Kompetenzvermittlung im digi-

talen Bereich in Schulen und innerhalb der Berufsausbildung. Aber auch für ältere Mitglieder der Bevölkerung müssen Möglichkeiten der Weiterbildung geschaffen werden. Voraussetzung dafür ist jedoch die Bereitschaft zum lebenslangen Lernen. Die Schaffung adäquater Angebote und einer entsprechenden Lerninfrastruktur ist notwendig.

Digitalisierung, insbesondere das Web 2.0, ermöglicht die Teilhabe an politischen Meinungsbildungs- und Entscheidungsprozessen (E-Partizipation), birgt aber auch das Risiko der Bildung von Teilöffentlichkeiten unter Gleichgesinnten und damit den Verlust von gesellschaftsübergreifenden Meinungsbildungen.

Während E-Government Bürger*innen primär als Kunden betrachtet, wird bei E-Partizipation der partnerschaftliche Charakter in Meinungsbildungs- und Entscheidungsprozessen zwischen Staat, Kommune und Bürger*innen betont (Nanz/Fritzsche 2012: 88). Kombiniert führen diese Werkzeuge zur E-Governance, die das Spektrum an Handlungsmöglichkeiten für eine bürgernahe Lokalpolitik und urbane Governance durch Digitalisierung vergrößert. E-Partizipation, Beteiligung 2.0 und virtuelle Beteiligungs- und Planungstools besitzen das Potenzial, auch politikferne soziale Milieus zu erreichen, indem innovative Ansätze der virtuell „aufsuchenden“ Partizipation gewählt werden. Entscheidungsgrundlagen können stärker verbreitet und Entscheidungsprozesse transparenter gestaltet werden. Menschen können unabhängig von ihren sonstigen strukturellen Zugangsmöglichkeiten zur Öffentlichkeit in Foren, sozialen Netzwerken oder Blogs, ihre Meinung äußern, an Diskussionen teilnehmen und Einfluss auf Entscheidungen nehmen (Nanz/Fritzsche 2012: 89). In Weiterentwicklung der klassischen Beteiligungsverfahren eröffnet E-Partizipation die Möglichkeit, dass viele Teilnehmer*innen sehr fokussierte Ergebnisse erarbeiten können. Insbesondere innovative, digitale Methoden und Ansätze der Stadtentwicklung, wie participatory GIS (McCall 2003), oder Mischformen von repräsentativer und direkter Demokratie, wie liquid democracy als Erweiterung der E-Demokratie (Vogelmann 2012), ermöglichen einen direkten Zugang zu politischen Prozessen der Meinungsbildung und Entscheidungsfindung. E-Partizipation kann sowohl in Form von E-Government auf Initiative des Staates oder der Kommune Bürger*innen öffentliche Dienstleistungen online zur Verfügung stellen („top-down“) (Albrecht et al. 2008), als auch auf Initiative von Bürger*innen („bottom-up“) entstehen, wie zum Beispiel bei Online-Petitionen oder von Bürger*innen entwickelten lokalen Kampagnen-Plattformen. Eine umfassendere Definition von E-Partizipation bezieht sich dabei nicht ausschließlich auf das Verhältnis zwischen Staat und Bevölkerung, sondern ermöglicht neben der Einflussnahme auf politische Debatten auch Diskussionen innerhalb der Zivilgesellschaft.

Eine ernstzunehmende Gefahr stellt jedoch die „Auflösung der Öffentlichkeit in Teilöffentlichkeiten“ (Albrecht et al. 2008: 137 f.) dar. Aufgrund von zielgruppenspezifischen Medienangeboten besteht die Gefahr, dass sich Meinungen nicht gesellschaftsweit, sondern ausschließlich unter Gleichgesinnten bilden. Dies betrifft sowohl Regionen übergreifende als auch lokale Themen. Internet und Online-Foren unterstützen diesen Trend. Das Niveau von politischen Debatten könnte sich absenken und diese zu stark vereinfacht dargestellt werden (Kneuer/Salzborn 2016) und zur Bildung von polarisierten Lagern führen. Bildungsunterschiede, Sprachbarrieren und ökonomische Unterschiede in der Bevölkerung erschweren zudem einen partizipativen Diskurs. Der Umfang von Marketingmaßnahmen zur Bekanntmachung von Beteiligungsangeboten, um Teilnehmer*innen für die E-Partizipation zu gewinnen, darf zudem nicht unterschätzt werden (Albrecht et al. 2008: 138). Die Digitalisierung verschafft dem gesellschaftlichen Leben eine zusätzliche Dimension, in der die Werteordnung des Grundgesetzes erhalten bleiben muss. Die Sicherung der Demokratie im Netz muss als wichtiges Anliegen verfolgt werden und stellt eine zentrale Herausforderung dar. Handlungsbedarf besteht vor allem dort, wo Vollzugsdefizite entstehen oder neue Entwicklungen nicht mehr vom bestehenden Recht erfasst sind.

Damit Digitalisierung vorteilhaft für gemeinwohlorientierte Initiativen und eine gesellschaftliche Entwicklung in Richtung Nachhaltigkeit wirkt, bedarf es politischer Rahmenbedingungen,

die dezentrale und demokratische Wirtschaftsweisen gegenüber globalen Großunternehmen stärken und eine Verschärfung globaler Ungleichheiten verhindert.

Die Chancen, die Digitalisierung für gemeinwohlorientierte Initiativen bergen, können durch große Wirtschafts- Player in das Gegenteil gekehrt werden. Begriffe wie „Sharing Economy“ stehen nicht per se für eine nachhaltigere Ökonomie, was sich am Beispiel des Online-Vermittlungsdienstes zur Personenbeförderung „Uber“ veranschaulichen lässt. Hier wurden sozialversicherungspflichtige Arbeitsplätze unterlaufen, ohne dass die Nutzer*innen über diese Konsequenzen ihres digitalen Co-Konsums im Bilde sind (Lobo 2015: 4). Deshalb handelt es sich hierbei eher um einen „Plattform-Kapitalismus“ (ebd.), der im Zweifelsfall nur einen Mehrwert für direkte Anbieter*innen und Nutzer*innen stiftet, aber andere Mitglieder der Gemeinschaft in der unmittelbaren Nähe benachteiligt (Welzer 2016), wie beispielsweise durch die Übernutzung von Wohnraum durch AirBnB. Auf kommunaler Ebene wird analog diskutiert, wie durch Digitalisierung das Verfassungsprinzip der gleichen Lebensverhältnisse und Gestaltungspotenziale für alle Akteure und somit auch Bürger*innen und ihre Anliegen gewährleistet werden können – auch bei gegenläufigen wirtschaftlichen Interessen (vgl. Dedy 2016: 112). Es bedarf demnach eines politischen Regelwerks, das dafür sorgt, dass zentrale gesellschaftliche Prozesse in der Zukunft weiterhin ausgewogen von allen Akteuren gestaltet und nicht allein von Großkonzernen gesteuert werden (vgl. Habermann 2016).

Digitalisierung birgt ein hohes transformatives Potenzial, ist jedoch kein Selbstläufer hin zu einer nachhaltigeren Gesellschaft und Wirtschaft. So kann sie ökologische Be- und Entlastungen gleichermaßen bewirken und gemeinwohlorientierte Initiativen fördern, aber auch gefährden.

Die Digitalisierung hat einen sehr ambivalenten Charakter. Sie kann Umweltentlastungen ebenso mit sich bringen wie zusätzliche Umweltbelastungen. Gleichmaßen kann sie den gesellschaftlichen Zusammenhalt und gemeinwohlorientierte Initiativen stärken, aber auch schwächen. Durch Bewertungsmechanismen von Tauschplattformen (wie bei Ebay-Kleinanzeigen für Gebrauchsgegenstände oder Kleiderkreisel für Bekleidung) wird zum Beispiel Vertrauen gestärkt und eine Verlängerung des Lebenszyklus von Produkten möglich. Denn durch digitale Vorgänge sinken Transaktionskosten. Sie machen einen Wiederverkauf von niedrigpreisigen Gütern zwischen Einzelpersonen in der unmittelbaren Nachbarschaft oder über größere Distanzen oft zum ersten Mal sinnvoll (Behrendt et al. 2011). Auch die Mehrfachnutzung durch Teil- und Tauschnetzwerke für größere Geräte in der unmittelbaren Nachbarschaft wirken sich vorteilhaft auf die Umweltbilanz aus. Während also die zusätzliche digitale Dimension des zuvor analogen Flohmarktes oder Leihsystems positive Wirkungen für Umwelt und Gemeinschaft hervorruft, gibt es aber auch Negativeffekte. Produkte werden vermehrt konsumiert oder nur bestellt und wieder zurückgesandt. Auch aus sozialer Sicht ist ein vermehrtes Sharing nicht zwangsläufig Ausdruck einer Transformation hin zur Nachhaltigkeit. Harald Welzer (2016) spricht bei Plattformen zum Wohnungsteilen beispielsweise von einer „Monetarisierung sozialer Praktiken“ und „jenen Sozialverhältnissen, die bisher durch die Sozialform Beziehung und nicht durch die Beziehungsform Geld strukturiert“ waren. Die Auswirkungen von Digitalisierung auf Gemeinschaft, Umwelt und sozial-ökologische Gesellschaftstransformationen sind noch nicht ausreichend erforscht (Santarius/Lange 2016).

Zusammenfassend lässt sich festhalten, dass die Digitalisierung verschiedene Chancen für gemeinwohlorientierte Initiativen eröffnet, aber auch Herausforderungen birgt. Digitale Medien bieten neue Möglichkeiten für die Selbstorganisation gemeinwohlorientierter Initiativen. Zudem ermöglichen sie die Überwindung räumlicher Grenzen sowie die Vernetzung, die Zusammenarbeit und den Austausch von kleinen und dezentralen Gemeinschaften, was jedoch auch die Gefahr der Destabilisierung des sozialen Miteinanders birgt. Digitalisierung ermöglicht gesellschaftliche Teilhabe an Wissensproduktion und -verbreitung sowie an politischen Meinungsbildungs- und Entscheidungsprozessen (E-Partizipation). Damit Digitalisierung vorteilhaft für gemeinwohlorientierte Initiativen und eine gesellschaftliche

Entwicklung in Richtung Nachhaltigkeit wirkt, bedarf es jedoch politischer Rahmenbedingungen, die dezentrale und demokratische Wirtschaftsweisen gegenüber globalen Großunternehmen stärken und eine Verschärfung globaler Ungleichheiten verhindern. Insofern ist Digitalisierung kein Selbstläufer hin zu einer nachhaltigeren Gesellschaft und Wirtschaft.

3 Empirische Ergebnisse des Projekts

Nachdem die für das Projekt relevanten theoretischen Grundlagen dargelegt wurden, sollen im Folgenden die wichtigsten empirischen Befunde vorgestellt werden. Das betrifft zum einen die Ergebnisse des Stimmungsbarometers „Gemeinwohl“ (Kapitel 3.1) und zum anderen die Ergebnisse der qualitativen Expert*inneninterviews mit Vertreter*innen gemeinwohlorientierter Initiativen und Intermediäre (Kapitel 3.2).

3.1 Zentrale Ergebnisse des Stimmungsbarometers „Gemeinwohl“

Ziel des Stimmungsbarometers war es, ein Meinungsbild der deutschen Wohnbevölkerung ab 14 Jahre zur Bedeutung von Gemeinschaftlichkeit und Gemeinwohlorientierung für ihren Lebensalltag zu erfassen. Hierzu wurde eine repräsentative Bevölkerungsumfrage im Mai 2017 von KANTAR EMNID durchgeführt (N=1.015). Die Konzeption und Auswertung der Befragung orientierte sich an den folgenden Leitfragen, nach denen die thematischen Frageblöcke gruppiert wurden:

1. Von welchen gesellschaftlichen und ökologischen Problemen fühlen sich die Befragten persönlich betroffen?
2. Welche Möglichkeiten und Potenziale gemeinschaftlichen Handelns zur Verbesserung von Umwelt oder Gesellschaft werden im eigenen Umfeld gesehen?
3. Welche Bedingungen und Motivation lassen sich für gemeinschaftliches Engagement zur Verbesserung von Umwelt oder Gesellschaft identifizieren?
4. Welche neuen Formen von Vergemeinschaftung sind für die Befragten für eine Beteiligung vorstellbar?

Im Folgenden werden die wichtigsten Ergebnisse des Stimmungsbarometers „Gemeinwohl“ dargestellt.¹⁰

3.1.1 Wahrnehmung gesellschaftlicher und ökologischer Probleme

Ein zentrales Interesse des Stimmungsbarometers bestand darin, die Problemwahrnehmung in der Bevölkerung hinsichtlich des Bedeutungsverlustes gesellschaftlicher Werte wie Gemeinschaftlichkeit, sozialem Miteinander und sozialer Gerechtigkeit zu erfassen, um im Anschluss daran zu prüfen, ob gemeinwohlorientierte Initiativen mögliche Lösungsansätze für diese Probleme darstellen können. Die Ergebnisse zeigen, dass es in der Bevölkerung eine hohe Problemsensibilität insbesondere bei sozialen Problemen gibt. So stimmt ein Großteil der Befragten (83 Prozent) der Aussage zu, dass die Unterschiede zwischen Arm und Reich in unserer Gesellschaft größer werden. Dass gegenseitiger Respekt in unserer Gesellschaft und dass soziale Werte wie Gemeinschaftlichkeit und Hilfsbereitschaft in unserer Gesellschaft an Bedeutung verlieren, erkennen jeweils über zwei Drittel der Befragten (70 bzw. 65 Prozent). Ein Großteil derjenigen, die wachsende soziale Ungleichheit in der Gesellschaft wahrnehmen, stellen auch mangelnden Respekt und einen Bedeutungsverlust sozialer Werte wie Gemeinschaftlichkeit und Hilfsbereitschaft fest. Der sozialen Ungleichheit folgen in der Problemwahrnehmung

¹⁰ Eine ausführliche Darstellung und Diskussion der Ergebnisse findet sich in Peuker, B.; Rückert-John, J. (2017): Potenziale und Herausforderungen von Gemeinschaftlichkeit und Gemeinwohl für den sozial-ökologischen Wandel. Ergebnisse einer repräsentativen Bevölkerungsumfrage. Berlin: Beiträge zur Sozialinnovation 19.

die Sorgen um den Schutz der Privatsphäre bei der Internetnutzung (52 Prozent), steigende Mieten (38 Prozent) und Umweltprobleme, wie zum Beispiel Straßenlärm oder Luftverschmutzung am Wohn- oder Arbeitsort (27 Prozent). Am wenigsten befürchten die Befragten, dass sich durch den Einsatz von Computern die Anforderungen an ihre Arbeit entscheidend verändern (17 Prozent).

Im Stimmungsbarometer werden soziale Probleme, wie die zunehmende Ungleichheit zwischen Arm und Reich, der Verlust sozialer Werte wie Gemeinschaftlichkeit und Hilfsbereitschaft und gegenseitiger Respekt, vor allem von Befragten mit niedrigem Schulabschluss benannt.¹¹ So stimmen Befragte mit mittlerem und niedrigerem Schulabschluss häufiger den Aussagen zu gesellschaftlichen Problem-beschreibungen zu als Befragte mit höherem Schulabschluss. Die Wahrnehmung persönlicher Betroffenheit von Umweltproblemen unterscheidet sich auch nach dem Wohnort der Befragten, nämlich zwischen ländlichen und urbanen Räumen.¹² Im Vergleich zu kleineren Orten (unter 20.000 Einwohner*innen) stimmen fast doppelt so viele der Befragten aus größeren Ortschaften (über 100.000 Einwohner*innen) der Aussage völlig beziehungsweise eher zu, dass sie persönlich von Umweltproblemen, wie zum Beispiel Straßenlärm oder Luftverschmutzung am Wohn- oder Arbeitsort betroffen sind (19 Prozent gegenüber 35 Prozent). Des Weiteren geben junge Erwachsene (14-27 Jahre) eher an, persönlich von Umweltproblemen betroffen zu sein, als Senior*innen (ab 70 Jahre) (35 Prozent gegenüber 16 Prozent).

3.1.2 Wer beteiligt sich in welchen Initiativen?

Ein Hauptanliegen des Stimmungsbarometers war es, zu erfassen, inwiefern gemeinschaftliche und gemeinwohlorientierte Initiativen den Bürger*innen bekannt sind und ob die Bereitschaft besteht, sich in entsprechenden Initiativen zu beteiligen. Die Ergebnisse zeigen, dass es bereits heute eine nicht zu vernachlässigende Beteiligung der Bevölkerung an gemeinwohlorientierten Initiativen gibt, auch wenn diese bezogen auf die Gesamtbevölkerung noch relativ gering ist. So gibt über ein Zehntel (13 Prozent) der Befragten an, dass sie alltägliche Dinge, wie Werkzeuge, Waschmaschinen oder ein Fahrzeug bereits gemeinschaftlich nutzen. An einigen anderen Formen gemeinschaftlicher und gemeinwohlorientierter Initiativen beteiligen sich nur halb so viele Befragte.

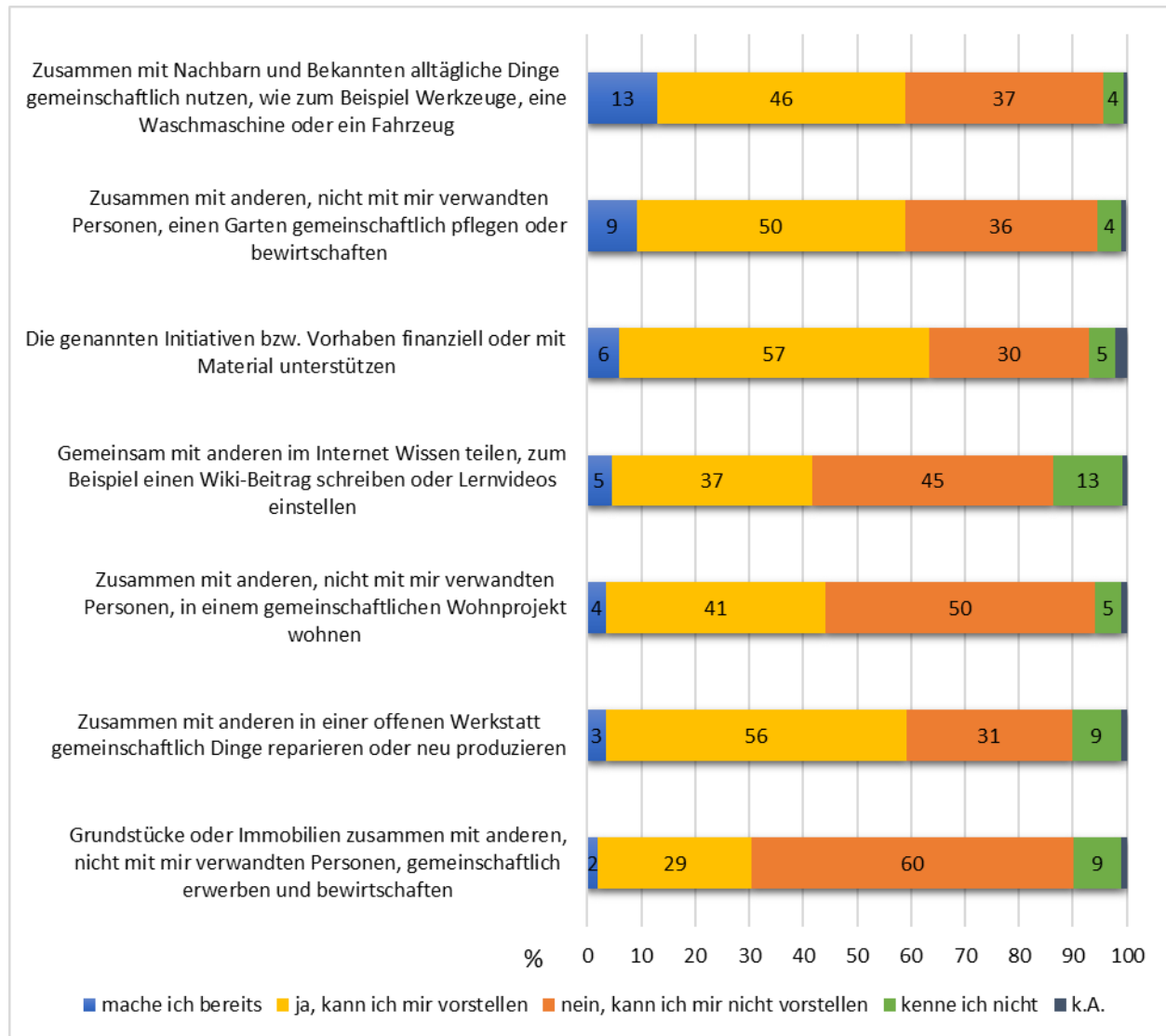
Demgegenüber ist das Interesse an neuen gemeinschaftlichen Initiativen hoch. Ein hoher Anteil der Befragten kann sich eine Beteiligung an verschiedenen Initiativen vorstellen, auch wenn sie dies derzeit noch nicht praktizieren. Zusammen mit anderen in offenen Werkstätten gemeinschaftlich Dinge reparieren und neu produzieren, kann sich die Mehrheit der Befragten (56 Prozent) vorstellen. Ebenso kann sich jede und jeder zweite Befragte (50 Prozent) vorstellen, gemeinschaftlich einen Garten zu pflegen oder zu nutzen. Jeweils rund ein Drittel kann sich vorstellen, Wissen im Internet zu teilen oder gemeinschaftlich Immobilien zu erwerben und zu bewirtschaften (37 beziehungsweise 29 Prozent). Weiterhin gibt es ein großes Unterstützungspotenzial für gemeinschaftliche und gemeinwohlorientierte Initiativen. Nicht nur können sich rund die Hälfte der Befragten vorstellen, an offenen Werkstätten teilzunehmen, gemeinschaftlich einen Garten zu pflegen oder Geräte gemeinsam zu nutzen, es gibt auch ein großes Potenzial bei den Befragten, die genannten Initiativen finanziell oder mit Material zu unterstützen (57 Prozent). Gemeinschaftliche Aktivitäten mit hoher Verbindlichkeit finden demgegenüber eine geringere Zustimmung: Die Hälfte beziehungsweise über die Hälfte der Befragten kann sich nicht vorstellen, in einem Wohnprojekt zu wohnen (50 Prozent) oder Immobilien gemeinsam zu bewirtschaften (60 Prozent). Gleichwohl gaben immerhin zwei Fünftel (41 Prozent; gemeinschaftliches

¹¹ Der Schulabschluss wurde mittels folgender Skala erfasst: „Volks- und Hauptschule“, „Mittlere Reife“ und „Abitur“.

¹² Die Auswertung bezieht sich auf die politische Ortsgröße und wurde in folgende Kategorien zusammengefasst: „unter 20.000 Einwohner*innen“=1, „20.000 bis 100.000 Einwohner*innen“=2, „über 100.000 Einwohner*innen“=3. Das Alter der Befragten wurde gruppiert in „Junge Erwachsene“ (14-27 Jahre), „Erwachsene mittleren Alters“ (28-49 Jahre), „Best Ager“ (50-69 Jahre) und „Senior*innen“ (ab 70 Jahre).

Wohnprojekt) beziehungsweise fast ein Drittel der Befragten (29 Prozent; gemeinsame Immobilien) an, dass sie sich eine solche Beteiligung vorstellen können.

Abbildung 1: Beteiligung an verschiedenen Formen der Vergemeinschaftung



Fragestellung: „Können Sie sich vorstellen, sich an folgenden Initiativen beziehungsweise Vorhaben zu beteiligen?“. N = 1.015.

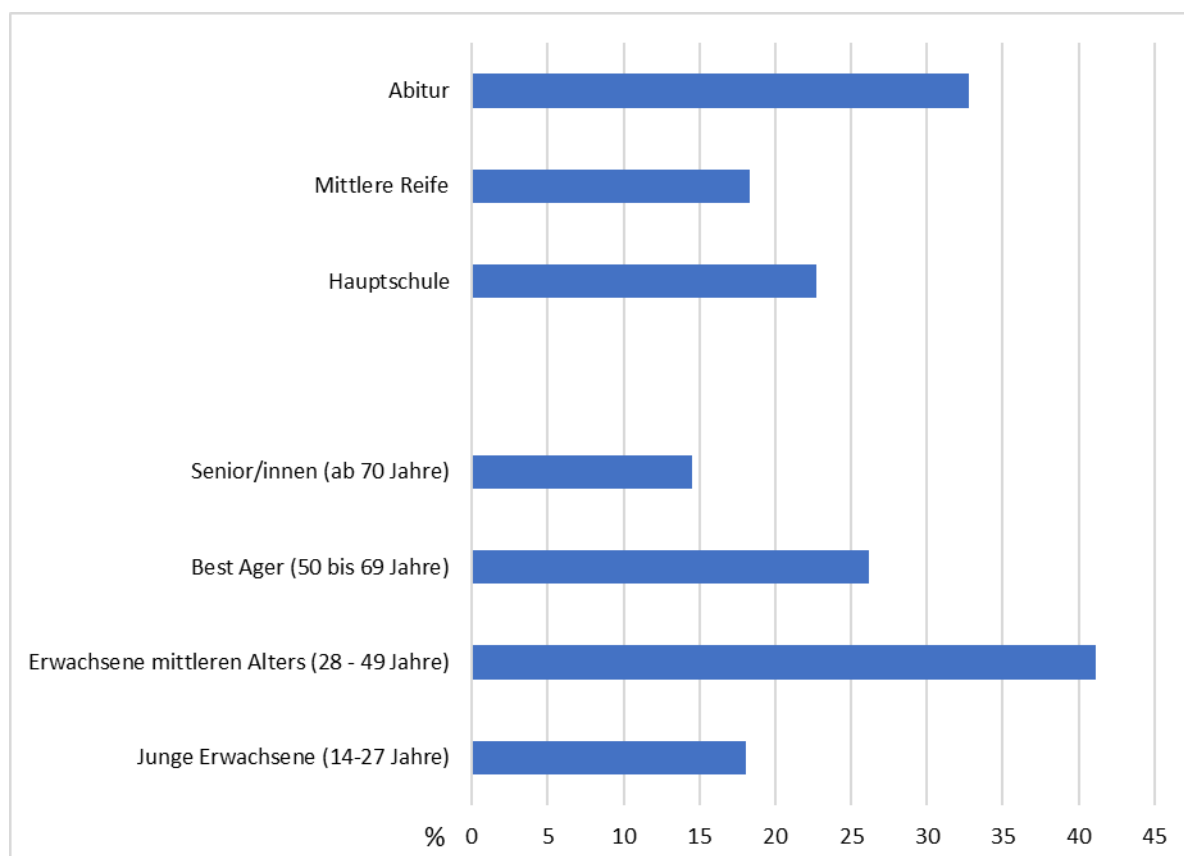
Quelle: Peuker/Rückert-John (2017)

Neben Antworten zur tatsächlichen Beteiligung sind die im Stimmungsbarometer gemachten Angaben zur Bereitschaft, sich zukünftig zu beteiligen, von zentraler Bedeutung, zeigen sie doch sowohl das Potenzial als auch die Akzeptanz verschiedener Formen von gemeinschaftlichen Initiativen an. Der Anteil derjenigen Befragten, die sich vorstellen können, sich an einer der genannten gemeinschaftsbezogenen Initiativen zu beteiligen, an denen sie aktuell noch nicht beteiligt sind, liegt bei insgesamt 86 Prozent. Gemeinschaftsbasierten und gemeinwohlbezogenen Initiativen kann demnach ein hohes Potenzial zugeschrieben werden, vorhandene Bereitschaft zum Engagement zu aktivieren.

Betrachtet man die Beteiligungsquoten des Stimmungsbarometers nach soziodemografischen Unterschieden, so fällt auf, dass gemeinschaftliche und gemeinwohlorientierte Initiativen Tendenzen eines

Mittelschichtphänomens aufweisen. So zeigen sich signifikante Unterschiede in der Beteiligung der Befragten vor allem hinsichtlich des Bildungsgrades und des Einkommens. Befragte mit Abitur beteiligen sich insgesamt überdurchschnittlich im Vergleich zu Befragten mit niedrigeren Schulabschlüssen an gemeinschaftlichen Initiativen. In Hinblick auf die verschiedenen Initiativen sind sie signifikant häufiger in Wohnprojekten, bei der gemeinsamen Gerätenutzung, beim Internetengagement sowie bei der finanziellen und materiellen Unterstützung der Initiativen vertreten. Unterschiede hinsichtlich des Pro-Kopf-Nettoeinkommens bestätigen nicht eindeutig die Mittelschichtsthese. So sind über alle abgefragten gemeinschaftlichen Initiativen hinweg keine signifikanten Befunde beim Einkommen zu verzeichnen. Spezifisch auf die einzelnen Initiativen bezogen, ergeben sich signifikante Unterschiede bei der gemeinsamen Gerätenutzung und der gemeinsamen Gartennutzung. Hier sind Befragte mit einem höheren Pro-Kopf-Nettoeinkommen (2.000-2.999 Euro) signifikant häufiger vertreten. Niedrigere Einkommensgruppen (1.000-1.499 Euro) beteiligen sich häufiger an offenen Werkstätten und im Internet. Ebenso gibt es signifikante Unterschiede hinsichtlich des Alters. Vorrangig Erwachsene im Alter zwischen 28 und 49 Jahren beteiligen sich im Vergleich zu den anderen Altersgruppen überdurchschnittlich an den genannten Initiativen. Insbesondere bei der gemeinsamen Gerätenutzung und Aktivitäten im Internet ist diese Gruppe der Befragten signifikant häufiger vertreten als Befragte anderer Altersgruppen. Damit sind es gerade nicht die jungen Erwachsenen, die sich hier vorrangig beteiligen.

Abbildung 2: Tatsächliche Beteiligung an verschiedenen Formen der Vergemeinschaftung



Dargestellt ist der Anteil der Befragten nach Schulabschluss und Altersgruppen, die angegeben haben, sich in mindestens einer der genannten Initiativen zu beteiligen. N=972 beziehungsweise N=1.015. Die Unterschiede sind jeweils nach dem Chi2-Test signifikant

Quelle: Peuker/Rückert-John (2017)

Auch mit Blick auf ein Interesse an Beteiligung zeigen sich ähnliche Muster wie bei der tatsächlichen Beteiligung mit zwei erwähnenswerten Unterschieden. So fällt zum einen ein Geschlechterunterschied auf: Frauen können sich eher eine Beteiligung in Wohnprojekten, eine gemeinsame Gartennutzung und eine Immobilienbewirtschaftung vorstellen; Männer hingegen bevorzugen eine Beteiligung im Internet. Damit werden geschlechtsspezifische Präferenzen deutlich, die sich aber kaum bei der Frage nach einer tatsächlichen Beteiligung widerspiegeln. Zum anderen ist ein Altersunterschied erkennbar: Junge Erwachsene (14-27 Jahre) können sich eher als andere Altersgruppen eine Beteiligung vorstellen, beteiligen sich real aber nicht stärker als die Gruppe der Erwachsenen mittleren Alters (28-49 Jahre), die sich im Vergleich mit allen anderen Altersgruppen überdurchschnittlich stark engagieren.

3.1.3 Motive des Engagements

Des Weiteren ging es um die Frage, was Menschen motiviert, sich gemeinschaftlich zu engagieren. Fast drei Viertel der Befragten sagen, dass es ihnen bei einem gemeinschaftlichen Engagement zur Verbesserung von Umwelt oder Gesellschaft besonders wichtig sei, dass sie tatsächlich etwas bewirken (74 Prozent) und Spaß an den gemeinsamen Aktivitäten (72 Prozent) haben. Selbstwirksamkeit und Spaß fungieren damit gemeinsam als wichtigste Motive für ein Engagement in gemeinschaftlichen Initiativen. Auffällig sind bei den Befunden zu den Motiven des Engagements die sozio-demographischen Unterschiede. Älteren Menschen ist es besonders wichtig, sich mit ihrem Engagement nicht zu binden. Vor allem den Befragten über 50 Jahren (Best Ager und Senior*innen) ist es wichtig, dass sie mit ihrem Engagement keine größeren Verpflichtungen eingehen müssen und ihr Engagement jederzeit beenden können. 67 Prozent der Best Ager und 69 Prozent der Senior*innen führen diese Bedingungen für ihr Engagement an. Jungen Erwachsenen und Erwachsenen mittleren Alters hingegen ist das weniger wichtig: Bei den Erwachsenen mittleren Alters sind es nur rund die Hälfte (51 Prozent) und bei den jungen Erwachsenen nur zwei Fünftel (41 Prozent) der Befragten.

3.1.4 Förderliche Bedingungen gemeinschaftlichen Handelns

Damit Chancen und Potenziale freiwilligen Engagements im Sinne einer breiten sozialen Teilhabe genutzt werden können, bedarf es unterstützender und ermöglichender Strukturen. Im Folgenden werden drei zentrale Aspekte diskutiert: die Nachbarschaftshilfe, die Anerkennungskultur und die digitale Infrastruktur.

Gegenseitige Hilfe in der Nachbarschaft spielt für einen Großteil der Befragten eine wichtige Rolle in ihrem Leben (65 Prozent). Das trifft gleichermaßen für alle Altersgruppen sowie für Befragte zu, die in der Stadt oder auf dem Land leben. Dennoch ergeben sich leichte Unterschiede: Für ältere Menschen und Bewohner*innen im ländlichen Raum spielt gegenseitige Hilfe in der Nachbarschaft eine wichtigere Rolle als für jüngere Menschen und Bewohner*innen städtischer Räume. Vor allem für die Generation der so genannten Best Ager (50+) und für Senior*innen (70+) ist gegenseitige Hilfe in der Nachbarschaft wichtig: So geben jeweils über 70 Prozent der über 50-Jährigen an, dass gegenseitige Hilfe in der Nachbarschaft eine wichtige Rolle in ihrem Leben spielt. Bei jungen Erwachsenen (14 bis 27 Jahre) und Erwachsenen mittleren Alters (28 bis 49 Jahre) (60 Prozent) ist die Bedeutung gegenseitiger Hilfe in der Nachbarschaft zwar etwas geringer ausgeprägt (57 beziehungsweise 60 Prozent), aber auch in diesen Altersgruppen gibt jeweils über die Hälfte an, dass sie eine wichtige Rolle in ihrem Leben spielt. Ebenso spielt die gegenseitige Hilfe in der Nachbarschaft vor allem für Befragte in kleinen Ortschaften mit weniger als 20.000 Einwohner*innen eine wichtige Rolle (75 Prozent). In größeren Ortschaften nimmt die Bedeutung tendenziell ab. So finden nur noch 56 Prozent der Befragten in Städten über 100.000 Einwohner*innen gegenseitige Hilfe in der Nachbarschaft wichtig.

Eine weitere Bedingung für eine Beteiligung in gemeinschaftlichen Initiativen ist eine **Kultur der Anerkennung**. Mehr als ein Drittel der Befragten (39 Prozent) – und damit nicht nur diejenigen, die bereits aktiv an gemeinschaftlichen Initiativen beteiligt sind, sondern auch diejenigen, die es noch nicht sind – sind der folgenden Meinung: „Wenn man sich gemeinsam mit anderen für die Verbesserung von Umwelt und Gesellschaft engagiert, wird einem Respekt und Anerkennung entgegengebracht“. Die Zustimmung zu dieser Aussage steht in Zusammenhang mit einer positiven Bewertung der Rolle der Nachbarschaftshilfe. Engagement ist ein Ausdruck von lebendigen sozialen Beziehungen und der Einbindung in soziale Netzwerke. Bei einem Engagement für Umwelt oder Gesellschaft ist es nicht nur wichtig, die eigenen Fähigkeiten einzubringen und tatsächlich etwas zu bewirken, sondern auch Spaß an den gemeinsamen Aktivitäten zu haben. So steht die Bedeutung gegenseitiger Hilfe in der Nachbarschaft für das eigene Leben und die Erfahrung von Anerkennung durch ein Engagement in positivem Zusammenhang mit dem Motiv „Spaß haben“ für ein (potenzielles) Engagement. Gerade der Event-Charakter neuer Engagementformen bietet die Möglichkeit, soziale Beziehungen zu erneuern und darüber hinaus das soziale Kapital des Einzelnen auch für andere sichtbar zum Ausdruck zu bringen.

Eine weitere Bedingung für freiwilliges Engagement stellt eine **digitale Infrastruktur** dar, worunter Hilfsmittel zur Kommunikation und Datenverarbeitung verstanden werden. Zur digitalen Infrastruktur gehören nicht nur die Endgeräte, wie Notebooks oder Smartphones, sondern auch das Internet als Kommunikationsbasis. Diese technischen Möglichkeiten verändern sowohl das soziale Miteinander als auch das Arbeitsleben und das freiwillige Engagement. Im Stimmungsbarometer wurden Probleme, die mit der Nutzung der digitalen Infrastruktur in Zusammenhang stehen, ebenso thematisiert wie die Möglichkeiten für freiwilliges Engagement, welche die neuen Kommunikationsmedien bieten, wie zum Beispiel die aktive Vernetzung über das Internet zur Beteiligung an gemeinschaftsbasierten Initiativen. Allgemein wird das Internet vor allem von denjenigen Befragten genutzt, die einen höheren Schulabschluss besitzen und den jüngeren Altersgruppen angehören. Insgesamt gaben rund ein Fünftel der Befragten (18 Prozent) an, dass sie das Internet nicht nutzen. Hierbei handelt es sich vor allem um Senior*innen und Befragte mit einem niedrigen Schulabschluss. Von den Befragten mit Internetnutzung ist die Hälfte (52 Prozent) um den Schutz ihrer Privatsphäre bei der Internetnutzung besorgt. Von denjenigen Befragten, die erwerbstätig sind, geben rund zwei Fünftel an, dass sie Angst davor haben, dass sich durch den Einsatz von Computern die Anforderungen an ihre Arbeit entscheidend verändern. Knapp ein Viertel der Befragten (24 Prozent), die Zugang zum Internet haben, nutzen dieses auch, um sich mit anderen Menschen zu vernetzen. Fünf Prozent der Befragten engagieren sich, indem sie Wissen im Internet gemeinsam mit anderen teilen und über ein Drittel (37 Prozent) kann sich vorstellen, sich auf diese Weise zu engagieren. Diejenigen, die bereits aktiv das Internet nutzen, um sich mit anderen zu vernetzen, können sich auch vorstellen, gemeinsam mit anderen Wissen über das Internet zu teilen. Befragte, die in ihrem Wohnumfeld zu wenige Möglichkeiten sehen, sich zu engagieren, nutzen zur aktiven Vernetzung für ihr Engagement zur Verbesserung von Umwelt und Gesellschaft das Internet. Vor allem junge Erwachsene (Personen zwischen 14 und 27 Jahren) stimmen dieser Aussage häufiger zu (36 Prozent) als andere Altersgruppen.

3.1.5 Zusammenfassung und Zwischenfazit

Das Stimmungsbarometer „Gemeinwohl“ hatte zum Ziel, das Potential für gemeinschaftsbasierte und gemeinwohlorientierte Initiativen in der Bevölkerung auszuloten. Hierbei wurde deutlich, dass von einem Großteil der Bevölkerung als Problem wahrgenommen wird, dass Gemeinschaftlichkeit, Hilfsbereitschaft und gegenseitiger Respekt zunehmend in der Gesellschaft fehlen. Diese Probleme werden vor allem bei Befragten mit niedrigem Schulabschluss wahrgenommen. Befragte mit niedrigerem Schulabschluss nehmen demnach eher die Folgen der Individualisierungsprozesse wahr beziehungsweise haben weniger soziale Teilhabechancen als Befragte mit höherem Schulabschluss.

Ein Großteil der Befragten bringt ein Interesse an gemeinschaftlichen Initiativen zur Verbesserung von Umwelt oder Gesellschaft zum Ausdruck, auch wenn das tatsächliche Engagement geringer ausfällt. Hier ist demnach ein großes Entwicklungspotential vorhanden. Das tatsächliche Engagement ist dabei vor allem bei niedrigschwelligen und bekannten Initiativen und Praktiken am größten. Geringer fällt es bei Praktiken und Initiativen mit hoher Verpflichtung – also einem hohen und regelmäßigen Investment an Zeit und Ressourcen – aus und bei solchen, die weniger bekannt sind. Dabei beteiligen sich vor allem Erwachsene mittleren Alters (28-49 Jahre) in den Initiativen sowie Befragte mit Abitur.

Vergleichbar mit Studien zum freiwilligen Engagement im Allgemeinen und im Umweltbereich im Besonderen zeigt sich auch bei gemeinwohlorientierten Initiativen ein Bildungsbias. Die Zugangschancen zu den gemeinwohlorientierten Initiativen und die Chancen auf soziale Teilhabe sind demnach in der Bevölkerung ungleich verteilt. Gerade diejenigen Bevölkerungsgruppen, die soziale Probleme verstärkt wahrnehmen, sehen sich Zugangsbarrieren gegenüber. Dennoch kann ihr höheres Problembewusstsein als Potenzial für gemeinschaftsbasierte Initiativen gesehen werden.

Die Ergebnisse des Stimmungsbarometers zeigen weiterhin, dass Nachbarschaften eine wichtige niedrigschwellige Form von Gemeinschaftlichkeit und Gemeinwohlorientierung darstellen. Damit können sie die Grundlage für eine zukünftige Beteiligung in gemeinwohlorientierten Initiativen bilden. Dabei ist die gegenseitige Hilfe in der Nachbarschaft vor allem für ältere Menschen und in eher ländlich geprägten Kontexten von Bedeutung. In der Nachbarschaftshilfe beteiligen sich demnach eher andere Bevölkerungsgruppen als an übrigen gemeinwohlorientierten Initiativen. Die hohe Beteiligung von jungen und gut ausgebildeten Menschen an gemeinwohlorientierten Initiativen verstärkt die Rolle digitaler Medien für diese Initiativen, da diese Bevölkerungsgruppen diese auch ohnehin verstärkt nutzen. Digitale Medien helfen nicht nur gemeinschaftliche Initiativen zu organisieren, sie ermöglichen auch soziale Beziehungen einzugehen und diese in digitalen Räumen zum Ausdruck zu bringen.

Die Beteiligung an gemeinwohlorientierten Praktiken und Initiativen kann als Ausdruck von sozialem Kapital angesehen werden. Als Motivation für eine Beteiligung an diesen Initiativen ist Spaß in Verbindung mit der Erfahrung von Selbstwirksamkeit wichtig. Spaßhaben ist eine Form von sozialer Anerkennung, da zusammen mit anderen Spaß empfunden wird. Damit wird das „Wir-Gefühl“, das wichtig für den Vergemeinschaftungsprozess ist, unterstützt. Spaßhaben sollte darum nicht negativ als Hedonismus, der der Gemeinwohlorientierung entgegengesetzt ist, aufgefasst werden. Vor allem jungen Menschen ist Spaß wichtig, während die ältere Generation am Engagement eher die Flexibilität schätzt. Die hohe Problemwahrnehmung von am Gemeinwohl ausgerichteter Werte und die hohe Bereitschaft, sich an gemeinwohlorientierten Initiativen zu beteiligen, deutet nicht nur auf ein hohes Transformationspotential solcher Initiativen hin, sondern verdeutlicht darüber hinaus ein Beteiligungsbedürfnis in der Bevölkerung, das zukünftig auch stärker für sozial-ökologische Transformationen der Gesellschaft genutzt werden kann.

3.2 Zentrale Ergebnisse der Interviews mit Vertreter*innen gemeinwohlorientierter Initiativen und Intermediäre

Neben den zuvor dargestellten quantitativen Erhebungen und Befunden im Rahmen des Stimmungsbarometers (AP 2) wurden in AP 4 anhand von Expert*inneninterviews qualitative Daten erhoben mit dem Ziel, einen vertiefenden Einblick in die Akteurslandschaft gemeinwohlorientierter Initiativen zu erhalten und diese systematisch darzustellen. Dabei ging es darum, die in der Praxis vorhandene Diversität gesellschaftlicher Initiativen (hinsichtlich der Zielstellungen, Themenfelder, Organisations- und Handlungsstrukturen, Verbreitungsstrategien, Finanzierungsmodelle sowie des Innovationsgrades) zu erfassen. Damit sollten Erkenntnisse gewonnen werden, mit welchen unterschiedlichen umweltpolitischen Unterstützungs- und Förderstrategien die verschiedenen gemeinwohlorientierten Initiativen gestärkt werden können.

Zur Beantwortung der übergreifenden Fragestellungen (siehe Kapitel 1.1) wurden zwischen Januar und Mai 2018 insgesamt 27 leitfadengestützte Expert*innen-Interviews durchgeführt. Zum einen wurden Vertreter*innen von 15 innovativen gemeinwohlorientierten Initiativen interviewt. Zum anderen wurden 12 intermediär agierende Akteure für Interviews ausgewählt, die als vermittelnde Instanzen zwischen den Initiativen auf der einen und Förderern, Politik und Verwaltung auf der anderen Seite tätig sind.

Dabei wurde ein „zielgerichtetes Sampling“ (Longhurst 2010: 108) angestrebt. Die Auswahl der Initiativen (als Fälle) erfolgte nach dem Grad ihrer Innovativität (gemessen am Ausmaß der Veränderung der etablierten Praxis). Ausgewählt wurden 15 Fälle, die nach Einschätzung des Projektteams ein diesbezüglich hohes Innovationspotenzial aufweisen. Weiterhin sollten die gewählten Initiativen bis zum Zeitpunkt der Interviews mindestens fünf Jahre bestanden haben, um auch Einblicke in ihren Formalisierungs- und Organisationsprozess gewinnen zu können. Um eine Dominanz eines spezifischen umweltpolitischen Handlungsfelds (z. B. Energie) zu vermeiden und um handlungsfeldunabhängige Muster zu erkennen, sollten die Initiativen in möglichst vielen verschiedenen umweltpolitischen Handlungsfeldern verortet sein: Ernährung, Wohnen/Bau, Mobilität beziehungsweise Verkehr, Energie sowie Digitalisierung und Konsum. Um eine Verzerrung hinsichtlich spezifischer räumlicher Problemlagen sowie darauf bezogener Förderprogramme und Lösungen zu vermeiden, wurde bei der Auswahl der Initiativen darauf geachtet, dass diese in verschiedenen räumlichen Kontexten agieren. Folglich wurde bei der Auswahl darauf geachtet, dass jeweils Initiativen aus (1) urbanen, verdichteten Räumen, aus (2) ländlichen, weniger verdichteten Räumen und (3) an der Schnittstelle zwischen urbanen und ländlichen Räumen im Sample vertreten sind. Zudem wurden zwei Initiativen ausgewählt, die maßgeblich im „digitalen Raum“ agieren und als digitale Gemeinschaften verstanden werden können. Darüber hinaus wurden zwei Fälle von „gescheiterten“ Initiativen in das Sample einbezogen, das heißt Initiativen, die zum Zeitpunkt der Erhebung ihre Aktivitäten eingestellt hatten. Eine Auflistung der Fälle ist der Tabelle 1 zu entnehmen.

Basierend auf der Auswahl der Initiativen, wurden intermediäre Akteure identifiziert, die an der Schnittstelle zwischen diesen Initiativen und Verwaltung/Politik/Förderern agieren.¹³ Es wurden intermediäre Vertreter*innen als Interviewpartner*innen ausgewählt, um sich Einblicke in die Arbeitsprozesse derjenigen zu verschaffen, deren tägliche Routine von Aushandlungsprozessen zwischen innovativen gemeinwohlorientierten Initiativen mit öffentlichen Institutionen der (Kommunal-)Verwaltung und -politik gekennzeichnet ist. Durch die zusätzliche Befragung von Intermediären wurde demnach angestrebt, nicht nur die Innenperspektive der Initiativen zu ergründen, sondern auch eine Außenperspektive zu gewinnen.

Alle Interviewpartner*innen wurden über E-Mail angefragt. Geführt wurden die Interviews in persönlichen Gesprächssituationen oder in Ausnahmen per Telefon. Die leitfadengestützten Interviews dauerten zwischen 90 bis 120 Minuten. Im Anschluss daran wurden die Interviews transkribiert und in Anlehnung an die qualitative Inhaltsanalyse nach Mayring (2007) codiert und mithilfe der Software

¹³ Diese Interviewpartner*innen werden im Folgenden als „Intermediäre“ bezeichnet. In der Literatur zu Intermediären wird kein einheitliches konzeptionelles Verständnis vertreten. Intermediäre werden nicht durch ihre institutionelle Form definiert, sondern vielmehr nach einem relationalen Verständnis durch Beziehungen, in die sie eingebettet sind (Moss et al. 2009: 5). Sie stehen zwischen verschiedenen Akteuren, Institutionen, Prozessen und Interessen. Unabhängig davon, ob Intermediäre Dialoge vereinfachen, Rat und Führung bereitstellen, Diskrepanzen überbrücken, für Reformen und Reformierungsprozesse eintreten oder als Pioniere für neue Formen der Interaktion gelten -, ihre Handlungsarenen sind durch ihren Charakter des „Dazwischen-Seins“ definiert (Moss et al. 2009: 18). Im Forschungsvorhaben werden Intermediäre als jene Akteure verstanden, die als Vermittler*innen und Schnittstelle zwischen Kommunalpolitik/-verwaltung und Zivilgesellschaft tätig sind.

„MAXQDA“ und „Zettelkasten“ ausgewertet. Das Kodierungssystem wurde a priori der Datenerhebung erstellt. Es wurden Fallbeschreibungen für jedes Interview angefertigt.

Die Strukturierung der Interviewleitfäden erfolgte entlang von vier Themenkomplexen, die sich aus bisherigen Forschungsergebnissen zu zivilgesellschaftlichen Initiativen und zur Möglichkeit ihrer Förderung und Unterstützung durch die (Umwelt-)Politik ableiten (vgl. u. a. Ehnert et al. 2017). Diese adressierten die organisationale Innenperspektive, die Wirkungen von Initiativen und die Einbettung der Initiativen in die Gesellschaft sowie Fragen zur Digitalisierung. Bezüglich dieser Themenkomplexe wurden folgende empirische Leitfragen formuliert:

- ▶ Organisationale Innenperspektive: Wie organisieren, entwickeln und stabilisieren sich innovative Gemeinschaften und wie können sie durch (Umwelt-)Politik dabei unterstützt werden?
- ▶ Wirkungen: Welche Wirkungen erzielen innovative gemeinwohlorientierte Initiativen und wie kann (Umwelt-)Politik diese dabei unterstützen, ihre Wirkungen zu erhöhen?
- ▶ Einbettung in die Gesellschaft: Welche Interaktionen bestehen zwischen innovativen, gemeinwohlorientierten Initiativen und anderen gesellschaftlichen Akteuren und wie kann (Umwelt-)Politik die Initiativen dabei unterstützen, ihre Stellung innerhalb der Gesellschaft zu stärken?
- ▶ Digitalisierung: Welche Rolle spielt die Digitalisierung für die Initiativen? Welche Chancen und Risiken werden erkannt? Welche rechtlichen und politischen Rahmenbedingungen müssten sich wie verändern, damit die Initiativen die Chancen der Digitalisierung nutzen können?

Tabelle 1: Ausgewählte Fälle für die Expert*inneninterviews

Räumlicher Fokus	Initiativen	Intermediäre
urbane/verdichtete Räume	Fall 1: Wohngemeinschaft Fall 2: Autofreie Mobilität Fall 3: Urban Gardening Fall 4: Quartiersbezogene Stadt- und Nachbarschaftsentwicklung Fall 5: Temporäre Gemeinschaften des Teilens/ Carrotmob	Fall 16: Intermediär mit Schwerpunkt Kommune Fall 17: Intermediär mit Schwerpunkt Transition-Town-Netzwerk Fall 18 / Fall 20: Intermediär mit Schwerpunkt urbane Initiativen Fall 19.1/ Fall 19.2: Intermediär zu urbanen Gärten & offenen Werkstätten (Förderperspektive)
ländliche/wenig verdichtete Räume	Fall 6: Bürgergetragene Mobilität Fall 7: Dorfladen Fall 8: Bioenergiedörfer Fall 13: Ökodorf-Gemeinschaft	Fall 21: Intermediär zu Ökodörfern
Verbindung unterschiedlicher Räume	Fall 9: Verbrauchergemeinschaften Fall 10: Energiegenossenschaften	Fall 24: Intermediär zu Solidarischer Landwirtschaft Fall 22: Intermediär zu zivilgesellschaftlichen Initiativen im städtischen und ländlichen Bereich Fall 23: Intermediär zu städtischen und ländlichen Initiativen (Förderträger)
Digitale Gemeinschaften	Fall 11: Kultur- und Freirauminitiative Fall 12: Offene Werkstatt	Fall 27: Wissenschaftler/in mit Schwerpunkt Digitalisierung
„Gescheiterte“ Initiativen	Fall 14: Transition Town Initiative Fall 15: Bürgerladen	
Ohne engeren Raumbezug		Fall 25: (privatwirtschaftlicher) Förderer Fall 26: Intermediär zu Umweltengagement

Im Folgenden werden die wichtigsten Ergebnisse der Expert*innen-Interviews dargestellt.¹⁴

¹⁴ Eine ausführliche Darstellung und theoriegeleitete Diskussion der Ergebnisse findet sich in Peuker, B.; Rückert-John, J.; Egermann, M.; Betsch, A. (2020): Innovative gemeinwohlorientierte Initiativen und ihr Beitrag zur sozialökologischen Transformation. Teilbericht. (Umweltbundesamt (UBA), Hrsg.), Dessau-Roßlau: Umweltbundesamt (UBA).

3.2.1 Organisation und Gemeinschaft

Die Analyse der Organisationsweise von innovativen gemeinwohlorientierten Initiativen, ihres Verständnisses von Gemeinschaft und Selbstorganisation sowie ihrer gesellschaftlichen Anerkennung, ermöglichte Rückschlüsse zu zentralen Forschungsfragen des Projekts - sowohl zum Beitrag der Initiativen zu sozial-ökologischen Transformationen als auch zu ihren diesbezüglichen Potenzialen und Herausforderungen. So sehen die Initiativen beispielsweise bereits in ihrer gemeinschaftlichen Organisationsweise oftmals einen Beitrag sowohl zu sozialen und – wenn auch nur bei einigen wenigen Initiativen – zu ökologischen Werten und Zielen. Zum anderen birgt die gemeinschaftliche Organisationsweise nicht nur intern Herausforderungen in sich, sondern auch extern, zum Beispiel bei der Kooperationsfähigkeit der Initiative mit anderen Akteuren.

Im Folgenden werden zunächst verschiedene Verständnisse von Gemeinschaft bei den befragten Initiativen dargestellt. Im Anschluss daran werden die gemeinschaftlichen Aspekte und Herausforderungen der Selbstorganisation für die Initiativen verdeutlicht. Auf die Herausforderungen, die sich aus der Fremdperspektive ergeben, wird nachfolgend eingegangen. Dabei geht es aus transformationswissenschaftlicher Perspektive auch darum, inwiefern sich (umweltpolitische) Maßnahmen auf die Selbstorganisation von zivilgesellschaftlichen Initiativen auswirken können, wenn sie Fördermittel beantragen und in Anspruch nehmen.

3.2.1.1 Verständnisse von Gemeinschaft

In den Interviews konnten drei Verständnisse von Gemeinschaft identifiziert werden:

- ▶ Gemeinschaft als Prinzip der informellen Organisation zivilgesellschaftlicher Initiativen,
- ▶ Gemeinschaft als normatives Ideal gegenseitiger Verbundenheit und Wertschätzung,
- ▶ Gemeinschaft als ideeller Bezugspunkt, wie zum Beispiel beim Bezug auf gemeinsame Werte in einer ländlichen Gemeinschaft oder einem Stadtteil.

Die ersten beiden Verständnisse – Gemeinschaft als informelle Organisation und Gemeinschaft als gegenseitige Verbundenheit und Wertschätzung – waren in den Interviews vorherrschend und überschneiden sich oftmals. Das dritte Verständnis, das auf eine ideelle Gemeinschaft verweist, wurde nur am Rande und vor allem in Bezug auf ländliche Gemeinschaften deutlich.

Gemeinschaft als informelle Organisationsweise

In den Interviews wurde unter Gemeinschaft oftmals die informelle Selbstorganisation der Initiativen verstanden. Gemeinschaftlichkeit in Initiativen meint in diesem Zusammenhang, sich gemeinsam ein Ziel zu setzen, zu kooperieren, sich gegenseitig zu helfen und dies möglichst wenig hierarchisch sowie ohne einen formellen Rechtsrahmen.

Ein großer Teil der befragten Initiativen und Intermediäre versteht unter Gemeinschaftlichkeit in erster Linie das gemeinsame Tun.¹⁵ Gemeinschaftlichkeit bilde sich „über Gartenarbeit, gemeinsam was gestalten“ (Fall 3: 464)¹⁶, eine „gemeinsame Idee zu entwickeln, Aufgaben aufzuteilen, Deadlines einzuhalten“ (Fall 5: 137-141). Gemeinschaftlichkeit bedeute, dass „wir das quasi zusammen machen“ (Fall 11: 692). Das gemeinsame Tun wird nicht nur mit Kooperation assoziiert, sondern auch mit ge-

¹⁵ Fall 2, Fall 3, Fall 5, Fall 8, Fall 10, Fall 11, Fall 13, Fall 14, Fall 19.2 (Intermediär), Fall 20 (Intermediär), Fall 21 (Intermediär), Fall 24 (Intermediär), Fall 26 (Intermediär), Fall 27 (Intermediär).

¹⁶ In den Klammern sind jeweils die Fälle entsprechend der Tabelle 1 benannt und nachfolgend die Zeilennummern des Interviewtranskripts.

gegenseitiger Hilfe. So helfen sich in einer offenen Werkstatt die Beteiligten gegenseitig (Fall 12). Das gemeinsame Tun sei dabei an flachen Hierarchien orientiert. Die Initiativen wollen Hierarchien vermeiden und als Kollektiv agieren. Es gebe „grundsätzlich eine große Distanz zur Macht“ (Fall 18 (Intermediär): 673-674). Dem „System“ (Fall 18 (Intermediär): 681) würde vorgeworfen, „alles falsch [zu] mach[en]“ (Fall 18 (Intermediär): 682). Im Gegensatz hierzu wollen die Initiativen nach einer anderen Logik agieren, „man will das eben nicht durchökonomisiert machen“ (Fall 18 (Intermediär): 683).

Gemeinschaftlichkeit meint auch Lernen, sich zu organisieren, Raum zu bieten für Selbstorganisation. Wenn Gemeinschaftlichkeit als das gemeinsame, kooperative Vorgehen verstanden wird, dann ist die Abstimmung von arbeitsteiligen Prozessen ein zentraler Punkt für gemeinschaftliches Handeln, meist unter Bezugnahme auf flache Hierarchien. Was hier gelernt werde, seien Sozialtechniken der Kooperation (Fall 5, Fall 24 (Intermediär)).

Gemeinschaft als normatives Ideal gegenseitiger Verbundenheit und Wertschätzung

Für einen großen Teil der Initiativen wird Gemeinschaft neben dem gemeinsamen Tun auch mit einem Gemeinschaftsgefühl verbunden, also mit einem Gefühl der Verbundenheit und Wertschätzung.¹⁷ So sei die so verstandene Gemeinschaftlichkeit ein wichtiges Motiv, sich an der Initiative zu beteiligen (Fall 2, Fall 4, Fall 5, Fall 22 (Intermediär)): eine „community“ (Fall 2: 365) oder „Spaß, Selbstwirksamkeit, gute Themen, nette Leute“ (Fall 4: 152-155). „Gemeinschaftlichkeit selbst [stelle] einen Wert an sich dar“ (Fall 22 (Intermediär) 218-220).

Das Gemeinschaftsgefühl wird aber auch durch gegenseitige Anteilnahme erzeugt.¹⁸ Im Umgang miteinander sei „das Teilen“ (Fall 1: 875) ein wichtiger Aspekt. „Also ob wir was Gutes oder was Schlechtes oder was weiß ich erleben, wenn wir es nicht teilen können, dann ist es entweder eine Quälerei oder eine Enttäuschung“ (Fall 1: 881-883). Gemeinschaftlichkeit bedeute „kollaborativ-sozial, solidarisch, wie auch immer man das jetzt nennen möchte, [...] die anderen mitzudenken“ (Fall 11: 1092-1094). Nur durch die Konsensfindung und Aushandlungsprozesse unterschiedlicher Personen, der „Vielfalt der Menschen“ (Fall 13: 255), könne Gemeinschaft geformt werden (Fall 13: 252-255, 257, 271).

Ein wichtiger Aspekt bei der Gemeinschaftsbildung besteht darin, miteinander ins Gespräch zu kommen. Gemeinschaft entsteht im Gespräch an einem konkreten Ort. Durch Co-housing, Co-working und Gemeinschaftsgärten „lernen [wir,] wieder zu teilen. Nicht nur, weil das effizient ist, sondern weil wir bewusst oder unbewusst merken, wir sind Menschen“ (Fall 1: 892-893).

Insbesondere für gemeinschaftliche Wohnprojekte ist eine Balance zwischen Individuum und Gemeinschaft wichtig (Fall 1, Fall 19.2 (Intermediär)). Dass sich die Menschen als Einzelpersonen verstehen, sei sozialisiert: „Das kriegen wir nicht los in den nächsten Jahren“ (Fall 1: 819-820). Dieses Bedürfnis müsse auch respektiert werden, könne aber auch mit gemeinschaftlichen, kollektiven, genossenschaftlichen Strukturen kombiniert werden (Fall 1: 811-835). In Wohnprojekten gebe es neben den gemeinschaftlichen Räumen private Räume, in die sich die Menschen zurückziehen können: „Also ist [es] so ein Spiel zwischen Privatsein und nebenbei in Gemeinschaft eine Identität haben“ (Fall 1: 852-853). Diese Spannung zwischen „Ich-Sein und Zusammen-Sein“ (Fall 1: 860) sei ein Grundthema der Initiative, ebenso wie die Spannung zwischen Mitgestalten können, privat Kreativsein und in einer Gemeinschaft zu wohnen und zu arbeiten“ (Fall 1: 839-868).

¹⁷ Fall 1, Fall 2, Fall 4, Fall 5, Fall 11, Fall 12, Fall 17 (Intermediär), Fall 19.2 (Intermediär), Fall 20 (Intermediär), Fall 22 (Intermediär).

¹⁸ Fall 1, Fall 11, Fall 12, Fall 17 (Intermediär), Fall 19.2 (Intermediär), Fall 20 (Intermediär).

Gemeinschaftlichkeit meint auch die Anerkennung unterschiedlicher Werthaltungen und Perspektiven. Der Gemeinschaftsaspekt bei einer offenen Werkstatt bestehe darin, dass man nicht „alleine im Keller vor sich hin bastelt“ (Fall 12: 1345), sondern sich gegenseitige Wertschätzung für das Gefertigte entgegenbringe, indem zum Beispiel jemand sagt: „das haste ja gut gemacht“ (Fall 12: 1348-1349). Auch durch gegenseitige Hilfe könne diese Wertschätzung zum Ausdruck gebracht werden, zum Beispiel dann, wenn eine Person „zu jemandem geht und sagt: ‚du ich habe eine Frage‘, (...) unausgesprochen: ‚Du bist doch da Experte drin‘“ (Fall 12: 1378-1379).

Wichtig ist den Initiativen, Räume für Aushandlungen und Diskussionen sehr unterschiedlicher und teilweise auch unvereinbarer Perspektiven und Positionen zu bieten. „Also die eigentliche Grundfrage ist immer, wie wollen wir gemeinsam leben?“ (Fall 3: 851-852). Es gehe dabei um „Aushandlungsprozesse“ (Fall 3: 880) ganz unterschiedlicher Interessen. Zur Flächennutzung gebe es unterschiedliche Meinungen, auch unter den Projektbeteiligten: „Also es sind ganz verschiedene Meinungen im Raum, wie man mit so [einer] Fläche umgehen sollte. Aber dann ist da halt auch ein Raum, darüber zu diskutieren“ (Fall 3: 496-498).

Gemeinschaft als imaginärer Bezugspunkt der Inklusion und Exklusion

Gemeinschaft kann auch bedeuten, sich positiv auf ein Netzwerk oder eine Szene, auf eine Region oder Stadt zu beziehen. Es gibt Gemeinschaftlichkeit in den Netzwerken zwischen Initiativen und Organisationen. So bewege sich der Verein, der als Träger eines Gartenprojekts fungiert, in einem Unterstützungs- und Kooperationsnetzwerk, das vor allem auf informellen Kontakten beruht.

Bei einigen Initiativen spielt hierbei der Bezug zu einer ländlichen Gemeinschaft eine große Rolle (Fall 6, Fall 7, Fall 15). Die Organisation des Bürgerbusses¹⁹ geschehe im „Bewusstsein [...], dass wir eben alle am gleichen Strang ziehen“ (Fall 6: 392-393). Auch der Dorf- und der Bürgerladen zielen auf eine Gemeinschaft des Dorfes, welche die Läden aus einem Gemeinschaftsgefühl heraus unterstützen (Fall 15). Die ländliche Gemeinschaft sei dabei von der Stadt zu unterscheiden. Das Konzept vom öffentlichen Raum sei im Dorf und in der Stadt „komplett anders“ (Fall 22 (Intermediär): 2133).

Damit liefern die Befragten auch Hinweise auf Prozesse der Inklusion und Exklusion der Initiativen. So sei die Gemeinschaft einer Freiraum-Initiative mit ihren Aktivitäten zum Teil inklusiv und zum Teil exklusiv. Diejenigen, die länger mitmachen, „müssen ein gewisses Grundlevel an Verständnis mithaben, wie das hier funktioniert“ (Fall 12: 1847-1848). Sie haben schon eine „intrinsische Motivation“ (Fall 12: 1863), sie wollen sich „selber ermächtigen und sagen, ich möchte da weiterkommen“ (Fall 12: 1876-1877). Es werden zum Beispiel Leute ausgeschlossen, die „was jetzt hier so IT angeht [...] mehr Fragen [haben] als [sie] einbringen [können]“ (Fall 12: 1918).

Auch die Zugänglichkeit zu Gemeinschaftsgärten sei unterschiedlich. Es gebe Gärten, die seien per se offen und „jeder [ist] immer willkommen, [kann] immer mitmachen“ (Fall 19.1 (Intermediär): 145-146). Andere seien geschlossen und eine Mitgliedschaft sei erforderlich (Fall 19.1 (Intermediär): 105-406). Große Offenheit bei Gartenprojekten gehe mit einer hohen Fluktuation einher, was ein Hindernis für die Gruppenbildung darstelle (Fall 19.1 (Intermediär): 90-91, 100-101).

¹⁹ Ein Bürgerbus ist ein Nahverkehrsangebot, das sich in der Regel auf eine zivilgesellschaftliche gründet, um fehlende Angebote im öffentlichen Personennahverkehr zu kompensieren.

3.2.1.2 Organisationsprozess innovativer, gemeinwohlorientierter Initiativen und die damit verbundenen Herausforderungen

Innovative, gemeinwohlorientierte Initiativen können oft als Vorstadium zivilgesellschaftlicher Organisationen, die rechtlich zum Beispiel als Verein, Genossenschaft, Stiftung oder gemeinnütziges Unternehmen verfasst sein können, betrachtet werden. Hierbei kann – den Aussagen der Interviews folgend – zwischen der Initiierungs- und Aufbauphase, der Phase der Formalisierung und Professionalisierung sowie der Phase der Stabilisierung unterschieden werden. Diese Phasen sind im Einzelfall nicht immer trennscharf, sie weisen jedoch auf typische Herausforderungen und Problemlagen hin.

Zivilgesellschaftliche Initiativen und kleine Vereine arbeiten in der **Initiierungs- und Aufbauphase** vorrangig ehrenamtlich und sind oft informell organisiert. Sie haben zwar einen geringen, aber dennoch existenten Finanzbedarf. Der Mangel an finanziellen und personellen Ressourcen ist ein weitverbreitetes und allgegenwärtiges Problem kleinerer Initiativen und Vereine. In dieser Phase ist der Zugang zu Flächen und Räumlichkeiten nicht nur eine existenzielle materielle Ressource, sondern auch ein wichtiger symbolischer Bezugspunkt für die Bindung von freiwilligem Engagement. Initiativen werden in dieser Phase aus Sicht einiger Befragter sehr stark mit Gemeinschaftlichkeit assoziiert.

In der folgenden Phase der **Konsolidierung** treten zunehmend Probleme auf, die vor allem mit der Formalisierung und Professionalisierung der Strukturen verbunden sind, zum Beispiel durch eine Vereinsgründung oder die Einwerbung von Mitteln zur Stellenfinanzierung. Jede Initiative müsse sich „früher oder später Organisationsfragen stellen“ (Fall 22 (Intermediär): 264-265). Wenn eine Initiative größer werde, dann ginge es nicht mehr „improvisiert, nur als Netzwerk und alle informieren sich über alles und machen auch alles“ (Fall 22 (Intermediär): 270-275). Es brauche „arbeitsteilige Prozesse“ (Fall 22 (Intermediär): 275) und „zugewiesene Verantwortlichkeiten“ (Fall 22 (Intermediär): 275-276). In gewissem Gegensatz zu solcherart Formalisierungsroutinen steht das Anliegen vieler innovativer, gemeinwohlorientierter Initiativen, in der Phase der Konsolidierung den akteursspezifischen, gemeinschaftlichen Charakter mit seiner flachen Organisationshierarchie beizubehalten. Prozesse der Formalisierung und Professionalisierung der Strukturen sind aus Sicht der Initiativen mit diesen Anliegen schwer vereinbar. Dabei existiert zum Teil nur geringes Wissen zu den verschiedenen Rechtsformen und ihrer Eignung für die Vorhaben der Initiativen. Aus Sicht der Intermediäre birgt gerade die Finanzierung von Initiativen in der Konsolidierungsphase Probleme: „Sobald Geld da ist, fangen halt die Probleme an“ (Fall 17 (Intermediär): 130). Diese Probleme tauchten aber nur dann auf, wenn zuvor nicht klare Verantwortlichkeiten festgelegt worden seien (Fall 17 (Intermediär): 123-128). Meistens beruhen „lockere“ Initiativen auf ehrenamtlichem Engagement. Werden dann Risiken übernommen, dann „geht es raus aus dem Ehrenamt, rein in eine Professionalität und dann verdient da womöglich jemand Geld“ (Fall 18 (Intermediär): 71-72).

Eine Herausforderung, mit der Initiativen vor allem in der **Stabilisierungsphase** konfrontiert sind, besteht darin, die Motivation der freiwillig Engagierten zu erhalten. Darüber hinaus besteht oft eine Herausforderung darin, dann einen Generationenwechsel zu bewältigen, wenn stark engagierte Beteiligte die Initiative verlassen, wie zum Beispiel dann, wenn die „Startergeneration“ (Fall 23 (Intermediär)) abgelöst wird. Auch die Bindung von Engagement kann zu einem Problem für den Bestand der Initiative werden, wenn die sich anfangs gestellte Aufgabe wegfällt. Zum Beispiel sei es ein großer Erfolg, ein Gewerbegebiet zu verhindern oder einen Garten angelegt zu haben: „Und die Herausforderung ist dann: Was folgt danach?“ (Fall 26 (Intermediär): 562-563). Zudem ist der Mangel an personellen Ressourcen teilweise eine Herausforderung. Der Bürgerbus stehe beständig vor der Herausforderung, neue Fahrer*innen zu gewinnen (Fall 6: 498 f.). Ebenso müssen sich Freiwillige für die Gartenarbeit finden (Fall 3: 410-411). Bei der Transition-Town-Initiative habe andauernd die Gefahr bestanden, dass sich die Initiative auflöse, da keine Kontinuität in der Gruppe herrschte. Beteiligte Studierende haben zumeist nach drei Jahren nach ihrem Bachelor- oder Masterabschluss die Stadt wieder

verlassen (Fall 14: 18) oder sind mit ihren Ideen an andere Institutionen herangetreten, bei denen eine finanzielle Unterstützung möglich war (Fall 14: 20). Vor allem bei Initiativen, die auf ehrenamtlicher Arbeit beruhen, werde „viel Selbstausbeutung“ (Fall 14: 16) betrieben.

3.2.1.3 Formalisierung von Organisationsstrukturen: Vorteile und Nachteile

Innovative, gemeinwohlorientierte Initiativen äußern nicht selten den Wunsch, die gemeinschaftliche Organisationsweise, verstanden als flache Hierarchien, beizubehalten. Auch wenn explizite Vorteile einer informellen Organisationsweise von den Interviewpartner*innen nicht genannt werden, scheinen die Initiativen ihre Ziele und Werte eher mit gemeinschaftlichen und informellen Selbstorganisationsstrukturen zu verbinden als mit anderen formalen Organisationsstrukturen. So kritisieren einige Initiativen das hierarchische Organisationsverhältnis in Vereinen, teilweise werden auch Genossenschaften als hierarchisch gekennzeichnet. Formelle Organisationsstrukturen mit einer hierarchischen Organisationsweise scheinen für eine gemeinschaftliche Organisationsweise mitunter ungeeignet (Fall 21 (Intermediär): 691-795). „Mit hierarchischen Strukturen Gemeinschaft zu unterstützen, ist nicht so leicht“ (Fall 21 (Intermediär): 764-765). Eine Herausforderung sei, „wie [...] unsere basisdemokratische Organisationsstruktur mit den Anforderungen an so eine Organisation zusammen[passt]?“ (Fall 24 (Intermediär): 746-747). Ebenso bestehe die Befürchtung, dass die Beteiligten sich nicht mehr mit den Kernaufgaben beschäftigen können: „Vereinsmeierei und die Formalitäten, das ist auf jeden Fall auch ein Hemmschuh. Die Leute sagen, ich möchte mich ja mit der Sache beschäftigen und nicht immer [die] Form [...] irgendwie bedienen [müssen]“ (Fall 24 (Intermediär): 273-274). Eine Formalisierung von Organisationsstrukturen geht zumeist auch mit einer stärkeren Arbeitsteilung in der Organisation einher, die nicht immer konfliktfrei verläuft. So berichten die Befragten von Problemen bei der Arbeitsteilung zwischen den Kernaufgaben, wie Gärtnern, Reparieren oder Kreativsein und den organisatorischen Aufgaben.

Demgegenüber werden die Nachteile loserer Organisationsstrukturen darin gesehen, dass es keine festen Ansprechpartner*innen in der Kommunikation nach außen gibt (Fall 2, Fall 21 (Intermediär)). So seien Gemeinschaften, wie Ökodörfer, meist eine „größere Gruppe [...], ohne klare Ansprechpartner“ (Fall 21 (Intermediär): 424), „das macht es schwieriger für kommunale Entscheidungsträger [...], weil sie nicht wissen, mit wem reden sie gerade“ (Fall 21 (Intermediär): 431-432). Auch intern führen die basisdemokratischen Entscheidungsprozesse mitunter zu Problemen, da sie aufgrund unterschiedlicher Meinungen langwierig und schwierig seien (Fall 13: 122-123). Ein weiterer Nachteil nicht-formalisierter Organisationsstrukturen wird darin gesehen, dass unter diesen Bedingungen nur schwer Fördermittel beantragt werden können.

Für die oben genannten Probleme nicht-formalisierter Organisationsstrukturen haben die Befragten selbst mit Lösungen experimentiert. So könne beispielsweise eine Initiative mit einem Verein kooperieren, bei ihm „unterschlüpfen“ (Fall 26 (Intermediär): 959), „um da bestimmte bürokratische Punkte abdecken zu können“ (Fall 26 (Intermediär): 959; ähnlich Fall 19.1 (Intermediär) und Fall 27 (Intermediär)). Einige Freirauminitiativen (wie Fall 4, Fall 11, Fall 12) fungieren explizit als „Vereinshülle“ (Fall 12: 104), um kleineren Initiativen und Projekten ein Dach zu geben.

3.2.1.4 Die Finanzierung der Initiativen als besondere Herausforderung

Innovative, gemeinwohlorientierte Initiativen benötigen, wie bereits dargestellt, zu verschiedenen Zeitpunkten ihrer Entwicklung unterschiedliche Unterstützungsformate, um zu wachsen, sich zu professionalisieren, zu formalisieren oder zu stabilisieren. In der Initiierungsphase ist es primär die Bereitstellung von Raum und Fläche, in der Konsolidierungsphase die Beratung zu einer geeigneten Rechtsform. In allen Phasen stellt die Beschaffung privater und öffentlicher Fördermittel eine Herausforderung dar.

Einige Initiativen beziehen Gelder aus staatlichen Förderprogrammen, wie Programmen der Stadtentwicklung (Fall 1, Fall 11), der Kulturförderung (Fall 3), der Jugendbildung (Fall 3) und des Klima- und Umweltschutzes (Fall 5). Zudem werden Bauvorhaben der Initiativen durch die Städtebauförderung unterstützt (Fall 7, Fall 21 (Intermediär), Fall 24 (Intermediär)). Neben den üblichen Baukrediten, die jeder „Häuslebauer“ (Fall 21 (Intermediär): 629) beantragen könne, wie bei der Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW), oder Krediten für ökologische Sanierung²⁰ werden auch LEADER-Mittel für die Entwicklung des ländlichen Raumes, den Aufbau von Infrastrukturen und zur Wirtschaftsförderung in Anspruch genommen (Fall 24 (Intermediär): 343). Einige Initiativen haben eine Förderung aus EU-Mitteln erhalten.²¹ Unterstützung von staatlicher Seite gebe es ebenso durch die Agentur für Arbeit, um Langzeitarbeitslose einzustellen.²²

Ab einem gewissen Zeitpunkt ihrer Entwicklung sind Initiativen mit der Herausforderung einer geeigneten organisationalen Rechtsform konfrontiert. Grundsätzlich bestehe aus Sicht der Befragten das Problem, dass informelle Strukturen bislang keine Berücksichtigung in der Logik der Fördermittelvergabe finden. Die Förderung von Ökodörfern oder anderen Lebensgemeinschaften sei deshalb schwierig, da diese Formen des Zusammenlebens „schwer zu fassen“ seien (Fall 21 (Intermediär): 353). „Man laviert sich so an [den] Gesetzgebungen entlang [...]“ (Fall 21 (Intermediär): 850-851). „Wir merken einfach, dass die Wohnform noch nicht so vorgesehen ist“ (Fall 21 (Intermediär): 865-866).

Diese Problemlagen fordern gemeinwohlorientierte Initiativen heraus, alternative Modelle zu entwickeln oder sich den Vorgaben anzupassen. Es komme auch zu „Zwitterform[en]“ und „Doppelrolle[n]“, wie bei Solidarischen Landwirtschaften (Fall 24 (Intermediär): 156-162). Hierunter versteht der Befragte, dass aus verschiedenen formellen Organisationsformen ein passendes Konstrukt (Verein und gGmbH) für die Landwirtschaft geschaffen werden müsse, um die Ziele der Bewirtschaftungsform zu erreichen. Da es keine klare Rechtsgrundlage in Deutschland gibt, entwickeln die Initiativen Ideen, bei denen es „zum Teil hanebüchen [ist], welche Rechtsform, Konstruktionen und Kombinationen (...) sich dann die Projekte ausdenken müssen“ (Fall 24 (Intermediär): 163-164). Diese Anpassung an die Förderlogiken wird häufig nicht von allen Mitgliedern mitgetragen.

Haben zivilgesellschaftliche Initiativen den Wechsel von der informellen zur formellen Organisation vollzogen, sind sie bei der Verwaltung der Fördergelder mit der nächsten Herausforderung konfrontiert. Aufgrund von häufiger Unerfahrenheit und mangelndem Wissen bei der Verwaltung von Fördergeldern binden diese Aufgaben viele zeitliche Ressourcen, welche die Kernaktivitäten in den Hintergrund drängen, obwohl man „ja eigentlich nur ethisch verantwortbare Lebensmittel“ produzieren wollte (Fall 24 (Intermediär): 310-311). Einige Intermediäre berichten auch von einer Überlastung der Initiativen durch die Finanzabrechnung (Fall 24 (Intermediär), Fall 26 (Intermediär)). Für kleine Initiativen sei die Fördermittelverwaltung sehr aufwendig, was zum Beispiel Abrechnungsfomalitäten betreffe, „vor allen Dingen, wenn das nur ehrenamtlich gemacht wird“ (Fall 26 (Intermediär): 932-933).

Nicht nur die Beantragung und die Verwaltung von Fördermitteln stellen die Initiativen vor Herausforderungen, sondern auch die Evaluation und Bilanzierung des Projekts anhand quantitativer Daten. Ein Interviewter kritisiert eine eher banale Wirkungsmessung folgendermaßen: „Also, [...] leben sie noch auf der Straße? Nicht mehr, sehr schön, cool. Haben sie noch ihren Job? Haben sie noch, super. So, irgendwie drei dösige Fragen, das ist die Wirkung unseres Projektes, vielen Dank, ja“ (Fall 4: 587-588). Stattdessen wird vorgeschlagen, die Darstellung der Wirkungen von Initiativen durch O-Töne oder Narrative oder „Storytelling“ der betroffenen Personen zu versuchen (Fall 19.2 (Intermediär): 635-

²⁰ Fall 21 (Intermediär): 601-631, ebenso Fall 8: 361, und Fall 13: 217, 222-226.

²¹ Fall 1, Fall 4, Fall 8.

²² Fall 6, Fall 15, Fall 19.1 (Intermediär).

636). Dies wäre auch hilfreich, um „spezifische Qualitäten zu beschreiben, anstatt sie zu bewerten“ (Fall 19.2 (Intermediär):645).

Im Zusammenhang mit der Sicherung der Finanzierungsmittel für innovative, gemeinwohlorientierte Initiativen wird auch grundsätzlich die Abhängigkeit von öffentlichen Fördermitteln problematisiert. Viele Initiativen seien auf die „Akquise von Neu-Projekten und das Abklappern von Fördertöpfen [...] angewiesen und müssen da auch kontinuierlich dranbleiben“ (Fall 5: 83-85). Der Alltag sei durch ein „Hangeln von Förderprogramm zu Förderprogramm, von Antrag zu Antrag“ gekennzeichnet (Fall 22 (Intermediär): 904-905). Es gebe nur sehr wenige institutionelle Förderungen im Vergleich zur projektbezogenen Förderung: „Damit ist es immer endlich, hat ein Anfang, ein Ende, muss extrem aufwändig eingeworben, extrem aufwändig abgerechnet werden“ (Fall 22 (Intermediär: 907-908).

3.2.2 Beiträge der innovativen, gemeinwohlorientierten Initiativen zum Gemeinwohl und zur Demokratie

Die Interviews machen deutlich, dass die Beiträge, die innovative gemeinwohlorientierte Initiativen zum Gemeinwohl leisten, sehr vielfältig sind.²³ Die Beiträge der Initiativen zum Gemeinwohl werden von den Befragten häufig in den Kontext gesellschaftlicher Transformationen gestellt. Bereits die Ziele und Aufgaben, die innovative gemeinwohlorientierte Initiativen verfolgen, macht das thematische Spektrum der Beiträge zum Gemeinwohl deutlich. Im Bereich der Stadtentwicklung sind es vor allem Frei-Raum-Initiativen²⁴, die vorhandene Räume, wie Immobilien und Freiflächen, umnutzen, um in den Häusern zum Beispiel offene Werkstätten zu schaffen, Räume für kleinere Initiativen oder Start-ups bereitzustellen oder Grünflächen für urbane Gärten anzubieten. Eine weitere wichtige Aufgabe ist die Sicherung der Daseinsvorsorge und von kulturellen Angeboten im ländlichen Raum – wie der Mobilität durch einen Bürgerbus (Fall 2), der Energieversorgung (Fall 8) sowie der Versorgung mit Gütern des alltäglichen Bedarfs durch einen Dorfladen oder von kulturellen Angeboten in einem Dorfzentrum (Fall 6, Fall 15). Als eine Verbindung von ländlichem und städtischem Engagement fungieren Initiativen der Solidarischen Landwirtschaft (Fall 24). Ein weiteres Ziel, welches vor allem von Ökodörfern beziehungsweise ländlichen Wohnprojekten und von der Transition-Town-Bewegung verfolgt wird (Fall 13, Fall 17, Fall 21), ist ein ganzheitlicher nachhaltiger Lebensstil. Auch für andere Initiativen sind sozial-ökologische und Nachhaltigkeitsthemen wichtig. Zwei Initiativen sind im Bereich Mobilität aktiv: ein Bürgerbus (Fall 2) und eine Lastenrad-Initiative (Fall 2). Drei Initiativen sind im Bereich Energie und Klimaschutz angesiedelt: eine Energiegenossenschaft (Fall 10), ein Bioenergie-dorf (Fall 8) und ein Projekt zur Aktionsform Carrotmob²⁵ (Fall 5). Zwei Initiativen verbinden ihre Ziele mit der Bildungsarbeit für Kinder und Jugendliche (Fall 3, Fall 5).

Das Spektrum von Zielen und Aufgaben, denen sich innovative gemeinwohlorientierte Initiativen widmen, ist nicht abschließend. Hierbei wird deutlich, dass viele Initiativen soziale Werte und Ziele mit ökologischen Werten und Zielen verbinden. Das Gemeinwohlverständnis der Initiativen umfasst ebenso ökologische Aspekte, denn viele Initiativen möchten durch eigene Maßnahmen zur ökologi-

²³ Die konkreten Wirkungen der Beiträge zum Gemeinwohl werden von den Befragten dahingehend unterschieden, ob sie intendiert oder nicht-intendiert sind.

²⁴ Fall 1, Fall 3, Fall 4, Fall 11, Fall 12, Fall 14

²⁵ Bei einem Carrotmob treffen sich viele Menschen in einem ausgesuchten Laden und kaufen ein. Ein Großteil der so erzielten Einnahmen investiert der Laden dann in Maßnahmen für den Klimaschutz – das können zum Beispiel sparsame Kühlgeräte oder der Umstieg auf Ökostrom sein. Siehe hierzu: <https://www.carrotmob-macht-schule.de/> (abgerufen am 25.11.2020)

schen Nachhaltigkeit, das heißt, konkret zum Schutz der Umwelt, beitragen. Hierzu zählen die Reduzierung der Kohlendioxid-Emissionen und Lärmemissionen²⁶, der Einsatz von erneuerbaren Energien²⁷, die Unterstützung von E-Mobilität oder anderen Mobilitätsformen, wie Sharing-Optionen für Autos und Lastenräder²⁸, die Einführung von ökologischer Landwirtschaft und Gartenbau und damit die Minimierung von Dünge- und Spritzmitteln zur Entlastung der landwirtschaftlichen Flächen und Böden und zum Erhalt der Biodiversität²⁹ oder auch die Ressourceneinsparungen durch Wiederverwendung oder die Reparatur von Gegenständen³⁰. Weiterhin werden Bildungsprojekte in Bezug auf den Klimaschutz durchgeführt, „innerhalb [derer] ganz konkret auch was fürs Klima gemacht wird“ (Fall 5: 456-457), auch um den ökologischen Fußabdruck zu verringern (Fall 15). Grundsätzlich könne man diesen Initiativen anrechnen, dass sie „Naturkapital erhalten“ (Fall 27 (Intermediär): 443). Bei all diesen Aktivitäten sei jedoch zu beachten, dass es sich um kleinräumliche Aktivitäten handelt, die, für sich genommen, eine enorme Wirkung erzielen können, jedoch, systemisch gesehen, nur einen kleinen Beitrag zur ökologischen Nachhaltigkeit leisten: „Durchaus selbstkritisch glaube ich, dass eine relativ große Lücke zwischen dem sehr großen Anspruch und den häufig sehr kleinen Wirkungen ist. [...] Wenn man das dann wirklich auszählt, so quantitativ, [...] ist das natürlich vom großen Gesamten her noch marginal“ (Fall 17 (Intermediär): 465-468).

Neben diesen Beiträgen zur ökologischen Nachhaltigkeit sehen die Befragten in ihren Aktivitäten auch einen Beitrag zum sozialen Zusammenhalt. Diese Beiträge zum Gemeinwohl können sich auf das Individuum beziehen, das Teil der Initiative ist, auf die soziale Nachbarschaft und darüber hinaus auf eine demokratisch organisierte politische Gemeinschaft – demnach auf das Sozialkapital. Im Folgenden werden die Beiträge zum Gemeinwohl und die Wirkungen der Initiativen auf diesen drei Ebenen dargestellt.

3.2.2.1 Beiträge zum Gemeinwohl, die sich auf den/die Einzelne/n beziehen

Freiwilliges Engagement und Zugehörigkeit zu einer Initiative, so zeigen die empirischen Ergebnisse, sind oft mit Selbstbestätigung und -ermächtigung für die einzelnen Engagierten verbunden. Das Engagement verhilft den Einzelnen, „tatsächlich ein bisschen glücklicher sein (zu) können in solchen gemeinschaftlichen Projekten“ (Fall 1: 902-906). Zudem bieten die Initiativen eine Gelegenheit, um „Menschen aus der Vereinzelung heraus zu holen. Also echte Gemeinschaften, Communities aufzubauen“ (Fall 19.2 (Intermediär): 492-495), indem sie durch diese Initiativen Anschluss an eine Gemeinschaft, einfach nur jemanden zum Sprechen (Fall 4: 543-545) oder einen Ort finden, an dem sie neue Bekanntschaften und Freundschaften knüpfen können (Fall 19.2 (Intermediär): 180-182). Dementsprechend gehen einige Initiativen davon aus, dass sie das „psychische Wohlempfinden der Mitbewohner“ (Fall 21 (Intermediär): 674-675) stärken.

Weiterhin tragen Initiativen zur **Selbstermächtigung** ihrer Mitglieder bei. Eine weitere persönliche Bereicherung und Anerkennung erfahren aktive Mitglieder, indem sie zu „Change Agents (...) werden, also ein Akteur, der in Richtung gesellschaftliche Transformationen agiert und Selbstwirksamkeit erfährt. Du musst nicht irgendwie ein Super-Akademiker sein, du musst kein Öko-Hippie sein, du musst kein Veganer sein, sondern du kannst bei deiner persönlichen Lebenswelt ansetzen und machst was, was dir Spaß macht und schon biste dabei“ (Fall 19.2 (Intermediär): 487-484).

²⁶ Fall 2: 342-343, ähnlich Fall 6, Fall 25 (Intermediär).

²⁷ Fall 10, Fall 16, Fall 25 (Intermediär).

²⁸ Fall 2, Fall 6, Fall 25 (Intermediär).

²⁹ Fall 19.1; Fall 24, Fall 25 (Intermediäre).

³⁰ Fall 11, Fall 12, Fall 19.2 (Intermediär).

Andere Beiträge beziehen sich auf die **Professionalisierung der eigenen Aktivitäten**. So berichten Befragte, „dass die Leute auch für ihre Tätigkeiten eine eigene Stelle bezahlen konnten“ (Fall 11: 420) oder sie „beruflich Fuß gefasst“ haben (Fall 12: 2005).

3.2.2.2 Beiträge zum Gemeinwohl, die sich auf das lokale und nachbarschaftliche Umfeld beziehen

Innovative, gemeinwohlorientierte Initiativen üben nach Meinung vieler Interviewpartner*innen vielfältige Wirkungen auf das lokale und nachbarschaftliche Umfeld aus. Hierbei entwickeln sich Orte „zu einem immer lebenswerterem, lebendigerem und umweltfreundlichen Lebensraum“ (Fall 4: 621-622). Dies kann sich in städtischen Gebieten auf die Nachbarschaft oder das Quartier³¹ und in ländlichen Gemeinschaften auf das gesamte Dorf beziehen³². Insgesamt zielen die Aktivitäten auf ökologische, soziale, gemeinschaftsbildende Effekte. So bieten die Initiativen Räume für „nachbarschaftliche Treffpunkte, die auch von Menschen genutzt werden, die nicht Teil der Initiative sind“ (Fall 19.1 (Intermediär): 518-520), und würden damit ein „tolles gemeinschaftliches Gefühl“ herstellen (Fall 26 (Intermediär): 1480). Des Weiteren tragen Initiativen so zu einer Qualitätssteigerung des lokalen Lebens bei, wenn sie zum Beispiel „ein gewisses soziales Zentrum hier schaff[en]“ (Fall 15: 25-26). Damit würde auch ein „Mehrwert“ (Fall 11: 271) generiert werden, der „der Stadt zu Gute kommt“ (Fall 11: 360; Fall 24 (Intermediär): 1131-1138), generell gesagt, „irgendwie die Nachbarschaft fördert“ (Fall 2: 477-479).

Gerade für zivilgesellschaftliche Initiativen im ländlichen Raum ist die Verbesserung der lokalen Infrastruktur, der Nahversorgung, eine wichtige Zielsetzung. Motive für das Engagement sind, eine „kaputte Infrastruktur [zu] reparieren“ (Fall 7: 507) und die Attraktivität der Region wiederherzustellen. „Bürger*innen, Tourist*innen sollen sich vor Ort wohl fühlen“³³. Andere möchten den „Fortbestand des Kindergartens retten“ (Fall 10: 242), regionale Wirtschaftskreisläufe stärken und dort, wo es sich anbietet, Produkte lokaler Anbieter*innen verwenden (Fall 15: 569-573). Wieder andere Initiativen möchten die „Verknüpfungen im ländlichen Raum verbessern“ (Fall 6: 1345), „damit der ländliche Raum weiterhin gut bewohnbar bleibt“ (Fall 6: 1348).

Gesellschaftliche Teilhabe und die Möglichkeit, wirksam in der Gesellschaft zu werden, ist für andere Interviewte ein wichtiger Beitrag zum Gemeinwohl (Fall 2, Fall 3). Gemeint sei damit, „dass jeder der irgendwie Teil von Gesellschaft ist, auch weiß, dass er die Gesellschaft mitbeeinflussen oder mitgestalten kann“ (Fall 3: 478-479).

Unter Gemeinwohl verstehen Initiativen auch die Zusammenarbeit und den Austausch zwischen verschiedenen Akteuren im lokalen und nachbarschaftlichen Kontext, wodurch ein besseres gegenseitiges Verständnis innerhalb der Gesellschaft gefördert werde (Fall 10: 254-255). In der Bereitstellung von Räumen für Austausch und Diskussion sowie – wie in den offenen Werkstätten und den Freiraum-Initiativen – als Experimentierräume wird ein Beitrag zum Gemeinwohl gesehen. Innovative gemeinwohlorientierte Initiativen können demnach Orte und Institutionen sein, die Platz für neue Wege des Handelns, Denkens und Organisierens bieten. Sie stellen damit Nischen zur Erprobung dieser neuen Ansätze dar. Diese Räume werden auch als „Experimentierräume [verstanden] (...), wo Leute selber tätig werden können. Ohne Vorgaben irgendwie zu erfüllen, sondern das machen können, was sie machen wollen“ (Fall 19.1 (Intermediär): 583).

³¹ Fall 1, Fall 2, Fall 4, Fall 18 (Intermediär), Fall 19.1 (Intermediär), Fall 19.2 (Intermediär), Fall 20 (Intermediär).

³² Fall 6, Fall 8, Fall 15, Fall 24 (Intermediär), Fall 27 (Intermediär).

³³ Fall 7: 507-509, ähnlich Fall 6, Fall 15.

Die Schaffung von sowohl physischen als auch virtuellen Räumen wird oft mit dem Anliegen der Initiativen verbunden, kollektive und individuelle **Lernprozesse** anzustoßen. Diese Lernprozesse können sich auf sehr verschiedene Aspekte beziehen, wie zum Beispiel auf Erfahrungen von Gruppenbildungsprozessen oder die Aneignung von Wissen und Praktiken. Zum einen finden Lernprozesse in Bezug auf die Alltagspraktiken statt, worunter „sehr, sehr starke wirklich alltagsbezogene kompetenzorientierte Lernprozesse“ (Fall 5: 456-457) verstanden werden.

3.2.2.3 Beiträge der innovativen gemeinwohlorientierten Initiativen zur Demokratie

Die Mehrheit der Befragten sieht das Erlernen von Demokratie innerhalb der Initiativen (mittels Partizipation, Mehrheitsbeschlüssen, Konfliktlösungen) als einen ihrer wichtigsten Beiträge an: „Das sind auch Demokratisierungsprozesse durch Vereinsbildung, aber auch die gemeinsame Selbstorganisation von den Gartenprojekten und auch die konfliktträchtigen Auseinandersetzungen. Das ist eine Demokratisierung finde ich. Oder ein Ausprobieren von einer Demokratisierung“³⁴. Unter „Demokratie-Prozess“ (Fall 20 (Intermediär): 509) verstehen die Befragten Prozesse des Aushandelns von Konflikten, die Auseinandersetzungen in der Gemeinschaft, die Lösungsfindungen im Konsens und die Organisation der Gruppen in einem partizipativen und demokratischen Sinne.³⁵ Diese Prozesse finden innerhalb der Gruppe oder in Kooperationen mit Vertreter*innen der Kommune, mit anderen Akteuren im Quartier oder in der Region statt. Politisch werde es zum Beispiel dann, wenn die Bürger*innen ihren Pflichten und Verantwortungen, zum Beispiel im Rahmen der Stadtentwicklung, nachkommen.³⁶

Die befragten Beteiligten der innovativen gemeinwohlorientierten Initiativen definieren jegliches Engagement, das nicht gewinnorientiert ist, als gemeinwohlorientierten Beitrag. Das sehen auch die befragten Intermediäre so. Gemeinwohl endet für sie dort, wo „privat und Kommerz beginnen“ (Fall 4: 1176). Demnach seien alle Initiativen oder „Gemeinwohlorganisationen“, die keine wirtschaftlichen Interessen im Sinne einer Gewinnmaximierung verfolgen und „dazu beitragen, dass es uns gemeinsam, und gemeinsam unterstrichen“, bessergeht (Fall 4: 1169) und „zunächst erstmal [...] nicht profitorientiert arbeiten oder einen klaren Auftraggeber haben, dem sie zuarbeiten müssen“ (Fall 27 (Intermediär): 35-36), gemeinwohlorientiert.

Auch verweisen einige Interviewte darauf, dass die Förderung des Gemeinwohls eine „grundsätzliche Aufgabe von Kommunalpolitik“ (Fall 22 (Intermediär): 597) sei, wobei hier ein „gleicher Wertekanon“ (Fall 16 (Intermediär): 378-383) zugrunde liege. Beschlüsse, die zum Beispiel im Gemeinde- oder Stadtrat gefasst werden, würden demnach per se als gemeinwohlorientiert gelten, während Vorstellungen, die diesem nicht entsprechen, als Partikularinteressen bezeichnet werden könnten (Fall 16 (Intermediär): 349-354).

Von den Interviewten wird auch die Gemeinwohlorientierung von Unternehmen thematisiert. Ein Befragter betont, dass Wirtschaft generell „nur gemeinsam“ mit Gemeinwohlorientierung gedacht werden sollte (Fall 25 (Intermediär): 557-558) und dass wirtschaftliche Aktivitäten, die dieser Orientierung folgen, „in seinem Bereich einen erheblichen Gemeinwohlimpact, ganz konkret“ hätten (Fall 25 (Intermediär): 558).

Politik, Zivilgesellschaft und Unternehmen sind gesellschaftliche Bereiche, für die unterschiedliche Gemeinwohlbezüge diskutiert werden. Viele Interviewte verweisen in diesem Zusammenhang darauf, dass der Beitrag zum Gemeinwohl lokal ausgehandelt werden müsse. Die Auslegung von Gemeinwohl sollte je nach Situation und Entwicklungsstand der jeweiligen Gemeinde und des lokalen Kontextes

³⁴ Fall 19.1 (Intermediär): 591-592, Fall 18 (Intermediär), Fall 19.2 (Intermediär), Fall 20 (Intermediär).

³⁵ Fall 4 sowie Fall 16 (Intermediär), Fall 17 (Intermediär), Fall 18 (Intermediär), Fall 19.1 (Intermediär), Fall 19.2 (Intermediär), Fall 20 (Intermediär)

³⁶ Fall 4, Fall 16 (Intermediär)

definiert und priorisiert werden (Fall 16: 339-348, Fall 22 (Intermediär): 624). „Gemeinwohl wird in jeder Stadt aus verständlichen Gründen anders interpretiert“ (Fall 16: 339-340), denn, so ein Befragter, „all business is local“ (Fall 18 (Intermediär): 143).

Gemeinwohl wird demnach als **Ergebnis eines Aushandlungsprozesses** verstanden und wer sich diesem „verweigert, der verweigert sich dem Gemeinwohl“ (Fall 16 (Intermediär): 723). Denn mit „dem Ringen um die Inhalte“ (Fall 20 (Intermediär): 287) sei auch immer ein demokratischer Prozess verbunden. In dem Sinne seien auch die Verhandlungen in der Kommune um die Förderwürdigkeit von Initiativen „Teil eines Demokratieprozesses“, das heißt, diese Förderwürdigkeit „zu begründen, dass mit einer Kommune auszuhandeln und mit einer Kommune zu ringen und zu fragen, welchen Beitrag leistet die Initiative für [die] Quartiers- und Stadtentwicklung“ (Fall 20 (Intermediär): 290-292, ähnlich Fall 16 (Intermediär)).

3.2.3 Innovative, gemeinwohlorientierte Initiativen und ihre Kooperation mit anderen Akteuren

Die Initiativen versuchen, die angesprochenen gemeinwohlorientierten Beiträge und Wirkungen durch verschiedene Aspekte zu verstärken. Einer davon ist, mit anderen Akteuren zu kooperieren, oder die Initiative und ihre Agenda in lokale Governance-Arenen einzubetten. Im folgenden Kapitel werden die Ergebnisse dargestellt, die auf eine Einbettung der innovativen gemeinwohlorientierten Initiativen hinweisen und Einblicke darüber vermitteln, mit wem sie interagieren, welche Formen diese Interaktionen annehmen und welchen Herausforderungen sie dabei begegnen.

3.2.3.1 Kooperationspartner*innen und Kooperationsformen

Die untersuchten innovativen gemeinwohlorientierten Initiativen kooperieren mit unterschiedlichen Akteuren im lokalen, regionalen, nationalen, europäischen und globalen Kontext. Darunter fallen Akteure aus anderen zivilgesellschaftlichen Initiativen sowie Vertreter*innen aus Verwaltung, Politik, Wissenschaft und Wirtschaft. Des Weiteren wurde in den Interviews deutlich, dass die Initiativen eine Integration in die nachbarschaftlichen Kontexte anstreben, mit Stiftungen und nationalen Verbänden im Austausch stehen und in manchen Fällen in transnationalen Netzwerken agieren. Ziele der Kooperation sind der gegenseitige Austausch zu bestimmten Themen, die Weiterbildung und die Förderung von Initiativen durch verschiedene Ressourcen sowie die Sensibilisierung zu Nachhaltigkeitsthemen im kommunalen Kontext.

Die kommunale Verwaltung spielt als Kooperationspartnerin eine besondere Rolle. Die meisten Initiativen berichten von einem kooperativen Verhältnis, aber auch von einem „freundliche[n] Desinteresse“ (Fall 2:447) oder einer Duldung durch die lokale und kommunale Verwaltung. Die Zusammenarbeit mit der öffentlichen Hand gestaltet sich eher ambivalent, wobei die negativen Erfahrungen gegenüber den positiven überwiegen. Von mehreren Befragten wurde eine gewisse Distanz zur kommunalen Verwaltung festgestellt sowie die Vermutung geäußert, dass die eigene Initiative von dieser als nicht relevant wahrgenommen werde.

Die Zusammenarbeit mit der Kommune wird aus verschiedenen Gründen gesucht. Zum einen benötigen die Initiativen spezielle Ressourcen, wie Flächen und Räume, die oft in der Hand der Kommune liegen (Fall 7, Fall 19.2, Fall 8, Fall 4). Des Weiteren versuchen Initiativen, gemeinsam mit der kommunalen Verwaltung Veranstaltungen zu organisieren, um ihre Bildungsinhalte an eine breite Öffentlichkeit zu kommunizieren (Fall 11). Mit dem Wunsch nach finanzieller oder immaterieller, ideeller Förderung treten Initiativen auch an die Verwaltung heran. Hierbei geht es um institutionelle Förderung durch kommunale Finanzmittel, die Unterstützung von Sharing-Ideen durch die Bereitstellung von Ausstellungsräumen, zum Beispiel für Fahrräder, oder um die Unterstützung durch Beratung (Fall 19.2, Fall 2, Fall 11). Die Befragten zeigen zudem Beispiele auf, wie Initiativen nicht nur mit kommunaler Verwaltung interagieren, sondern auch ihre neuen Wege des Denkens, Handelns und Organisierens

in die Sphären der Verwaltung bringen. In einem Fall werden städtische Mitarbeiter*innen in den Quartiersrat mit eingebunden, um den urbanen Wald auf dem Gelände der Initiative zu betreuen. Weiterhin ist das Amt für Stadtgrün und Wasser mit seinen Projekten bei dieser Initiative vertreten. Darüber hinaus arbeitet die Initiative bei Fördermittelanträgen mit dem Amt für Stadterneuerung und Wohnungsbauförderung zusammen (Fall 4: 45-47). In einem anderen Beispiel finden neue Ansätze der Finanzierung Eingang in die Logik der Kommunalverwaltung. So bezahle eine Initiative die Pacht für eine Fläche an die Stadt nicht in monetärer Form, sondern in Form von Dienstleistungen: „Wir zahlen in Nachbarschaftsentwicklung. Wir zahlen in Veranstaltungen“ (Fall 4: 276-277).

Die Zusammenarbeit mit der Kommune spielt nicht nur für das operative Geschäft der Initiativen eine wichtige Rolle, sondern auch für die strategischen Überlegungen. So werden Politik und Verwaltung als „Durchsetzungskontakte“ (Fall 4: 883) für die eigenen Anliegen beschrieben. Die Befragten sind sich jedoch auch der Grenzen der Zusammenarbeit bewusst, denn „Verwaltungsmitarbeiter sind auch loyal zur Stadt“ (Fall 4: 244).

Neben der kommunalen Verwaltung richten sich die Initiativen an die (lokale) Politik, um hier die Verbreitung ihrer Anliegen voranzutreiben. Gleichwohl seien diese Kontakte im Vergleich zur Verwaltung deutlich geringer, aber tendenziell fruchtbarer und deutlich unkomplizierter. Das Interesse an den Initiativen sei durch die politische Agenda der jeweiligen Partei und den momentanen Themen der politischen Öffentlichkeit bestimmt. Die „Rolle der Politik“ als interessierter Akteurin und Förderin sei „schon ziemlich entscheidend“ (Fall 8: 319). Eine Vernetzung und Kooperation mit lokaler Politik verfolgen die Initiativen auch, um an institutionelle Fördergelder der Kommune zu gelangen (Fall 12).

Neben Verwaltung und Politik kooperieren die Initiativen auch mit Akteuren der **Wissenschaft**. Diese Interaktion wird überwiegend als positiv und hilfreich beschrieben (Fall 2, Fall 3). Sie wird nicht nur wegen einer potenziellen Unterstützung eingegangen, sondern auch deshalb, um neue Mitwirkende für den sozial-ökologischen Wandel zu gewinnen und „sich nicht nur beforschen zu lassen, sondern tatsächlich gemeinsam Dinge auf den Weg zu bringen“ (Fall 17 (Intermediär): 680-681). Darüber hinaus bestehen Erwartungen an die Wissenschaft auch in einer legitimatorischen Funktion: „Ich wäre natürlich super happy, wenn über Leibniz, UFZ und wie die Institute alle heißen, [...] wenn die sagen: ‚Liebe Leute, die Leute da in [Stadtteil] brauchen unbedingt dieses Quartiershaus, macht mal 500.000 Euro frei‘“ (Fall 4: 922-926). In den Interviews wurde ein immer wiederkehrender kritischer Punkt bei der Zusammenarbeit mit Wissenschaft geäußert. Demnach würden innovative Initiativen oft beforscht, erhielten aber wenig oder kein Feedback (Fall 19.2 (Intermediär): 707-709). Daher wird die Beforschung von Initiativen inzwischen als lästig angesehen (Fall 19.2 (Intermediär): 708-709), aber es mache natürlich „Spaß festzustellen, dass man interessant ist“ (Fall 19.2 (Intermediär): 716).

Auch die Kooperation mit Akteuren aus der Wirtschaft wird überwiegend als positiv beschrieben. Dabei sind es vor allem die Verbindungen zur lokalen Wirtschaft und zu kleinen Unternehmen, die gewinnbringend sind, während größere Unternehmen und Verbände tendenziell weniger interessiert erscheinen. Eine Initiative kooperiere mit lokalen und regionalen Produzenten (Fall 15: 534-538, Fall 2: 475-477), was als „wechselseitig positive Beeinflussung“ (Fall 15: 565) eingeschätzt wird. Mehrere Initiativen werden finanziell aus Wirtschaftskreisen unterstützt. Gewerbetreibende und Firmen beteiligen sich beispielsweise an der Finanzierung von Räumlichkeiten (Fall 7: 120). Eine andere Initiative erhält Unterstützung in Form von Spenden aus der Wirtschaft, zum Beispiel der Sparkasse und dem

Handwerk (Fall 4: 895-897). Weiterhin bekommen die Initiativen auch Angebote, wie „corporate volunteering“³⁷ (Fall 4: 902). Mehrere Initiativen gehen auf Kreditvergaben durch Banken ein. Einige interviewte Initiativen gehen Bündnisse mit ortsansässigen Geschäften ein, die entweder Produkte der Initiativen ausstellen, Teil des Mobilitätskonzepts sind oder Werbung betreiben und Veranstaltungen durchführen.

Auch Kooperationen mit anderen zivilgesellschaftlichen Initiativen werden überwiegend als konstruktiv und reziprok beschrieben. Diese können sich im gleichen Handlungsfeld bewegen oder in anderen Feldern beheimatet sein. Die Interaktionen verfolgen das Ziel, mit Gleichgesinnten Erfahrungen, Ressourcen und Wissen auszutauschen. In größeren Verbänden versuchen die Initiativen, auf politischer Ebene zu agieren und Resonanz zu erzeugen (z. B. „Wir haben es satt“ Demonstration in Berlin).

Verschiedene Initiativen gehen ebenfalls mit Stiftungen, anderen zivilgesellschaftlichen Verbänden, NGOs, transnationalen Netzwerken und Kirchen Kooperationen ein. Kooperationen mit Kirchen werden in den betrachteten Fällen besonders in Bezug auf die Ressource Raum eingegangen (Fall 3: 62-63, Fall 19.1 (Intermediär): 716). Andere Stiftungen oder NGOs unterstützen Initiativen durch finanzielle Mittel, die sich aus einer Kooperation heraus ergeben (Fall 2), oder sie tragen zum Wissensaufbau und zur Wissensgewinnung bei, indem sie als Berater*innen agieren. Zweck der Kooperation mit anderen zivilgesellschaftlichen Verbänden ist es, eine breitere und stärkere Masse für politische Agenden zu gewinnen (Fall 24 (Intermediär): 168).

Zu guter Letzt suchen Initiativen nicht nur den Kontakt zur lokalen Politik und Verwaltung, sondern auch zur unmittelbaren Nachbarschaft (Fall 3: 133-134, Fall 15: 788-797). Durch die Einbindung in die Nachbarschaft und die Kooperation mit Akteuren aus der Nachbarschaft „erweitern die Initiativen ihren Aktionsraum“ (Fall 19.2 (Intermediär): 696), teilweise auch über die unmittelbaren Nachbarn hinaus. So werde zum Beispiel der Dorfladen inzwischen auch von umliegenden Dörfern genutzt (Fall 21 (Intermediär): 1206-1234). Für die Kooperationspartner*innen in der Nachbarschaft, zum Beispiel für die Schulen und Kitas, lägen die Vorteile etwa im „Flair“ der Werkstätten und dem Ansatz, eigensinnig zu denken und zu handeln (Fall 19.2 (Intermediär): 701).

3.2.3.2 Probleme und Herausforderungen in der Kooperation mit verschiedenen Akteuren

Viele Initiativen, die Kontakte mit der kommunalen Verwaltung suchen und in Interaktion zu ihr treten, werden damit konfrontiert, dass es für ihre übergreifenden, gemeinwohlorientierten Angelegenheiten oft keine passenden Ansprechpartner*innen in der spezialisierten und nach Ressorts organisierten kommunalen Verwaltung gebe (Fall 1, Fall 2). In vielen Fällen sei in Kommunalverwaltungen der Bezug zur Nachhaltigkeitsthematik kaum gegeben (Fall 1) und es fehle an dafür erforderlichem ressortübergreifendem Denken beziehungsweise „Querschnittsdenken“ (Fall 20 (Intermediär): 669) und entsprechenden Strukturen. So bedürfe es auf der „Ebene der Verwaltung manchmal einfach viel Überzeugungsbedarf“ (Fall 3: 2398-2399). Wie gut die Zusammenarbeit laufe, sei dabei meist von den Einzelpersonen abhängig (Fall 3: 2393-2405, Fall 20, Fall 27), denn „es gibt Akteure, die sind sehr offen, und es gibt Akteure, die sind eher verschlossen“ (Fall 8: 176-179). Bei den Initiativen komme dabei schnell die Vermutung auf, dass den kommunalen Sachbearbeiter*innen „ein bisschen der Wille“ (Fall 2: 456-458) und die Kreativität zur Findung und Umsetzung von neuen Wegen fehlen (Fall 2: 456 ff.). Dies liege aber nicht nur an der mangelnden Weitsicht, sondern auch an den begrenzten personellen Kapazitäten in Kommunen: „Wir stoßen mit den Möglichkeiten an Grenzen, alle diese Initiativen einzubinden und eben auch mitzunehmen, das schaffen wir nicht. Dafür fehlt das Personal“ (Fall

³⁷ Gemeint ist hier eine Art betriebliches Freiwilligenprogramm, indem Mitarbeiter*innen eines Unternehmens für einen Tag in Projekten des gemeinnützigen Zweckes eingesetzt werden können.

16 (Intermediär): 649-651). Auch seien Verwaltungsmitarbeiter*innen an die Vorgaben ihrer Arbeitgeber*innen gebunden sowie hätten sich „loyal zur Stadt“ (Fall 4: 244) zu verhalten.

Grundsätzlich wird betont, dass in der Zusammenarbeit von Initiativen und Kommunen „schon sehr unterschiedliche Logiken dann aufeinander“ prallen (Fall 18 (Intermediär): 625-626). Gleichwohl wird durch die Befragten auch ein Verständnis für die Perspektive der Kommunen geäußert. Diese brauchen, wenn große Geldsummen fließen, auch einen „verbindlichen Investitionsplan“ (Fall 18 (Intermediär): 629-630). Die Initiativen haben demgegenüber meist „offene Vereinsstrukturen“ (Fall 18 (Intermediär): 627) und tun sich schwer damit, Verbindlichkeiten herzustellen: „also da wehren sich die Initiativen manchmal, find ich, auch auf eine nicht nachvollziehbare Art und Weise dagegen“ (Fall 18 (Intermediär): 631-632). Ebenfalls konfliktreich sei der häufig anzutreffende Innovationsanspruch und ein starkes Selbstbewusstsein von Initiativen unter dem Motto: „wir machen das jetzt alles neu und anders“ (Fall 18: 636). Daher hätten viele „Kommunale“ (Fall 18 (Intermediär): 646) Vorurteile gegenüber Initiativen, die diese aber auch bestätigen, „indem sie selbstgerecht agieren und vor allem sich nicht festnageln lassen, wie so einen Pudding an der Wand“ (Fall 18 (Intermediär): 647-648). Andererseits sehen einige Initiativen die von der Verwaltung geforderte Bürokratie kritisch und hinderlich: Nicht als „das Regelleben absichernde Gerüst, sondern die sehen Bürokratie wirklich als [ein] ihre Kreativität bremsendes Monster“ (Fall 18 (Intermediär): 653-654).

Resultat dieser unterschiedlichen Logiken sei häufig die fehlende Kommunikation auf „Augenhöhe“ (Fall 20 (Intermediär): 601), die sich schwerlich herstellen lasse. Hierzu müssten die Kommunen die Initiativen als „neue Partner“ in Beteiligungsprozessen akzeptieren, was wiederum die „tradierten Machtstrukturen und Zuständigkeitsstrukturen“ (Fall 20: 607-608) infrage stellen würde. Das politisch legitimierte Entscheidungsgremium (Stadtrat/ Gemeinderat) müsse seine Entscheidungsbefugnisse stärker öffnen und die Teilhabe von zivilgesellschaftlichen Initiativen am kommunalen Geschehen akzeptieren, so die Forderung eines befragten Intermediärs (Fall 20 (Intermediär): 616-617).

Zudem bestünden auch Hindernisse für Kooperationen seitens der zivilgesellschaftlichen Initiativen. So können auch hier die Sichtweisen und Haltungen der Akteure maßgeblich für den Erfolg der Kooperation sein. Gehen die Akteure mit Vorurteilen in Bezug auf die angeblich mangelnde Bereitschaft kommunaler Akteure in den Prozess, so kann dies hinderlich sein (Fall 16 (Intermediär)). Dabei werde unter anderem fehlendes Wissen attestiert, denn „die, die eigentlich nicht kommunalnah sind, sondern eher -fern, stellen Ansprüche, wo ich mich frage, ob die wissen, wie Kommunen funktionieren (Fall 16 (Intermediär): 155-158). Weiterhin scheitern Kooperationen daran, dass Initiativen mit einer überhöhten Erwartungshaltung an die Verwaltung herantreten und eine Unterstützung einfordern, die ihnen aufgrund der rechtlichen Rahmenbedingungen teilweise nicht gewährt werden kann (Fall 16 (Intermediär): 126 ff.).

3.2.4 Rolle, Chancen und Risiken der Digitalisierung

3.2.4.1 Herausforderungen und Chancen der Digitalisierung

Die befragten Initiativen nutzen digitale Informations- und Kommunikationsmedien, um miteinander zu kommunizieren und Öffentlichkeitsarbeit zu betreiben. Einen großen Stellenwert nehmen hierbei neben der klassischen Website auch Social-Media-Angebote wie Facebook und Instagram ein. Die Kommunikation erfolgt neben E-Mail auch über Messenger-Dienste wie WhatsApp³⁸. Aber auch digitale Tools, welche die gemeinsame Verwaltung von Datenbanken oder die gemeinsame Bearbeitung von Dokumenten erlauben, wie cloud-Dienste (z. B. Google, Dropbox) oder gemeinsame Plattformen,

³⁸ Fall 1, Fall 3, Fall 4, Fall 5, Fall 6, Fall 7, Fall 8, Fall 10, Fall 13, Fall 15

werden von einem großen Teil der befragten Initiativen genutzt³⁹. Weiterhin nutzen einige befragte Initiativen auch GPS-basierte digitale Anwendungen: Für die Rufbusvermittlung beim Bürgerbus (Fall 6) und bei einem Schließsystem einer Freiraum-Initiative (Fall 12). Darüber hinaus nutzen einige Initiativen spezifische Programme und Apps, die ihre Tätigkeiten unterstützen: ein Steuerprogramm für die Steuererklärung des Vereines (Fall 6), ein Kassensystem (Fall 7), Finanzierungs- und Buchungsabfragen (Fall 8: 619), einen 3-D-Drucker, der selbst zusammengebaut wurde (Fall 12), eine Einkauf-App (Fall 15). Die Einkauf-App ermögliche den Bezug von Lebensmitteln, wenn die Mitglieder nicht zu den regulären Öffnungszeiten den Bürgerladen nutzen können (Fall 15: 350-353). Ein Bioenergiedorf nutzt digitale Instrumente zur Steuerung des Blockheizkraftwerkes (Fall 8).

Die befragten Intermediären bestätigen die vielfältigen Anwendungsbereiche von digitalen Medien und Instrumenten durch die Initiativen.⁴⁰ Neben den bereits genannten Nutzungen von E-Mail, Websites und Cloud-Diensten sowie anderen digitalen Tools wird von den Transition-Town-Initiativen berichtet, dass einige Initiativen E-Learning-Formate aufgebaut hätten, um Wissen einer breiten Öffentlichkeit zur Verfügung zu stellen (Fall 17 (Intermediär: 366-367)). Ähnliches wird von den Offenen Werkstätten berichtet, die digitale Angebote wie youtube, Wikis und Informationsplattformen zur eigenen Weiterbildung nutzen (Fall 19.2: 377-378). Einige Transition-Town-Initiativen strukturieren ihre Regionalwährung mit einem „text-to-pay“, sodass die Regionalwährung auch digital eingesetzt werden kann (Fall 17 (Intermediär): 374). Bei den Gartenprojekten werden teilweise kollaborative online-Tools wie zum Beispiel „Trello“⁴¹ benutzt (Fall 19.1 (Intermediär): 367-398).

3.2.4.2 Große Bedeutung von Offline-Kontakten

Neben der Vernetzung im digitalen Bereich sind Offline-Kontakte für die befragten Initiativen sehr wichtig.⁴² E-Mail, Internet und soziale Medien sind zwar von Bedeutung, es bleibe aber bei der Vermittlungsarbeit wichtig, „Menschen als Menschen zusammenzubringen“ (Fall 1: 759). Aus diesem Grund werden neben den digitalen Vernetzungsplattformen auch analoge Veranstaltungen organisiert (Fall 1). Ein persönlicher Kontakt vor Ort müsse gewährleistet werden (Fall 2). „Also wir müssen eine community aufbauen und wir können uns nicht immer nur einzeln [treffen] [...], oder mal eine Skype-Konferenz mit drei Leuten machen oder sowas, sondern damit es wirklich eine Dynamik kriegt, müssen wir mal einladen, müssen wir die Leute mal irgendwie nach Köln holen“ (Fall 2: 368-372). Digitale Kommunikation, wie zum Beispiel über Facebook, habe Grenzen, der persönliche Kontakt sei wichtig: „man geht halt auf die Straße und redet“ (Fall 3: 1615-1616). Damit verweist die Befragte auf analoge Gesprächsformate im Rahmen eines Quartiersrates, eines Runden Tisches oder diverser Vernetzungstreffen: „Also es geht ganz viel wirklich [dar]um, in persona irgendwo zu sein“ (Fall 3: 1630).

Diese Einschätzungen bestätigen die befragten Intermediäre.⁴³ So seien in den Gartenprojekten „nicht so wahnsinnig viele onlineaffin“, hier werde „noch mit Zetteln und Postkarten und ähnlichem auch gearbeitet und eigentlich ist es für die Gartenprojekte vor Ort auch wichtiger, dass sie analoge Schilder haben“ (Fall 19.1 (intermediär): 402-405). Auch für städtische Initiativen in den „hippen Projekten in Berlin“ (Fall 20 (Intermediär): 480) bestehe die Herausforderung, ihre digitalen Aktivitäten an eine

³⁹ Fall 1, Fall 4, Fall 8, Fall 10, Fall 11, Fall 15

⁴⁰ Fall 17 (Intermediär), Fall 19.1 (Intermediär), Fall 19.2 (Intermediär), Fall 20 (Intermediär), Fall 22 (Intermediär), Fall 26 (Intermediär), Fall 27 (Intermediär).

⁴¹ <https://trello.com/de> (abgerufen am 25.11.2020)

⁴² Fall 1, Fall 2, Fall 3, Fall 7, Fall 10

⁴³ Fall 19.1 (Intermediär), Fall 19.2 (Intermediär), Fall 20 (Intermediär), Fall 21 (Intermediär), Fall 23 (Intermediär), Fall 24 (Intermediär).

Face-to-Face-Kommunikation zurückzubinden. Digitale Medien würden selektiv, nach den eigenen Interessen, nach Informationen durchsucht. „Deswegen: [...] Digitalisierung an sich ist kein Wert, sondern ein Instrument und der Wert ist die Frage der Teilhabe und die Organisation der Teilhabe“ (Fall 20 (Intermediär): 487-488). Auch für die am Förderprogramm „Initiative ergreifen“⁴⁴ beteiligten Initiativen spiele die Digitalisierung eine untergeordnete Rolle und diene nur der Projektkommunikation und -organisation (Fall 23 (Intermediär): 1206). Wichtiger für die am Programm beteiligten Projekte seien die persönlichen Kontakte und der persönliche Austausch, den können digitale Anwendungen nicht ersetzen. „Und meine Erfahrung ist, wenn die Menschen nicht konkret zusammenkommen, sich an den Tisch setzen, kriegt man das digital nicht gehebelt. Zumindest das, was wir hier tun (Fall 23 (Intermediär): 1187-1188). Auch für die Initiativen der Solidarischen Landwirtschaft wird von den Befragten darauf hingewiesen, dass digitale Medien nicht die Aufgabe allein übernehmen könnten, Menschen in Austausch zu bringen, sondern dies geschehe nur im Zusammenspiel: „[In] Kombination finde ich es genial, aber eben nicht als alleiniges Medium“ (Fall 24 (Intermediär): 637-638). Digitale Medien und Tools würden als ein Mittel zum Zweck verstanden, denen man nicht aus dem Weg gehen könne (Fall 24 (Intermediär): 605-625).

3.2.4.3 Reichweite digitaler Kommunikationsmedien

Mit den digitalen Kommunikationsmedien würden nur bestimmte Zielgruppen erreicht werden.⁴⁵ Mit Bezug auf die Nutzung digitaler Kommunikationsmedien meint ein Befragter: „Also wir reden nie mit der ganzen Bevölkerung, aber Teilgruppen“ (Fall 1: 731-732). Eine Befragte eines Urban-Gardening-Projekts in Berlin-Neukölln vermutet, dass die Initiative mittels Facebook, über das aktuelle Veranstaltungen kommuniziert werde, vor allem „neue Neuköllner Bewohner“ (Fall 3: 1649) erreiche. „Die Alt-eingesessenen erreichen wir darüber, dass wir beim Runden Tisch sitzen“ (Fall 3: 1653-1654). Auch bei Online-Beteiligungen in der Stadt- und Quartiersentwicklung weise die aktuelle Fachdiskussion darauf hin, dass diese nicht das „Allheilmittel“ seien (Fall 20 (Intermediär): 458) und andere Formen der Offline-Beteiligung nicht ersetzen könnten. Mit der Online-Beteiligung würden andere Zielgruppen im Vergleich zur Offline-Beteiligung, aber auch nicht alle, erreicht werden: „Ich erreiche einfach andere und nicht alle“ (Fall 20 (Intermediär): 465, ähnlich Fall 16 (Intermediär): 501-503). Entsprechende Statistiken würden darauf verweisen, dass bestimmte „soziale Milieus, [...] dem Internet ferner stehen“ (Fall 26 (Intermediär): 1267).

3.2.4.4 Digitalisierung ist aufwändig

Die Nutzung digitaler Medien und Tools erfordere Zeit und Energie und damit zusätzliche Arbeitskraft. So habe es in einem Urban-Gardening-Projekt von den beteiligten Architekten Überlegungen gegeben, das bereits existierende Archiv zu Baukonstruktionen zu digitalisieren: „Aber da braucht man natürlich jemanden, der es tut“ (Fall 3: 1681-1682). Die zeitintensive Pflege digitaler Tools wird von einer Initiative auch als ein Risiko der Digitalisierung gesehen. So sei es eine Herausforderung für die Initiative, die digitalen Ideen umzusetzen: „Da hat man sicherlich noch viele Möglichkeiten, [...] Zeit zu sparen, aber es kostet auch alles Kraft, das einzuführen, [...] weil wir uns mit anderem Zeug beschäftigen müssen“ (Fall 15: 332-333).

Ähnlich sieht ein befragter Intermediär das Problem, dass mit Plattformen jeglicher Art ein „Geldverbrennen“ verbunden sei, wenn „keiner mehr dahinter her ist“ und es zu „einer Leiche“ werde (Fall 19.1

⁴⁴ Das Programm „Initiative ergreifen. Bürger machen Stadt“ ist ein Förder- und Qualifizierungsangebot des Ministeriums für Heimat, Kommunales, Bau und Gleichstellung (MHKBG) des Landes Nordrhein-Westfalen zur Unterstützung neuer bürgerschaftlich-zivilgesellschaftlicher Projektträger als Akteure in der Stadterneuerung. Vgl.: <https://initiative-ergreifen.de/> (abgerufen am 25.11.2020)

⁴⁵ Fall 1, Fall 3, Fall 8, Fall 16 (Intermediär), Fall 20 (Intermediär), Fall 26 (Intermediär)

(Intermediär): 450-452). „Aber so wirklich eine Chance sehe ich darin immer, wenn jemand Zeit hat, umso etwas zu entwickeln und zu pflegen und weiter zu entwickeln. Dann kann es echt Sinn machen“ (Fall 19.1 (Intermediär): 480-481).

3.2.4.5 Visualisierung, Flexibilisierung und Gamification als Potentiale der Digitalisierung

Einige befragte Initiativen erhoffen sich neue digitale Anwendungen, die ihnen die Arbeit in der Initiative erleichtern. Für eine befragte Energie-Genossenschaft eröffneten sich neue Beteiligungsformen durch die Digitalisierung, da durch digitale Anwendungen die Verbraucher*innen über ihren Energiemix aktiv mitbestimmen können, da dies „visuell auf dem Handy einfach da wäre“ (Fall 10: 376-377). Ein Bürgerladen erhofft sich durch digitale Anwendungen eine „dynamische Preisgestaltung“ (Fall 15: 289-301) sowie eine Effizienzsteigerung der Bestellsysteme und der Betriebsführung (Fall 15: 286-301) und die Reduzierung von Papier im Zuge der Betriebsbürokratie (Fall 15: 307-314).

Ein befragter Intermediär sieht in der Digitalisierung ein mögliches Potential für den sozial-ökologischen Wandel. So könnte durch digitale Tools ein Bewusstseinswandel erreicht werden, indem über soziale Medien Nachrichten an diejenigen Bevölkerungsgruppen verbreitet werden, „die sich sonst nie dafür interessieren würden“ (Fall 27 (Intermediär): 289-290). Auch könnte über sogenannte „Challenge-Apps“ (Fall 27 (Intermediär): 290)) oder mit Hilfe von „Gamification“ (Fall 27 (Intermediär): 292) Einfluss genommen werden. Crowdfunding wird ebenso als Chance der selbstorganisierten Unterstützung und Förderung von Initiativen gesehen (Fall 18 (Intermediär), Fall 24 (Intermediär)).

3.2.4.6 Freisetzung von Arbeitskraft für den sozial-ökologischen Wandel

Mehrere Initiativen sehen in der Freisetzung von Arbeitskräften durch die Digitalisierung eine Chance, da diese dann – unter bestimmten Bedingungen wie einem Grundeinkommen – für den sozial-ökologischen Wandel eingesetzt werden könnten (Fall 4, Fall 12). Die Grundidee sei, dass Digitalisierung dazu beitragen könne, sich von vielen „ungeliebten Arbeiten zu entfernen, damit man selber mehr Zeit hat, für Kreativität und ähnlichem“ (Fall 12: 1688-1689). In diesem Sinne sei Digitalisierung etwas Positives, weil es den Einzelnen ermächtige (Fall 19.2 (Intermediär): 353). Auch unterstützen digitale Medien die Erwerbsarbeit im ländlichen Raum (Fall 21 (Intermediär)). Nur durch digitale Unterstützung sei das Handeln von Konsument*innen im Sinne von „Prosument*innen“ „realistisch“ und ermögliche in allen Bereichen von der Energieversorgung bis zur Landwirtschaft ein Mitsteuern der Verbraucher*innen (Fall 25 (Intermediär): 782). Große Potenziale der Digitalisierung werden von einem befragten Intermediär in der Dezentralisierung von Energieversorgung und deren Steuerung gesehen (Fall 25 (Intermediär): 775-778, 784-789).

3.2.4.7 Risiken der Digitalisierung

Gemeinwohlorientierte Initiativen sind mit den allgemeinen Risiken der Digitalisierung konfrontiert, wie Datenschutz⁴⁶ und Datensicherheit (Fall 15), Cyber-Mobbing (Fall 5), zunehmender Komplexität der Aufgaben und der Abhängigkeit von externen Dienstleistungen (Fall 7). Aus Sicht der befragten Initiativen gäbe es darüber hinaus jedoch keine spezifischen Risiken der Digitalisierung für ihre Arbeit.

Die Risiken der Digitalisierung hinsichtlich des Datenschutzes werden teilweise einschränkend benannt. Der „Hype auf Datenschutz“ (Fall 12: 1620) wird aus Sicht eines Befragten ein „bisschen übertrieben“ (Fall 12: 1621). Ebenso sei der Datenschutz in Bezug auf die Arbeit der Initiative kein virulentes Problem: „Bei uns [...] sehe ich noch nicht gerade, welcher Akteur tatsächlich welchen Nutzen davon haben könnte, genau zu überwachen, was wir tun“ (Fall 11: 1038-1039).

⁴⁶ Fall 4, Fall 5, Fall 8, Fall 10, Fall 11, Fall 12

Die befragten Intermediären betonen vor allem die Risiken, die durch die steigende Komplexität digitaler Praktiken sowie dem Agieren externer privater Dienstleister*innen entstehen. In Bezug auf die Gemeinschaftsgärten vermutet die Befragte den Ausschluss von Mitgliedern, die nicht an digitaler oder virtueller Kommunikation teilnehmen (Fall 19.1 (Intermediär): 465-467, ähnlich Fall 27 (Intermediär): 260). In Bezug auf offene Werkstätten könnte auf der materiellen Ebene der Zugang zu Praktiken erschwert werden: Ein „CNC-Cutter“⁴⁷ sei schwieriger zu bedienen als eine Säge (Fall 19.2 (Intermediär): 378-381). Durch die Digitalisierung würde die Sharing Economy in eine „perverse Ausrichtung“ gedreht werden, nämlich zum sogenannten „Plattformkapitalismus“⁴⁸ (Fall 19.2 (Intermediär): 360-363, ähnlich Fall 25 (Intermediär): 800-806). Je nach Auslegung berge dann die Digitalisierung – abhängig vom jeweiligen Geschäftsmodell – Potenziale oder Risiken: „Also noch mehr Kapital, noch größere Unternehmen mit noch mehr Macht, können noch mehr Geld mit Geld machen als vorher“ (Fall 25 (Intermediär): 806-809). Ein befragter Intermediär spricht das mögliche Problem einer zunehmenden Konsumorientierung bei zivilgesellschaftlichen Akteuren an, jedoch könne er „diese Vorstellung, dass dann irgendwie 'Clicktivism' überhandnehmen könnte“ (Fall 27 (Intermediär): 248) oder dass „so eine digitale Rein-Raus-Mentalität“ (Fall 27 (Intermediär): 249) entsteht, nicht bestätigen.

3.2.4.8 Kritik an der Virtualisierung nicht aber der Digitalisierung?

Zum Thema Digitalisierung betonen einige befragte Initiativen und Intermediäre, dass sie den Bezug zur „wirklichen“ oder analogen Welt bevorzugen⁴⁹. In den befragten selbstorganisierten Initiativen, wie Wohnprojekten, Kultur- und Gartenprojekten, haben die Akteure es mit einem Standort und mit Räumlichkeiten in der Stadt zu tun, „die sind nicht abstrakt“ (Fall 1: 777). Demnach gehe es um eine Kombination von elektronischer Kommunikationsarbeit und „old school“ (Fall 1: 790). Auch bei einem Urban-Gardening-Projekt bestehe kein Interesse der Beteiligten an einem digitalen Kompetenzzentrum: „Weil wir sagen, wir sind real, also das spannende an diesem Ort, [...] passiert alles an diesem Ort“ (Fall 3: 1790-1791). Auch mit Blick auf die Transition-Bewegung wird konstatiert, dass die Digitalisierung „grundsätzlich eigentlich erstmal keine [Rolle spielt], weil Transition-Initiativen [...], ein[en] Kulturwandel [propagieren]. [...] Und an der Stelle sind viele Initiativen nach wie vor eigentlich sehr analog“ (Fall 17 (Intermediär): 342-344). Die Bewegung sei zum Teil durch eine „große Skepsis“ und eine „Technologieferne“ (Fall 17 (Intermediär): 349-350) geprägt, die „analoge Themen bis hin zu [...] Verlangsamung, Entschleunigung, Entkommerzialisierung“ diskutieren (Fall 17 (Intermediär): 350-3519). Auch Befragte aus der Bewegung der Ökodörfer sehen die Digitalisierung teilweise kritisch. „Uns geht es gerade darum, [...] den Bezug zu dem, was wir machen, nicht zu verlieren“ (Fall 21 (Intermediär): 977-978). „Also wir kaufen unsere Möbel möglichst nicht bei Amazon, [...] sondern bauen sie lieber selber“ (Fall 21 (Intermediär) 982-86)). Vor diesem Hintergrund werde sich auch gegen Digitalisierung in der Landwirtschaft gewandt: „Digitalisierung in der Landwirtschaft heißt Massenmarkt“ (Fall 21 (Intermediär): 1004). Ein Risiko wird zudem in der Digitalisierung von Arbeitsprozessen und der Entmenschlichung von Arbeit gesehen: „Gerade aus dem Pflegebereich, Sorgebereich, von Robotern oder sonst irgendetwas, also ich glaub da ist hier absolute Übereinstimmung, das kommt uns nicht ins Haus“ (Fall 13: 473-475).

Auch unter den Initiativen der Solidarischen Landwirtschaft (Solawi) gebe es „durchaus Ressentiments – sage ich mal so – sich jeder digitalen Entwicklung kritiklos anzuschließen. Ich glaube, das ist schon auch speziell „Solawi“, weil wir einfach Menschen sind, die am liebsten mit dem ganzen Kram

⁴⁷ Oder auch Messercutter bezeichnet, der für das Schneiden von technischen Textilien genutzt wird.

⁴⁸ Unter Plattformkapitalismus wird ein neuer Typus des Kapitalismus verstanden, in dem Plattform-Unternehmen, wie zum Beispiel Amazon, Uber oder Airbnb, dominante Wirtschaftsakteure sind.

⁴⁹ Fall 1, Fall 3, Fall 17 (Intermediär), Fall 21 (Intermediär), Fall 24 (Intermediär).

gar nichts zu tun haben wollen. Wir wollen am liebsten auf dem Acker sein“ (Fall 24 (Intermediär): 725). Für die Initiativen der Solidarischen Landwirtschaft zähle „eher der Kontakt zu der Erde, mit dem Hof, mit den anderen Menschen“ (Fall 24 (Intermediär): 628-629).

3.2.5 Unterstützungsmöglichkeiten, um Potenziale der Digitalisierung stärker zu nutzen

Befragte Initiativen und Intermediäre weisen darauf hin, dass für die Arbeit zivilgesellschaftlicher Initiativen ein konsequenterer Datenschutz, ein schnelles Internet und die Bereitstellung von digitalen Tools wichtig seien. Ein konsequenterer Datenschutz sei ein „politisches und kulturelles Menschenrecht“ (Fall 27 (Intermediär): 322). So dürfe nicht alles, was zum Beispiel in den Initiativen kommuniziert werde, „auf immer und ewig gespeichert [...] und von Dritten ausgewertet werden [können], weil das natürlich irgendwann natürlich potentiell auch gegen Menschen verwendet werden könnte, die sich in diesen Initiativen engagieren“ (Fall 27 (Intermediär): 323-326). Ein anderer Befragter fordert, dass das Eigentum an Daten bei der Person liegen müsse und nicht bei den Unternehmen (Fall 25 (Intermediär): 1042-1047). Von einer Initiative im ländlichen Raum wird ein schnelleres Internet als wesentlich erachtet (Fall 12: 1603-1604, Fall 13: 511). Häufig wird der Wunsch nach öffentlichen digitalen Tools geäußert.⁵⁰ Die öffentliche Hand könnte verstärkt Online-Plattformen bereitstellen: „Informationsplattformen, Vernetzungsplattformen zum Beispiel“ (Fall 27 (Intermediär): 336). Viele Tools gebe es schon, die jedoch von „profitorientierten Akteuren“ (Fall 27 (Intermediär): 339) betrieben werden, wie Google Cloud oder Amazon Cloud. Ziel dieser Unternehmen sei es aber nicht, gemeinwohlorientierten Initiativen zu helfen. Die öffentliche Hand könnte solche Dienste nachahmen und Initiativen „digitale Räume zur Verfügung [...] stellen“ (Fall 27 (Intermediär): 345).

Auch die Rolle von Bildung zur Stärkung digitaler Kompetenzen wurde von mehreren Befragten adressiert. Einige der befragten Initiativen und Intermediäre erachten diese als nicht notwendig.⁵¹ So meint ein Befragter: „unsere Mitarbeiter [...] sind alle genügend mit Digitalisierungen aufgewachsen [...] ich erlebe jetzt keine massiven Probleme“ (Fall 11: 1069-1071). Die Einrichtung von Kompetenzzentren für digitale Bildung wird von einem Befragten auch teilweise als „verschwendetes Geld und Zeit“ (Fall 15: 400) angesehen. Skepsis besteht bei einzelnen Befragten auch hinsichtlich der Aufgabe und Leitung solcher Kompetenzzentren: „Es sind [...] gewiss nicht staatlich organisierte Kompetenzzentren, sondern [...] dezentral autonom organisierte Hacker- und MakerSpaces und DigiLabs, wo das freie Spiel [...] gefördert wird und nicht die kompetente Anwendung von Bestehendem“ (Fall 19.2 (Intermediär): 456-458). Digitale Kompetenzen zu stärken sei nach Auffassung eines anderen Befragten wiederum eher nicht die Aufgabe der Verwaltung, sondern der Zivilgesellschaft. Im Rahmen einer „kritischen digitalen Bildung“ (Fall 27 (Intermediär): 391) müssten Kompetenzen zum „kritischen Umgang“ (Fall 27 (Intermediär): 378) mit digitalen Medien in einem Bottom-up-Prozess aus der Zivilgesellschaft kommen.

3.2.6 Zusammenfassung und Schlussfolgerungen

Die Interviews setzten an zentralen Überlegungen der Debatten um Gemeinschaft und Vergemeinschaftung und den Projektfragestellungen an, um die Besonderheiten innovativer gemeinwohlorientierter Initiativen herauszuarbeiten und ihre Beiträge zu sozial-ökologischen Transformationen zu ermitteln. Hierbei konnte gezeigt werden, dass die untersuchten Initiativen hinsichtlich vieler Aspekte anschlussfähig an die sozialwissenschaftlichen Debatten um Gemeinschaft und Vergemeinschaftung sind (z. B. mit Blick auf die drei Verständnisse von Gemeinschaft). Darüber hinaus konnte verdeutlicht werden, dass die Besonderheiten der Initiativen vor allem in ihren spezifischen Beiträgen zu sozial-

⁵⁰ Fall 2, Fall 7, Fall 13, Fall 18 (Intermediär), Fall 19.1 (Intermediär), Fall 19.2 (Intermediär), Fall 27 (Intermediär).

⁵¹ Fall 11, Fall 13, Fall 15, Fall 19.2 (Intermediär), Fall 27.

ökologischen Transformationen bestehen. Diese Beiträge sind sehr vielfältig und reichen von Beiträgen, die sich auf das Individuum, seine Selbstermächtigung und Kompetenzen beziehen, bis hin zu Beiträgen, die vor allem auf den lokalen und kommunalen Kontext ausgerichtet sind und sich dort, unter anderem in Experimentierräumen, manifestieren. Eine Besonderheit dieser Initiativen ist vor allem auch darin zu sehen, dass sie sich als politisch aktiv begreifen und eine nachhaltigere Gesellschaft als Ziel verfolgen.

Die empirischen Ergebnisse machen darüber hinaus aber auch deutlich, dass die Initiativen mit enormen Herausforderungen bei der Umsetzung ihrer Ziele und Aufgaben konfrontiert sind, die ihr innovatives Potenzial einschränken. Forschungsdesiderate bestehen deshalb vor allem in den Fragestellungen zu den Barrieren und Hemmnissen der Initiativen bei der Erreichung struktureller Wirksamkeit und Veränderungen im Sinne sozial-ökologischer Transformationen. Lohnenswert erscheint es hierfür vor allem, gescheiterte Initiativen in den Blick zu nehmen, um hieran die Problemlagen genauer zu studieren und stärker verallgemeinern zu können sowie daraus Lernpotenziale abzuleiten.

Die Interviews lieferten auch wichtige Erkenntnisse zu Aspekten des Wachstums, der Vervielfältigung, der Organisationsentwicklung und der Vernetzung gemeinwohlorientierter Initiativen. Theoretischer Hintergrund bildeten hierbei Annahmen der Transformationsforschung. Die Befunde machen deutlich, dass die Aktivitäten der Initiativen für sozial-ökologische Transformationen mit enormen Anstrengungen verbunden sind, sie aber hinsichtlich ihrer Wirkungen, um Wandlungsdynamiken zu beschleunigen, unterschiedlich bewertet werden. Häufig werden die Aktivitäten in friedlicher Koexistenz zum bestehenden Regime verfolgt und irritieren dieses dabei (bislang) kaum. Sie bilden jedoch die Basis, manchmal sogar eine zwingende Voraussetzung (z. B. Rechtsform) für die Etablierung förderlicher Bedingungen und Strukturen, wie beispielsweise politische Beschlüsse und (Förder-)Programme. Vor allem zeigt sich, dass die Einbettung von neuen Wegen des Denkens, Handelns und Organisierens in bestehende Systeme (Regime) wichtig zum Anstoßen weiterer Dynamiken, zugleich aber auch sehr voraussetzungsintensiv ist. Dort, wo eine solche Einbettung zumindest teilweise gelungen ist, wird der Möglichkeitsraum für weitere Aktivitäten und andere Initiativen deutlich erhöht und das System zumindest sensibilisiert und teilweise geöffnet. Auf dem Weg zur Einbettung scheint dabei die Schaffung von intermediären Strukturen und Akteuren zentral. Oft werden intermediäre Funktionen von den Initiativen selbst wahrgenommen, womit ihnen eine weitere Rolle bezüglich sozial-ökologischer Transformationen zukommt. Weitere Forschungsarbeiten sollten sich deshalb insbesondere mit der Rolle von Intermediären in verschiedenen Sektoren (Zivilgesellschaft, Politik und Verwaltung, Wirtschaft und Wissenschaft) und deren Zusammenwirken sowie deren Kapazitäten zur Einbettung alternativer Denk-, Handlungs- und Organisationsweisen in verschiedene gesellschaftliche Teilsysteme beschäftigen.

Die Interviews machen auch deutlich, dass der (Umwelt-)Politik und ihrer Unterstützungs- und Fördermaßnahmen im Transformationsprozess eine wichtige Rolle beigemessen wird. So gewinnen Initiativen durch eine Förderung an Legitimation und finanziellen sowie personellen Handlungsspielraum. Dies erlaubt ihnen unter anderem, ihren Wirkungskreis zu erweitern. Zudem werden die Initiativen zu einer gewissen Professionalisierung veranlasst und können somit neue Erfahrungen und Fähigkeiten in ihrer Organisationsentwicklung aufbauen. Zugleich stellen die aktuellen Rahmenbedingungen zur Entgegennahme von Förder- und Unterstützungsmaßnahmen jedoch hohe Anforderungen an die rechtliche, finanzielle und organisatorische Fundierung der Initiativen, was zeitliche und personelle Ressourcen erfordert, die der Initiative nicht für ihre Kernaktivitäten zur Verfügung stehen und zu Konflikten innerhalb der Initiativen führen können. Dies trifft ebenfalls dann zu, wenn die inhaltliche Ausrichtung der Unterstützungs- und Fördermaßnahmen Kompromisse bezüglich der eigenen Werte und normativen Leitbilder erfordert.

Eine weitere Herausforderung ergibt sich aus dem Innovationszwang der öffentlichen Förderung, die eine nicht endende Flut von stets neuen Ideen zur Gestaltung des sozial-ökologischen Wandels einfordert und zu wenig darauf ausgerichtet ist, Erreichtes zu sichern, zu stabilisieren, aktiv zu vervielfältigen und in bestehende Strukturen einzubetten. Auch Zeitabläufe während der Förderverfahren sowie Zielvorgaben bezüglich der Erfolgsmessung sind häufig nicht kompatibel mit den Zielen, dem Erfolgsverständnis und den Arbeitsprozessen der Initiative. Akteure, die aktiv zwischen verschiedenen Sektoren, Handlungsfeldern, Normen, Werten und Sprachen vermitteln und übersetzen, werden bisher nicht systematisch gefördert, sodass diese Aufgabe entweder zusätzlich von einzelnen Akteuren übernommen wird oder bei mangelnder Zeit oder mangelnden Fähigkeiten gar nicht verfolgt werden kann.

Es ergibt sich in den Interviews insgesamt ein Bild, wonach die gemeinwohlorientierten Initiativen ein großes Potenzial für sozial-ökologische Transformationen aufweisen und vielfältige Beiträge heute bereits erbringen. Häufig können sie ihre Innovationskraft jedoch (noch) nicht entsprechend entfalten und werden zuweilen ungewollt gehemmt. Die Förderlandschaft und mögliche Unterstützungsstrukturen sollten sich zukünftig noch stärker an den Bedarfen der Initiativen orientieren, damit ihre Potenzial umfänglich für den sozial-ökologischen Wandel genutzt werden kann.

4 Strategische Empfehlungen zur Förderung und Unterstützung innovativer gemeinwohlorientierter Initiativen

4.1 Grundlagen für die Ableitung strategischer Empfehlungen

Die bisher dargelegten theoretischen Überlegungen (Kapitel 2) und die empirischen Ergebnisse (Kapitel 3) bildeten die wesentlichen Grundlagen für strategische Empfehlungen und Ableitungen zur Förderung und Unterstützung gemeinwohlorientierter Initiativen. Aus theoretischer Sicht wurden zunächst verschiedene innovative Formen von Gemeinschaftlichkeit und Gemeinwohlorientierung unterschieden. Zudem wurden Potentiale und Beiträge der gemeinwohlorientierten Initiativen für den gesellschaftlichen Zusammenhalt und den sozial-ökologischen Wandel aufgezeigt. Ergänzend hierzu wurden Chancen und Herausforderungen der Digitalisierung für sozial-ökologische Transformationsprozesse herausgearbeitet.

Die empirischen Befunde des Stimmungsbarometers „Gemeinwohl“ zeigten ein hohes Beteiligungspotenzial und -interesse der Bevölkerung an verschiedenen gemeinwohlorientierten Initiativen auf, was als Anerkennung der gesellschaftlichen Bedeutung gemeinwohlorientierter Initiativen für sozial-ökologische Transformationen verstanden werden kann. Die Interviews mit Vertreter*innen gemeinwohlorientierter Initiativen und Intermediären ermöglichten Einblicke und lieferten viele wichtige Hinweise zur Organisation, Wirkung und gesellschaftlichen Einbettung der gemeinwohlorientierten Initiativen wie auch zur Rolle der Digitalisierung.

Auf theoretischer und empirischer Grundlage konnten vielfältige Erkenntnisse gewonnen werden, welche politische und gesellschaftlichen Rahmenbedingungen und Strukturen die Entfaltung der gemeinwohlorientierten Initiativen bisher hemmen oder bereits unterstützen. Zudem wurden Überlegungen diskutiert, wie die Initiativen längerfristig stabilisiert werden können. Die Ergebnisse dieser Arbeitsschritte mündeten im Arbeitspaket 5. Hier wurden konkrete Handlungsansätze zur (umwelt-)politischen Unterstützung und Förderung der Initiativen abgeleitet, die im Kapitel 4.3 vorgestellt werden. Bevor auf die Handlungsansätze näher eingegangen wird, soll im Folgenden zunächst der Entwicklungsprozess des Strategiepapiers vorgestellt werden.

4.2 Entwicklungsprozess des Strategiepapiers

Im Sinne transdisziplinärer Forschung – für und mit den Praxisakteuren – zu forschen, wurde im gesamten Projektverlauf mit verschiedenen interaktiven und partizipativen Methoden gearbeitet. Hierzu zählten Sondierungsgespräche, eine Bevölkerungsumfrage, ein Zukunftsforum, Expert*innen-Interviews und Fachgesprächen. Mit diesen verschiedenen Methoden wurde Erkenntnisse zu aktuellen Unterstützungsbedarfen gewonnen sowie Potenziale und Herausforderungen für gemeinwohlorientierte Initiativen im Kontext sozial-ökologischer Transformationen diskutiert. Einen Schwerpunkt bildeten hierbei die Chancen und Herausforderungen der Digitalisierung. Die verschiedenen Formate adressierten ein breites Publikum an Vertreter*innen aus Politik, Wirtschaft, kommunalen Verwaltungen und dem breiten Spektrum innovativer gemeinwohlorientierter Initiativen. Im Ergebnis wurden acht strategische Handlungsansätze identifiziert, die mittels verschiedener konkreter Maßnahmen zu einer Stärkung von innovativen gemeinwohlorientierten Initiativen beitragen sollen.

Die strategischen Handlungsansätze und die dazugehörigen Maßnahmen wurden in einem partizipativen Strategie-Entwicklungs- und Diskussionsprozess nochmals mit den genannten Akteursgruppen diskutiert und weiterentwickelt. Hierzu fanden zunächst interne Strategieggespräche mit Vertreter*innen des Projektteams, des UBA und des BMU statt. Im Anschluss daran fanden zwei thematisch fokussierte Strategieggespräche mit Vertreter*innen aus Politik, Wirtschaft, kommunalen Verwaltungen und innovativen gemeinwohlorientierten Initiativen statt. Ein erstes externes Strategieggespräch fokussierte auf den thematischen Schwerpunkt „Austausch und Kooperation zwischen Kommunen und zivilgesellschaftlichen Akteuren fördern, intermediäre Strukturen ausbauen, co-produktive Orte schaffen!“, und ein zweites externes Strategieggespräch auf „Zivilgesellschaft in der digitalen Welt – Chancen für den sozial-ökologischen Wandel“. Anstelle eines dritten geplanten Strategieggesprächs „Sozial-ökologische Aspekte in der Förderung stärken und verankern“ wurden Expert*innen-Interviews in Form von Konsultationen durchgeführt. Hierbei konnten nochmals konkrete Feedbacks zu den schriftlich ausformulierten Handlungsansätzen eingeholt werden, die sich vor allem auf die Förderstrukturen (Handlungsansatz 4) und rechtliche Aspekte, wie dem Vereinsrecht bezogen (Handlungsansatz 8).

Um die Ergebnisse und Handlungsansätze zu diskutieren, wurden auch zwei wissenschaftliche Konferenzen genutzt.⁵² Der fachliche Austausch in der wissenschaftlichen Community ermöglichte einen Vergleich und eine Bestätigung (Validierung) der Ergebnisse mit denen ähnlicher Projekte. Zudem konnte so nochmals ein weiterführendes Verständnis der Handlungslogiken der Initiativen erzielt werden. Darüber hinaus waren im Rahmen des wissenschaftlichen Austauschs auch Fragen des Upscalings der Initiativen und ihrer Legitimierung in einer demokratisch verfassten Gesellschaft von besonderem Interesse.

Der gesamte partizipative Strategie-Entwicklungsprozess der Handlungsansätze und Maßnahmen, der sich über mehrere Monate erstreckte, brachte ein finales Strategiepapier hervor, welches zum Abschlusskolloquium des Projekts am 4. Juni 2019 im UBA (Berlin), präsentiert wurde. Zudem wurden die Handlungsansätze anschließend im Rahmen der Broschüre „Handlungsansätze für die Förderung

⁵² Ein Vortrag wurde von Jana Rückert-John und Birgit Peuker (Institut für Sozialinnovation, Berlin) zur „Rolle innovativer zivilgesellschaftlicher Initiativen im sozial-ökologischen Transformationsprozess“ auf der Konferenz der Akademie für Raumforschung und Landesplanung „Postwachstum und Transformation“ (Juni 2019 in Kassel) und ein zweiter Vortrag von Anna Betsch mit dem Titel „Re-structuring relations between community-based initiatives and public bodies - How public funding influences community-based initiatives in Germany“ wurde im Rahmen der internationalen „Leverage Points Conference“ am 08.02.2019 in Lüneburg gehalten.

und Unterstützung innovativer gemeinwohlorientierter Initiativen“ aufbereitet (Rückert-John et al. Im Erscheinen).⁵³

Die Handlungsansätze, die im Folgenden dargestellt sind, stellen einen ersten Schritt in Richtung einer umfassenden Gesamtstrategie dar. Sie dienen als Anregung zum Weiterdenken und Weiterdiskutieren. Viele Vorschläge werden teilweise schon seit längerem in anderen Debatten diskutiert. Querverweise zu diesen Debatten werden an den Stellen gegeben, wo die Ergebnisdarstellung dies nahelegt. Der Fokus der Handlungsansätze und Maßnahmen liegt hier auf sozial-ökologischen Transformationen als normativem Orientierungsrahmen. Die Handlungsempfehlungen richten sich an alle Akteure, die gemeinwohlorientierte Initiativen unterstützen und damit einen Beitrag zu sozial-ökologischen Transformationen leisten wollen. Sie spricht damit neben Politiker*innen, Mitarbeiter*innen in der Verwaltung, Akteure aus Zivilgesellschaft und Sozialunternehmen an. Da sozial-ökologische Transformationen nicht allein durch Umweltpolitik bewältigt werden können, sondern eine ressortübergreifende Zusammenarbeit erfordern, sollen die Handlungsansätze und Maßnahmen als Einladung begriffen werden, sie in die jeweiligen Politikbereiche auch jenseits von Umweltpolitik zu übersetzen.

4.3 Handlungsansätze für die Förderung und Unterstützung innovativer gemeinwohlorientierter Initiativen

4.3.1 Handlungsansatz 1: Kooperation und Austausch zwischen Kommunen und zivilgesellschaftlichen Akteuren sollten gefördert sowie intermediäre Strukturen ausgebaut und co-produktive Orte geschaffen werden.

Sowohl Vertreter*innen der lokalen Politik und Verwaltung als auch gemeinwohlorientierte Initiativen aus der Zivilgesellschaft verfolgen Ziele des Gemeinwohls und versuchen, auf einen sozial-ökologischen Wandel der Gesellschaft hinzuwirken, wie die Interviews deutlich machen. Dabei werden die Potenziale eines konstruktiven Zusammenwirkens beider Sektoren (öffentlich, zivil) häufig nicht ausgeschöpft. Eine strukturelle, systematische Kooperation zwischen Akteuren und Initiativen der Zivilgesellschaft und Akteuren aus lokaler Politik und Verwaltung und weiteren potenziellen Akteuren findet in der Regel nicht statt. Belastbare intermediäre Strukturen und co-produktive Räume, die eine solche Kopplung beider Sektoren ermöglichen und befördern würden, sind durchaus vorhanden, beruhen aber entweder überwiegend auf informellen, persönlichen Kontakten und sind daher sehr fragil oder bedürfen fundierter Förderung, um weiterhin handlungsfähig zu bleiben.

Dass eine solche Kopplung nicht einfach gelingt, hat aus Sicht der Befragten unterschiedliche Ursachen. Ein grundlegendes Problem ist die unterschiedliche „Sprache“ (aufgrund unterschiedlicher Denk-, Handlungs- und Organisationsweisen), die Akteure beider Seiten sprechen, da ihr Arbeitsalltag, -umfeld und -ablauf von unterschiedlichen thematischen und/oder strukturellen Schwerpunkten und Bedingungen geprägt sind. Zum Beispiel orientieren sich Verwaltungsmitarbeiter*innen an Beschlüssen und Verordnungen, die kaum Raum für Auslegungen bieten, während zivilgesellschaftliches Engagement sich an Werten orientiert, die in der Auslegung höchst partikular ausfallen können. Damit verbunden sind unterschiedliche Abstraktionsgrade und Zeithorizonte von Zielen, Problembeschreibungen und Lösungsansätzen. Daraus ergeben sich unter Umständen Unwissenheit und ein fehlendes Verständnis der Arbeit des Anderen sowie Missverständnisse auf beiden Seiten. Enttäuschungen und

⁵³ Die folgende Darstellung der Handlungsansätze stellt die Langversion des Strategiepapiers dar, welches zum Abschlusskolloquium des Projekts präsentiert wurde. Die Anmerkungen und Ergänzungen der Teilnehmer*innen des Kolloquiums wurden hier ebenfalls berücksichtigt. Die Langversion enthält im Unterschied zur Broschüre (Rückert-John et al. Im Erscheinen) umfangreichere Erläuterungen und Beispiele, die von Vertreter*innen gemeinwohlorientierter Initiativen eingebracht wurden. Die Broschüre spitzt die Handlungsansätze nochmals zu und enthält auch Begriffsklärungen und Literatur zum Weiterlesen, um einen größeren Interessent*innen- und Leser*innenkreis zu erreichen.

Frustration sowie eine mangelnde beziehungsweise nachlassende Kooperationsbereitschaft sind häufige Folgen. Hinzu kommen fehlende Ressourcen in Form monetärer Mittel, Personal oder Zeit, um eine belastbare Kooperation sicherzustellen.

Dort, wo intermediäre Strukturen und co-produktive Räume zwischen Kommunalverwaltungen und Zivilgesellschaft wirksam sind – das zeigen positive Beispiele –, können durch deren vermittelnde Rolle Konflikte oft vermieden oder schneller beigelegt werden. Intermediäre Akteure können durch die Beachtung verschiedener Standpunkte und Perspektiven neue Potenziale für eine gemeinsame Gestaltung des kommunalen Raumes, physisch und symbolisch, eröffnen. Die Ausgestaltung der intermediären Strukturen und co-produktiven Räume ist abhängig von den Leistungen und der Zielsetzung sowie vom Handlungs- und Wirkungsraum, die an diese Einrichtung geknüpft sind.

Intermediäre Strukturen und co-produktive Räume sollen in erster Linie das Verständnis für die jeweiligen Anderen erhöhen, unterschiedliche Interessen aufnehmen und vermittelnd wirken. Des Weiteren sollen sie Unterstützung und Beratung bieten. Darüber hinaus können intermediäre Strukturen und co-produktive Räume gestalterisch wirken, indem konkrete Projekte in Co-Produktion von Verwaltung und Bürgerschaft, Wirtschaft und Wissenschaft erdacht, geplant und umgesetzt werden. Intermediäre Strukturen und co-produktive Räume repräsentieren die und leben von der Nähe zur Bürgerschaft und organisierten Zivilgesellschaft und sollten aus Sicht der Initiativen daher lokal eingerichtet werden und wirken. Weitere Potenziale die mit diesen Strukturen verbunden sind, werden von den Akteuren darin gesehen, dass sie Räume des Lernens und der Weiterbildung darstellen. Zum einen wird diesen intermediären Strukturen und Akteuren die Möglichkeit zugesprochen, neue Aushandlungsprozesse auszuprobieren, zu reflektieren und weiter auszubauen. Zum anderen bieten diese Strukturen Maßnahmen zur Weiterbildung für Nachbarschaften oder Quartiere an. So kann die kooperative Stadtentwicklung gelernt werden, wie es das Beispiel „Stadt gemeinsam gestalten“ aus Leipzig zeigt⁵⁴, ein Programm, welches Bürger*innen, Verwaltung, Politik und Unternehmen zusammenbringt und tragfähige Lösungen für eine gemeinsame Stadtentwicklung erarbeiten lässt.

Maßnahmen

Im Folgenden werden verschiedene Maßnahmen vorgestellt, die den Austausch und die Kooperation zwischen kommunaler Verwaltung und zivilgesellschaftlichen Akteuren unterstützen und verbessern können. Die Maßnahmen bauen nicht zwingend aufeinander auf, können aber als Schrittabfolge und als gegenseitige Unterstützung gesehen werden.

Stärkung und Weiterentwicklung von Strukturen zur Initiierung und Etablierung intermediär wirkender Akteure

Eine kurzfristige Maßnahme zur Verbesserung der Kooperationen zwischen Verwaltung und Zivilgesellschaft ist es, die oftmals schon bestehenden Strukturen und Schnittstellenakteure mit intermediärem Charakter im Umwelt- und Nachhaltigkeitsbereich (z. B. Nachhaltigkeits- und Klimaschutzmanager*innen, Quartiersmanager*innen, Umweltzentren, Lokale Agenda 21-Büros) zu stärken und weiterzuentwickeln, gegebenenfalls auch neu einzurichten. Entsprechende Strukturen und Akteure sollten dabei (weiterhin) aus öffentlichen Geldern, in der Regel aus dem kommunalen Haushalt, finanziert werden. Die Mitarbeiter*innen sollten durch Weiterbildungsangebote insbesondere für die Arbeit mit zivilgesellschaftlichen Initiativen sowie bezüglich neuer Methoden und Instrumente der Co-Produktion geschult werden. Die Akteure können sowohl Ämter- und Geschäftsbereich-übergreifend (z. B.

⁵⁴ <https://stiftung-ecken-wecken.de/stadt-gestalten> (abgerufen am 25.11.2020)

Stabsstelle (Ober-)Bürgermeister*in) als auch in einzelnen Ressorts (z. B. Stadtplanungsamt, Umweltamt) angesiedelt sein. Dennoch bedarf es einer Evaluierung, ob eine Angliederung an öffentliche Strukturen den Anforderungen von zivilgesellschaftlichen Akteuren entgegenkommt. Für eine Angliederung an kommunale Geschäftsbereiche würde sprechen, dass damit gleichzeitig eine Legitimierung der Handlungen intermediären Strukturen verbunden ist, die durch eine Bindung an die Zivilgesellschaft nicht ohne weiteres gegeben ist. Dem schließt sich die Frage nach dem Modus Operandi der intermediären Strukturen an: Ist eine Beschränkung der Struktur auf ein Fachgebiet sinnvoll oder sollte diese über ein Thema hinaus ihren Aufgaben nachgehen? Inspiration, wie eine intermediäre Struktur ausgestaltet werden kann, liefern Beispiele in Berlin, wie der Runde Tisch Stadtentwicklung Friedrichshain⁵⁵, die AKS Gemeinwohl⁵⁶ oder Beispiele im Kontext des ImmoVielen-Netzwerks⁵⁷.

1.000-Vermittler*innen-Programm für Gemeinwohl und sozial-ökologischen Wandel

Eine konkrete Idee, die von Befragten genannt wurde, ist die Einführung eines 1.000 Vermittler*innen-Programms für Gemeinwohl und sozial-ökologischen Wandel. 1.000 Vermittler*innen/Intermediäre werden für ein Jahr gefördert, um Vermittlungsarbeit zwischen Verwaltung/Politik und zivilgesellschaftlichen Initiativen in Deutschland im Bereich der Umwelt- und Nachhaltigkeitspolitik zu leisten. Explizite Aufgabe wäre die Hebung der Potenziale durch Co-Produktion von Verwaltung und Zivilgesellschaft. Dieses Programm sollte begleitend evaluiert werden. Eine Fortführung (im Wettbewerbsverfahren) sollte in Aussicht gestellt werden. Die Einführung dieses Programms steht jedoch der Idee einer institutionalisierten intermediären Struktur gegenüber, welche durch die Finanzierung aus kommunalen Haushalten nicht nur einen festen Platz in der Verwaltung inne hätte, sondern auch mit Legitimität ausgestattet wäre. Eine weitere Variante, um einen Lernprozess innerhalb der Verwaltung, aber auch zwischen unterschiedlichen Akteuren, zu unterstützen, wäre die Einführung eines Praktikum- oder Austauschprogramms. Dieses Programm würde den fach- und sektorübergreifenden Austausch unterstützen, indem eintägige oder mehrtägige Praktika bei Kooperationspartner*innen durchgeführt werden. Eine Kampagne durch das BMU wäre hier vorstellbar.

Die Förderung intermediärer Strukturen und Akteure im ländlichen Raum sollte die gleichen Ziele verfolgen und Prämissen setzen wie im städtischen Raum. In der Umsetzung ergeben sich auf Grund der großen räumlichen Entfernung zwischen lokalen Akteuren und übergeordneten Entscheidungsträger*innen und teilweise geringer Siedlungsdichte jedoch besondere Herausforderungen. Orientierung kann diesbezüglich das Programm „Initiative ergreifen“⁵⁸ bieten. Das Büro startklar⁵⁹ ist für die Ausführung dieses Förderprogramms zuständig und verfolgt den Auftrag, „Investitionen in die Köpfe, also Lern- und Qualifizierungsprozesse vor Ort“ zu ermöglichen. Das Programm dient der erfolgreichen Umsetzung einer zivilgesellschaftlichen Idee. Dabei agieren die Büromitarbeiter*innen auch als Vermittler*innen zwischen Förderprogramm und Bürgerschaft und nehmen dazu auch viele Vorort-Termine wahr, womit eine Betreuung „in der Fläche“ möglich ist. Die Einrichtung von Agenturen nach dem Modell startklar.projekt.kommunikation zur Aktivierung und Stärkung von zivilgesellschaftlichem Engagement und einer Zusammenarbeit mit dem öffentlichen Sektor scheint daher insbesondere für ländliche Räume geeignet. Von einigen Initiativen wird das Programm jedoch als sehr komplex und in der Beantragung als anspruchsvoll beschrieben.

⁵⁵ <https://www.wbm.de/neubau-berlin/partizipation/runder-tisch/> (abgerufen am 25.11.2020)

⁵⁶ <https://gemeinwohl.berlin/> (abgerufen am 25.11.2020)

⁵⁷ <https://www.netzwerk-immovielien.de/ueber-uns/> (abgerufen am 25.11.2020)

⁵⁸ <https://initiative-ergreifen.de/> (abgerufen am 25.11.2020)

⁵⁹ <https://startklar-ab.de/> (abgerufen am 25.11.2020)

Auch ein Programm zur Weitervermittlung des vorhandenen Wissens sollte Eingang in diesen strategischen Handlungsansatz finden. Aus Sicht der Verwaltungspraxis würden sich Best-Practice-Bücher zur Kommunikation und Zusammenarbeit mit zivilgesellschaftlichen und wirtschaftlichen Akteuren und/oder Weiterbildung und Beratung in Kommunen zu dieser Problematik anbieten. Weiterbildungsmaßnahmen könnten von bundesweiten Institutionen wie dem Deutschen Institut für Urbanistik⁶⁰ oder dem Bundesverband für Wohnen und Stadtentwicklung e. V. (vhw)⁶¹ übernommen werden.

Einrichtung co-produktiver Räume

Ein progressiver Ansatz, um die Zusammenarbeit zwischen kommunaler Verwaltung und den lokalen zivilgesellschaftlichen Initiativen zu verbessern, ist die langfristige Einrichtung von co-produktiven Räumen für Bevölkerungsanliegen in Kommunen. In größeren Kommunen sollten mehrere solcher Orte, umgesetzt als „Büros“, jeweils auf Stadtteil- beziehungsweise Quartiersebene eingerichtet werden. Hierbei sollte ein Leitbild zugrunde gelegt werden, in dessen Sinne gestaltet und gehandelt werden kann. Dieses Leitbild sollten Kommunen und Quartiere selbständig erarbeiten können. Eine Orientierung an den Sustainable Development Goals, den Kriterien der Sozialen Stadt und auch unkonventionellere Leitbilder, wie die der Postwachstumsbewegung, könnten zur Orientierung dienen.

Denkbar wäre eine Anschubfinanzierung durch ein Bundesprogramm im Wettbewerbsverfahren zwischen den Kommunen. Konkret könnten co-produktive Büros folgendermaßen ausgestaltet sein. Aufgabe: Zuständig sind diese Büros für die Anliegen der Bevölkerung in der Gemeinde, im Stadtteil oder Quartier, die von einfachen Anfragen zu alltäglichen Belangen bis hin zu zukunftsweisenden Projekten für das Quartier reichen. Durch diese Büros werden die Anliegen der Bürger*innen zum einen so aufgearbeitet, dass sie weiter an die zuständigen Fachbereiche im Rathaus geleitet werden und eine Kontaktaufnahme erleichtert wird. Zum anderen werden die Anforderungen und Rahmenbedingungen seitens der Verwaltung an die Bevölkerung zurückgespielt. In diesen Räumen können zum Beispiel Quartiersziele in Zusammenarbeit zwischen zivilgesellschaftlichen, wirtschaftlichen und kommunalen Akteuren gemeinsam so formuliert werden, dass sie dem Stadt(teil)rat vorgetragen, eventuell zur Beschlussfähigkeit geführt und im Anschluss daran mit monetären Mitteln wie Stadtteilstiftungen, Bürgerfonds oder anderen Geldern unterfüttert werden. Dieses Vorgehen greift auch die Forderung der Initiativen auf, co-produktive Räume nicht nur als vermittelnde Instanzen, sondern vielmehr als „Community Organizer“ zu verstehen, die Projekte, Vorhaben und Prozesse gemeinsam kreieren, organisieren und gestalten. Co-Produktion ist dann in diesem Sinne die Suche nach einer gemeinsamen Idee, einer Lösung und eines Projekts.

Besetzt werden diese Büros durch mindestens zwei Mitarbeiter*innen, jeweils eine Person mit einem kommunalen Verwaltungshintergrund und eine Person mit Vorerfahrungen aus dem organisierten zivilgesellschaftlichen Engagement. Beide Mitarbeiter*innen bearbeiten im Austausch die Anliegen und bilden sich durch kollegiales Lernen in dem jeweils anderen Fachbereich fort. Sie bilden idealerweise ein Netzwerk mit anderen zivilgesellschaftlichen Akteuren und beziehen Räumlichkeiten, die einladend sind, zum Austausch anregen und in gewisser Weise als offene Räume – symbolisch wie auch konkret – genutzt werden können. Entsprechende Büros sollten, wenn möglich, in bereits existente Strukturen (z. B. Quartiersmanagement) eingebettet beziehungsweise mit diesen verbunden werden. Wie in der ersten Maßnahme ist auch hier Gegenstand der Debatte, ob co-produktive Räume sich in ihrem thematischen Handlungsraum spezifizieren oder diesen so breit gefächert wie möglich halten sollten.

⁶⁰ <https://difu.de/publikationen> (abgerufen am 25.11.2020)

⁶¹ <https://www.vhw.de/veranstaltungen-fort-und-ausbildung/> (abgerufen am 25.11.2020)

Stadtteiffonds/Bürgerbudgets sowie Mitmachgelder und Risikotöpfe

Über die oben beschriebene Schnittstellenfunktion hinaus, sollte gekoppelt mit lokalen Entscheidungsstrukturen (z. B. Quartiersrat, Online-Voting), ein eigenes Budget durch diese co-produktiven Orte verwaltet werden können. Denkbar sind hier schon erprobte Instrumente wie Stadtteiffonds oder Bürgerbudgets, die eine gewisse Professionalisierung voraussetzen und damit bestehende zivilgesellschaftliche Initiativen unterstützen. Neu erprobt und weiterentwickelt werden sollten sogenannte (niedrigschwellige) „Mitmachgelder“ und „Risikotöpfe“. Letztere sollten dafür eingesetzt werden, kreative und visionäre Ideen in der Bevölkerung testweise zu erproben (Reallabor/Experiment), ohne ein bestimmtes Ergebnis (Erfolg) zwingend nachweisen zu müssen. „Mitmachgelder“ sollten sich hingegen dadurch auszeichnen, dass entsprechende Gelder ohne Vorkenntnisse und Erfahrungen bei der Beantragung und Abrechnung von Förderprogrammen und -geldern zur Aktivierung an engagierte Akteure und Gruppen im Quartier vergeben werden können, um somit den Eintritt zum bürgerschaftlichen Engagement für eine Vielzahl von Bürger*innen zu ermöglichen.

Co-Produktion von (lokalen) Förderprogrammen

Eine weitere Form der Co-Produktion und spezifische Aufgabe der co-produktiven Büros könnte die gemeinsame Ausgestaltung von Förderprogrammen sein. Eine gemeinsame Gestaltung von Förderprogrammen würde neue Anreize für Initiativen schaffen sowie die bekannten Hürden wie komplexe Vergabeverfahren und Nachweispflichten minimieren. Schwierigkeiten könnten durch Konflikte mit Vergaberichtlinien entstehen, wenn zum Beispiel Akteure das Förderprogramm mitgestalten und sich dann darauf bewerben (Wettbewerbsvorteil). Jedoch könnte der Co-Produktions-Prozess auch durch anonymisierte Fragebögen oder durch die Veröffentlichung von Entwürfen im Netz gestaltet werden. Auch die Evaluierung von Förderprogrammen wäre ein möglicher Ansatz.

Co-Produktion von (lokalen) Beteiligungs- und Ermächtigungsverfahren

Nicht nur Förderprogramme, sondern auch aktuelle Planungs- und Beteiligungsverfahren (z. B. Energie- und Klimaschutzkonzepte, Mobilitätskonzepte) der Kommunalverwaltung sind bezüglich des Prozesses, der Formate und Instrumente aus Sicht der Initiativen oft nur unzureichend auf die Bedarfe der Zivilgesellschaft zugeschnitten. Co-produktive Büros könnten daher eine wichtige Rolle bei der Evaluierung und Weiterentwicklung von Instrumenten der Beteiligung und zunehmend auch der Ermächtigung von Bürger*innen spielen. Ein Vorschlag, wie ein Beteiligungs- und Ermächtigungsverfahren aussehen kann, ist zum Beispiel, dass Bürger*innen für eine Beteiligung gezielt angesprochen werden. Aus Sicht der Initiativen ist Vertraulichkeit im Beteiligungsprozess von besonderer Bedeutung. So sollten geschlossene „Vertrauensräume“ etabliert werden, eventuell durch Fokusgruppen-Panels. Am Ende eines jeden Prozesses sollte eine Kopplungsaktivität stehen, bei der die Ergebnisse des Beteiligungsverfahrens an politische Akteure vermittelt werden. Die erarbeiteten Empfehlungen könnten zum Beispiel mit Fraktionen und Stadträten diskutiert werden.

Weiterbildung zur Co-Produktion und zum querschnittsorientierten Denken

Die co-produktiven Büros sollten zugleich (Weiter-)Bildungsräume sein und daher ein Budget für die Umsetzung von entsprechenden Seminaren oder ähnlichem haben. Das Weiterbildungsangebot richtet sich dabei sowohl an zivilgesellschaftlich organisierte Akteure und Bürger*innen als auch an lokale Politik und Verwaltung. Die Angebote sollten mit Formaten unternommen werden, in denen Akteure aus diesen Bereichen vertreten sind, gemeinsam diskutieren und zum Beispiel Aufgaben lösen müssen, die im lokalen Kontext einer gemeinsamen Antwort bedürfen. Denkbar wären thematische Reihen zur

Nachhaltigkeit, zum systemischen Denken, zum querschnittsorientierten Handeln sowie methodische Seminare zur Co-Produktion. Die „Stiftung Ecken wecken“ testet hier bereits ein Format⁶².

4.3.2 Handlungsansatz 2: Zugänge zu Flächen und Räumen sollten ermöglicht, symbolische und konkrete Experimentierräume und Freiräume offengehalten werden.

Dieser Handlungsansatz umfasst verschiedene Maßnahmen, die dazu beitragen können, dass gemeinwohlorientierte Initiativen ihren Zugang zu Flächen und (Möglichkeits-) Räumen verbessern können. Denn Initiativen benötigen für ihre Arbeit und ihren Beitrag, den sie zu sozial-ökologischen Transformationen leisten möchten, neben zeitlichen Ressourcen besonders einen Ort und Raum, wo sie ihre Ideen planen, umsetzen, reflektieren und verbessern können. Die Qualität und die Eigenschaften dieser Räume variieren in diesem Kontext. So benötigen einige Initiativen einen einfachen Ort zum Begegnen und Treffen (z. B. Repair-Café). Für andere Initiativen ist ein Ort wichtig, den sie unabhängig von Zwängen und Auflagen gestalten können (Gemeinschaftsgärten). Wiederum andere Initiativen fordern für die Umsetzung ihrer Ideen Räume, die frei von Auflagen sind, sodass sich hier ein Ort des Experimentierens und Ausprobierens etablieren kann, um Projekte weiter zu verfolgen und zu verbessern, die bis dato noch nicht existieren. Es scheint also, dass sich der Zugang zu Räumen nicht nur auf einer physischen Ebene vollziehen sollte, sondern auch auf einer symbolischen, der die Freiheit des Denkens und Handelns unterstützt. Priemer, Labinger, Krimmer (2016: 33) verweisen in ihrer Untersuchung darauf, dass jede zweite Initiative von nicht finanziellen Formen der Unterstützung profitiert, wobei der Zugang zu Räumen und Infrastrukturen am bedeutsamsten ist.

Initiativen den Zugang zu Räumen und Flächen zu erleichtern und zu ermöglichen, ist keine Maßnahme, die nur einer bestimmten Gruppe zukommt. Initiativen probieren, testen und entwickeln neue Möglichkeiten von Praktiken und Lebensweisen, die für sozial-ökologische Transformationen notwendig sind. Diese reichen von Bewirtschaftungsmethoden und Formen des Wirtschaftens über alternative Lebensformen und Neuorganisation von Gemeinschaften bis hin zu Bildungseinrichtungen zur demokratisch-politischen Bildung, Weitervermittlung von Kulturtechniken und des Austauschs. Allen gemein ist, dass es sich hier um gemeinschaftliche Aktivitäten handelt, die Menschen zusammenbringen. Um eine sozial-ökologische Wende voranzutreiben, ist es nötig, dass den unterschiedlichen Initiativen für ihre neuen Denk-, Handlungs- und Organisationsweisen diese Räume niedrigschwellig zur Verfügung stehen. Die Suche nach geeigneten Räumen, das Managen der Räume sowie die Finanzierung dieser sind nicht Kernaktivitäten der Initiativen und stellen sich in manchen Fällen als für ihre Existenz bedrohlich heraus. Folgende Maßnahmen werden vorgeschlagen, die die Zurverfügungstellung von Räumen und Flächen für Initiativen unterstützen sollen.

Maßnahmen

Konzeptvergabe

Bei der Vergabe von städtischen Räumen und Flächen an Initiativen sollten bestimmte Kriterien – jeweils unterschiedlich für Flächen und Räume – entwickelt werden, anhand derer kommunale Flächen zugewiesen werden. Hier sollte der Gemeinwohlcharakter der Initiativen beachtet werden. Gedanke hinter einer solchen Vergabeordnung ist, dass Initiativen durch explizite Kriterien gegenüber Investoren einen Vorteil in der Flächenvergabe erhalten. Um der Nachfrage seitens Großinvestoren und Initiativen gleichermaßen nachzukommen, könnte die Vergabe an Investoren an die Maßgabe einer bedingten Zurverfügungstellung von Flächen an gemeinwohlorientierte Organisationen geknüpft werden. Die

⁶² <https://www.stiftung-ecken-wecken.de/stadt-gestalten> (abgerufen am 25.11.2020)

Konzeptvergabe wird in einzelnen Kommunen (z. B. München, Leipzig) bereits erfolgreich angewandt. Wie eine Konzeptvergabe aussehen kann, zeigt die Fachabteilung „Wohnungsbau in Hessen“ des hessischen Wirtschaftsministeriums.⁶³ Hier wird für die Grundstücksvergabe mit Fokus auf den Wohnungsbau auf Basis einer Konzeptvergabe geworben. Die Konzeptvergabe wird anhand eines Leitfadens erläutert, der jeder Kommune zur Verfügung gestellt wird.⁶⁴ Die Kriterien, die der Leitfaden hier aufführt, beziehen sich auf das Spannungsfeld zwischen Wohnpolitik, Städtebau im Quartier, der Funktion und Architektur des Gebäudes und Ökologie/Verkehr/Energie. Weitere Kriterien sollten einem solchen Katalog im Sinne sozial-ökologischer Transformationen hinzugefügt werden. Auch sollte die Konzeptvergabe vor dem Hintergrund der Nutzung durch gemeinwohlorientierte Initiativen formuliert werden. Die Einführung einer Konzeptvergabe ist je nach kommunalem Haushaltsrecht und der Veräußerung von Vermögen dennoch zu prüfen und muss in Abstimmung mit der kommunalen Rechtslage formuliert werden.

Freiraumkategorisierung

Auf kommunaler Ebene kann eine neue Kategorie im Flächennutzungsplan eingebunden werden. Diese stellt die Flächen dar, die als Freiraum genutzt werden könnten. Sie grenzt sich von bisherigen Kategorien wie der Freizeitnutzung ab. Flächen dieser Art können besonders der Einrichtung von städtischen Gemeinschaftsgärten dienen, die für eine öffentliche Nutzung zur Verfügung stehen und dementsprechende Eigenschaften aufweisen müssen, wie Bodenqualität und Zugänglichkeit. Diese Kategorisierung stellt ein planungsrechtliches Instrument dar, auf das sich Stadtplaner*innen und Initiativen beziehen können.

Verkaufsstopp

Mit einem Verkaufstopp fordern die Initiativen, dass Kommunen eigene Flächen nicht mehr verkaufen dürfen, sondern nur zur Vermietung beziehungsweise Verpachtung freigeben. In zahlreichen Kommunen hat der Verkauf kommunaler Flächen bereits zu einem starken Verlust verfügbarer öffentlicher Flächen und Räume geführt. Dort, wo sie noch bestehen, sollte in Bebauungsplänen eine gemeinwohlorientierte Nutzung der Flächen explizit berücksichtigt werden. Damit einhergehend wird eine Stärkung professioneller Vermittlerstrukturen bei der Vergabe von Räumen und Flächen von den Initiativen gefordert, die die Bedürfnisse und spezifische Ausgangslage innovativer Gemeinschaften (z. B. fehlende professionelle Strukturen, Ehrenamt) unterstützend berücksichtigen (z. B. bei der Zuteilung von Räumen/Flächen: „Matchmaking“). Eine weitere Maßnahme zur Reduktion der kommunalen Flächen- und Raumknappheit sehen Interviewpartner*innen in der Forderung nach einem Stopp von Flächen- und Immobilienspekulation. Daran anknüpfend könnte ein Bodenfond auf Bundesebene eingerichtet werden, sodass Städte wieder zu einer proaktiven Bodenpolitik befähigt werden.

Bevorratung von Flächen für gemeinwohlorientierte Initiativen und Sichtbarkeit

Mit dem Verkaufstopp geht die Bevorratung von Flächen für gemeinwohlorientierte Bedarfe einher. Parallel zu einer neuen Kategorisierung von Freiflächen erfolgt die Bevorratung. Mit der Bevorratung von Flächen sollte zusätzlich eine Methode zur Darstellung der Flächen für die Öffentlichkeit entwickelt werden. Die Sichtbarkeit freier Flächen für die Allgemeinheit über open source GIS-Programme

⁶³ <https://wohnungsbau.hessen.de/fl%C3%A4chen/wohnbaulandshyentwicklung/konzeptvergabe> (abgerufen am 25.11.2020)

⁶⁴ <https://wohnungsbau.hessen.de/fl%C3%A4chen/wohnbaulandshyentwicklung/konzeptvergabe/orientierungshilfe-konzeptvergabe-und-leitfaden> (abgerufen am 25.11.2020)

wie Open Street Map oder kommunaler eigener Programme können hierbei unterstützend wirken. Die Bevorratung von Flächen für Ausgleichsmaßnahmen und deren Sichtbarmachung werden zum Beispiel im Bereich des Naturschutzes angelegt. So führt das Bayerische Landesamt für Umwelt ein sogenanntes „Ökoflächenkataster“ und ein „Ökokonto“. Grundlage dieser beiden Maßnahmen war die Novellierung des Bayerischen Naturschutzgesetzes 1998 mit dem Zusatz, ein Kataster für „ökologisch bedeutsame Flächen“ zu erstellen und zu pflegen.⁶⁵ Für eine Bevorratung von Flächen für gemeinwohlorientierte Initiativen ist die Formulierung einer geeigneten Klausel in einem Gesetzestext notwendig. Eine Bevorratung und somit Sicherung von Flächen für Initiativen könnte durch eine Zweckbestimmung von Flächen im Baugesetzbuch formuliert werden. Die Zweckbestimmung von Flächen zur Nutzung durch Initiativen müsste in einer neuen Kategorie für Gebiete münden, was wiederum mit einer Änderung von gesetzlichen Rahmenbedingungen einhergeht.

Weniger Aufwand bei Freigabe oder Vergabe von Flächen und Räumen

Eine weitere Maßnahme zur Unterstützung von gemeinwohlorientierten Initiativen ist die Reduzierung des Aufwands, um diese eben beschriebenen kommunalen Flächen freizugeben. Dies meint auch, dass die Bearbeitungsdauer dieser Prozesse verkürzt werden sollte, sodass Flächen dann zur Verfügung gestellt werden, wenn der Bedarf besteht. Damit geht auch eine Vereinfachung der Beantragung und Zulassung einher.

Fixkostenübernahme und /oder andere Formen der Bezahlung akzeptieren

Die Durchführung dieser Maßnahme bedingt eine Neuverhandlung des Verständnisses von Gemeinwohl und bezieht sich besonders auf Räume und Gebäude. So müssten verschiedene Initiativen, wie zum Beispiel offene Werkstätten, als förderfähig im Sinne einer öffentlichen Einrichtung angesehen werden (gleichzusetzen mit Bibliotheken, Schwimmhallen oder Sport- und Spielplätzen). Dadurch könnten durch öffentliche Gelder die Fixkosten zur Pacht und Nutzung von Räumen beziehungsweise Gebäuden zu Teilen übernommen werden. Eine andere Variante – wie es das Beispiel Bürgerbahnhof Plagwitz in Leipzig zeigt – wäre die Festsetzung eines Pachtvertrages über die Summe von Null Euro. Hier wird die Pacht durch andere nicht monetäre Leistungen erbracht, wie die Pflege der Fläche, die Unterstützung der nachbarschaftlichen Entwicklung und die Durchführung von Veranstaltungen.

Sicherstellung der weiteren Bewirtschaftung

Eine Sicherstellung der zukünftigen Bewirtschaftung von kommunalen Flächen und Räumen kann auf zwei Wegen hergestellt werden. Zum einen durch eine räumliche Mischung gemeinwohlorientierter und privatwirtschaftlicher Organisationen. Gewünscht ist eine räumliche Nähe zu anderen Akteuren, um auf kurzem Wege miteinander kooperieren beziehungsweise Dienstleistungen in Anspruch nehmen zu können sowie die Kosten teilen zu können. Um dies zu gewährleisten, wird von den Initiativen gewünscht, dass Nutzungsauflagen (zur Gemeinnützigkeit) teilweise verringert werden. Einerseits ist es positiv, dass Räume exklusiv für gemeinnützige Organisationen gesichert werden, doch erschwert dies andererseits die Kooperation mit nicht-gemeinnützigen Akteuren. Abgeraten wird hingegen, sogenannte Cluster von gemeinnützigen Initiativen zu verstärken. Zum anderen kann eine Sicherstellung einer weiteren Bewirtschaftung durch ein diversifiziertes Geschäftsmodell erfolgen. Dazu zählen geringe Instandsetzungs- beziehungsweise Nutzungskosten, Mieteinnahmen über die gemeinwohlorien-

⁶⁵ https://www.lfu.bayern.de/natur/oefka_oeko/index.htm (abgerufen am 25.11.2020)

tierten Nutzer*innen aber auch Vermietung für Events oder Gewerbe, Einnahmen über Veranstaltungen sowie den fortlaufenden Projektbetrieb, der notwendige Ausgaben und Investitionen finanziert. Jedoch ist die Diversifizierung eines Geschäftsmodells mit Vorsicht zu genießen. Diese bedeutet einen hohen organisatorischen Aufwand und wiederum zeitliche und personelle Ressourcen.

4.3.3 Handlungsansatz 3: Zivilgesellschaftliche Organisationen für die Fachberatung von Initiativen sollten gestärkt und ihre Vernetzung gefördert werden.

Eine wichtige Form der Unterstützung innovativer gemeinwohlorientierter Initiativen wird in der Beratung gesehen, denn hierdurch können die Initiativen in ihrem Bestand – vor allem mit Blick auf aktuelle Herausforderungen – gesichert werden. Durch die Beratung können ebenso soziale und ökologische Aspekte expliziert und gestärkt werden. Dabei ist es ebenso wichtig, die Vernetzung von gemeinwohlorientierten Initiativen aktiv zu fördern, da so ein Beitrag für gegenseitige Beratung und Unterstützung von der Zivilgesellschaft für die Zivilgesellschaft geleistet werden kann.

Beratung ist vor allem für neugegründete Initiativen und kleine Vereine von zentraler Bedeutung. Hier fehlt es meist an Knowhow und Erfahrungen, über die andere, schon länger aktive Initiativen und Vereine gegebenenfalls verfügen und entsprechendes Wissen weitergeben können. Ein Beispiel ist die Fachberatung oder Werkstattanleitung für offene Werkstätten. Um die fachliche Beratung der Initiativen und kleinere Vereine zu unterstützen, wird eine Fachberatung durch die jeweilige Initiativszone, die dezentral erfolgen soll, von den befragten Initiativen favorisiert. Die inhaltliche Fachberatung sollte bereichsspezifisch erfolgen, die es ermöglicht, auf die jeweiligen Fachfragen mit einem speziellen Beratungsangebot einzugehen.

Die Idee einer fachlichen Beratungsarbeit durch die Initiativen ist nicht neu und sie wird vielfach schon geleistet. Ein Beispiel ist das Netzwerk Solidarische Landwirtschaft⁶⁶. Aber auch Stiftungen wie die Stiftung trias und die Stiftung anstiftung⁶⁷ bieten Beratung an: zum einen für gemeinschaftliche Wohnprojekte mit sozialen und ökologischen Inhalten, zum anderen für offene Werkstätten, interkulturelle und urbane Gemeinschaftsgärten. Bei all diesen Engagement-Bereichen ist oft die Ausrichtung auf ökologische Werte und Ziele naheliegend und wird bereits mitgedacht. Viele zivilgesellschaftliche Initiativen und Organisationen, aber auch Einzelpersonen übernehmen Beratungsaufgaben zur Facharbeit in ihren jeweiligen Engagement-Bereichen. Ein Problem ist jedoch, dass die fachliche Beratungsarbeit meist unentgeltlich erfolgt und in einigen Engagement-Bereichen die vorhandenen Beratungsstrukturen überlastet sind. So gibt es zwar Beratungsangebote für gemeinschaftliches Wohnen – wie zum Beispiel die WohnBund-Beratung Dessau⁶⁸ – dennoch wird häufig angemerkt, dass es schwer sei, in diesem Bereich ausreichend Berater*innen zu finden, da die Nachfrage das Angebot übersteige. Demnach sollte sich die Förderung darauf richten, nicht nur vorhandene Strukturen darin zu unterstützen, dass sie stärker als bisher den Beratungsbedarf befriedigen können, sondern auch neue Formen der gegenseitigen Beratung zu unterstützen, welche das Beratungsangebot erhöhen.

Darüber hinaus fehle es innovativen gemeinwohlorientierten Initiativen und Vereinen häufig an Wissen zu rechtlichen Organisationsformen (wie z. B. Verein, Genossenschaft, Stiftung) und ihren Vor- und Nachteilen. Ebenso mangle es an Wissen, wie Anträge auf Fördermittel gestellt und diese abgerechnet werden. Auch etablierte innovative gemeinwohlorientierte Initiativen und Organisationen sehen einen Beratungsbedarf zu organisationalen Rechtsformen und Fragen der Finanzverwaltung.

⁶⁶ <https://www.solidarische-landwirtschaft.org/startseite/> (abgerufen am 25.11.2020)

⁶⁷ <https://www.stiftung-trias.de> und <https://www.anstiftung.de> (abgerufen am 25.11.2020)

⁶⁸ <http://www.wohnbund-beratung.de> (abgerufen am 25.11.2020)

Netzwerkkontakte mit anderen Initiativen und Vereinen, zum Beispiel im kommunalen Nahraum, die nicht unbedingt im selben Themenfeld bestehen, haben den Vorteil, dass sich zivilgesellschaftliche Initiativen gegenseitig, zum Beispiel bei Organisationsfragen oder bei der Nutzung von räumlicher und materieller Infrastruktur unterstützen können. Durch Kooperationen und Vernetzungen können innovative gemeinwohlorientierte Initiativen voneinander lernen, sich das erforderliche fachliche und organisatorische Knowhow anzueignen sowie Partner*innen und Hilfeleistungen zu finden. Jedoch fehle es kleineren innovativen gemeinwohlorientierten Initiativen zumeist an einer Vernetzung mit bereits bestehenden zivilgesellschaftlichen Organisationen vor Ort oder in ihrem Tätigkeitsbereich.

Maßnahmen

Im Folgenden werden verschiedene Maßnahmen vorgestellt, welche auf den Beratungsbedarf innovativer gemeinwohlorientierter Initiativen reagieren können. Dabei wird danach gefragt, inwiefern diese Maßnahmen ebenso Anschlüsse bieten, die sozialen und/oder ökologischen Beiträge der Initiativen zu stärken. Die vorgestellten Maßnahmen bestehen zum einen in der finanziellen Unterstützung bereits bestehender Beratungsangebote und -leistungen durch intermediäre zivilgesellschaftliche Organisationen und zum anderen in der Vernetzung innovativer gemeinwohlorientierter Initiativen in einem bestimmten Themenfeld.

Angebot von Beratungsgutscheinen

Für innovative gemeinwohlorientierte Initiativen und Vereine werden kommunal geförderte Beratungsgutscheine für ihre jeweiligen Initiativbereiche als sinnvoll erachtet. Diese können etwa für die Beratung bei einem externen Beratenden eigener Wahl eingelöst werden. So wird gewährleistet, dass die Beratung möglichst passgenau und bedarfsgerecht erfolgt. Eine Frage, die sich hier stellt, ist, wie die Qualität der Beratungsangebote sichergestellt werden kann. Dies könnte zum Beispiel durch regelmäßige Treffen der Berater*innen erfolgen, bei denen die Beratungspraxis reflektiert und weiterentwickelt wird. Eine weitere Frage ist, ob hierfür eine Zertifizierung von Berater*innen notwendig ist.

Förderung von Beratungspersonal und Schaffung von Stellen für Netzwerkarbeiter*innen

Bereits bestehenden und erfahrenen gemeinwohlorientierten Initiativen sollte ermöglicht werden, ihr fachliches Beratungsangebot durch eine Förderung auszubauen. Dies kann vor allem durch die Bereitstellung von Personal- und Sachmittel erfolgen, aber auch durch die Investition in Räumlichkeiten, in denen die Beratung stattfindet. Darüber hinaus könnten für erfahrene Personen Schulungen angeboten werden, wie sie beratend tätig werden. Ebenso können Personalmittel explizit für Netzwerkarbeiter*innen zur Verfügung gestellt werden. Die Netzwerkarbeiter*innen sollten die Aufgaben verfolgen, Kontakte zur Nachbarschaft und zu anderen Initiativen in der Zivilgesellschaft zu pflegen und als Übersetzer*innen zwischen verschiedenen Handlungslogiken zu fungieren.

Das Netzwerk Immovielen habe zum Beispiel Finanzmittel zum Ausbau des Netzwerkes auf Bundesebene beantragen wollen, hierfür aber keine geeigneten Förderprogramme gefunden. Auf kommunaler Ebene würden solche Förderinstrumente existieren – so vergebte zum Beispiel das Netzwerk digitales Handwerk Nordrhein-Westfalen Fördermittel für Netzwerkaktivitäten –; auf Bundesebene gebe es keine derartigen Möglichkeiten. Auch könnte die Förderung von Netzbildung über Mikroförderung erfolgen, wie zum Beispiel über die Finanzierung von Vernetzungsveranstaltungen. So werde zum Beispiel auf EU-Ebene die Vernetzung von Initiativen pauschal und niedrigschwellig unterstützt.

Ein Beispiel für eine fachspezifische Beratung innovativer gemeinwohlorientierter Initiativen durch Initiativen aus demselben Themenbereich ist der Dachverband der Bürgerbusse in Nordrhein-Westfalen „Pro Bürgerbus NRW“.⁶⁹ Er wurde 1999 als Beratungsstelle gegründet und wird vom Bundesland unterstützt. Der Dachverband veröffentlichte einen Online-Leitfaden zu Herausforderungen rund um die Gründung und den Betrieb von Bürgerbussen. Ein anderes Beispiel sind die LeerGut-Agenten, ein Netzwerk, das in Thüringen die gemeinwohlorientierte Entwicklung leerstehender Häuser unterstützen will. Dazu vermittelt es Interessierten, die eine Immobilie entwickeln möchten, Kontakte zu lokal ansässigen Expert*innen und Ansprechpartner*innen, die zum Beispiel über Kontakte zu anderen Initiativen, Verwaltung und Fördermittelgebern verfügen und bei der Planung behilflich sind.⁷⁰ Dabei besteht die Frage, ob beratende Netzwerke ihre Funktion besser erfüllen können, wenn sie themenspezifisch oder wenn sie themenunspezifisch ausgerichtet sind. Für Netzwerke ohne spezifische Themenausrichtung spreche, dass Räume für den Austausch geschaffen würden, die als „Facilitator“ für unterschiedlichste Initiativformen fungieren könnten.

Vernetzungsplattformen

Die Vernetzung zivilgesellschaftlicher Initiativen kann darüber gefördert werden, dass bereits bestehende Veranstaltungsformate und Vernetzungsplattformen unterstützt werden. Diese Unterstützung kann finanziell erfolgen oder durch Sachleistungen, wie die Bereitstellung von Räumlichkeiten für Vernetzungstreffen oder die Werbung für die Veranstaltungen. Ein Beispiel für die Förderung von Vernetzung ist das Programm „Engagierte Stadt“⁷¹, das vom Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) und fünf Stiftungen finanziert wird. Ausgewählte gemeinnützige Organisationen in kleinen und mittelgroßen Kommunen werden dabei in die Lage versetzt, stabile Strukturen für freiwilliges Engagement zu schaffen. Es werden gerade nicht konkrete Projekte gefördert, sondern Netzwerke, die zu festen Kooperationsstrukturen ausgebaut werden sollen. Zu fragen wäre in diesem Zusammenhang, ob und wie solche Ansätze auch auf ökologische Aspekte ausgerichtet oder auf sozial-ökologische Förderprogramme übertragen werden können. Grundsätzlich wäre für alle Ausgaben des Bundes wünschenswert, sie auf Nachhaltigkeitskompatibilität (z. B. entlang der SDGs) zu prüfen.

Beratungsstrukturen könnten auch von der Kommune etabliert und finanziert werden. Größere Nichtregierungsorganisationen (NGOs) haben oft eigene Projektbüros, welche die eigene Organisation hinsichtlich Fördermöglichkeiten beraten und bestehende Ausschreibungen sichten. Kleinere Initiativen könnten sich dies meist nicht leisten und könnten hier durch Kommunen entsprechend unterstützt werden. Eine Idee wäre, dass die Volkshochschulen Beratungsangebote für Initiativen unterbreiten, zum Beispiel zu geeigneten Rechtsformen beraten oder einen Überblick über Förderprogramme geben.

4.3.4 Handlungsansatz 4: Förderstrukturen sollten besser auf die verschiedenen Entwicklungsphasen von zivilgesellschaftlichen Initiativen ausgerichtet werden.

Ein wesentlicher Bestandteil von Gemeinwohlorientierung ist im Verständnis des Projekts die Stärkung von gesellschaftlichem Zusammenhalt und der Erhalt der natürlichen Lebensgrundlagen der Menschen. Die Förderung von zivilgesellschaftlichen Initiativen sollte gerade die Beiträge stärken, die hierauf abzielen. Innovative gemeinwohlbezogene Initiativen orientieren sich an sozialen und/oder ökologischen Werten und Zielen. Demnach gilt es, zum einen die Initiativen an sich zu stabilisieren

⁶⁹ <http://www.pro-buergerbus-nrw.de/> (abgerufen am 25.11.2020)

⁷⁰ <http://www.leergut-agenten.de/> (abgerufen am 25.11.2020)

⁷¹ <http://www.engagiertestadt.de> (abgerufen am 25.11.2020)

und in ihrem Bestand zu sichern, und zum anderen spezifisch diejenigen Praktiken und Organisationsweisen in den Initiativen zu fördern, die soziale und ökologische Wirkungen zeitigen. Innovative gemeinwohlorientierte Initiativen können nach den verschiedenen Phasen ihrer Organisationsentwicklung betrachtet werden. Hierbei kann unterschieden werden zwischen der Initiierungs- und Aufbauphase, der Phase der Formalisierung und Professionalisierung sowie der Phase der Stabilisierung. Diese Phasen sind im Einzelfall nicht immer trennscharf, sie weisen jedoch auf typische Herausforderungen und Problemlagen hin.

Innovative gemeinwohlorientierte Initiativen und kleine Vereine arbeiten in der Initiierungs- und Aufbauphase vorrangig ehrenamtlich und sind oft informell organisiert. Sie haben zwar einen geringen, aber dennoch existenten Finanzbedarf. Der Mangel an finanziellen und personellen Ressourcen ist ein weit verbreitetes und allgegenwärtiges Problem kleinerer Initiativen und Vereine. Darüber hinaus fehlt es oft an Kompetenzen und Kenntnissen zum Beispiel über Förder- und Unterstützungsmöglichkeiten. In dieser Phase ist der Zugang zu Flächen und Räumlichkeiten nicht nur eine existenzielle materielle Ressource, sondern auch ein wichtiger symbolischer Bezugspunkt für die Bindung von freiwilligem Engagement.

In der folgenden Phase der Konsolidierung treten zunehmend Probleme auf, die vor allem mit der Formalisierung und Professionalisierung der Initiativen verbunden sind, zum Beispiel durch eine Vereinsgründung oder die Einwerbung von Mitteln zur Stellen-Finanzierung. Ein häufiges Anliegen vieler gemeinwohlorientierter Initiativen in dieser Phase ist es, den gemeinschaftlichen Charakter mit einer flachen Organisationshierarchie beizubehalten. Prozesse der Formalisierung und Professionalisierung der Strukturen sind aus Sicht der Initiativen mit diesen Anliegen schwer vereinbar. Dabei besteht zum Teil wenig Wissen zu verschiedenen Rechtsformen und ihrer Eignung für die Vorhaben der Initiativen. Eine weitere Herausforderung, mit der Initiativen vor allem in der Stabilisierungsphase konfrontiert sind, besteht darin, die Motivation der freiwillig Engagierten zu erhalten. Darüber hinaus besteht oft eine Herausforderung darin, einen Generationenwechsel zu bewältigen, wenn stark engagierte Beteiligte die Initiative verlassen oder mit dem personellen und finanziellen Wachstum der Initiative neue Strukturen erforderlich werden. Eine Frage ist hierbei, inwiefern der erhöhte Verwaltungsaufwand die Kerntätigkeiten der Initiative in der Bedeutung herabsetzt und/ oder ihre Flexibilität und Kreativität beeinträchtigt.

Viele innovative gemeinwohlorientierte Initiativen erhalten von unterschiedlichen Instanzen und von verschiedenen Akteuren (finanzielle) Förderung und Unterstützung. Neben staatlichen Akteuren auf nationaler, regionaler und kommunaler Ebene, sind dies Kirchen (hier z. B. materielle Unterstützung durch die mietfreie Nutzung von Räumlichkeiten oder eines Spendenkontos), Unternehmen, private Spender*innen und Stiftungen. Finanzmittel werden auch, zumeist jedoch nur marginal, durch den zusätzlichen Verkauf von Dienstleistungen und durch Preisgelder erworben. Mitgliedsbeiträge wurden bei den befragten Initiativen kaum als Finanzierungsquelle benannt. Dies steht in deutlichem Gegensatz zu anderen zivilgesellschaftlichen Organisationen in Deutschland.⁷²

Bei der staatlichen Förderung werden in erster Linie die Komplexität und die Unübersichtlichkeit der Förderprogramme von den Initiativen beklagt. Zugang und Kenntnis der Förderlandschaft stellen nicht nur für kleinere Initiativen in der Initiierungs- oder Aufbauphase eine Hürde dar. Hinzu kommt, dass die Fördermittelverwaltung, wie zum Beispiel die Abrechnungsformalitäten, sehr aufwendig ist

⁷² Nach einer Studie zu den Finanzierungsquellen zivilgesellschaftlicher Organisationen agieren zwei Drittel ganz ohne staatliche Fördermittel und ein Drittel finanziert sich vorwiegend über Mitgliedsbeiträge (Priemer/Labigne/Krimmer 2016).

und die vorwiegend ehrenamtlichen Strukturen innovativer gemeinwohlorientierter Initiativen überlastet. Unterstützung von Seiten der Kommunen sei häufig nicht leistbar. Förderprogramme sind komplex und die im Regelfall überlasteten Verwaltungen und ehrenamtlichen Bürgermeister*innen können hierbei zumeist keine Hilfestellungen bieten. Dieses Problem ist auch anderen zivilgesellschaftlichen Organisationen schon seit längerem bekannt: Jede zweite Initiative wünscht sich Unterstützung bei Fundraising, Beantragung und Verwaltung von Fördermitteln (Priemer et al. 2016). Eine Frage, die sich in diesem Zusammenhang stellt, ist, inwiefern die Vergabe der Fördermittel einen Machtfaktor darstellt, der tief in den Strukturen des politischen Systems verankert ist.

Vor allem in der Stabilisierungsphase sind viele gemeinwohlorientierte Initiativen darauf angewiesen, Projektfördermittel einzuwerben. Dabei tritt oft die inhaltlich, fachliche Arbeit hinter den Aufgaben der Fördermittelbeantragung und der Finanzverwaltung zurück. Die relativ kurze Laufzeit von Projekten ist aus Sicht der Initiativen ein zusätzliches Problem, da die Förderung förderfähiger Ideen nicht auf Dauer bereitgestellt werden kann und oft neue, innovative Projekte gefordert sind. Auch dieses Problem ist in der Diskussion um die Finanzierung der Zivilgesellschaft durch staatliche Förderung als „Projektitis“ bekannt und verweist auf die Herausforderung, die Tragfähigkeit von Strukturen auch nach Auslaufen von Projekten zu gewährleisten. Ein anderes Problem besteht für die Initiativen darin, dass die Ideen innovativer gemeinwohlorientierter Initiativen aus Sicht der Förderer größtenteils für eine Förderung noch nicht ausgereift genug erscheinen. Die Offenheit sowie Experimentierfreude der Initiativen werden dadurch gehemmt, dass für längere Zeiträume genau beschrieben werden muss, wie das Projekt durchgeführt wird und was die erwarteten Ergebnisse sind. Damit ist die grundsätzliche Frage verbunden, inwiefern die Logik der staatlichen Förderung von zivilgesellschaftlichen Initiativen noch zeitgemäß ist und diese nicht vielmehr auf Innovations- und Experimentieransätze und dementsprechend offene Projektprozesse fokussieren sollte, die wesentlich stärker als bisher von den Eigenlogiken zivilgesellschaftlicher, gemeinwohlorientierter Initiativen ausgehen.

Viele innovative gemeinwohlorientierte Initiativen befinden sich noch in der Anfangs- und Aufbau-phase, dennoch sind viele Initiativen darauf ausgerichtet, sich zu stabilisieren. Ziel der Fördermaßnahmen sollte sein, sowohl die Förderung an den verschiedenen Phasen der Organisationsentwicklung zu orientieren und gleichzeitig die Ausrichtung der zivilgesellschaftlichen Initiativen und Organisationen auf soziale und/oder ökologische Ziele und Werte zu stärken. Dabei ist ebenso die Frage wichtig, welche rechtlichen Rahmenbedingungen für eine Anpassung und Ausrichtung der Förderung notwendig und möglich sind, diese betreffen zum Beispiel den rechtlichen Status förderfähiger Personen und Organisationen, das Steuerrecht und das Gemeinnützigkeitsrecht, aber auch themenspezifische Rechtsgebiete, wie zum Beispiel den Arbeitsschutz oder den EU-Führerschein (zum Beispiel bei den Bürgerbussen). Darüber hinaus kann die Frage aufgeworfen werden, ob und wie innovative gemeinwohlorientierte Initiativen sich andere Finanzierungsquellen jenseits öffentlicher Mittel erschließen können, wie zum Beispiel Mitgliedsbeiträge, Spenden- und Sponsorengelder, aber auch Markterträge beziehungsweise selbsterwirtschaftete Mittel.

Maßnahmen

Bei den im Folgenden vorgestellten Maßnahmen geht es um die Frage, wie jeweils die sozialen und/oder ökologischen Aspekte gestärkt werden können. Die Maßnahmen sollten dabei die unterschiedlichen Entwicklungsphasen innovativer gemeinwohlorientierter Initiativen und Organisationen berücksichtigen.

Vereinfachung von Förderprogrammen

Die Hürden der Fördermittelvergabe könnten reduziert werden, indem die Formalitäten für eine Antragstellung und auch die Finanzabrechnung sowie Berichtslegung an den Leistungsumfang der Antragsteller*innen angepasst werden. Ein geringerer Arbeitsaufwand und geringere Finanzmittel würden dann auch eine weniger umfangreiche Berichtspflicht erfordern. Ein niedrigschwelliges, unbürokratisches Antragsverfahren ist dabei grundlegend. Insbesondere kleineren Initiativen in der Anfangs- und Formalisierungsphase fällt es schwer, Anträge zu formulieren und hierbei allen geforderten Kriterien gerecht zu werden. Die Vereinfachung sollte sich ebenso auf die Berichtspflichten beziehen. Der Nachweis sollte nicht über einzelne Belege, sondern vor allem über den Projekterfolg erfolgen, das heißt den Nachweis, dass das Projekt erfolgreich durchgeführt wurde. Dabei ist bei der Vereinfachung der Förderung auch der allgemeine Rechtsrahmen relevant, wie insbesondere das Steuerrecht. Eine Steuererklärung werde aus Sicht der Initiativen durch den Gemeinnützigkeitsstatus verkompliziert.

Auch könnte die Projektplanung vor der Antragstellung („Phase 0“) gefördert werden, zum Beispiel über die Finanzierung einer Machbarkeitsstudie. Die „Phase 0“ ist häufig mit vielen Vorleistungen der Initiativen verbunden und wird von den Initiativen meist ehrenamtlich erbracht.

Mikroförderung

Für innovative Ideen ist die Förderung durch finanzielle Kleinstbeträge sinnvoll, die projektbasiert, nicht rückzahlbar und pauschal vergeben werden. So können noch nicht vollständig ausgereifte Ideen in der Praxis und vielfach unabhängig von etablierten Vereinsstrukturen getestet werden. Ebenso wie bei der vereinfachten Förderung sollten Antragsverfahren und Berichtspflichten bei der Vergabe stark reduziert werden. Oft besteht dabei die Aufgabe, die Rechtsfähigkeit des Förderempfängers herzustellen. Bei nicht-rechtsfähigen Personen, wie Minderjährigen, kann ein Vormund bestellt werden, der die Fördersumme in Empfang nimmt und mögliche Rückforderungen absichert. Informelle Gruppen können als GbR aufgefasst werden und privat haften. Im besten Fall kann auch ein Verein als Träger fungieren. Hierbei stellt sich die Frage, inwiefern es ein Problem darstellt, dass Mikroprojekte zum Repertoire professioneller Arbeit werden können, Projekte doppelt finanziert oder bestehende Organisationen und Stellen co-finanziert werden, da schließlich die Mikroförderung projektbasiert und auf die Sache bezogen vergeben wird.

Eine beratende Begleitung bei der Antragstellung und Gewährung von Finanzmitteln ist dabei hilfreich. So arbeitet zum Beispiel die Stiftung Drosos⁷³ mit potenziellen Förderempfängern über Monate hinweg im Voraus an einem Vorhaben, um das Potenzial auszuloten, die Wirkung zu sichern und die Mittelverwendung abzustimmen. Eine adäquate Beratung könnten demnach Institutionen und überregionale Netzwerke leisten mit der nötigen sozial-ökologischen und thematischen Expertise und in räumlicher Nähe. Ein Vorschussvertrauen könnte dabei im Gegensatz zu den Ängsten eines Missbrauchs der Mikroförderung notwendig sein.

Andere Forschungsprojekte haben Möglichkeiten untersucht, wie (bereits bestehende) Förderprogramme auf soziale und/oder ökologische Aspekte stärker ausgerichtet werden könnten, so zum Beispiel das vom UBA geförderte Projekt „Möglichkeiten der verstärkten Nutzung von Synergien zwischen Umweltschutz und sozialer Gerechtigkeit in Programmen wie der ‚Sozialen Stadt‘“. Eine Hand-

⁷³ <https://drosos.org/> (abgerufen am 25.11.2020)

lungsempfehlung zielt auf flexible Förderinstrumente, wie Verfügungsfonds zur Umsetzung „besonders innovativer und partizipativer Projektideen“, ab.⁷⁴ Verfügungsfonds – als Selbstverwaltung von Finanzmitteln zum Beispiel durch eine Schule oder Bürgerschaft – können die Förderung von Mikroprojekten noch flexibler gestalten.

Ein Beispiel für Programme, die sich explizit der sozial-ökologischen Herausforderung stellen, ist das Programm „Kurze Wege für den Klimaschutz“⁷⁵, das im Rahmen der Nationalen Klimaschutzinitiative durchgeführt wird. Hier werden auf die Nachbarschaft bezogene Aktivitäten gefördert, die es den Bürger*innen in einer Nachbarschaft ermöglichen, ihren Alltag klimafreundlicher zu gestalten. Auch Aktivitäten zur Bildung und die Schaffung von Begegnungsräumen werden gefördert. Die Förderung erfolgt über nichtrückzahlbare Zuschüsse im Rahmen von Existenzgründer-Beihilfen (De-minimis-Beihilfe). Ein hoher Eigenanteil erhöht die Wahrscheinlichkeit der Gewährung der Finanzmittel und stellt gleichzeitig ein hohes Eigeninteresse und eine wirtschaftliche Unabhängigkeit der Initiative sicher.

Ein Beispiel für eine niedrigschwellige Förderung ist weiterhin die „Stiftung für Ehrenamt und bürgerschaftliches Engagement in Mecklenburg-Vorpommern“. Die Stiftung fördert Vereine und Einzelinitiativen (diese dann über einen Trägerverein) mit im Durchschnitt 1.000 Euro für gemeinwohlbezogene Vorhaben. Die Antragstellung ist bewusst einfach gehalten. Es gibt keine Antragsfristen, die Bewerbung erfolgt über ein zweiseitiges Formular mit Kurzbeschreibung des Vorhabens und einem Finanzierungsplan. Eine Beratung und Hilfe bei der Antragstellung werden angeboten.⁷⁶

In diesem Zusammenhang kann die Frage aufgeworfen werden, inwiefern die genannten Maßnahmen der finanziellen und materiellen Förderung in die Eigenlogik zivilgesellschaftlicher Selbstorganisationsprozesse eingreifen. Einerseits finden bei jeder Kooperation Verhandlungen über Ziele und Ausrichtung der Tätigkeiten statt, nicht nur bei einer Kooperation zwischen Fördermittelgebern und -empfängern, sondern auch bei einer Kooperation der zivilgesellschaftlichen Organisationen untereinander. Andererseits würde durch komplexe Förderprogramme die Agilität von Initiativen eingeschränkt werden. Darüber hinaus sollte es in der Förderung darum gehen, freiwilliges Engagement an sich zu verbreitern und nicht nur öffentlich sichtbare Projekte und Projektideen zu unterstützen, sondern auch die bislang eher „stillen Initiativen oder Akteure“ anzusprechen.

(Bedingungsloses) Grundeinkommen

Aus Sicht einiger Initiativen könnte ein Grundeinkommen die Initiative und den Beitrag jeder/jedes Einzelnen zum Gemeinwohl ermöglichen und damit innovative gemeinwohlorientierte Initiativen stärken. Insbesondere für sozial Benachteiligte könnte ein Grundeinkommen bessere Möglichkeiten für ein Engagement schaffen. Das Grundeinkommen würde von der Erwerbszentriertheit in der Gesellschaft wegführen und stattdessen eine stärkere Selbstbestimmung betonen. Eine oft vorgebrachte Kritik am (bedingungslosen) Grundeinkommen besteht darin, dass es nach dem Gießkannenprinzip verteilt würde. Denn jede/r Bürger*in erhielte – unabhängig von ihrer/seiner wirtschaftlichen Lage – eine gesetzlich festgelegte und für jede/n gleiche vom Staat ausgezahlte finanzielle Zuwendung, ohne dafür eine Gegenleistung erbringen zu müssen. Darüber hinaus könnten weiterführende Kriterien festgelegt werden, nach denen eine Vergabe erfolgt.

⁷⁴ Böhme, Christa et al. (2018): Möglichkeiten der verstärkten Nutzung von Synergien zwischen Umweltschutz und sozialer Gerechtigkeit in Programmen wie der ‚Sozialen Stadt‘. Abschlussbericht. UBA-Texte 74/2018. https://www.umweltbundesamt.de/sites/default/files/medien/1410/publikationen/2018-09-14_texte_74-2018_soziale-stadt.pdf (abgerufen am 25.11.2020)

⁷⁵ <https://www.klimaschutz.de/nachbarschaften> (abgerufen am 25.11.2020)

⁷⁶ <https://www.ehrenamtsstiftung-mv.de/> (abgerufen am 25.11.2020)

4.3.5 Handlungsansatz 5: Eine geeignete digitale Governance sollte die Potenziale von gemeinwohlorientierten Initiativen aufgreifen und ihnen Freiräume schaffen.

Insbesondere für die Entstehung, Entwicklung und Selbstorganisation von gemeinwohlorientierten Initiativen eröffnet die Digitalisierung Potenziale. Gemeinwohlorientierte Initiativen nutzen digitale Informations- und Kommunikationsmedien, um miteinander zu kommunizieren (insbesondere via E-Mail, WhatsApp und anderen Messenger-Diensten) und Öffentlichkeitsarbeit zu betreiben, wie die Interviews zeigen. Die klassische Website sowie Social-Media-Angebote (Facebook, Instagram) werden für die Außenkommunikation bevorzugt. Darüber hinaus können digitale Tools beispielsweise die Selbstorganisation innerhalb der Initiativen verbessern und zur effizienteren Arbeitsteilung beitragen, die Zusammenarbeit von Personen über lokale Grenzen hinweg ermöglichen und den Informations- und Wissensaustausch unterstützen. Durch Digitalisierung können neue digitale Gemeinschaften entstehen, die ihre Sichtbarkeit und Verbreitung wiederum durch die Nutzung digitaler Medien beschleunigen, weitere Unterstützer*innen gewinnen und ihre Aktivitäten durch Schwarmfinanzierung⁷⁷ ausbauen können.

Demgegenüber stehen jedoch Herausforderungen, die Digitalisierung für gemeinwohlorientierte Initiativen mit sich bringt und die sich auch hemmend auf sozial-ökologische Transformationen auswirken können, beispielsweise fehlender Zugang zu Internet und Technik, unzureichender Datenschutz, Verflüssigung sozialer Beziehungen und Verbindlichkeiten durch Verlagerung ins Digitale.

Derzeit hindern verschiedene Rahmenbedingungen im Bereich der Digitalisierung gemeinwohlorientierte Initiativen mit digitalem Fokus daran, ihr Potenzial voll auszuschöpfen. Obwohl das Internet ein klassisches öffentliches Gut ist, werden die digitale Infrastruktur des Netzes und die Schnittstellen zwischen dem Internet sowie offline-Interaktionen immer stärker in Oligopole beziehungsweise Monopole überführt. Aus Sicht der Befragten wird hier Politik in der Verantwortung gesehen, einen innovationsfördernden und für gemeinwohlorientierte Initiativen schützenden Rahmen zu schaffen, innerhalb dessen sich gemeinwohlorientiertes Engagement entwickeln kann und innerhalb dessen gleichzeitig der Freiraum für Experimente gegeben ist, um sozial-ökologische Transformationen vorantreiben zu können.

Vor diesem Hintergrund scheint eine digitale Governance notwendig, um gemeinwohlorientierte Initiativen in Zeiten des digitalen Wandels zu stärken und zu fördern. Eine gezielte Unterstützung im Sinne einer bewussten Politik und Förderstruktur, die einen Schutzraum für Initiativen bietet und gleichzeitig sozial-digitale Innovation stärkt, ist hier zentral. Damit einher sollte ein gleichberechtigter Zugang zu Internet und anderer digitaler Technik (z. B. High Speed Internet in ländlichen Gebieten), die Förderung eines konsequenten Datenschutzes und der Datensicherheit sowie die Bereitstellung einer öffentlichen Infrastruktur für Digitallösungen (z. B. Daten-Sharing Lösungen) gehen.

Maßnahmen

Etablierung von Open (Umwelt-) Data Angeboten und Förderung ihrer Nutzung

Die Bereitstellung von Open Data spielt im Rahmen der digitalen Daseinsvorsorge eine besondere Rolle für gemeinwohlorientierte Initiativen. Die Bedarfe hierzu sollten genauer ermittelt und in die weiteren gesetzlichen Regelungen einbezogen werden. Ebenso gilt es zu erörtern, wie Open Data (und

⁷⁷ Schwarmfinanzierung oder „crowd financing“ ist eine Finanzierungsart, die eine Summe von Teilbeträgen der „crowd“ beziehungsweise Interessengruppe über das Internet generiert.

Big Data) institutionalisiert werden können, damit der Zugang zu und die Nutzung von diesen Daten für alle Akteure erleichtert werden.

Die befragten Initiativen machten deutlich, dass für sie unter anderem Daten der öffentlichen Verwaltung, wie Informationen über die Verfügbarkeit von öffentlichen Räumen und Gütern oder auch der Zugriff auf Geo-Informationsdaten relevant sind. Es ist daher empfehlenswert, einen Überblick über bereits bestehende Open Data-Angebote durch das BMU zu fördern und den Kompetenzerwerb zur Nutzung dieser Plattformen zu unterstützen. Letzteres könnte durch ein Weiterbildungsangebot zu lokal bestehenden Plattformen unterstützt werden und der Vernetzung von Initiativen und Akteuren vor Ort dienen. Bei der Datenhaltung sollte auf Dezentralisierung der Daten (Verteilung auf viele Initiativen/ Plattformen) geachtet werden, damit Gefahren wie Daten-Hacking und Ausnutzung von Monopolstellungen minimiert werden. Zudem sollte die Vernetzung von Akteuren vor allem lokal gedacht und es sollte grundsätzlich hinterfragt werden, welche Daten und Angebote wirklich digitalisiert werden müssen und was analog gegebenenfalls wirkmächtiger bleiben kann.

Die dezentrale Verteilung von Daten setzt voraus, dass entsprechende Schnittstellen zum Datenaustausch geschaffen werden. Es befinden sich bereits Plattformen im Aufbau, die Datenübertragungen zwischen unterschiedlichen Plattformen und damit das organisationsübergreifende Teilen von Wissen sowie die Förderung neuer Technologien ermöglichen (z. B. „Transition Connect“⁷⁸, Geoportal von Utopia Stadt Wuppertal⁷⁹). Der Aufbau solcher Plattformen sollte durch das BMU explizit gefördert und durch ein unabhängiges Expert*innenbündnis (z. B. Bündnis sozial-ökologischer Wandel/ green net project⁸⁰) moderiert werden. Als Grundlage dafür sollten Informationen zu gemeinwohlorientierten Initiativen und Daten, die Initiativen nutzen, standardisiert beziehungsweise in Gruppen klassifiziert werden, um die Informationen möglichst breit streuen zu können, eine Vernetzung zwischen verschiedenen Organisationen über einheitliche Begriffe zu ermöglichen und die Daten für „Künstliche Intelligenz“ nutzbar zu machen. Als Ergänzung und zur Rückkopplung empfiehlt es sich, Open Citizen Science-Ansätze in offene Plattformen einzupflegen, um die Validierung der Daten zu erhöhen. Bei der Konzeptionierung und Umsetzung der oben genannten Aktivitäten empfiehlt es sich, Expert*innen zum Thema Open Data hinzuzuziehen. Hier kann neben der Open Knowledge Foundation⁸¹ und dem green net project als zivilgesellschaftlichen Akteuren beispielhaft auch die von der Technologiestiftung Berlin initiierte Open Data Informationsstelle⁸² genannt werden.

Verknüpfung sozial-ökologischer und digitaler Innovationen und Förderung von Vernetzung und Austausch

Über das Aufgreifen und Verbreiten erfolgreicher gemeinwohlorientierter Initiativen können sozial-ökologische Transformationen vorangetrieben und beschleunigt werden. Im Rahmen der durchgeführten Diskussionsformate des Projekts wurde deutlich, dass eine starke Vernetzung und ein intensiver Wissensaustausch hilfreiche Maßnahmen darstellen, um die Wirkungen gemeinwohlorientierter Initiativen zu stärken und effektive Ideen und Projekte zu multiplizieren. Dafür sollte der Zugang von

⁷⁸ <https://connected.transitions.com/> (abgerufen am 25.11.2020)

⁷⁹ <http://www.transformationsstadt.de/geoportal/> (abgerufen am 25.11.2020)

⁸⁰ <https://greennetproject.org/> (abgerufen am 25.11.2020)

⁸¹ <https://okfn.de/> (abgerufen am 25.11.2020)

⁸² Das Projekt wird gefördert von der Senatsverwaltung für Wirtschaft, Energie und Betriebe und der Investitionsbank Berlin aus den Mitteln des Landes Berlin.

gemeinwohlorientierten Initiativen zu digitalen Innovationen gestärkt und es sollten geeignete Austauschformate gefördert werden.

Es existieren bereits verschiedene Austauschformate (unter anderem die Konferenz „Bits & Bäume“⁸³, die „Wandel-IT-Konferenzen“), welche durch das BMU gefördert und weiter ausgebaut werden könnten. Bestehende Strukturen und Know-how können somit genutzt und weiter verstetigt werden. Zudem könnte über den Transfer solcher Formate aus Ballungszentren heraus in eher ländliche Gebiete nachgedacht werden, um auch gemeinwohlorientierten Initiativen ländlicher Regionen den Zugang zu analogen Austauschformaten und digitalen Innovationen zu eröffnen. Auf Grund der starken Konzentration von gemeinwohlorientierten Initiativen in urbanen Regionen ist allerdings fraglich, wie stark diese Angebote außerhalb der Ballungszentren genutzt werden.

Darüber hinaus lohnt sich ein Blick auf gemeinwohlorientierte Initiativen in anderen Ländern und Projekte der Entwicklungszusammenarbeit. In vielen Ländern des globalen Südens spielt die Digitalisierung auf Grund schlechter Infrastrukturen (wie Transport, Energie) eine viel größere Rolle als in Europa. Die deutsche Entwicklungszusammenarbeit hat dies längst erkannt und unterstützt zahlreiche Initiativen in diesem Bereich. Erfolgreiche Projektideen könnten auch in Deutschland relevant sein und für gemeinwohlorientierte Initiativen nutzbar gemacht werden. Hier sollte der Austausch zwischen BMU und dem Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) beziehungsweise der Deutschen Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ) zum Thema „Erfolgreiche gemeinwohlorientierte Initiativen im digitalen Bereich und ihre mögliche Stärkung/Replikation“ intensiviert werden.

Auch auf der Ebene der Initiativen wäre ein verstärkter Austausch sinnvoll, um die Vernetzung zwischen internationalen und nationalen gemeinwohlorientierten Initiativen im digitalen Bereich zu stärken. Ein solcher Austausch sollte auf einer geeigneten Online-Plattform stattfinden und verfügbar gemacht werden. Über eine solche Plattform könnten zudem auch Weiterbildungsangebote (in Form von Webinaren) zu nachgefragten Digitalisierungs-Themen angeboten werden, die beispielsweise durch ein Voting-Verfahren der beteiligten Initiativen im Vorfeld ausgewählt werden. Das beschriebene Format könnte durch das BMU gefördert und sollte an eine bestehende oder sich im Aufbau befindliche Plattform angeknüpft werden, die auf lange Sicht selbstverwaltet agiert. Potenzial für die Unterstützung und Vernetzung gemeinwohlorientierter Initiativen in diesem Sinne bieten Plattformen, wie green net project, die den sozial-ökologischen Wandel moderierend und strukturierend unterstützen. Ein weiteres Beispiel ist die genossenschaftlich betriebene Plattform wechange⁸⁴, eine digitale Infrastruktur für die Online-Kollaboration sozial-ökologischer Projekte und Organisationen, die dabei auch Vernetzungsfunktionen erfüllt. Ebenso existieren bereits gute Beispiele für digitale Vernetzungsplattformen in den Bereichen Co-Housing, Fablabs/MakerSpaces⁸⁵ oder bei Gemeinschaftsgärten. Auch die Beispiele von www.repaircafe.org und www.reparatur-initiativen.de zeigen, wie solche Plattformen mithelfen können, gemeinwohlorientierte Initiativen weiter zu verbreiten.⁸⁶

⁸³ <https://bits-und-baeume.org/de> (abgerufen am 25.11.2020)

⁸⁴ <https://wechange.de/> (abgerufen am 25.11.2020)

⁸⁵ FabLabs oder MakerSpace, sind offene, kreative Werkstätten, in denen Menschen an digitalen und analogen Lösungen arbeiten können. Sie ermöglichen das Erlernen analoger Fertigkeiten (z. B. Nähen) ebenso wie den Umgang und den Zugang zu computergesteuerten Technologien wie dem 3-D-Drucker. Das Konzept der FabLabs ist geprägt vom Geiste der offenen Gemeinschaft im Sinne von Open Source.

⁸⁶ Mittlerweile zählt die Community über 1.500 Repair Cafés deutschlandweit und ist stetig am Wachsen. Die kontinuierliche Verbreitung der Repair Cafés geht nicht zuletzt auch auf die gut organisierte und leicht zu bedienende digitale Plattform zurück. Auf der Plattform gibt es umfangreiche Informationen über das Konzept, eine Landkarte zur Suche eines Repair Cafés in unmittelbarer Nähe sowie einen Leitfaden zur Eröffnung eines eigenen Repair Cafés. Gegen eine geringe

Um entsprechende Plattformen zu unterstützen und bekannter zu machen, wäre eine entsprechende Informationskampagne hilfreich. Hier ist allerdings zu prüfen, ob und durch wen eine Informationskampagne, die möglichst flächendeckend eine Vielzahl von gemeinwohlorientierten Initiativen erreichen soll, staatlich initiiert und gefördert werden kann.

Auch eine Verknüpfung mit politisch und kampagnenförmig agierenden Plattformen, wie etwa WeMove.eu, campact.de oder Avaaz.org könnte hilfreich sein, insbesondere, um die Expertise der Plattformen im Bereich digitaler politischer Kampagnen auch für sozial-ökologische Transformationen wirksam zu machen und gemeinnützigen Organisationen einen Austausch zu erfolgreichen Mitteln der digitalen Kampagne zu ermöglichen.

Unterstützung einer besseren Sichtbarkeit von Initiativen mit Gemeinwohlorientierung

Um die Gemeinwohlorientierung von zivilgesellschaftlichen Initiativen besser sichtbar zu machen, sollten Instrumente gefunden werden, die ihr Engagement und ihren Beitrag für sozial-ökologische Transformationen transparenter machen. Eine solche Bewertung der Wirkungen und die Erhöhung der diesbezüglichen Transparenz (Wunder et al. 2019) sind wichtige Voraussetzungen, um den Beitrag gemeinwohlorientierter Initiativen für sozial-ökologische Transformationen zu verdeutlichen, diesen – auch digital – kommunizieren zu können und damit weitere Unterstützer*innen von Gemeinwohlaktivitäten zu gewinnen. Mit der Gemeinwohlbilanz und Life-Cycle-Assessments existieren bereits Instrumente, um die Gemeinwohlorientierung von Organisationen transparenter herauszustellen und besser sichtbar zu machen. Diese Instrumente sollten stärker an die konkreten Bedarfe gemeinwohlorientierter Initiativen angepasst werden. Das BMU könnte eine solche Weiterentwicklung dieser Instrumente fördern und zur Verbreitung dieser Instrumente beitragen. In diesem Zusammenhang sollte auch diskutiert werden, wie Daten von gemeinwohlorientierten Initiativen zur Messung ihrer Wirkungen nutzbar gemacht werden können und welche Evaluationsmethoden zielführend sind.⁸⁷

Potenztiale neuer, digital basierter Finanzierungsmodelle für gemeinwohlorientierte Initiativen weiter erschließen

Neben verfügbaren personellen und zeitlichen Ressourcen ist eine gesicherte Finanzierung für das Wachstum und die Langlebigkeit gemeinwohlorientierter Initiativen besonders relevant. Ein Beispiel für ein durch Digitalisierung entstandenes Finanzierungsinstrument ist Crowdfunding⁸⁸, dass die selbstorganisierte Unterstützung und Förderung von Initiativen und die Kommunikation ihres Engagements ermöglicht. Insbesondere in der Anfangsphase greifen viele gemeinwohlorientierte Initiativen, neben der Beantragung von Fördergeldern, auf Crowdfunding als alternatives Finanzierungsmodell zurück. Crowdfunding stellt dabei nicht nur eine Finanzierungsmöglichkeit dar, sondern ist zugleich ein Kommunikations- und Marketinginstrument und bietet den Initiativen die Möglichkeit, mit den Unterstützer*innen direkt in den Dialog zu treten, ihr Vorhaben zu „testen“ und gegebenenfalls (fachli-

Gebühr erhält man ein digitales Startpaket, das alle wichtigen Schritte der Repair-Café-Eröffnung erläutert. Das Netzwerk Reparatur-Initiativen fördert die Vernetzung und den Wissensaustausch mit anderen Initiativen und organisiert Veranstaltungen zum gemeinsamen Reparieren von Alltagsgegenständen, was ebenfalls durch eine informative Plattform erleichtert wird. Momentan umfasst das Netzwerk über 750 Akteure.

⁸⁷ In der Praxis besteht allerdings oft die Herausforderung, dass die Wirkungen nicht unmittelbar einzelnen Maßnahmen zugeordnet werden können, da externe Faktoren das Messergebnis verfälschen können. Der Fokus einer Wirkungsmessung wird oft auf nur unmittelbare (messbare) Effekte gesetzt und indirekte Effekte, die zum Beispiel durch Kommunikationsarbeit ausgelöst werden, können nicht kausal zugerechnet werden.

⁸⁸ Die Crowdfunding-Plattformen, die in Deutschland (auch) gemeinwohlorientierte Initiativen fördern sind vor allem www.betterplace.org, www.visionbakery.com und www.startnext.de (abgerufen am 25.11.2020)

che) Hilfestellung zu erhalten. Zugleich haben die Unterstützer*innen die Möglichkeit, die gemeinwohlorientierte Initiative aktiv mitzugestalten und sich nicht nur finanziell, sondern auch konzeptionell einzubringen. Allerdings ist dieses Finanzierungsinstrument nicht für alle gemeinwohlorientierten Initiativen geeignet, da eine erfolgreiche Finanzierung per Crowdfunding Kenntnisse über die Nutzung der Plattformen, eine effektive Kommunikation der Ziele und Finanzierungsoptionen gegenüber Finanziers sowie administrativen Aufwand in der Betreuung voraussetzt.

Initiativen, die in dem Bereich Finanzierung schon über langjährige Erfahrungen verfügen, sollten daher gestärkt werden, um ihr Wissen zur erfolgreichen Nutzung von digital basierten Finanzierungsmodellen mit anderen gemeinwohlorientierten Initiativen zu teilen. Dabei wäre abzuwägen, ob durch eine Stärkung von Crowdfunding die Reichweite von gemeinwohlorientierten Initiativen insgesamt oder nur der Wettbewerb untereinander um Mitglieder, Spenden und Aufmerksamkeit in der Öffentlichkeit steigt.

Um insbesondere nicht-digitalen, gemeinwohlorientierten Initiativen die praktischen Kenntnisse zur Nutzung von Crowdfunding zu vermitteln und den derzeit für sie noch recht hohen Aufwand bei der Nutzung zu reduzieren, könnten Akteure aus Verwaltung und Politik (auf kommunaler, Landes- als auch Bundesebene) im Rahmen ihrer Öffentlichkeitsarbeit mit Verweis auf etablierte Crowdfunding Plattformen eine Orientierungshilfe zur Nutzung von Crowdfunding speziell für gemeinwohlorientierte Initiativen anbieten. Eine Orientierungshilfe kann den Zugang zu Crowdfunding erleichtern, ist aber noch kein Garant für die erfolgreiche Anwendung. Hier sollte jede Initiative selbst kritisch prüfen, ob das Finanzierungsinstrument für sie geeignet ist.

Crowdfunding und Matchfunding⁸⁹ bieten auch die Möglichkeit, das Wachstum von Initiativen (wie zum Beispiel Lastenräder) zu unterstützen und zu gewährleisten, dass diese sich langfristig etablieren können. Die Crowdfunding Plattform Startnext hat ein Handbuch zum Thema Co-Finanzierung (Matchfunding) herausgegeben und bietet bereits verschiedene Kooperationsmodelle für Städte und Kommunen an. Die Städte Hamburg (mit der regionalen Plattform „Nordstarter“) und Dresden (mit der regionalen Plattform „Durchstarter“) gelten als Pioniere im Bereich Crowdfunding für Städte und Kommunen. Diese bereits bestehenden Strukturen könnten etwa durch Kommunikationskampagnen auf Bundesebene gezielt gefördert und verbreitet werden. Hier könnte beispielsweise das BMU einen Leitfaden für andere Kommunen und weitere einschlägige Akteure (z. B. Stiftungen) zu Crowdfunding und den Möglichkeiten des Matchfundings entwickeln.

4.3.6 Handlungsansatz 6: Digitale Kompetenzen (Digital Literacy) von gemeinwohlorientierten Initiativen sollten gestärkt und gesellschaftliche Teilhabe im Kontext der Digitalisierung gefördert werden.

Digitale Teilhabe setzt Kompetenzen voraus, über die nicht alle Menschen gleichermaßen verfügen. Der unterschiedliche Zugang zu und die Nutzung von digitalen Kommunikations- und Informationstechnologien wird als „digitale Spaltung der Gesellschaft“ diskutiert. Darüber hinaus fehlt es an Möglichkeiten breiterer Gesellschaftsschichten, an der Gestaltung von Prozessen der Digitalisierung zu partizipieren. Für gemeinwohlorientierte Initiativen kann dies zur Folge haben, dass bestimmte Personengruppen (z. B. ältere Menschen) von der Initiative ausgeschlossen werden, was dem Gemeinwohlkriterium der Offenheit für vielfältige Akteure widerspricht. Eine solche Hürde kann zudem potenzi-

⁸⁹ Das Grundprinzip des Matchfunding besteht darin, dass ein Teil der Mittel von Bürger*innen (Unterstützer*innen) durch Crowdfunding eingeworben und der andere Teil durch öffentliche Gelder aufgestockt wird. Das Verhältnis zwischen durch Crowdfunding eingeworbener Mittel und der Aufstockung durch öffentliche Gelder wird im Vorhinein festgelegt. So wird Initiativen mit erfolgreichen Crowdfunding-Kampagnen der Zugang zu öffentlichen Fördertöpfen erleichtert.

elle Wirkungen der Initiativen beeinträchtigen, da beispielsweise ältere Menschen wertvolle Erfahrungen und Zeit beitragen können. Daher spielt die Stärkung digitaler Kompetenzen gerade auch im Gemeinwohlbereich eine große Rolle. Die Vermittlung solcher Kompetenzen sollte gezielt gefördert werden, um die Integration unterschiedlicher Personengruppen und somit die digitale Teilhabe an gemeinwohlorientierten Initiativen zu ermöglichen. Jedoch dürfte es schwierig sein, die Zielpersonen (z. B. ältere Menschen) in der Breite durch Weiterbildungsangebote zu erreichen.

Um eine große Wirkung im Sinne des Gemeinwohls entfalten zu können, bedarf es nach Ansicht der Befragten zudem einer steten Vernetzung der gemeinwohlorientierten Initiativen, sowohl auf digitaler als auch auf analoger Ebene. So sollten bestehende lokale und digitale Strukturen (z. B. Online-Plattformen, analoge Vernetzungsveranstaltungen) durch Informationsmaßnahmen des BMU gestärkt werden, um von gemeinwohlorientierten Initiativen stärker wahrgenommen, zum Wissensaustausch genutzt zu werden und sich damit zu stabilisieren. Durch niedrigschwellige Beteiligungsformate, die Digitalisierung bietet, können zudem eher passive Mitglieder der Gesellschaft zur Partizipation bewegt werden.

Maßnahmen

Engere Verknüpfung von im Netz aktiven mit weniger digital agierenden gemeinwohlorientierten Initiativen

Digitalisierung bringt auch Herausforderungen mit sich und ist nicht für alle gemeinwohlorientierten Initiativen förderlich. So können einerseits die mit der Digitalisierung verbundenen Herausforderungen – zum Beispiel der Aufwand, auf Twitter präsent zu sein oder sich in ein professionelles Fundraising-Tool einzuarbeiten – sich auf die Entwicklung kleiner Initiativen erschwerend auswirken, das Engagement bremsen oder zu Überlastung führen. Andererseits können digitale Tools gemeinwohlorientierten Initiativen als Unterstützung bei Arbeitsprozessen dienen, die Wissensgenerierung unterstützen und zur Vernetzung zwischen digitalen (z. B. Repair-Café) mit weniger digital agierenden gemeinwohlorientierten Initiativen (z. B. Ökodörfer) beitragen. Die Vernetzung dieser beiden Ausprägungen gemeinwohlorientierter Initiativen kann beidseitig bereichernd sein, Innovationen fördern und Synergien erzeugen. Es sollten Räume geschaffen werden, die das Vernetzen miteinander und das Lernen voneinander begünstigen.

Konkret könnten am Rande von größeren Veranstaltungen im Bereich Nachhaltigkeit / Gemeinwohl und/oder Digitalisierung Side-Events zum Netzwerken angeboten werden, damit der Wissensaustausch gefördert und die Vernetzung der stärker und weniger digital aktiven Initiativen vorangetrieben wird. Die Konferenz „Bits & Bäume“ ist eigens als Austausch- und Wissensaustausch-Format entwickelt worden, um Digitalisierungs- und Nachhaltigkeits-Akteure zusammen zu bringen und gemeinsame Synergien zu befördern. Austauschformate wie diese könnten auch seitens des BMU stärker initiiert beziehungsweise unterstützt werden. Zusätzlich sollten vorhandene (digitale und analoge) Netzwerke und Veranstaltungen identifiziert werden, die bereits von verschiedenartig agierenden Initiativen genutzt werden. Hier kann es hilfreich sein, bereits stark frequentierte Netzwerke gezielt zu fördern und sichtbarer zu machen. Das wechselseitige Verhältnis zwischen analogen und digitalen Netzwerken zeigt sich auch in der zunehmenden Beliebtheit von Nachbarschaftsplattformen, wie zum Beispiel nebenan.de.

Aufbau und Stärkung digitaler Kompetenzen gemeinwohlorientierter Initiativen – online und offline

Um die Chancen der Digitalisierung für gemeinwohlorientierte Initiativen nutzbar zu machen und sie für Risiken zu sensibilisieren, ist der Ausbau digitaler Kompetenzen essenziell. Vielen gemeinwohlorientierten Initiativen fehle (laut der Befragten) auf Grund des großen und wachsenden Angebots ein

Überblick über bereits vorhandene, aber potenziell nützliche digitale Tools, was ein großes Hindernis in deren Anwendung darstellt. Außerdem wird von den Befragten häufig der Wunsch nach öffentlich zugänglichen digitalen Tools geäußert. Es wird daher empfohlen, eine zentrale Übersicht über frei zugängliche und empfehlenswerte digitale Tools anzulegen, die Gemeinwohliniitiativen in ihrer Arbeit unterstützen können. Ein solches Überblicksangebot könnte zum Beispiel durch das Deutsche Internet-Institut⁹⁰ eingerichtet werden und Gemeinwohliniitiativen zusätzlich Informationen im Umgang mit digitalen Tools, Funktionsweisen von Algorithmen und Tool Kits⁹¹ zur Verfügung stellen.

Die Vermittlung digitaler Kompetenzen sollte dagegen über dezentrale Stellen laufen, die kompetente Ansprechpartner*innen für lokale Initiativen bereitstellen und Vernetzung von Initiativen in Regionen oder Nachbarschaften vorantreiben. Die Befragten machten deutlich, dass eine solche Wissensvermittlung eher auf lokaler, kleinteiliger Ebene nachgefragt und der direkte, persönliche Austausch bevorzugt wird. Hierfür sollten Begegnungsorte eingerichtet werden, die auf bestehenden Strukturen aufbauen, beispielsweise bei regionalen Nachhaltigkeits-Netzwerken (RENN), in Bibliotheken, Familien- und Nachbarschaftszentren oder bei örtlichen Chaos Computer Clubs. Zusätzlich könnten einschlägige Organisationen für die Beratung von Initiativen hinzugezogen werden, beispielsweise bietet das sogenannte TechCollective⁹² Kurse zur Selbstverteidigung im Datenschutz. Außerdem wäre eine Kooperation mit bestehenden „Impact Hubs“⁹³ (beispielsweise dem Impact Hub Berlin) empfehlenswert. Alternativ könnte auch über die Einrichtung eines speziellen „Digital Impact Hub“ in Kooperation mit dem BMZ nachgedacht werden. In Impact Hubs ist bereits viel Expertise von Initiativen vorhanden, die Problemlösungen für zentrale Umwelt- und Sozialfragen entwickeln. Initiativen können hier im Austausch miteinander Ideen weiterentwickeln und von (Digitalisierungs-)Erfahrungen anderer Organisationen profitieren.

Eine weitere Möglichkeit, um die Kompetenzbildung im Bereich von innovativen digitalen Instrumenten zu fördern, könnte die gezielte Bereitstellung von Fördermitteln sein. So könnte ein Förderprogramm eingerichtet werden, mit dem sich gemeinwohlorientierte Initiativen im Rahmen von online- und offline-Schulungen digitale Kompetenzen aneignen können. Die im Programm enthaltenen Schulungen sollten von Intermediären (Personen, die an der Schnittstelle zwischen Initiativen und Verwaltung/Politik/Förderer agieren) angeboten werden. Hier bietet es sich an, mit den Expert*innen der Open Knowledge Foundation⁹⁴, des Chaos Computer Clubs⁹⁵, der Digitalen Gesellschaft⁹⁶ oder CorrelAid⁹⁷ zusammenzuarbeiten. Bei der Konzeption und Einrichtung eines entsprechenden Förderprogramms könnte das BMU gegebenenfalls mit der Bundeszentrale für politische Bildung zusammenarbeiten. Zudem wurde von Teilnehmer*innen des Strategiegesprächs angeregt, zur Bekanntmachung eines derartigen Förderprogramms eine deutschlandweite Kampagne und kleinere Kampagnen in mehreren Orten deutschlandweit durchzuführen, um möglichst viele Akteure zu erreichen. Für die Realisierung des vorgeschlagenen Förderprogramms sowie zur Durchführung begleitender Kampagnen

⁹⁰ <https://weizenbaum-institut.de/> (abgerufen am 25.11.2020)

⁹¹ Sammlung unterschiedlicher Tools beziehungsweise Werkzeuge für einen spezialisierten Einsatzzweck

⁹² <https://techcollective.com/> (abgerufen am 25.11.2020)

⁹³ Impact Hub ist ein globales Netzwerk, dass es kleinen Unternehmen und Freischaffenden ermöglicht, sich miteinander zu vernetzen und kreativ an konkreten Lösungen für die „dringlichsten Probleme der Welt zu arbeiten“ (<https://impact-hub.net/>). (abgerufen am 25.11.2020)

⁹⁴ <https://okfn.de/> (abgerufen am 25.11.2020)

⁹⁵ www.ccc.de (abgerufen am 25.11.2020)

⁹⁶ <https://digitalegesellschaft.de/> (abgerufen am 25.11.2020)

⁹⁷ CorrelAid ist eine Weiterbildungs- und Vernetzungsplattform, die gesellschaftlich denkende Data Scientists mit sozialen Organisationen verknüpft und gemeinsame Projekte anstößt. Dadurch werden Organisationen befähigt, ihre Daten zu nutzen, um Prozesse effizienter zu gestalten, die Zielgruppe besser kennenzulernen oder Ressourcen besser zu verteilen.

wären nicht unerhebliche finanzielle Mittel notwendig. Herausfordernd dürfte auch sein, ein flächen-deckendes Bildungsangebot für nicht digital aktive gemeinwohlorientierte Initiativen zu realisieren. Neben der Vermittlung digitaler Kompetenzen an gemeinnützige Initiativen, sollte aber auch die digitale Szene dazu angeregt werden, sich mit den klassischen Gemeinwohlthemen zu beschäftigen und aktiv Lösungsangebote zu entwickeln. Dafür wäre die Schaffung co-produktiver Orte beziehungsweise Experimentierräume sinnvoll, um digitale transformative Tools und Anwendungen für den sozial-ökologischen Wandel zu fördern sowie diese Technologien gemeinsam mit gemeinwohlorientierten Initiativen weiterzuentwickeln.

Stärkung von digitaler gesellschaftlicher Teilhabe und Demokratie im Zuge der Digitalisierung

Durch die Förderung der Potenziale von gemeinwohlorientierten Initiativen lassen sich auch demokratische Prozesse und gesellschaftliche Teilhabe stärken. Digitalisierung erleichtert einerseits die Partizipation von Bürger*innen an politischen Prozessen, andererseits hat sich Digitalisierung in den letzten Jahren zu einer schleichenden Bedrohung für demokratische Strukturen entwickelt. Ungleichgewichte in der Verfügbarkeit von Daten (IT-Unternehmen bzw. Geheimdienste versus Privatpersonen), allgegenwärtige Kontrolle sowie gezielte und weitreichende Verbreitung von Fehlinformationen („fake news“) sind neue Herausforderungen, die die bestehenden demokratischen Strukturen erheblich schwächen. Mit einer Förderung von gemeinwohlorientierten Initiativen, die sich mit diesen Herausforderungen auseinandersetzt, würden gleichzeitig die demokratischen Grundwerte wie auch die künftigen Möglichkeiten gesellschaftlicher Teilhabe gestärkt werden, die wiederum die Voraussetzung für gemeinwohlorientierte Initiativen sind. Es ist mithin im Interesse einer vorausschauenden Umweltpolitik, sich in die Diskussionen zu Strukturen und Prozessen der Digitalisierung einzubringen beziehungsweise gemeinwohlorientierten Initiativen in diesen Diskussionen eine Stimme zu verschaffen, beispielsweise durch eine Einbindung gemeinwohlorientierter Gruppen in den Digital-Gipfel der Bundesregierung und eine konstante Integration des Gemeinwohl- und des Nachhaltigkeitsgedankens in alle Digitalisierungsprozesse jeglicher Ressorts. Das BMU sollte die Expertise zur Schnittstelle von Digitalisierung und Gemeinwohl sowie Nachhaltigkeit aktiv in Debatten einbringen und das politische Bewusstsein für diese Zusammenhänge stärken.

Bei der digitalen Öffnung von politischen Debatten für Akteure gemeinwohlorientierter Initiativen wäre zudem zu beachten, dass das Engagement gemeinwohlorientierter Initiativen häufig auf unentgeltlicher, freiwilliger Arbeit beruht und ihnen daher oftmals die Mittel fehlen, um Diskurs-Angebote etwa in Form von Konferenzen im gleichen Ausmaß in Anspruch zu nehmen wie große, kommerziell ausgerichtete digitale Unternehmen. Um dennoch einen gleichberechtigten und demokratischen Austausch zu ermöglichen, sollte die Teilnahme an derartigen digitalen Formaten daher für alle Teilnehmenden mit möglichst geringem finanziellem und zeitlichem Aufwand verbunden sein.

4.3.7 Handlungsansatz 7: Durch Anerkennung gemeinwohlorientierter Initiativen sollten sozial-ökologische Aspekte gestärkt, Teilhabechancen erhöht und die Vielfalt in der Gesellschaft genutzt werden.

Innovative gemeinwohlorientierte Initiativen leisten durch ihre Kernaktivitäten einen wichtigen Beitrag zum Gemeinwohl. Beteiligte an innovativen gemeinwohlorientierten Initiativen engagieren sich für ganz unterschiedliche Themen, so zum Beispiel für Mobilität, Ernährung, Energie, Kultur oder für die Nach- und Umnutzung von Elektroschrott oder Altkleidern in offenen Werkstätten. Dieses Engagement ist nicht selten mit Beiträgen für eine sozial-ökologische Erneuerung der Gesellschaft verbunden, die häufig in der Veränderung von Alltagspraktiken, aber auch in konkreten Bildungsangeboten zur nachhaltigen Entwicklung bestehen.

Innovative gemeinwohlorientierte Initiativen schaffen Räume des Empowerments und der Erfahrung von Selbstwirksamkeit; sie sind Lern- und Erfahrungsräume. So werden die Beteiligten in den innovativen gemeinwohlorientierten Initiativen durch ihre Tätigkeit für gesamtgesellschaftliche und/oder sozial-ökologische Problemlagen sensibilisiert. Sie erfahren, wie alternative Lebensvorstellungen, Konsummuster und Wirtschaftsformen aussehen können und wie eine Stadt/ein Dorf nachbarschaftlich gestaltet werden kann. Die Selbstermächtigung und das Experimentieren können auf soziale und/oder ökologische Ziele und Werte ausgerichtet sein.

Mit ihren Tätigkeiten weisen innovative gemeinwohlorientierte Initiativen auf soziale und/oder ökologische Problemlagen in der globalen Welt oder im lokalen Kontext hin. Gerade diese Impulse für ein geschärftes Problembewusstsein können durch politische Akteure aufgenommen und unterstützt werden. Ebenso können die in den Initiativen experimentell entwickelten Lösungsansätze gewürdigt werden. Eine umfassende Würdigung des Gemeinwohlbeitrags der Initiativen kann zu ihrer Stärkung beitragen und sie zu einem festen Bestandteil der politischen Öffentlichkeit machen. In Hinblick auf umweltpolitisch wünschenswerte Transformationsprozesse in Richtung Nachhaltigkeit stellt sich in diesem Zusammenhang die Frage, wie durch einen von politischen Akteuren initiierten Anerkennungsprozess die sozialen und/oder ökologischen Aspekte der Aktivitäten in den gemeinwohlorientierten Initiativen gestärkt werden können.

Maßnahmen

Anerkennung durch Beteiligung und Mitbestimmung

Die Anerkennung des Beitrags innovativer gemeinwohlorientierter Initiativen zu sozial-ökologischen Transformationen kann über Beteiligungsverfahren und Formen der Mitbestimmung erfolgen. Viele innovative und gemeinwohlorientierte Initiativen formulieren politische Forderungen und zielen auf Beteiligung an politischen Entscheidungsprozessen. Viele Initiativen konzentrieren sich darauf, die Lebensbedingungen vor Ort zu verbessern. Diese Impulse als konkrete Gestaltungs- und Lösungsansätze für lokale soziale und/oder ökologische Problemlagen zu erkennen, im konkreten Fall anzufragen und ihren Beitrag zum Gemeinwohl zu würdigen, ist die beste Form zu zeigen, dass das Engagement vor Ort notwendig ist und gebraucht wird. Eine auch öffentliche Wahrnehmung und Anerkennung dieser Beiträge zum Gemeinwohl hilft und unterstützt die Initiativen und motiviert sie und andere sich (weiter) zu beteiligen. Eine solche Anerkennung kann zum Beispiel über Preise, Ehrenamtskarten oder Bonusprogramme für Ehrenamtliche erfolgen. Eine entsprechende Berichterstattung in den regionalen Medien kann auch dazu führen, die Projektideen bekannt zu machen und neue Engagierte zu gewinnen.

Bereits der Bericht der Enquete-Kommission „Zukunft des Bürgerschaftlichen Engagements“ hat darauf verwiesen, dass zu einer Anerkennungskultur bürgerschaftlichen Engagements auch Beteiligungsverfahren gehören (Deutscher Bundestag 2002). Insbesondere auf kommunaler Ebene haben Bürgerbegehren und Bürgerentscheide an Bedeutung gewonnen. So könnte auch als eine Form der Anerkennung angesehen werden, wenn Impulse aus den Initiativen von der Kommune aufgenommen werden. Aus Sicht einer befragten Expertin müssten Beteiligungsverfahren aber transparent konzipiert werden und im Idealfall auf ein bestimmtes Problem bezogen sein, um bei den Beteiligten nicht Frustration zu erzeugen. So sollte deutlich gemacht werden, was die Rahmenbedingungen des Prozesses sind und was durch den Prozess erreicht werden könne. Weiterhin hätten Erfahrungen mit Beteiligungsverfahren gezeigt, dass einer offenen Einladung häufig nur höher qualifizierte und besser situierte Bürger*innen folgen. Aus diesem Grund sollten zusätzlich zur offenen Einladung auch gezielt – beispielsweise über das Einwohnermeldeamt – beteiligungsferne und sozial benachteiligte Bürger*innen eingeladen werden. Ein Beteiligungsprozess sei immer als ein längerfristiger Prozess zu denken,

da sich Vertrauen erst herstellen müsse. Dieses sei zum Beispiel über geschlossene Veranstaltungen möglich, die damit zu „Vertrauensräumen“ werden könnten. Am Ende des Prozesses müssten die Ergebnisse politischen Akteuren vermittelt werden. Weniger von Vorteil sei, die Empfehlungen der Bürger*innen im Rahmen eines offiziellen ‚Events‘ lediglich an politische Akteure zu überreichen. Vielmehr könnten in dieser Phase die Empfehlungen mit Politiker*innen – zum Beispiel der verschiedenen Fraktionen im Stadtrat oder Kommunalparlament – vertiefend diskutiert werden, um Fürsprecher*innen für die Empfehlungen zu gewinnen.⁹⁸

Anerkennung durch Preise und Vergünstigungen

Darüber hinaus kann über Veranstaltungen und Wettbewerbe auf eine öffentliche Anerkennung bürgerschaftlichen Engagements hingewirkt werden. Ein konkretes Beispiel auf lokaler Ebene ist die Anerkennungskultur für freiwilliges Engagement in Nürtingen. Hier werden engagierte Bürger*innen dadurch honoriert, dass Gutscheine für Restaurantbesuche und Theaterabende oder Fortbildungen vergeben werden.⁹⁹ Diese bereits vorhandenen Instrumente könnten sozial-ökologische Kriterien verstärkt aufnehmen und adressieren. Aktivitäten bürgerschaftlichen Engagements könnten zudem steuerlich und bei der Sozial- und Rentenversicherung (Rentenpunkte, Werbungskosten) anerkannt werden. Zu diskutieren wäre, ob solche Instrumente einer Anerkennungskultur auch für innovative gemeinwohlbezogene Initiativen zum Einsatz kommen könnten, oder ob sie die Prinzipien von Freiwilligkeit und Unentgeltlichkeit des Engagements untergraben und damit der Kreativität und Eigenlogik der Zivilgesellschaft entgegenstehen.

4.3.8 Handlungsansatz 8: Das Vereins- und Steuerrecht sollte vereinfacht, das Gemeinnützigkeitsrecht angepasst werden.

Das Vereins- und Steuerrecht kann an die gemeinschaftsbezogene Organisationsweise vieler gemeinwohlorientierter Initiativen angepasst werden. Ebenso ist eine Reform des Gemeinnützigkeitsrechts aus Sicht vieler Initiativen erforderlich, um die neuen Themen gemeinwohlbezogener Initiativen aufzunehmen und es den Initiativen zu ermöglichen, gemeinnützige Organisationsformen – sei es als gemeinnütziger Verein oder gemeinnützige Genossenschaft –, anzunehmen.

Nicht alle gemeinwohlorientierten Initiativen haben, wenn sie eine formale Organisationsweise annehmen, eine anerkannte Gemeinnützigkeit oder können diese beantragen. Für einige Tätigkeiten gemeinwohlorientierter Initiativen kann derzeit keine Gemeinnützigkeit beantragt werden, da sie in der Liste der Abgabenordnung nicht benannt werden. Ein Beispiel aus den Interviews zeigt, dass der Bürgerbus keine Gemeinnützigkeit beantragen könne, dafür aber ein Chor, der seiner Tätigkeit zu 99 Prozent unter Ausschluss der Öffentlichkeit nachgeht. Eine Gemeinnützigkeit könnte aus Sicht einiger Initiativen Vereinen jedoch helfen, Spenden einzunehmen.

Von einigen Initiativen wird die Regelung der Gewinnerzielungsabsicht von Vereinen als problematisch erachtet. Strebt ein Verein finanzielle Nachhaltigkeit und somit Unabhängigkeit von Förderungen an, stellt das bestehende Recht ein Hindernis dar. Hätte ein Verein jedoch die Möglichkeit, in einem

⁹⁸ Auch das BMU hat Leitlinien für gute Bürgerbeteiligung entwickelt. Siehe <https://www.bmu.de/download/leitlinien-fuer-gute-buergerbeteiligung/> (abgerufen am 25.11.2020)

⁹⁹ Die Stadt Nürtingen wird als ein Beispiel für Kommunale Konzepte der Engagement-Förderung auf der Internetseite „Wegweiser Bürgergesellschaft“, die von der Stiftung Mitarbeit betrieben wird und zum Ziel hat, Bürgerbeteiligung, Bürgerengagement und Selbsthilfeaktivitäten zu fördern, genannt. Vgl. <https://www.buergergesellschaft.de/mitgestalten/foerderung-von-engagement-ehrenamt/lokale-ebene/kommunale-engagementfoerderung/> (abgerufen am 25.11.2020)

bestimmten Zeitraum Gewinne zu erzielen und somit Rücklagen zu bilden, könnte die finanzielle Sicherheit einfacher gewährleistet werden. Sobald ein Verein Gewinne erziele, werde die Gemeinnützigkeit schnell in Frage gestellt. Jedoch gebe es auch andere Rechtsformen, wie zum Beispiel die Genossenschaft, bei der die Erwirtschaftung von Gewinnen eher möglich sei.

Viele gemeinwohlorientierte Initiativen haben zudem Probleme bei der Erstellung der Steuererklärung, insbesondere, wenn sie als gemeinnützige Vereine formal gefasst sind. Die Verwaltung, Buchhaltung und die Abrechnung sind sehr zeitaufwändig. Dies belastet die Arbeit der Initiativen, da die Finanzverwaltung – wie oft auch die Kerntätigkeit – ehrenamtlich erfolgt. Für einen Steuerberater stehen oftmals die erforderlichen Finanzmittel nicht zur Verfügung. Aus diesem Grund greifen einige Initiativen auf spezifische digitale Steuerprogramme zurück.

Aus Sicht vieler Initiativen besteht bei Behörden eine zu große Angst vor Missbrauch, nicht nur bei der Besteuerung, sondern auch bei der Ausgabe von Fördermitteln und bei den Möglichkeiten des Zuverdiensts beim Arbeitslosengeld II. Dieses Problem sei laut einiger befragter Initiativen vor allem in der Verwaltungskultur verankert, die nicht überall offen für die Aktivitäten zivilgesellschaftlicher Initiativen sei. Das Leitbild des „new public management“, das von den Initiativen durchaus ambivalent eingeschätzt wird, beinhaltet auch Bürgerorientierung. Mit diesem Leitbild wird schon seit 30 Jahren versucht, eine Erneuerung der Verwaltungskultur zu erreichen.

Weiterhin ist es für nichtformalisierte Initiativen sehr schwierig, ohne Rechtsform Fördermittel einzuwerben. Die vorhandenen Rechtsstrukturen werden jedoch auf der einen Seite als zu schwerfällig angesehen, um zum Beispiel die gemeinschaftliche Organisationsweise der Initiativen zu bewahren. Zum Beispiel werden die formalen Erfordernisse zum Aufbau einer Vereinsstruktur (Mitgliederanzahl, Vorstandsposten) kritisch gesehen. Insbesondere steht die damit verbundene Hierarchie dem Ansinnen und den Werten vieler Initiativen entgegen. Auf der anderen Seite wird betont, dass Initiativen beziehungsweise Organisationen, wenn sie sich um öffentliche Gelder bewerben, auch strukturell dazu in der Lage sein sollten, dieses zu verwalten und die Projekte arbeitsteilig durchzuführen. Weitere Herausforderungen entstehen beim Abschluss von Versicherungen, der Haftung und dem Datenschutz. Auch hier besteht oft Unsicherheit und demnach Beratungsbedarf zum Beispiel hinsichtlich der neuen Datenschutzgrundverordnung (DSGVO), der Haftung des Vereinsvorstandes und der Möglichkeiten, sich zu versichern.

Maßnahmen

Anpassungen des Gemeinnützigkeitsrechts

Um die Finanzabrechnung im Rahmen der Gemeinnützigkeit zu erleichtern, könnten einfachere Regeln zur Beurteilung von Gemeinnützigkeit aufgestellt werden. Eine konkrete Maßnahme kann in einer Novellierung der Abgabenordnung Paragraph 52, Absatz 2 bestehen, in dem die Vergabe des Gemeinnützigkeitsstatus durch die Finanzämter geregelt ist. Zum einen sollte die Aufzählung der gemeinnützigen Zwecke in Satz 2 nicht als „abschließend“ betrachtet, sondern als „beispielhaft“ formuliert werden. Zudem sollten Satz 1 und Satz 2 getauscht werden. In Satz 1 sollte die beispielhafte Aufzählung stehen, in Satz 2, dass das zuständige Finanzamt entscheidet. Alternativ könnte eine Direktive an die Finanzämter erfolgen, den Satz 2 stärker zu beachten. Bei der Einschätzung der Gemeinnützigkeit durch das Finanzamt ist weiterhin zu beachten, dass mögliche Fehleinschätzungen revidiert werden können, da die Gemeinnützigkeit nach derzeitigem Recht alle drei Jahre neu beantragt werden muss. Eine weitere Möglichkeit als Alternative zur Reform des Gemeinnützigkeitsrechts besteht in einer besseren Kommunikation zwischen Initiativen und den Finanzämtern, da diese letztlich über die Gemeinnützigkeit entscheiden. Grundsätzlich kann diskutiert werden, ob die Finanzämter die richtige Instanz sind, die

Gemeinnützigkeit zu beurteilen. Gemeinnützigkeit sollte aus Sicht der Initiativen stärker lokal über bestimmte Gremien beurteilt werden.

Steuerrechtliche Vorteile und andere Boni für bürgerschaftlich getragene, gemeinwohlorientierte Initiativen schaffen

Eine Möglichkeit, die Gemeinwohlorientierung von Initiativen wertzuschätzen, stellt die Anrechnung der ehrenamtlich geleisteten Arbeit im Einkommenssteuersystem durch Anwartschaften dar. Die Gemeinnützigkeit von bürgerschaftlich organisierten Unternehmen sollte im Bereich der Umsatzsteuer anerkannt werden. Dies könnte verbunden sein mit einem Punktesystem oder einer Gemeinwohlbilanzierung, um eine Gemeinnützigkeit nachzuweisen. Eine weitere Steuerregelung wird zum Beispiel in der Veränderung des Mehrwertsteuersatzes für reparierte Produkte gesehen, um die Sensibilisierung für das Reparieren zu fördern.

Möglichkeit eines „Vereins light“

Eine Möglichkeit, den Bedürfnissen einer gemeinschaftlichen Organisationsweise seitens der Initiativen entgegenzukommen, könnte in den vereinfachten Strukturen eines „Vereins light“ bestehen. Diese Form würde erstens weniger Mitglieder und einen schlankeren Vorstand, zweitens einen geringeren Finanzrahmen und drittens eine Haftungsbeschränkung sowie viertens eine leichtere Auflösung erlauben. Zudem könnte eine Befreiung des Verbots der Gewinnerzielungsabsicht für die ersten fünf Jahre erfolgen. Eine Möglichkeit für die Lösung des Problems der Versicherung ist das von der Stiftung ‚an-stiftung‘ entwickelte Konstrukt einer Verbandshaftung, die alle Gruppen, Vereine, Plattformen im Falle eines Unfalls deckt.

5 Reflexion und Ausblick

Das Forschungsprojekt stellte gemeinwohlorientierte Initiativen und ihren Betrag zu sozial-ökologischen Transformationen in den Mittelpunkt. Es verfolgte das Ziel, förderliche Rahmenbedingungen zu ihrer Unterstützung und Empfehlungen für (umwelt-)politische Fördermaßnahmen herauszuarbeiten. Hierzu wurden verschiedene innovative gemeinwohlorientierte Initiativen identifiziert, die unterschiedliche Beiträge für sozial-ökologische Transformationen leisten. Zudem wurden Rahmenbedingungen herausgearbeitet, die die Initiativen bei einer längerfristigen Stabilisierung und damit der Verwirklichung ihrer innovativen Beiträge befördern oder behindern. Auf dieser Grundlage konnten Handlungsansätze und Maßnahmen bestimmt werden, wie die (Umwelt-)Politik gemeinwohlorientierte Initiativen unterstützen kann, um so zur Stärkung sozial-ökologisch verträglicher Formen des Zusammenlebens und der Gemeinwohlorientierung beizutragen.

Damit richtete sich der Fokus des Projekts vor allem auf die Beziehungen zwischen zivilgesellschaftlichen Initiativen sowie den sogenannten Intermediären einerseits und Vertreter*innen aus Politik, Wirtschaft, kommunalen Verwaltungen andererseits. Im Forschungsprozess selbst kam zudem der Wissenschaft eine zentrale Rolle zu. Im Folgenden soll nun nochmal näher das Interaktionsverhältnis zwischen Wissenschaftler*innen und Akteuren der gemeinwohlorientierten Initiativen sowie Intermediären zum Abschluss des Projekts betrachtet werden. Ziel dieser Reflektion ist es, die gesammelten Erfahrungen im Projekt zu systematisieren und Empfehlungen für zukünftige transdisziplinäre Forschungsprojekte¹⁰⁰ abzuleiten.

¹⁰⁰ Transdisziplinarität als Prinzip integrativer Forschung ist ein methodisches Vorgehen, das wissenschaftliches Wissen und praktisches Wissen verbindet. Transdisziplinäre Forschung geht von gesellschaftlichen Problemstellungen aus (Bergmann/Schramm 2008).

Die Akteure Wissenschaft (Projektnehmer*innen), Politik (Auftraggeber*innen, BMU und UBA) und zivilgesellschaftliche Initiativen und Intermediäre lassen sich grundsätzlich als Akteure eines transdisziplinären Forschungsprozesses beschreiben, die jeweils unterschiedlichen Handlungs- und Systemlogiken folgen. Wissenschaft orientiert sich hierbei an der Gewinnung von Wahrheit und gesichertem Wissen; hierfür benötigt sie entsprechende finanzielle Mittel, einen rechtlichen Rahmen und einen gesicherten Freiraum (Freiheit der Wissenschaft).¹⁰¹ Politik hingegen orientiert sich an Macht, das heißt, der Erzielung von Mehrheiten. Hierfür ist sie auf Wissen, Legitimation, Akzeptanz und Entlastung sowie Komplexitätsreduktion unter anderem durch die Wissenschaft angewiesen. Gemeinwohlorientierte Initiativen als organisierte Zivilgesellschaft sind an der Durchsetzung ihrer spezifischen Interessen im Sinne des Gemeinwohls interessiert. Hierfür benötigen sie seitens der Politik Unterstützungs- und Ermöglichungsstrukturen beziehungsweise entsprechende Ressourcen. Seitens der Wissenschaft kann ihr Anliegen durch wissenschaftliche Bestätigung und Legitimation unterstützt werden.

Das Interaktionsverhältnis in transdisziplinären Forschungsprozessen, das heißt, die Beziehung dieser drei Akteursgruppen kann anhand dreier Modi beschrieben werden (Warzewa et al. 2020). Im vorliegenden Projekt wurden der Modus des Austauschs und der Modus der Ko-Produktion praktiziert.¹⁰² Im Modus des Austauschs (wie z. B. im Rahmen von Fach- und Strategiegesprächen) fand eine wechselseitige Kommunikation zwischen Wissenschaftler*innen und Vertreter*innen zivilgesellschaftlicher Initiativen statt, etwa bei der Diskussion der Interviewergebnisse. Darüber hinaus wurde auch in einzelnen Phasen des Projekts im Modus der Ko-Produktion kooperiert, so zum Beispiel bei der gemeinsamen Formulierung von Handlungsansätzen zur Förderung gemeinwohlorientierter Initiativen. Das hierbei erarbeitete transformative Wissen machte eine partielle gegenseitige Durchdringung der jeweiligen Systemlogiken und Überwindung von systemspezifischen Verarbeitungsmechanismen notwendig (Warzewa et al. 2020). In diesem Sinne handelt es sich hierbei nicht nur um einen Austausch von Erkenntnissen und Wissen, sondern um die Generierung beziehungsweise Produktion gänzlich neuen Wissens, welches nicht mehr dem/r einen oder anderen Interaktionspartner*in zugerechnet werden kann.

Mit welchen Herausforderungen war der transdisziplinäre Forschungsprozess im Modus des Austauschs und der Ko-Produktion verbunden? Ausgewählte typische Herausforderungen sowie der Umgang damit sollen im Folgenden benannt werden.

Eine wichtige Bedingung für transdisziplinäre Forschung besteht in der gegenseitigen Offenheit und Toleranz der Kooperationspartner*innen gegenüber den unterschiedlichen Handlungs- und Systemlogiken. Hierbei geht es um die grundsätzliche Anerkennung, dass die jeweiligen Logiken in einer funktional differenzierten Gesellschaft ihre Berechtigung haben und letztlich Bedingung für eine Perspektivenvielfalt in der inter- und transdisziplinären Zusammenarbeit darstellen. Darüber hinaus geht es auch um die Anerkennung unterschiedlicher Arbeits- und Zeitstrukturen. So sind zum Beispiel übliche Büroarbeitszeiten von Wissenschaftler*innen für zumeist ehrenamtliche Mitglieder zivilgesellschaftlicher Initiativen denkbar ungeeignet. Das gilt umgekehrt in gleicher Weise.

Mit einer Offenheit und Toleranz der unterschiedlichen Logiken ist auch die Herausforderung verbunden, Rollen- und Aufgabenverständnisse der Kooperationspartner*innen sowie Ziele der Zusammenarbeit zu explizieren und zu diskutieren. Werden diese nicht geklärt, läuft die Kooperation Gefahr, sich wechselseitig zu überfordern und in Enttäuschungen zu münden. Derartige Kooperationen können

¹⁰² Der dritte Modus ist der der linearen Vermittlung von Wissen aus der Wissenschaft in andere gesellschaftliche Bereiche, wie zum Beispiel der Politikberatung. Dieser Modus entspricht am ehesten den gängigen Vorstellungen von Wissenschaftskommunikation bzw. einer öffentlichen Wissenschaft (Warzewa et al. 2020).

dann auch vorhandene Vorurteile bestätigen und verstärken (z. B. „Wissenschaft im Elfenbeinturm“). Deshalb sollten die Erwartungen seitens der Wissenschaftler*innen und der Vertreter*innen zivilgesellschaftlicher Initiativen klar bestimmt und transparent gemacht werden (Erwartungsmanagement). Wichtig ist es auch, hierbei die Grenzen der Kooperation zu bestimmen.

Transdisziplinäre Forschung im Modus des Austauschs und der Ko-Produktion ist voraussetzungs- und aufwändig. Sie ist daher zeitintensiver als Forschung, die ihre Ergebnisse im Modus der linearen Vermittlung kommuniziert. Eine wichtige Bedingung besteht deshalb in der Bereitschaft, aber auch in Ressourcen, die eine derartige zeitintensivere Kooperation ermöglichen. Vor allem der anspruchsvolle Modus der Ko-Produktion von Wissen setzt einen Prozess der Vertrauensbildung voraus, der in kurzen Projektlaufzeiten nur schwer umgesetzt werden kann. Neben zeitlichen Ressourcen muss eine transdisziplinäre Kooperation auch hinreichend mit finanziellen und räumlichen Ressourcen ausgestattet sein. So sollte die Teilnahme zivilgesellschaftlicher Initiativen an Workshops und Strategiegesprächen zum Beispiel auch durch die Übernahme von Reisekosten ermöglicht werden.

Eine zentrale Herausforderung transdisziplinärer Kooperationen besteht vor allem aus Sicht der Wissenschaftler*innen in der Offenheit im Umgang mit Ambivalenzen, Kontingenzen und Uneindeutigkeiten gesellschaftlicher Wirklichkeit. Die häufigen Erwartungen seitens politischer Akteure und auch zivilgesellschaftlicher Akteure an Wissenschaft, einfache Wahrheiten zu vermitteln und komplexe Erkenntnisse möglichst einfach beziehungsweise vereinfacht darzustellen, läuft Gefahr wissenschaftliches Wissen zu banalisieren und damit zu entwerten. Wichtig ist es deshalb, Erkenntnisse und Wissen angemessen zu vermitteln, ohne dabei die Kooperationspartner*innen und die Öffentlichkeit zu unter- oder zu überschätzen. Nur so können angemessene Lösungen für komplexe Herausforderungen in der Ko-Produktion erarbeitet werden.

Eine weitere Herausforderung besteht in der potenziellen Instrumentalisierung der unterschiedlichen Kooperationspartner*innen für die jeweils eigenen Ziele. Dieses Problem wird aus Sicht der zivilgesellschaftlichen Initiativen dann wahrgenommen, wenn zum Beispiel ihre Finanzierung von staatlichen Fördermaßnahmen mit bestimmten Schwerpunktsetzungen und inhaltlicher Ausrichtung abhängig ist. Hierbei stellt sich die Frage, inwieweit Politik und Staat auch für eigene systemkritische Forschung beziehungsweise Projektförderung gerade im Kontext von sozial-ökologischen Transformationen offen sind. Das Problem der Instrumentalisierung kann aber auch dann auftreten, wenn wissenschaftliche Erkenntnisse seitens der zivilgesellschaftlichen Akteure und der Politik zweckentfremdet und aus dem Kontext gerissen oder mit anderen Wissensangeboten vermengt werden.

In Projekten transdisziplinärer Forschung stellen sich häufig Fragen nach der Legitimität der beteiligten Perspektiven und Interessen. Diese Fragen werden aus wissenschaftlicher Perspektive vor allem als Bias beziehungsweise Verzerrung thematisiert, umgangssprachlich auch als Filterblase. Aus politischer Sicht geht es hierbei in einer demokratisch verfassten Gesellschaft vor allem um politische Beteiligung und Mehrheiten. Welche Partikularinteressen finden Berücksichtigung und welche nicht? Und wie lässt sich politisch rechtfertigen, dass ausgewählte Interessen der Zivilgesellschaft berücksichtigt wurden? Wie kann erreicht werden, dass schwer erreichbare Zielgruppen beteiligt werden?

Eine weitere Herausforderung und Bedingung transdisziplinärer Forschung besteht aus Sicht der Wissenschaft in der Evaluation und langfristigen Qualitätssicherung. Hierzu bedarf es Evaluations- und Qualitätskriterien, um den Zugewinn transdisziplinärer Forschung bestimmen und deutlich machen zu können. Es bedarf einer systematischen und unabhängigen Evaluation sowie der Etablierung standardisierter Verfahren zur Erfolgskontrolle, um deutlich zu machen, dass die Ko-Produktion von Wissen in der transdisziplinären Forschung Mehrwerte für die Lösung gesellschaftlicher Probleme schafft.

Hieraus lassen sich für die Gestaltung zukünftiger transdisziplinärer Forschungsprojekte folgende Schlussfolgerungen treffen, die auch im Sinne von Erfolgs- und Qualitätskriterien zur Prozessbeobachtung dienen können:

- ▶ Im transdisziplinären Forschungsprozess sollten unterschiedliche Handlungslogiken, Rollen- und Aufgabenverständnisse sowie Arbeits- und Zeitstrukturen der Kooperationspartner*innen expliziert und transparent gemacht werden. Das stellt die Grundlage und Voraussetzung für ihre gegenseitige Anerkennung und für Vertrauen dar.
- ▶ Es sollte eine explizite Verständigung und Einigung über die Ziele der gemeinsamen Zusammenarbeit erfolgen. Hiermit verbunden ist auch, die gegenseitigen Erwartungen an die Kooperation transparent zu machen und Grenzen zu bestimmen (Erwartungsmanagement).
- ▶ Der transdisziplinäre Forschungs- und Kooperationsprozess muss mit ausreichenden zeitlichen, finanziellen und räumlichen Ressourcen für alle Beteiligten ausgestattet sein.
- ▶ Alle Kooperationspartner*innen sollten sich in der Offenheit im Umgang mit Ambivalenzen, Kontingenzen und Uneindeutigkeiten gesellschaftlicher Wirklichkeit üben. Einfache Wahrheiten laufen Gefahr der Banalisierung und schaden der Kooperation.
- ▶ Die Kommunikation und Zusammenarbeit sollte gleichberechtigt gestaltet sein, nur so kann eine Instrumentalisierung der Partner*innen (wie z. B. Zweckentfremdung wissenschaftlicher Erkenntnisse) verhindert werden.
- ▶ Alle Kooperationspartner*innen sollten die grundsätzliche Bereitschaft der (Selbst-)Reflektion und -kritik mitbringen, um so auch eigene und organisationale Strukturen zu hinterfragen.
- ▶ Transdisziplinäre Forschungsprojekte sollten aus der Akteursperspektive die Frage der Legitimität von Partikularinteressen und die Frage sozialer Ungleichheit von und in Beteiligungsprozessen reflektieren.
- ▶ Transdisziplinäre Forschungsprojekte sollten eine Evaluationsperspektive mitführen, um ihre geschaffenen Mehrwerte zu verdeutlichen.

6 Quellenverzeichnis

- Aguilà Vilà, J. (2016): Identifying and combating cyber-threats in the field of online banking. Link <https://upcom-mons.upc.edu/bitstream/handle/2117/96215/TJAV1de1.pdf>
- Albrecht, S., Kohlrausch, N., Kubicek, H., Lippa, B., Märker, O., Trénel, M., Wiedwald, C. (2008): E-Partizipation–Elektronische Beteiligung von Bevölkerung und Wirtschaft am E-Government. Studie im Auftrag des Bundesministeriums des Innern. Link: http://www.aq-nrw.de/media/modul_12_-_anlage.pdf
- Ashmore, F. H., Farrington, J. H., Skerratt, S. (2016): Community-led broadband in rural digital infrastructure development: Implications for resilience. *Journal of Rural Studies*.
- Beck, U.; Hajer, M.; Kesselring, S. (1999): Der unscharfe Ort der Politik - eine Einleitung. In: Beck, U.; Haier, M.; Kesselring, S. [Hrsg.]: *Der unscharfe Ort der Politik. -Empirische Fallstudien zur Theorie der reflexiven Modernisierung*. Leske und Budrich, Opladen, S. 7-22.
- Beck, U. (1986): *Die Risikogesellschaft. Auf dem Weg in eine andere Moderne*. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Behrendt, S., Blättel-Mink, B., Clausen, J. (2011): Elektronische Gebrauchtgütermärkte: ein neues Forschungsfeld für Nachhaltigen Konsum. In: *Wiederverkaufskultur im Internet* Springer Berlin Heidelberg, 1-5.
- Betz, Gregor J. (2016): *Vergnügter Protest. Erkundungen hybridisierter Formen kollektiven Ungehorsams*. Wiesbaden: Springer.
- Bickel, C. (1999): Ferdinand Tönnies (1855-1936). In: Kaesler, D. [Hrsg.]: *Klassiker der Soziologie*. Beck, München.
- Blum, A.; Egermann, M.; Ehnert, F.; Reiß, K. (2016): *Nachhaltig Leben in Dresden - Bausteine für den Wandel zu einer zukunftsfähigen Stadtgesellschaft*. EU Arts – Project.
- Böhme, Christa et al. (2018): Möglichkeiten der verstärkten Nutzung von Synergien zwischen Umweltschutz und sozialer Gerechtigkeit in Programmen wie der ‚Sozialen Stadt‘. Abschlussbericht. UBA-Texte 74/2018. https://www.umweltbundesamt.de/sites/default/files/medien/1410/publikationen/2018-09-14_texte_74-2018_soziale-stadt.pdf
- Boltanski, L; Chiapello, E. [1999] (2006): *Der neue Geist des Kapitalismus*. Broschierte Ausgabe. UVK Verlag. Konstanz.
- Brumlik, M.; Brunkhorst, H. (Hrsg.) (1993): *Gemeinschaft und Gerechtigkeit*. Fischer Taschenbuchverlag, Frankfurt am Main, S. 260-270.
- Bulkeley, H. (2006): Urban sustainability - Learning from best practice? In: *Environmental Planning*. 38, Sage Journal, New York.
- Bundesregierung (2017): Nationales Programm für nachhaltigen Konsum. Gesellschaftlicher Wandel durch einen nachhaltigen Lebensstil. http://www.bmub.bund.de/fileadmin/Daten_BMU/Pool/Broschueren/nachhaltiger_konsum_broschuere_bf.pdf
- Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit (BMUB) (2017): *Umweltbewusstsein in Deutschland 2016. Ergebnisse einer repräsentativen Bevölkerungsumfrage*. (Download: http://www.umweltbundesamt.de/sites/default/files/medien/376/publikationen/umweltbewusstsein_deutschland_2016_bf.pdf)
- Bunnik, A., Cawley, A., Mulqueen, M., Zwitter, A. (Hrsg.) (2016): *Big Data Challenges: Society, Security, Innovation and Ethics*. Springer.
- Creamer, E. (2015): the double-edged sword of grant funding – a study of community-led climate change initiatives in remote rural Scotland. In: *Local Environment*, 20, 9, Routledge, Abingdon, S. 981-999.
- Dahmer, H. (Hrsg.) (1970): *Analytische Sozialpsychologie*. Band 1 und 2. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Dedy, H. (2016): Daseinsvorsorge und Digitalisierung – die kommunale Perspektive. In: *Europäisches Zentrum für Föderalismus-Forschung Tübingen (EZFF) (Hrsg.) Jahrbuch des Föderalismus 2016, Föderalismus, Subsidiarität und Regionen in Europa*, 112 – 120.
- Dinnie, E.; Holstead, K. (2017): The influence of public funding on community-based sustainability projects in Scotland In: *Environmental Innovation and Societal Transitions*, 29, Elsevier, Amsterdam, S. 1 – 14.
- Dougherty, D. (2012): The maker movement. *innovations*, 7(3), 11-14. Link: http://www.mitpressjournals.org/doi/pdf/10.1162/INOV_a_00135

- Downes, S. (2005): E-Learning 2.0 eLearn Magazine, Association for Computing Machinery. Link <http://elearnmag.acm.org/featured.cfm?aid=1104968>
- Eckert, J. (2015): Practice Movements - The Politics of Non-Sovereign Power. In: Della Porta, D.; Diani, M. [Hrsg.]: The Oxford Handbook of Social Movements. Oxford University Press, Oxford, S. 568-575.
- Eder, K. (2015): Social Movements in Social Theory. In: Della Porta, D.; Diani, M. [Hrsg.] The Oxford Handbook of Social Movements, Oxford University Press, Oxford, S. 32-45.
- Ehnert, F.; Egermann, M.; Betsch A. (2019): The role of niche and regime intermediaries in building partnerships for urban transitions towards sustainability. In: Environmental Innovation and Societal Transitions. Elsevier. Amsterdam
- Ehnert, F.; Frantzeskaki, N.; Barnes, J.; Borgström, S.; Gorissen, L.; Kern, F.; Strenchock, L.; Egermann, M. (2018): The acceleration of urban sustainability transitions: a comparison of Brighton, Budapest, Dresden, Genk, and Stockholm. Sustainability, 10 (3). p. 612. ISSN 2071-1050
- Ehnert, F.; Kern, F.; Borgström, S.; Gorissen, L.; Maschmeyer, S.; Egermann, M. (2017): Urban sustainability transitions in a context of multi-level governance – A comparison of four European states. In: Environmental Innovation and Societal Transitions. Elsevier. Amsterdam
- Ehrenberg, A. (2011): Das Unbehagen in der Gesellschaft. Suhrkamp, Berlin
- Elzen, B.; van Mierlo, B.; Leeuwis, C. (2012): Anchoring of innovations: assessing Dutch efforts to harvest energy from glasshouses. In: Environmental Innovations Societal Transitions. 5, 1. Elsevier. Amsterdam.
- Endres, G. (2016): Ländle 4.0 - Digitalisierung und Genossenschaften. Link <https://www.wir-leben-genossenschaft.de/de/Landle-4-0-Digitalisierung-und-Genossenschaften-1823.htm>
- Felgenhauer, T. (2015): Technik, Digitalität und Raum–Konzeptionelle Überlegungen zu den Geographien alltäglichen Technikgebrauchs. Geographica Helvetica, 70(2), 97-107. Link: <http://www.geogr-helv.net/70/97/2015/gh-70-97-2015.pdf>
- Feola, G.; Nunes, R.J. (2014): Failure and Success of Transition Initiatives - A study of the international replication of the Transition Movement. Walker- Institute for Climate System Research.
- Frantzeskaki, N.; de Haan, H. (2009). Transitions. Two steps from theory to policy. In: Futures: the journal of policy, planning and futures studies, Volume 41, 9. Elsevier. S. 593- 606.
- Frantzeskaki, N.; Dumitru, A.; Anguelovski, I.; Avelino, F.; Bach, M.; Best, B.; Binder, C.; Barnes, J.; Carrus, G.; Egermann, M.; Haxeltine, A.; Moore, M.-L.; Mira, R. G.; Loorbach, D.; Uzzell, D.; Omman, I.; Olsson, P.; Silvestri, G.; Stedman, R.; Wittmayer, J.; Durrant, R.; Rauschmayer, F. (2017): Elucidating the changing roles of civil society in urban sustainability transitions. In: Current Opinion in Environmental Sustainability. 2017 (22). S. 41 – 50.
- Frehe, V., Teuteberg, F., Ickerott, I. (2016): IKT als Enabler für soziale Innovationen in Smart Rural Areas–Das Alter im ländlichen Raum hat Zukunft In: Nissen, V., Stelzer, D., Straßburger, S., & Fischer, D. Link: Multikonferenz Wirtschaftsinformatik (MKWI) 2016 Technische Universität Ilmenau 09. - 11. März 2016 Ilmenau. https://www.researchgate.net/profile/Volker_Frehe/publication/302442992_IKT_als_Enabler_fur_soziale_Innovationen_in_Smart_Rural_Areas_-_Das_Alter_im_landlichen_Raum_hat_Zukunft/links/5730843608ae7441519124fc.pdf
- Geels, F.; Schot, J. (2007): Typology of sociotechnical transition pathways. In: Research and Policy 26. Elsevier. Amsterdam, S. 399-417.
- Geels, F.W. (2012): A socio-technical analysis of low-carbon transitions – Introducing the multi-level perspective into transport studies. In: Journal of Transport Geography. Elsevier, Amsterdam, S. 1- 12.
- Geels, W.F.; Schot, J. (2007): Typology of sociotechnical transition pathways. In: Research Policy, 36, Elsevier, Amsterdam, S. 399-417.
- Gershenfeld, N. (2008): Fab: the coming revolution on your desktop--from personal computers to personal fabrication. Basic Books.
- Gershenfeld, N. (2012): How to make almost anything: The digital fabrication revolution. Foreign Aff., 91, 43. Link: <http://www.cba.mit.edu/docs/papers/12.09.FA.pdf>

- Gilster, P. (1997): Digital literacy. New York: Wiley Computer Pub.
- Gorissen, L.; Meynaerts, E. (Hrsg.) (2018): Change the World City by City. A Change Maker's Guide to fast forward sustainability. Lamnoo Campus; Leuven, Belgium.
- Granovetter, M. (1973): The Strength of Weak Ties. In: American Journal of Sociology 78. University of Chicago Press. Chicago. S. 1360–1380.
- Grin, J.; Rotmans, J.; Schot, J.; (2010): Transitions to Sustainable Development and New Directions in the Study of Long Term Transformative Change. Routledge, New York.
- Grundmann, M. (2011): Lebensführung in Intentionalen Gemeinschaften. In: Hahn, K., Koppetsch, C. [Hrsg.]: Soziologie des Privaten. Springer VS. Wiesbaden. S. 276- 301.
- Habermann, F. (2016): Ecommony. UmCare zum Miteinander. Sulzbach: Ulrike Helmer Verlag. Link http://keimform.de/wp-content/uploads/2016/06/Habermann_Ecommony.pdf
- Habermas, J. (1994): Individualisierung durch Vergesellschaftung. In: Beck, U.; Beck-Gernsheim, E. [Hrsg.]: Riskante Freiheiten. Frankfurt am Main, S. 437ff.
- Hahner, J. (o.J.): Die Digitalisierung der Gesellschaft und ihre Auswirkungen. Webseitenartikel auf Gesundheit und Wohlbefinden.net. Link <http://www.gesundheit-und-wohlbefinden.net/die-digitalisierung-der-gesellschaft-und-ihre-auswirkungen/>
- Han, B.-C. (2016): Die Austreibung des Anderen. Gesellschaft, Wahrnehmung und Kommunikation heute. S. Fischer Verlag.
- Hanekop, H., Wittke, V. (2010): Kollaboration der Prosumenten. In Prosumer Revisited (pp. 96-113). VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Hargreaves, T.; Hielscher, S.; Seyfang, G.; Smith, A. (2013): Grassroots innovations in community energy - The role of intermediaries in niche development. In: Glob. Environ. Chang. 23,5. Elsevier. S. 868-880.
- Haxeltine, Alex; Pel, Bonno; Wittmayer, Julia; Dumitru, Adina; Kemp, Rene; Avelino, Flor. (2017): Building a middle-range theory of Transformative Social Innovation; theoretical pitfalls and methodological responses. European Public and Social Innovation Review. 2. 59-77. 10.31637/epsir.17-1.5.
- Von Hippel, E. (2005): Democratizing innovation: The evolving phenomenon of user innovation. Journal für Betriebswirtschaft, 55(1), 63-78.
- Hitzler, R.; Honer, A., Pfadenhauer, M. (2008): Posttraditionale Gemeinschaften. Theoretische und ethnographische Erkundungen. Wiesbaden. VS.
- Hitzler, Ronald (1998): Posttraditionale Vergemeinschaftung. - Über neue Formen der Sozialbindung. In: Berliner Debatte INITIAL 91998, 1, S. 81-89.
- Hitzler, Ronald; Honer, Anne; Pfadenhauer, Michaela (Hrsg.) (2008): Posttraditionale Gemeinschaften. Theoretische und ethnografische Erkundungen. Wiesbaden: VS Verlag.
- Hitzler, Ronald (2008): Brutstätten posttraditionaler Vergemeinschaftung. Über Jugendszenen. In: Hitzler, R.; Honer, A.; Pfadenhauer, M. [Hrsg.] (2008): Posttraditionale Gemeinschaften. Theoretische und ethnografische Erkundungen. Wiesbaden: VS Verlag. S. 56-72.
- Junge, M. (2002): Individualisierung. Campus Verlag, Frankfurt/New York:
- Keller, R. (2008): Welcome to the Pleasuredome? - Konstanzen und Flüchtigkeiten der gefühlten Vergemeinschaftung. In: Hitzler, R.; Honer, A.; Pfadenhauer, M. (Hrsg.) (2008): Posttraditionale Gemeinschaften. Theoretische und ethnografische Erkundungen. VS Verlag, Wiesbaden, S. 89-111.
- Keppner, B.; Kahlenborn, W.; Lessmann, A.; Richter, S.; Jetzke, T.; Bovenschulte, M. (2018): Die Zukunft im Blick: 3D-Druck. Trendbericht zur Abschätzung der Umweltwirkungen. Umweltbundesamt. <https://www.umweltbundesamt.de/publikationen/die-zukunft-im-blick-3d-druck>
- Kneuer, M.; Salzborn, S. (2016): Digitale Medien und ihre Wirkung auf demokratische Prozesse. Zeitschrift für Vergleichende Politikwissenschaft, 10(2), 1-14. Link: <http://link.springer.com/article/10.1007/s12286-016-0284-y>

- Kny, J.; Schmies, M.; Sommer, B.; Welzer, H.; Wiefek, J. (2015): Von der Nische in den Mainstream. Wie gute Beispiele nachhaltigen Handelns in einem breiten gesellschaftlichen Kontext verankert werden können. UBA-Texte 86/2015, Dessau: https://www.umweltbundesamt.de/sites/default/files/medien/378/publikationen/texte_86_2015_von_der_nische_in_den_mainstream.pdf
- Kunze, I. (2013): Intentionale Gemeinschaften-Experimentierorte einer religionshybriden, „spirituellen“ Kultur? In: Berger, P. (Hrsg.): Religionshybride - Religion in posttraditionellen Kontexten. VS Verlag, Wiesbaden, S.187-200.
- Kunze, I. (2009): Soziale Innovationen für zukunftsfähige Lebensweisen. Gemeinschaften und Okodörfer als experimentierende Lernfelder für sozial-ökologische Nachhaltigkeit. Dissertation, Münster: Ecotransfer-Verlag.
- Lange, B. (2015): Fablabs und Hackerspaces. In: Ökologisches Wirtschaften 30/1, Link: <http://www.multiplicities.de/de/25-publikationen/>
- Lanzke, S. (2010): Digitale Spaltung und Regionalentwicklung in ländlichen Räumen. Link <http://archiv.ub.uni-marburg.de/diss/z2011/0117/pdf/dsl.pdf>
- Leggewie, C. (2011): Mut statt Wut. - Aufbruch in eine neue Demokratie. Edition Körber-Stiftung, Hamburg.
- Lobo, S. (2015): Interview: Eine Ehe, die noch nicht geschlossen wurde. Sascha Lobo zeigte sich überzeugt: Die digitale Vernetzung braucht Genossenschaften und die Zivilgesellschaft muss ihrer Verantwortung gerecht werden. In Genossenschaftsblatt für Rheinland und Westfalen. Link https://www.rwg.de/site/assets/files/25197/web_rwg-genoblatt_6_2015-1.pdf
- Longhurst, R. (2010): Semi-Structured Interviews and Focus Groups. In: Clifford, N.; French, S.; Valentine, G. (Hrsg.) (2010): Key Methods in Geography. 2. Auflage, Sage, Washington, S.103 -116.
- Loorbach, D. (2017): Sustainability Transitions Research: Transforming Science and Practice for Societal Change, Annual Review of Environment and Resources 2017 42:1, 599-626
- Luhmann, N. [1969] (2001): Legitimation durch Verfahren. 6. Auflage. Suhrkamp. Frankfurt am Main.
- Mayring, P. (2007): Qualitative Inhaltsanalyse. Grundlagen und Techniken. 9. Auflage, UTB, Stuttgart
- Maffesoli, Michel (1996): The Time of the Tribes. Sage. London.
- McCall, M. K. (2003): Seeking good governance in participatory-GIS: a review of processes and governance dimensions in applying GIS to participatory spatial planning. Habitat international, 27(4), 549-573. Link: http://s3.amazonaws.com/academia.edu.documents/31191919/1-s2.0-S0197397503000055-main.pdf?AWSAccessKeyId=AKIAIWOWYYGZ2Y53UL3A&Expires=1487688837&Signature=BWlbPPLSidVSsIldjho2mCX4xSU%3D&response-content-disposition=inline%3B%20filename%3DSeeking_good_governance_in_the_participa.pdf
- Meier, N.; Wirth, M. (2013): FabLabs-High-Tech-Werkstätten für jedermann. Arbeitsbericht CEDIFA. Link: <http://cedifa.de/wp-content/uploads/2013/08/04-FabLabs.pdf>
- Moss, T.; Guy, S.; Marvin, S.; Medd, W. (2009): Organising Water: The Hidden Role of Intermediary Work. Water Alternatives, 2(1), 16-33
- Nanz, P.; Fritsche, M. (2012): Handbuch Bürgerbeteiligung. Verfahren und Akteure, Chancen und Grenzen. Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung. Link: https://www.bpb.de/system/files/dokument_pdf/Handbuch_Buergerbeteiligung.pdf
- Osterloh-Trittmann, I.; Hornberg, C. (2006): Chancen und Grenzen der Telemedizin für Frauen in der kardiologischen Rehabilitation. Journal Netzwerk Frauenforschung NRW, 21, 66-78.
- Peuker, B.; Rückert-John, J.; Egermann, M.; Betsch, A. (2019): Innovative gemeinwohlorientierte Initiativen und ihr Beitrag zur sozial-ökologischen Transformation. Teilbericht. UBA-Texte 104/2020. https://www.umweltbundesamt.de/sites/default/files/medien/479/publikationen/texte_104-2020_innovative_gemeinwohlorientierte_initiativen_und_ihr_beitrag_zur_sozial-oekologischen_transformation_0.pdf
- Peuker, B.; Rückert-John, J. (2017): Potenziale und Herausforderungen von Gemeinschaftlichkeit und Gemeinwohl für den sozial-ökologischen Wandel. Ergebnisse einer repräsentativen Bevölkerungsumfrage. Berlin: Beiträge zur Sozialinnovation 19. <https://isinova.org/wp-content/uploads/2020/01/BzS19.pdf>

- Polanyi, K. (1978): *The Great Transformation. Politische und ökonomische Ursprünge von Gesellschaft und Wirtschaftssystemen.* Suhrkamp-Taschenbuch Wissenschaft 260, Frankfurt 1978.
- Priemer, J.; Labigne, A.; Krimmer, H. (2016): *ZIVIZ-Finanzierungsstudie 2015 - Weniger Subsidiarität, mehr Wettbewerb in der Zivilgesellschaft?* Edition Stifterverband, Essen.
- Putnam, R.D. (2000): *Bowling alone. - The collapse and revival of American community.* Simon & Schuster, New York.
- Reichardt, S. (2014): *Authentizität und Gemeinschaft – Linksalternatives Leben in den siebziger und frühen achtziger Jahren.* Suhrkamp Verlag, Berlin. 1018.
- Reichwald, R.; Piller, F. (2006): *Interaktive Wertschöpfung: Open Innovation, Individualisierung und neue Formen der Arbeitsteilung,* Gabler, Wiesbaden. <http://www.open-innovation.de/>
- Rosa, H.; Gertenbach, L.; Laux, H.; Strecker, D. (2010): *Theorien der Gemeinschaft zur Einführung.* Dresden: Junius.
- Rosca, Eugenia; Reedy, Jack; Arlinghaus, Julia (2017): *Does Frugal Innovation Enable Sustainable Development? A Systematic Literature Review.* European Journal of Development Research. 10.1057/s41287-017-0106-3.
- Roth, R. (2011): *Bürgermacht - Eine Streitschrift für mehr Partizipation.* Edition Körber-Stiftung, Hamburg.
- Rotmans, J.; Kemp, R.; Asselt, M.V. (2001): *More evolution than revolution –Transition management in public policy.* In: Foresight 3, 1. Emerald. Bingley, S. 15-31.
- Rückert-John, J. (Hrsg.) (2013): *Soziale Innovation und Nachhaltigkeit - Perspektiven sozialen Wandels.* Springer VS. Hamburg.
- Rückert-John, J.; Jaeger-Erben, M.; Schäfer, M.; Scholl, G.; Gossen, M. (2015): *Nachhaltiger Konsum durch soziale Innovationen – Konzepte und Praxis.* UBA-Texte 40/2106. Dessau. https://www.umweltbundesamt.de/sites/default/files/medien/378/publikationen/texte_40_2016_nachhaltiger_konsum_durch_soziale_innovation.pdf
- Rückert-John, J.; Peuker, B.; Egermann, M.; Betsch, A.; Polanía Giese, J.; Kohl, K.; Renner, A. (im Erscheinen): *Handlungsansätze für die Förderung und Unterstützung innovativer gemeinwohlorientierter Initiativen.* Umweltbundesamt.
- Santarius, T.; Lange, S. (2016): *Drei Fragen zum transformativen Potenzial der Digitalisierung: Wolf oder Wollmilchsau?* Ökologisches Wirtschaften-Fachzeitschrift, 31(3), 23-24.
- Scholl, G.; Gossen, M. (2017): *Wie kann Umweltpolitik soziale Innovationen für nachhaltigen Konsum fördern?* In: Jaeger-Erben, M.; Rückert-John, J.; & Schäfer, M. (Hrsg.) (2017): *Soziale Innovationen für nachhaltigen Konsum. Wissenschaftliche Perspektive, Strategien der Förderung und gelebte Praxis.* 1. Auflage. Springer VS Verlag. Wiesbaden. S. 51-71.
- Seyfang, G.; Haxeltine, A. (2012): *Growing grassroots innovations - Exploring the role of community-based initiatives in governing sustainable energy transitions.* In: Environment and Planning C, Governance and Policy, 30, SAGE Journals, S. 381-400.
- Seyfang, G.; Smith, A. (2007): *Grassroots Innovations for Sustainable Development -Towards a New Research and Policy Agenda.* In: Environment and Politics, 16, 4 Taylor & Francis, London, S. 584–603.
- Simonson, Julia; Vogel, Claudia; Tesch-Römer, Clemens (Hrsg.) (2017): *Freiwilliges Engagement in Deutschland. Der Deutsche Freiwilligensurvey 2014.* Springer E-Book. (<http://link.springer.com/978-3-658-12644-5>)
- Smith, A. (2007): *Translating sustainabilities between green niches and sociotechnical regimes.* In: Technology Analysis and Strategic Management. 19, Routledge, Abingdon, S.427 – 450.
- Smith, A.; Raven, R.; (2012): *What is protective space? - Reconsidering niches in transitions to sustainability.* In: Research and Policy 41, Elsevier, Amsterdam, S. 1025-1036.
- Smith, A.; Stirling, A.; Berkhout, F. (2005): *The governance of sustainable sociotechnical transitions.* In: Research and Policy, 34, Elsevier, Amsterdam, S. 1491-1510.
- Statistisches Bundesamt (Destatis), Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung (WZB) (2016): *Datenreport 2016. Ein Sozialbericht für die Bundesrepublik Deutschland.* In Zusammenarbeit mit das Sozio-ökonomische Panel (SOEP), Bonn 2016
- Stefanek, E. (2007): *Digital Divide: die Entwicklung eines Ablaufmodells zur Überwindung informationeller Ungleichheit* (Doctoral dissertation, University of Applied Sciences Burgenland (Austria)). Link <http://eprints.rclis.org/10669/1/AC06412792.pdf>

- Taylor Aiken, G. (2014): Common Sense Community? – The climate challenge fund's official and tacit community construction. In: Scottish Geographical Journal, 130, 3, Routledge, Abingdon, S. 207-221.
- Tepe, D.; Hepp, A. (2008): Digitale Produktionsgemeinschaften. Die Open-Source-Bewegung zwischen kooperativer Softwareherstellung und deterritorialer politischer Vergemeinschaftung. In Social Software (pp. 27-47). VS Verlag für Sozialwissenschaften. Link: http://link.springer.com/chapter/10.1007%2F978-3-531-90802-1_3
- Toffler, A. (1980): The Third Wave. New York.
- Tönnies, F. [1887] (1972): Gemeinschaft und Gesellschaft. Grundbegriffe der reinen Soziologie. Wissenschaftliche Buchgesellschaft Darmstadt. Darmstadt.
- Van den Bosch, S.; Rotmans, J. (2008): Deepening, Broadening and Scaling up. Knowledge Centre for Sustainable System Innovations and Transitions.
- Van der Brugge, R.; Rotmans, J. (2007): Towards transition management of European water resources. In: Water Ressource Management. 21. Springer.
- Vogelmann, F. (2012): Flüssige Betriebssysteme. Liquid democracy als demokratische Machttechnologie. Aus Politik und Zeitgeschichte, 48(2012), 40-46. Link: <https://www.frieder-vogelmann.net/public/pdf/2012-fluessig.pdf>
- Wassewa, G.; Bleses, P.; Güldner, M. (2020): Der Transfer von sozialwissenschaftlichem Wissen als Forschungsgegenstand. In: Soziologie, Jahrgang 49, Heft 3. Campus Verlag.
- Weber, M. [1921] (1970): Wirtschaft und Gesellschaft.
- Welzer, H. (2016): Die smarte Diktatur.: Der Angriff auf unsere Freiheit. S. Fischer Verlag.
- Wissenschaftlicher Beirat der Bundesregierung Globale Umweltveränderungen (WBGU) (2011): Welt im Wandel: Gesellschaftsvertrag für eine Große Transformation. Berlin: WBGU.
- Wolfram, M. (2016): Conceptualizing urban transformative capacity – A framework for research and policy. In: Cities, 2016, Elsevier, Amsterdam, S. 121- 130.
- Wunder, S.; Albrecht, S.; Porsch, L.; Öhler, L. (2019): Kriterien zur Bewertung des Transformationspotentials von Nachhaltigkeitsinitiativen. UBA-Texte 33/2019, Dessau. https://www.umweltbundesamt.de/sites/default/files/medien/1410/publikationen/2019-03-26_texte_33-2019_transformationspotenzial.pdf